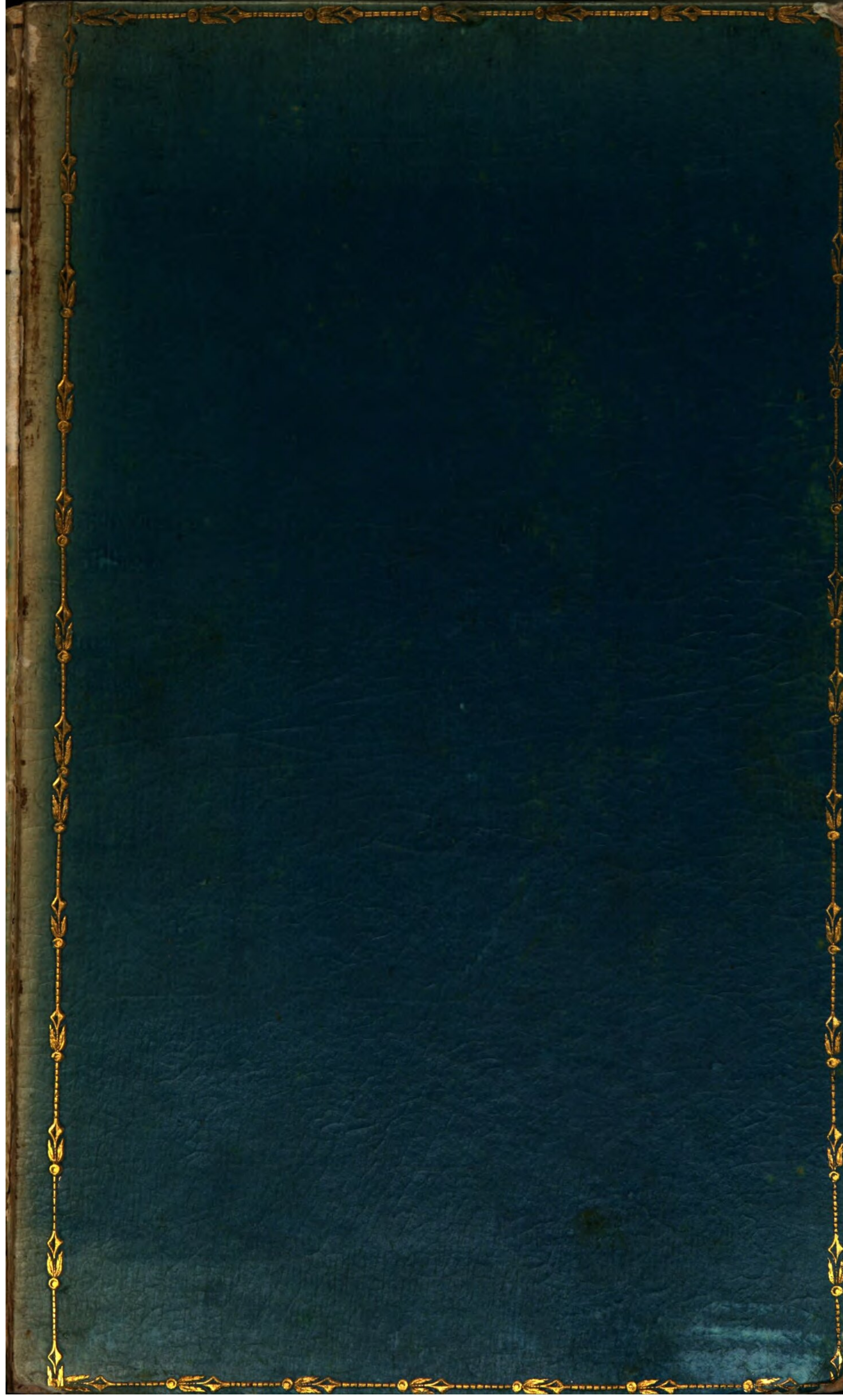
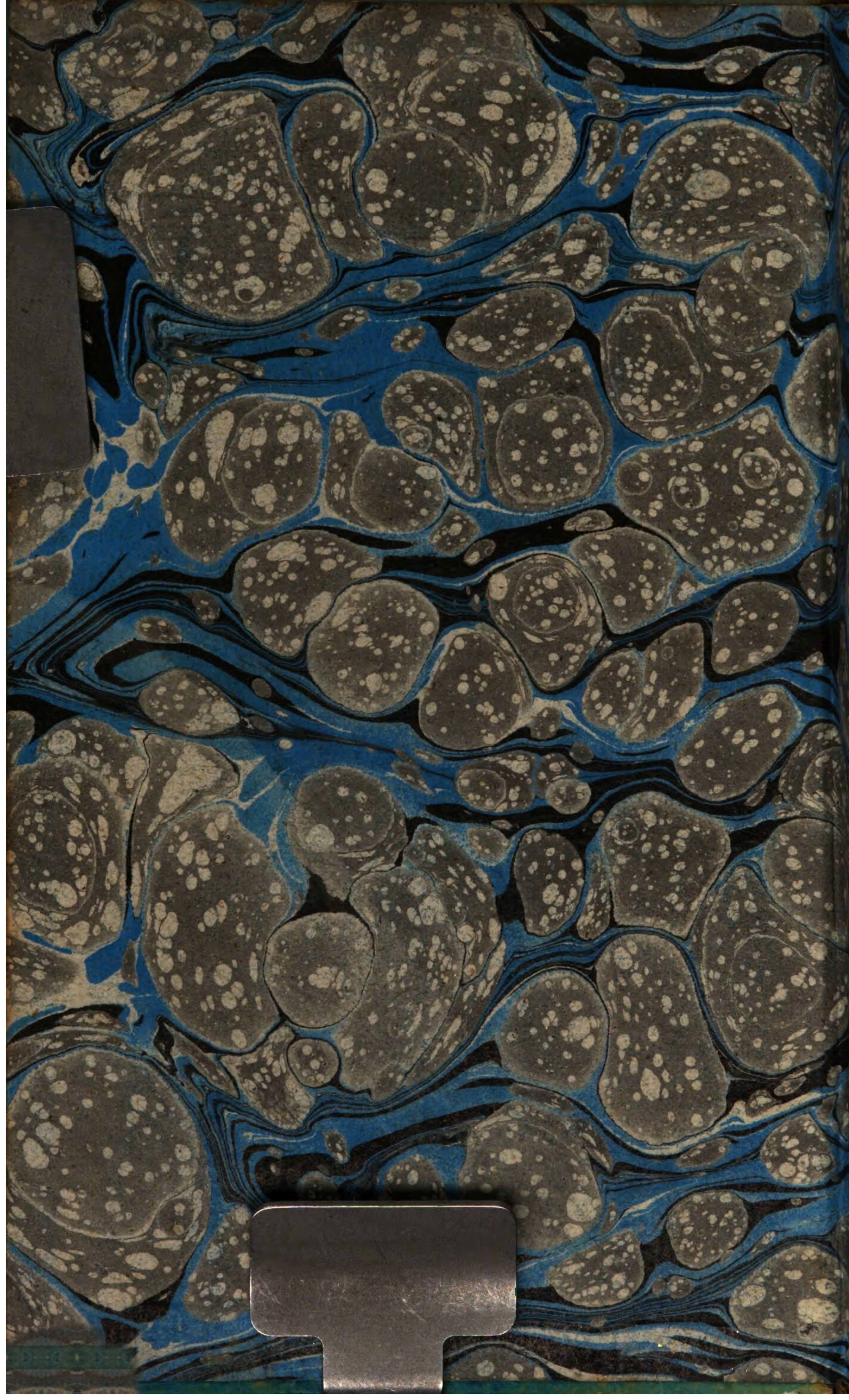
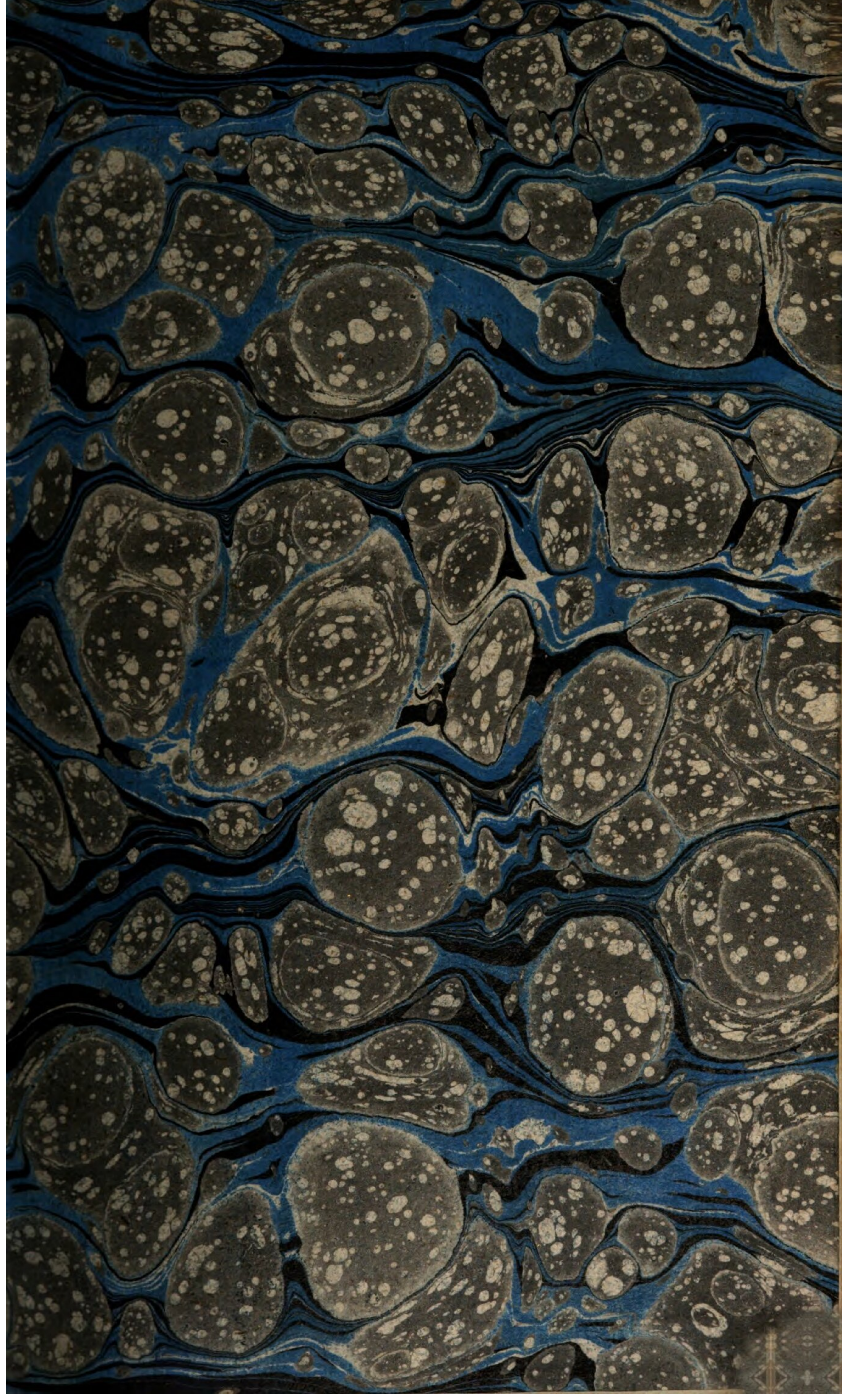








~~376~~⁶

Behr

Pol. g.

55 da - 2

<36608712440011

<36608712440011



3

Bayer. Staatsbibliothek

S y s t e m
der
a n g e w a n d t e n a l l g e m e i n e n
S t a a t s l e h r e
oder der
Staatskunst (Politik)

V o n
Dr.. Wilhelm Joseph Behr

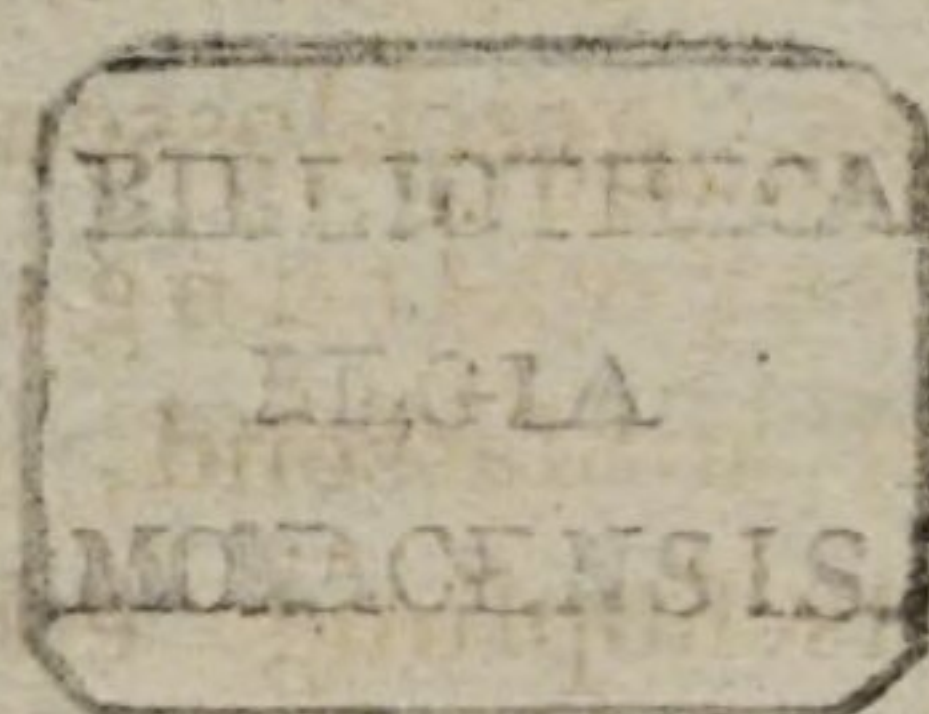
der Staatswissenschaft, des Staats- und Lehnrechts ordentlichen
öffentlichen Professor an der Universität zu Würzburg



Zweyte Abtheilung
die Staatsverwaltungslehre

Frankfurt am Main
in der Andreäischen Buchhandlung

1 8 1 0



V o r r e d e.

Das Publikum erhält in dieser zweyten und der folgenden Abtheilung meines Systems der angewandten allgemeinen Staatslehre, womit das Ganze geschlossen ist, die gesammte Staatsverwaltungslehre. Ihr Gebieth ist so viel umfassend, und dessen befriedigende Entschöpfung erheischt der Kenntnisse so viel - und mancherley, des Scharfsinnes, des Überblicks und strenger Konsequenz eine so grofse Gabe, dafs nur Jemand, der entweder diese Bedingungen nicht konnte, oder in einem hohen Mafse Egoist wäre, ohne Schüchternheit die Hand an dieses Werk zu legen vermöchte. In dieser meiner Bemerkung wird das Publikum zugleich das Bekenntniß eigener Schüchternheit, mit welcher ich diese Arbeit dem Drucke übergebe, aber auch einigen Grund zu der Voraussetzung finden, dafs ich mir alle Mühe gegeben habe, um jenen Bedingungen zu entsprechen, und dafs ich ohne dieses Bewußtseyn nie gewagt haben würde, mit dieser

Arbeit hervorzutreten. Ob, und wie weit es meiner ernstestn Anstrengung gelungen sey, die Schwierigkeiten der Aufgabe zu besiegen, und der Wissenschaft einen reellen Vorschub zu leisten? können natürlich nur andere Sachverständige entscheiden.

Jeder meiner Vorgänger in diesem Gebiete der Wissenschaft hat sich seinen eigenen Gang gewählt, so auch ich; daß ich die allgemeinen Maximen aller Staatsverwaltung vorausstellte, diesen die allgemeinen Grundsätze für Gesetzgebung überhaupt folgen liefs, sodann den generellen Normen der Organisation des Ganzen der Staatsverwaltung (der organischen Gesetzgebung) einen eigenen Abschnitt widmete, und nun die einzelnen Zweige der Staatsverwaltung in eben so vielen, ihnen gewidmeten, besonderen Abschnitten behandelte, rechtfertigt sich, wie ich glaube, durch die Natur der Sache, und den Zweck der Staatsverwaltungslehre. Eben diesem Zwecke der Staatsverwaltungslehre konnte aber, nach meiner Überzeugung, kaum auf eine schicklichere, und dem Bedürfnisse des Theoretikers, wie des praktischen Staatsmannes mehr genügende, Weise entsprochen werden, als dadurch, daß in Ansehung eines jeden einzelnen Zweigs der Staatsverwaltung vorerst die Prinzipien des, ihm entsprechen-

den, Zweigs der Gesetzgebung, und sodann die Prinzipien seiner Organisation und Instruktion selbst erörtert wurden. — Warum ich übrigens die Verwaltung des Staats so theilte, wie sie getheilt ist, und warum ich die, durch diese Theilung entstandenen, Zweige in derjenigen Ordnung behandelte, welche die Inhaltsanzeige schon zu erkennen gibt, dafür finden sich die Gründe in dem Werke selbst.

Dafs bey Behandlung der Staatsverwaltung überhaupt, und jedes einzelnen Zweigs derselben insbesondere, der, voraus als allein gültig dargestellte, Zweck des Staats unverrückt von mir im Auge behalten wurde, bedarf wohl eben so wenig einer Rechtfertigung, als die ungeschmückte, jedoch gewifs nicht unbescheidene, Freymüthigkeit meiner Sprache einer Entschuldigung bedürfen kann; denn ersteres war unerlässliche Bedingung des Anspruchs der Konsequenz, und letztere gebührt in diesem Gebiete der Wissenschaft mehr, als in jedem anderen, der Wahrheit, weil hier unter jedem Zwange letztere selbst nothwendig mitleiden müßte.

Literatur anzuführen, habe ich bloß darum unterlassen, weil mein unmittelbarer Vorgänger in Bearbeitung der Staatslehre, Herr K. H. L. Pölitx, diesem Bedürfnisse bereits vollständig Genüge geleistet hat, und

ich bemerke dieses ausdrücklich deswegen, damit weder Publikum noch Schriftsteller insbesondere glauben können, als habe ich den Werth vorausgegangener Arbeiten in diesem Fache mißkannt.

Dafs die Staatsverwaltungslehre in zwey Abtheilungen erscheint, hat allein seinen Grund in der Rücksicht auf die äußere Bequemlichkeit der Leser.

Die Verwaltung der Staaten, soviel dazu durch die Theorie mitgewirkt werden kann, verbessern zu helfen, ist das höchste Ziel dieser Arbeit, und willkommen sey mir jede Kritik, welche sie aus diesem Gesichtspunkte gründlich prüfen wird.

Inhaltsanzeige der zweyten Abtheilung.

Einleitung zur Staatsverwaltungslehre.

Begriff — Zweck — allgemeine Grundregeln der Staatsverwaltung; Begründung ihrer Abtheilung in verschiedene Zweige, und Bestimmung der letzteren. §. 329 — 362.

Erster Abschnitt. Von der Gesetzgebung überhaupt.

Begriff — Nothwendigkeit der Gesetzgebung. Allgemeine Bedingungen einer zweckmäßigen Gesetzgebung in Ansehung ihrer Materie und Form. Abfassungs- und Einführungsart der Gesetze. Zweige der Gesetzgebung. §. 363 — 389.

Zweyter Abschnitt. Von der organischen Gesetzgebung.

Nothwendigkeit — Begriff — Zweck — allgemeine Prinzipie — Hauptbestandtheile der organischen Gesetzgebung. §. 390 — 417.

Dritter Abschnitt. Von der Civil- (oder Privatrechts-) Gesetzgebung und Civilrechtspflege.

Titel I. Von der Civilgesetzgebung.

Nothwendigkeit — Begriff — Zweck der Civilgesetzgebung. Allgemeine Prinzipie — Umfang und Grenze — Hauptobjekte derselben. §. 418 — 432.

Titel II. Von der Civilrechtspflege.

Nothwendigkeit — Begriff — Zweck und Sphäre der Civilrechtspflege. Allgemeine Anforderungen an dieselbe. Prinzipien der Organisation und Instruktion der Civilrechtspflege. §. 433 — 454.

Vierter Abschnitt. Von der Strafgesetzgebung und Strafrechtspflege.**Titel I. Von der Strafgesetzgebung.**

Begriff — Nothwendigkeit — Zweck und Sphäre der Strafgesetzgebung. Hauptprinzipien in Ansehung ihrer Form und Materie. §. 455 — 481.

Titel II. Von der Strafrechtspflege.

Nothwendigkeit — Begriff — Zweck und Sphäre der Strafrechtspflege. Hauptanforderungen an dieselbe. Organisation und Instruktion der Strafrechtspflege. §. 482 — 511.

Der angewandten allgemeinen Staatslehre

Zweyte Abtheilung

Die

Staatsverwaltungslehre — Administrations-
politik.

Die Geschichte der deutschen Sprache

Zweite Abtheilung

Die Geschichte der deutschen Sprache

1840

Verlag von F. A. Brockhaus

E i n l e i t u n g.

Begriff — Zweck — allgemeine Grundregeln der Staatsverwaltung. Begründung ihrer Abtheilung in verschiedene Zweige, und Bestimmung der letzteren.

§. 329.

Wie das Chaos der regellosen Koexistenz der Menschen in ihrem Urzustande geregelt, oder die Verwirrung einer, der Auflösung eines Staats gefolgt, Anarchie wieder geordnet werden müsse, um die gesezlose Willkühr der Menschen auf einen, dem Willen der Natur zusagenden, Allen gleichen, Gebrauch vernünftiger Freyheit zu beschränken? In welcher bestimmten Art und Weise das Prinzip einer rechtlichen Koexistenzordnung der Menschen, damit seine Äusserung dem Zwecke dieser Ordnung stäts entsprechen müsse, zu personifiziren? In welcher Form der Staat zu realisiren, oder nach welchen Gesezen der bestehende Staat zu reformiren sey, damit er stäts die, zur ununterbrochenen Erreichung seines Zwecks erforderliche Qualifikation habe, und sein wahres, nur auf dieser Qualifikation beruhendes, Wohl gesichert werde? —

zu erörtern, war das Geschäft der, in der ersten Abtheilung aufgestellten, Staatsverfassungslehre. Dort wurden die wesentlichen formellen Bedingungen jener Sicherung aufgesucht, die Mittel zur Bewerkstelligung dieser Bedingungen bestimmt, und die praktische Brauch- und Ausführbarkeit jener Mittel nachgewiesen. Die Aufgabe der Staatsverfassungslehre ist vollständig gelöst, wenn es uns gelungen ist die Überzeugung bewirkt zu haben, daß die, von uns als zweckmäfsig deduzirte, und als ausführbar bewährte, Verfassung des Staats, dessen beste Verwaltung nothwendig zur Folge haben müsse; denn kaum kann es ein gültigeres und untrüglicheres Kennzeichen der vollendeten Zweckmäfsigkeit einer Verfassung des Staats geben, als die in ihr liegende Bürgschaft seiner zweckmäfsigsten Verwaltung, weil Begründung und Sicherung der letzteren das höchste Ziel der Verfassung ist.

§. 330.

Abstrahirt man nun aber von der äufseren Konstruktion des Vereins einer, einen Staat, bildenden, Menschenmenge, sieht man hinweg von der Form, in welcher der Staat und seine höchste Gewalt realisirt seyn und wirken soll, und faßt dagegen das Materielle, Was? Art und Mittel ins Aug, Wie und Wodurch dieses vom Staate und durch die Thätigkeit seiner

Macht produziert werden solle und könne? so hat man das reine Objekt der Staatsverwaltung. — Diese bezeichnet den ganzen Umfang der Wirksamkeit des Staats, den Inbegriff seiner Thätigkeit, das Totale seiner Lebensfunktionen, und es bedarf kaum einer Erinnerung, daß der Zweck der Staatsverwaltung kein anderer seyn könne, als der Zweck des Staats selbst; denn, den Staat verwalten, heißt ja nichts anders, als, den Zweck des Staats erstreben, den Staat auf der Bahn zu seinem Ziele führen. — Die Aufgabe der Staatsverwaltungslehre umfaßt sonach die Zeichnung der Thätigkeit des Staats in ihrem ganzen Umfange, die Bestimmung aller der Mittel, welche zur Erreichung des Staatszweks in Wirksamkeit gesetzt werden müssen.

§. 331.

Groß ist der Umfang der Thätigkeit, welche zur Erreichung des Staatszweks erheischt wird. Mannichfaltig sind die Mittel, von deren, gleichzeitiger oder successiver, Wirksamkeit das bezielte Produkt des Staats nur erwartet werden kann; und soll bey aller Geschäftigkeit das eigentliche Ziel nicht dennoch verfehlt werden, so muß in jener Thätigkeit die strengste Konsequenz, im Gebrauche jener Mittel durchgängige Zweckmäßigkeit und Harmonie herrschen; Forderungen, welche die Gewähre ihrer Gültigkeit in der Natur der Sache selbst mit sich führen,

demnach keiner Begründung bedürfen können.— Soll nun die Staatsverwaltung diesen unerlässlichen Anforderungen an sie genügen, so müssen ihr zur unabweichlichen Richtschnur ihres ganzen Verfahrens diejenigen Maximen dienen, durch deren Befolgung die Zweckmäßigkeit ihres Strebens, der Einklang aller ihrer Operationen schlechthin bedingt ist, und die sich eben darum als die unentbehrlichste Grundlage aller ihrer Äußerungen bewähren. Von der Aufstellung dieser Maximen muß demnach auch die Staatsverwaltungslehre nothwendig ausgehen, weil vor Berichtigung derselben auch nicht ein Schritt in das Detail der Verwaltung mit Sicherheit gewagt werden könnte, weil ohne solche Grundregeln das ganze Lehr- und Kunstgebäude aller festen Basis, aller bestimmten Kriterien oder Beurtheilung seiner Tauglichkeit ermangeln würde.

§. 332.

Die Staatsverwaltung umfaßt in einem, eben so einfachen als richtig bezeichnendem, Ausdrücke den ganzen Geschäftsumfang der Staatsgewalt; diese aber bezeichnet nichts mehr und nichts weniger als, den Inbegriff der Befugnisse und Verbindlichkeiten, die Mittel zur Erreichung des Staatszweks zu wählen, aufzubiethen, und in Vollzug zu bringen; Recht und Pflicht, den Zweck des Staats zu realisiren. Alles demnach, was geschehen

muß, damit der Zweck des Staats erreicht werde, liegt im Umfange der Staatsverwaltung; alles andere hingegen, was diesem Zwecke fremd ist, liegt außer ihrem Gebiete; zu allem dem, wodurch die Erreichung des Staatszweks bedingt ist, hat die Staatsgewalt das Recht zu zwingen; über jene Grenze hinaus gibt es für sie kein Recht zum Zwange, folglich auch für die Unterthanen keine Pflicht zu gehorchen. — Aus diesen unbestreitbaren Prämissen fließt als erste Regierungsmaxime der Satz: das einzige Ziel aller Funktionen der Staatsgewalt ist — der Zweck des Staats; sie erfüllt ihre Bestimmung in dem Maße, in welchem sie die Erreichung des Staatszweks bewirkt; sie überschreitet ihre Grenze und entartet, sobald sie ihrer Thätigkeit dem wahren Staatszwecke heterogene Objekte setzt.

Anmerkung. Kaum sollte man es für nöthig halten, nur noch zu erinnern, daß der Zweck des Staats das einzige Ziel alles Strebens der Staatsverwaltung sey; und dennoch dürfte es schwer werden, unter der Menge gegebener Staaten auch nur wenige aufzufinden, in deren Verwaltung eine ausnahmslose Richtung auf — ich will nicht sagen, den wahren — sondern nur auf irgend einen Staatszwek, in deren Regierungsakten, wenn man sie unter den Maßstab eines bestimmten Staatszweks, welcher es auch immer sey, stellt, nicht die vielfältigsten Beyspiele der sonderbarsten Widersprüche wahrnehmbar wären! Freylich ist diese

Erscheinung sehr erklärbar bey der Voraussetzung, daß noch jezt tausenden von Staatsbeamten jeder Klasse Zwek und Wesen des Staats völlig unbekannte Dinge seyen; aber bey eben dieser Voraussetzung dürfte wohl auch der Wunsch nicht zu verargen seyn, daß sich die Regenten die kleine Ausgabe gefallen lassen möchten, um über der Thüre jedes Versammlungssaals von Staatsbeamten den Zwek des Staats, als den unwandelbaren Leitstern für die Bahn der Staatsverwaltung, mit glänzenden Zügen eingraben zu lassen, damit in diesen Zügen das erste Gesez der Staatsverwaltung stäts anschaulich gegenwärtig sey, und damit die wenigen Unterrichteteren den Seitensprüngen ihrer, mit der Tendenz des Staats minder vertrauten, Kollegen durch Hinweisung auf jene Züge kräftig zu begegnen vermöchten.

§. 333.

Unmittelbare Folgerungen aus jener ersten Regierungsmaxime sind: 1) der einzig gültige Maßstab jeder, von der Staatsgewalt oder im Namen derselben zu treffenden, Verfügung oder Veranstaltung ist ihre, den Zwek des Staats befördernde oder hindernde, Wirkung, und sie kann nur im ersten Falle zulässig seyn, muß hingegen im zweyten Falle schlechthin verworfen werden. 2) Widersprüche in der Verwaltung des Staats können nur dadurch verhütet werden, daß sie sich in allen ihren Zweigen, ohne Ausnahme keinen Akt erlaubt, der nicht durch vorgängige Prüfung nach dem

eben bestimmten Mafsstabe die Sanktion seiner Zulässigkeit, erhalten hätte. 3) Nur dann, wenn alle Bedingungen der Erreichung des Staatszweks, und zwar in der erforderlichen Art, Ausdehnung und Dauer, in Wirksamkeit gesetzt sind, entspricht die Staatsgewalt ihrem Berufe, und ist sie über Tadel und Verantwortlichkeit erhaben. 4) Jede Verwendung der Staasmacht, — die lediglich realisirt ist als Mittel für den Vereinigungszwek der Gesamtheit der Staatsglieder, und nur um der letzteren willen besteht — für Zwecke, die aufser dem Ziele des Staats liegen, z. B. für blofs persönliche oder Familienprivatzwecke der Inhaber der Staatsgewalt ist Mißbrauch der letzteren, Despotismus; sie ist überdiefs Betrug des Volks, wenn das Wohl des Staats zum Vorwande gebraucht wird, und Ungereimtheit, wenn sie von der Voraussetzung ausgeht, daß die Unterthanen nur um der Herrscher willen vorhanden, daß die Staaten disponibles Eigenthum ihrer Machtverwalter seyen. 5) Für Befehle und Anordnungen, welche den Zwek des Staats nicht befördern, wohl gar dessen Erreichung behindern, existirt keine Verbindlichkeit der Unterthanen, zu gehorchen; denn Befehle und Anordnungen jener Art sind nicht Ausflüsse der Staatsgewalt, als solcher, sondern eines blofsen Privatwillens, und Unterthanen bindet, als solche, nur die

Pflicht, ihre Handlungen für den Zweck des Staats bestimmen zu lassen.

§. 334.

Der Zweck des Staats ist — Geltung, Sicherheit des Rechts aller seiner Glieder: das Recht eines jeden ist geltend, gesichert, wenn er so frey seyn kann, als es ihm die Natur in seinem Zusammenseyn mit anderen freyen Wesen zu vergönnen Willens ist, wenn jeder im Gebrauche seiner Freyheit auf die Bedingung beschränkt ist, unter welcher alle gleich frey seyn können. Zu einer weiteren Beschränkung über diese Bedingung hinaus existirt in der Regel durchaus kein Grund; jede weitere Beschränkung der Freyheit ist vielmehr selbst Reichsverletzung, somit Vereitelung des Staatszweks. — Hierauf stützt sich die zweyte Regierungsmaxime: durch die Thätigkeit der Staatsgewalt muß zwar die (außer dem Staate zügellose) Willkühr der Bürger beschränkt, aber sie darf nicht mehr beschränkt werden, als es nothwendig ist, damit sie alle gleich frey, in ihren Rechten gesichert seyen.

§. 335.

Folgesätze hiervon sind: 1) Eine Staatsverwaltung, welche auf den Karakter der Zweckmäßigkeit Anspruch macht, darf sich nie eine Mafsregel erlauben, wodurch die Freyheits-

sphäre der Staatsbürger im Gebrauche ihres persönlichen oder Sacheneigenthums mehr beengt würde, als es das allgemeine Rechtsgesetz in Anwendung auf sie gebiethet. 2) Diejenige Staatsverwaltung ist die vollkommenste, durch welche die nächste Erreichung des Staatszweks mit der möglichst geringen Beschränkung der Staatsbürger im Gebrauche und Genusse ihres persönlichen und Sacheneigenthums bewirkt wird, in welcher stäts ein richtiges Verhältniß der geforderten Opfer zu dem eigentlichen Bedürfnisse des Staats statt findet; denn da ist die Absicht des Gesamtwillens erreicht, welcher nur wollen kann, daß gerade so viel, nicht mehr und nicht weniger, an der Freyheit und dem Eigenthume aller Einzelnen gefordert werde, als zur Erreichung des gedachten Zweks nothwendig erforderlich ist. 3) Die Staatsverwaltung ist um so schlechter und verächtlicher, je weniger sie sich scheut, die Freyheit der Staatsglieder über die Gebühre zu beschränken, und letztere als Maschinen, als bloße Mittel zu fremden Zwecken zu behandeln; denn in einem solchen Staate sehen die Menschen nicht nur den Zweck ihres Vereins gänzlich verfehlt, sondern sich selbst in eine noch schlimmere Lage versetzt, als in welcher sie sich außer allem Staate befänden, weil hier ihre Rechte methodisch und nach Regeln verletzt werden. 4) Wenn die Menschen,

bereit, einer rechtsgemässen Beschränkung ihrer Freyheit sich zu fügen, einer solchen methodischen Vernichtung ihres wesentlichsten Karakters Widerstand entgegensetzen, so bedienen sie sich nur des, durch das Rechtsgesetz, ihnen gestatteten Zwangsrechts, und eine solche Handlung, welche so unstreitig die Sanktion des Rechtsgesetzes für sich hat, mit dem Namen eines Verbrechens stempeln zu wollen, wäre nicht nur widersinnig, sondern selbst Verbrechen gegen die Gesetze der Natur.

§. 336.

Durch die Macht des Staats soll die Freyheit aller Staatsglieder, welche sich in ihrem zügellosen Gebrauche gegenseitig aufheben würde, soweit beschränkt werden, daß sie sich gegenseitig vertrage; somit ihr allseitiger Gebrauch möglich sey; in Ansehung der Freyheit aber, und der auf ihr beruhenden Rechtsfähigkeit ist zwischen Menschen und Menschen kein Unterschied; denn, wie sie Einem zukömmt, kömmt sie Allen zu, und wie sie Allen zukömmt, kömmt sie jedem Einen zu. Da nun das Recht in der Einschränkung der Freyheit Aller auf die Bedingung ihrer gegenseitigen Verträglichkeit besteht, die Subjekte aber in Ansehung der Freyheit, als der Basis des Rechts, einander gleich sind, so muß auch das, was aus der Freyheit folgt, und um ihrer selbst willen

seyn soll, nämlich die Einschränkung derselben auf die angezeigte Bedingung, in Allen und für Alle gleich seyn; denn das Bedingte geht nicht weiter, als seine Bedingung, die Folge nicht weiter als ihr Grund, und es läßt sich kein Grund gedenken, warum in der Regel die Freyheit des Einen mehr beschränkt werden dürfte, als die des Anderen.

§. 337.

Die Gemeinschaft oder Koexistenz der Menschen ist ein Zustand der Wirkung und Gegenwirkung; und die rechtliche Koexistenz derselben ist ein Zustand einer, auf die Bedingung der Freyheit Aller beschränkten, Wirkung und Gegenwirkung. Da sich aber alle Menschen an Freyheit gleich sind, so kann der Zustand, welcher um der Freyheit willen seyn soll, auch nicht auf andere, als, Allen gleiche, Bedingungen gegründet werden; mithin kann im bürgerlichen Zustande die Willkühr in der Wirkung und Gegenwirkung nur nach dem Gesetze der Gleichheit eingeschränkt werden. So wenig also auch die, von der Natur selbst gestiftete, Ungleichheit der Rechte in Ansehung ihrer Objekte und ihres materiellen Umfanges im Staate aufgehoben werden kann, und darf, so gewifs muß dagegen die, von der Natur selbst — dadurch, daß sie alle Menschen als gleich freye Wesen schuf — gewollte,

Gleichheit der Rechte ihrer Form nach, im Staate und durch den Staat gehandhabt werden, und die strengste Beachtung der formalen Rechtsgleichheit Aller ist demnach unerlässliche Bedingung einer, ihrem Zwecke genügenden, Staatsverwaltung. — Hierdurch rechtfertigt sich, als dritte Regierungsmaxime, die Nothwendigkeit, alle Staatsglieder (so lange sie durch Verbrechen ihre Freyheit nicht verwirkt haben) in Ansehung der Beschränkung ihrer Freyheit vollkommen gleich zu halten und zu behandeln.

§. 338.

Korrolarien, hiervon sind: 1) Was irgend Einer im Staate thun, welchen Gebrauch er von seinem persönlichen oder Sacheneigenthume machen darf, dasselbe muß auch unter gleichen Umständen jedem Anderen zu thun, denselben Gebrauch muß ihm von seinem Eigenthume zu machen gestattet seyn. 2) Was um der Möglichkeit der Freyheit Aller willen überhaupt unterbleiben muß, darf keinem Einzelnen verstattet werden; was irgend an einem Staatsgliede strafbar ist, muß es an Allen seyn. 3) Wozu irgend ein Glied des Staats von einem anderen rechtlich gezwungen werden darf, eben dazu muß dasselbe unter gleichen Bedingungen und Verhältnissen jedes andere

ebenfalls zwingen dürfen. 4) Welches Recht irgend Jemand im Staate erwerben kann, muß unter gleichen Voraussetzungen für jeden Andern erwerblich seyn, und durchgängige Gleichheit des Rechtsanspruchs statt finden. 5) Durch Gestattung oder Duldung von, die formale Rechtsgleichheit verletzenden, Vorrechten und Privilegien für einzelne Personen oder Stände im Staate, setzt sich die Staatsverwaltung mit ihrem Zwecke, und folglich mit sich selbst in Widerspruch, welcher weder durch vermeintliche Privatvorthelle der Gewaltinhaber, noch durch das Alter jener Mißbräuche gehoben zu werden vermag. 6) Die Verstattung der Vererbung solcher Vorrechte (deren Name schon ihre Widerrechtlichkeit ausdrückt) und Privilegien ist ein erhöhter Mißbrauch der Staatsgewalt, welcher über kurz oder lang auf die Inhaber der letzteren verderblich zurückwirken muß, so gewiß die Natur am Ende unausbleiblich ihre Rechte behauptet. 7) Aus bloßer Gnade ertheilte Steuerbefreyungen oder Erleichterungen für einzelne Personen oder Klassen sind ein unverantwortlicher Raub an dem Eigenthume derjenigen, welchen der, durch jene, die formale Rechtsgleichheit verletzenden, Begünstigungen veranlaßte Steuerausfall zur Last kömmt. 8) Alle, eine Ungleichheit des Rechts seiner Form

nach stipulirenden, die Gleichheit des Rechtsanspruchs unter den Staatsgliedern aufhebenden, Verträge sind, so alt sie auch immer seyn mögen, durchaus unverbindlich, weil ein, das Recht verletzender, Vertrag in seinem Ursprunge nichtig, und diese Nichtigkeit durch keine Dauer des Unrechts heilbar ist.

§. 339.

Der Staat ist nothwendiges Mittel zur Rechtskraft des Naturrechts, unumgängliche Bedingung, unter welcher den Aussprüchen des natürlichen Menschen- und Gesellschaftsrechts, zwar nicht erst Gültigkeit, aber Geltung und Bestand, Leben und Wirklichkeit verschafft werden können, und eben diese Geltung und Wirklichkeit des Rechts ist des Staats einzig wahrer Zweck. Darum wurde die Rechtsangemessenheit als die positive Bedingung, und die, die Geltung des Rechts befördernde, Wirkung als der positive Mafsstab der Zulässigkeit jedes Mittels aufgestellt, dessen sich die Staatsgewalt, als solche, bedienen dürfe. — In wieferne nun aber der Staat, als eine Menge vernünftiger Wesen, und die Staatsgewalt, als deren Repräsentant, entschieden nicht minder unter der Verbindlichkeit des Sittengesetzes, als unter der Verbindlichkeit des Rechtsgesetzes, steht, insoferne ist es für sich klar, daß, wenn gleich die Realisirung des

Sittengesetzes im Zwecke des Staats nicht begriffen ist, dennoch die Staatsgewalt bey allen ihren Funktionen das Sittengesetz insoweit berücksichtigen müsse, daß sie wenigstens nichts gegen das letztere unternehme, daß ihr Verfahren den Geboten der Moral nicht widerspreche, weil der vernünftige Gesamtwille unmöglich irgend ein Mittel zur Geltung des Rechts wollen kann, welches der Sanktion des Sittengesetzes ermangelte.

§. 340.

Das Sittengesetz bildet sonach eine nothwendige Schranke, eine Umzäumung für die Wirksamkeit der Staatsgewalt, welche von der letzteren, ohne sich des Karakters der Vernunftgemäßheit zu entäufsern, nie übersprungen werden kann und darf; die Forderungen des Sittengesetzes bilden sonach den unumgänglichen negativen Mafsstab der Zulässigkeit jedes Mittels, dessen sich die Staatsgewalt zur Erreichung ihres Zwecks bedienen will; und hierdurch rechtfertigt sich, als vierte Regierungsmaxime, der Grundsatz: daß die Staatsgewalt unter keinerley Umständen oder Verhältnissen so etwas statuiren oder unternehmen dürfe, was den Geboten der Sittenlehre zuwider wäre, weil auch sie, als Staatsgewalt, von dem Zwange

der praktischen Vernunft, als Gesetzgeberin der Sittenlehre, nach keiner Hinsicht entbunden seyn kann.

§. 341.

Nähere Bestimmungen hiervon sind: 1) Wenn gleich kein Zwangsrecht für die Forderungen des Sittengesetzes gegen die Unterthanen im Begriffe und Umfange der Staatsgewalt zu finden ist, so darf letztere, die, auf das Recht sich beziehenden, Handlungen der ersteren dennoch nur der moralischen Natur der Handelnden gemäß leiten, sich folglich seines Mittels für ihren Zweck bedienen, welches den Bestimmungen des Sittengesetzes widerspräche. 2) Alle hergebrachten, auf das Wesen des Staats sich beziehenden, Institute und bestehenden Verträge der Art ist die Staatsgewalt nach jenem negativen Mafsstabe ebenfalls zu prüfen, und, im Falle sie diese Prüfung nicht aushalten, ohne weiteres abzuschaffen und aufzuheben, auch die Etablirung und Schließung ähnlicher Institute und Verträge für die Zukunft zu verhindern verpflichtet. 3) Auch in der Leitung der Verhältnisse des Staats mit anderen Staaten ist unläugbar die Staatsgewalt an die negative Bedingung der Berücksichtigung des Sittengesetzes streng gebunden, weil, so wie einzelne Individuen, in ihrer Wechselwirkung

an die Gebote der Moral unerläßlich gebunden sind, eben so auch Aggregate vernünftiger Individuen, die vermittelt ihrer Verbindung zu einem gemeinsamen Zwecke Eine Person, einen Staat, ausmachen, in ihrer Wechselwirkung mit anderen Aggregaten gleicher Natur nothwendig der Verbindlichkeit des Sittengesetzes unterliegen, von welcher sie durch keinen, wenn auch noch so großen, materiellen Vortheil entbunden werden können.

Anmerkung. Wohl kennt man die Gründe, welche gewisse Menschen zur Beschönigung der Unsittlichkeit in der Politik aufzustellen, die sittenlose Dreistigkeit hatten. Allein ihre Schwäche und Blöße ist längst aufgedeckt, und eine Politik jener Art trägt mit Recht die tiefste Verachtung und den Fluch des edleren Theils der Menschheit. Warum hüllt man denn immer die unmoralischen Auswüchse der Politik in ein tiefes Dunkel, und legt sie nur in geheimen Artikeln nieder? Warum scheut man sich, damit unmittelbar ans Licht zu treten, wenn man wirklich dazu befugt zu seyn glaubt? Ist nicht eben diese Lichtscheue der sprechendste Beweis, daß jene trügerischen und ewig betrogenen, Staatskünstler die Unhaltbarkeit ihrer sophistischen Beschönigungen selbst fühlen? — Es ist, sollte man denken, endlich einmal Zeit, sich von der Sklaverey des bisherigen Irrthums in der Politik zu entfesseln, auch in den Staatsverhandlungen der Sünde sich zu schämen, die Unverletzlichkeit des Sittengesetzes auch in der Wechselwirkung der Staaten öffentlich anzuerkennen und geltend zu machen,

und so die Politik wieder zur Würde einer, der höheren Bestimmung vernünftiger Wesen entsprechenden, Kunst zu erheben.

§. 342.

In den bisher aufgestellten vier Regierungsmaximen sind die allgemeinen Bedingungen niedergelegt, an welche die Staatsverwaltung unter allen Umständen und Verhältnissen in der Auswahl der Mittel zur Erreichung des Staatszweks ohne Ausnahme schlechterdings gebunden ist, und deren Vernachlässigung nothwendig ein Austritt aus dem rechten Gleise der Staatsverwaltung, ein unverkennbarer Mißbrauch der Staatsgewalt seyn würde. Insoferne nun aber bloß die Richtung und Grenze der Thätigkeit der Staatsgewalt im allgemeinen gezeichnet ist, leitet der natürliche Gang der Untersuchung zunächst auf Bestimmung des positiven Gehalts, und zwar zunächst der allgemeinen Qualitäten dieses Gehalts jener Thätigkeit. — Bey diesem Beginnen kommt vor allem die allgemeine Regel der Klugheit zur Sprache, welche — in ihrer Anwendung auf den Staat, als Regierungsmaxime ausgedrückt — aus den zu Gebote stehenden, diejenigen Mittel zu wählen gebiethet, die, unter stäter Berücksichtigung ihrer voraus bestimmten allgemeinen Bedingungen, den Staatszwek möglichst leicht, sicher und voll-

ständig zu realisiren, unter den gegebenen Umständen die tauglichsten und geschicktesten sind.

§. 343.

Der Zweck der Staatsverwaltung ist, die Freyheit der Menschen, welche in ihrer Vereinigung den Staat bilden, auf die Bedingung ihrer Verträglichkeit im allseitigen Gebrauche zu beschränken, und, wie sich von selbst versteht, den Staat selbst, als die Anstalt für diesen Zweck, in seiner Integrität zu behaupten. Als die natürlichste und unerlaßlichste Bedingung der Erreichbarkeit jenes Zwecks dringt sich unmittelbar auf: — die Zeichnung der Sphäre, worauf jeder seine Freyheit um jener Verträglichkeit willen zu beschränken habe, die Normirung der, auf die Möglichkeit der Freyheit Aller einfließenden, Handlungsweise der Staatsglieder. Diese Normirung findet ihren einzigen und untrüglichen Kompaß in dem allgemeinen, überall anwendbaren, Rechtsgesetze. Fragt man aber nach den tauglichsten Mitteln, jenen Normen unausbleiblichen Effekt zu verschaffen, so kann die gewünschte Auskunft unstreitig nur gefunden werden auf dem Wege einer stäten Rücksicht auf die menschliche Natur überhaupt, und die Individualität der gegebenen Subjekte

insbesondere, so wie auf die wirklichen und möglichen Hindernisse und positiven Bedingungen des bezielten Effekts.

§. 344.

Die drey Hauptgattungen der geforderten, jenen Rücksichten entsprechenden, Mittel sind: 1) ein gründlicher Unterricht der Staatsglieder über Zweck, Nothwendigkeit und Nutzen des Staats; 2) eine, dem Kulturgrade der Staatsglieder angemessene, überzeugende Belehrung der Staatsglieder über Zweck, Nothwendigkeit und Nutzen der einzelnen, von der Staatsgewalt ausgehenden, Verfügungen und Anstalten; und 3) wo diese nicht zureicht, verhältnißmäßiger Zwang. — Diese Angabe und die, in ihr ausgedrückte, Stufenfolge ist das Resultat der Überzeugung, daß es widersinnig sey, die Übereinstimmung freyer Wesen zum Erstreben eines Ziels zu erwarten, dessen Vorstellung ihnen fremd geblieben ist, daß hingegen, nach dem Zeugnisse aller Erfahrung und Menschenkenntniß, wo nicht alle Menschen, doch wenigstens der grössere Theil derselben solchen Bestimmungen sich willig füge, von deren Nothwendigkeit und Nutzen für sie selbst ihnen befriedigende Überzeugung geworden ist, daß es die Würde der menschlichen Natur erheische, auf den Menschen vor allem durch Vernunft zu wirken, und auf diesem

Wege Vorurtheile und Irrthümer zu zerstreuen, Leidenschaft und bösen Willen zu fesseln; daß endlich der Zwang nur erst dann und da nothwendig, und mit Sicherheit des Erfolgs anwendbar sey, wann und wo die Sinnlichkeit über die Vernunft noch das Übergewicht behauptet.

Anmerkung. Stellt man unter den Maßstab dieser, doch wohl unleugbar richtigen, Bemerkungen die Verwaltung so mancher wirklichen Staaten, so muß man über die gewöhnliche Verfahrungsart derselben, und die, in ihr zur Regel gewordene Mißhandlung des Menschengeschlechts von gerechtem Unwillen ergriffen werden. Befehlen — Drohen — Strafen — diess sind die, beynahe ausschließenden, Kunstgriffe der, so hoch gerühmten, Staatspraxis, wodurch Menschen, nicht viel besser, als Thiere, dressirt werden, so lange wenigstens, als nicht Gefahr von Aussen den Verlust des Thrones droht. Bedarf es da noch einer Frage: Warum der Zweck der Staaten so selten erreicht werde? Warum allenthalben für die Tendenz der Regierungen der Geneigtheit so wenig, der Schwierigkeiten und Hindernisse so viele zu finden seyen? — Wer Menschen nicht menschlich zu behandeln versteht, der wird mit ihnen nie zum Ziele kommen, im Gegentheile über kurz oder lang die traurigsten Folgen ihrer widernatürlichen Behandlung auf sich unvermeidlich zurückgewälzt sehen.

§. 345.

Zwangsmittel sind für vernünftige, von der Natur frey geschaffene, Wesen eben das,

was angreifende Arzneymittel für den Körper sind. Sie können, ohne die möglichste Behutsamkeit angewendet, sehr leicht zu Gift werden; denn die ununterbrochene Erfahrung lehrt, daß unnöthig angewendeter, oder auch nur gedrohter, Zwang, statt Willfährigkeit, nur Erbitterung und Widerspenstigkeit erzeuge; durch Zwang allein kann daher allenfalls endlich vom Herrscher Unterwürfigkeit, nie aber wahre Folgsamkeit bewirkt werden; jener setzt vielmehr Staatsgewalt und Unterthanen in eine Art von Kriegszustand gegen einander, der nothwendig zu einem unübersteiglichen Hindernisse jeder harmonischen Wirksamkeit werden muß; denn Widerspenstigkeit macht eine Erhöhung des Zwangs nothwendig, und diese wird eine gesteigerte Bitterkeit, und, langsamer oder schneller zum Ausbruche reifenden, Mißmuth zur Folge haben. Dagegen bürgt die Natur des Menschen und Erfahrung dafür, daß selbst die rohste Menschenklasse endlich von der Kraft der Vernunft ergriffen, der edlere Trieb in ihr belebt, und für die Einwirkung besserer Motive empfänglich werden müsse, daß bey weitem in den meisten Fällen durch gründliche Belehrung, wenn man sich nur zur Fassungskraft der zu bestimmenden herunterzustimmen, die Mühe geben will, aller Zwang entbehrlich gemacht, und eine für das ganze Streben der Regierung

äußerst förderliche, willfährige Stimmung bewirkt zu werden vermöge.

§. 346.

Diese Reflexionen führen unmittelbar zu dem Resultate: daß die Verwaltung eines Staats, der es darum zu thun ist, den ihr vorgestekten Zweck auf eine, der Würde der Menschheit entsprechende, und ihre eigene Bahn erleichternde, Art zu realisiren, sich es zur unabweichlichen Maxime machen müsse: die Wirksamkeit aller ihrer Verfügungen und Veranstaltungen vorzüglich auf eine, dem Kulturgrade des Volks angemessene, Belehrung über die Gründe derselben zu bauen, Zwangsmittel aber nur da und so lange anzuwenden, wo und insoferne jene unentbehrlich sind, weil die Gründe jener Verfügungen noch nicht als hinlängliche Motive der Befolgung derselben wirken, jedoch jene immer nur in solchen Modifikationen eintreten zu lassen, bey welchen die allmähliche Einschlebung und Anwendung edlerer Motive nicht gehindert wird; endlich die Anwendung der Zwangsmittel, nach dem Verhältnisse, in welchem sich die Wirksamkeit anderer Motive ergibt, als unnöthig und selbst zweckwidrig zu vermindern, und so sich nach und nach der möglichsten Entbehrlichkeit derselben zu nähern.

Anmerkung. Es gibt kein sichereres Mittel, den Gesetzen Achtung zu verschaffen, und den Veranstaltun-

gen der Staatsgewalt Willfährigkeit zu bereiten, als Bewirkung der Einsicht ihrer Zweckmäßigkeit und ihres Nutzens. Der vernünftige, gutdenkende Bürger wird sich um so lieber fügen, und selbst den rohen und mißvergnügten Theil wird die Ansicht des Nutzens zur Folgsamkeit bestimmen; Alle werden sich durch die, in jener Verfahrensart ausgedrückte Achtung vor ihrer Urtheilskraft geehrt, und hinwiederum zur Achtung der Regierung gezwungen fühlen. Jenes Mittel wird daher den Zwang in einem hohen Grade entbehrlich machen, sobald nur die Verfügungen und Veranstaltungen wirklich dem Zwecke des Staats entsprechen. Und sollte jenes Mittel nicht ungleich leichter und der Menschheit würdiger seyn, als thierischer Zwang?

§. 347.

Eine Regierung wird mit um so viel weniger Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wird den ihr vorgestekten Zweck um so sicherer und vollständiger erreichen, je mehr sie das **Vertrauen** und die **Zuneigung** ihrer Untergebenen besitzt; denn sie wird unter dieser Voraussetzung allenthalben aufrichtige Bereitwilligkeit zur Mitwirkung finden; im entgegengesetzten Falle im stäten Ringen mit dem Argwohne, dem Widerwillen und der Widerspenstigkeit, den besten Theil ihrer Kraft unnütz verloren sehen. Es ist aber eines der bekanntesten Resultate der Menschenkenntniß, daß man, um das Zutrauen, die Zuneigung und Willfährigkeit der Menschen zu gewinnen, sie durchaus wahr, offen und

zutrauensvoll behandeln müsse. Nichts lähmt die Wirksamkeit einer Staatsverwaltung schneller und mächtiger, als der Verdacht oder gar die Überzeugung ihrer Unredlichkeit. Hat man auch nur einmal entdeckt, daß sie, um ihre wirklichen, dem Staatszwecke fremden, Zwecke zu verbergen, falsche Absichten vorge spiegelt, Gründe erdichtet habe, und die Entdeckung erfolgt unvermeidlich — dann ist Vertrauen, Achtung, Wirksamkeit unwiederbringlich dahin. Alle ihre Mafsregeln werden dann für ähnliche Kunstgriffe der Täuschung gehalten, gegen die man auf seiner Hut ist, wohl gar sich zur Wehre setzt. — Heimlichkeit und Verschllossenheit setzen nothwendig Mißtrauen voraus gegen diejenigen, gegen welche jene gerichtet sind, haben aber auch nothwendig auf Seite der letzteren Entfernung, Mißtrauen, und selbst gerechten Argwohn und Unwillen zur Folge, wenn das Geschäft oder der Gegenstand des Interesses gemeinschaftlich ist.

§. 348.

Je weniger die Richtigkeit dieser Bemerkungen geläugnet werden kann, desto deutlicher muß die Nothwendigkeit einleuchten, die Beobachtung strenger Wahrheit, und vertrauensvoller Offenheit in allen Funktionen der Staatsverwaltung unter die ersten und wesentlichsten Regierungsmaximen zu zählen.

Ihre Befolgung ist unerlässliches Mittel zum Zwecke, und die Pflicht ihrer Befolgung unmittelbarer Ausfluß der Natur der Staatsverwaltung, welche nur einen Zweck, den von allen gewollten Zweck des Staats kennen soll, und welche nicht etwa nur privative Angelegenheit des Gewaltinhabers, sondern im eigentlichsten Verstande gemeinschaftliche Angelegenheit aller Staatsglieder ist, um die sich jedes derselben bekümmern soll, und um so gewisser bekümmern darf, je weniger dem Vollmachtgeber die Einsicht in die Geschäftsführung seines Bevollmächtigten aus irgend einem Grunde verweigert werden kann. Eine Regierung, welche durchaus richtige Grundsätze befolgt, und sich ihrer reinen Absicht bewußt ist, kann unmöglich zureichende Gründe einer Täuschung oder Verhehlung der letztern haben, und die Vernachlässigung jener Maximen setzt nothwendig falsche Zwecke, oder wenigstens eine Furcht voraus, die einer Regierung durchaus fremd seyn muß, wenn sie nicht selbst ihre eigene Schwäche fühlt, deren unzweydeutiges Bekenntniß jene Furcht ist.

Anmerkung. Die Gründe, womit man die Geheimnißkrämerey selbst in der inneren Staatsverwaltung zu rechtfertigen sucht, mögen zum Theil wahr seyn; aber gerade, in wieferne sie wahr sind, sind sie doch selbst, bey genauer Prüfung ihrer Quellen, nur Produkte der faktisch vorausgegangenen Heimlichkeit,

und ihres natürlichen Einflusses auf die Denkart und das Benehmen der Staatsglieder. Man verstopfe nur diese Quelle, man setze, mit Beobachtung richtig berechneter Stufen, allmählich Offenheit an die Stelle jener Heimlichkeit, und die Gründe der letzteren werden mit der veränderten Denk- und Handlungsweise der Staatsglieder in Ansehung dieses Punkts rein hinwegfallen. — Regierungen, welche fähig sind, sich unredliche und zweckwidrige Handlungen zu erlauben, deren Maximen und Vorbereitungen, im Falle sie laut würden, das Entgegenstreben Aller zur unmittelbaren Folge haben müßten, werden und müssen freylich, jener Wahrheiten ungeachtet, auf der Maxime der Verstellung und Heimlichkeit beharren; aber die hier deduzirten Regierungsmaximen sind auch nur auf Regierungen berechnet, welche den festen Willen und die Fähigkeit besitzen, den Staat nur nach gerechten und dem Staatszwecke entsprechenden Prinzipien zu verwalten, und für solche Regierungen muß die Maxime der Wahrheit und Offenheit von entschiedenem Nutzen seyn. (m. s. die §§en 300 — 305.)

Immerhin kann die Offenheit oder Verschlossenheit der Regierungen den Völkern zu einem ziemlich sicheren Maßstabe des guten oder bösen Bewußtseyns der ersteren dienen.

§. 349.

Soll indessen jene Wahrheit und Offenheit in der Staatsverwaltung gegen möglichen Mißbrauch von Seite der Staatsglieder gesichert seyn, so müssen sie mit hohem Ernst und selbst mit Strenge, zugleich aber auch mit ausnahmsloser Unpartheylichkeit in Durchfüh-

rung der Verfügungen und Veranstaltungen der Staatsgewalt gepaart werden. Unter jenem Ernst und Strenge verstehe ich die würdevolle Haltung eines festen und unwandelbaren Willens, und einer zureichenden Kraft, welche jeden Versuch der List, des bösen Willens oder der Leidenschaft, die Verfügungen der Regierung zu umgehen, oder unbefolgt zu lassen, oder gar denselben zu widerstreben, unwiderstehlich niederzuschlagen, ununterbrochen zur Thätigkeit bereit ist, erforderlichen Falls mit Schnelligkeit und Energie handelt; und unter jener Unpartheylichkeit, die ausnahmslose Vollziehung der Gesetze, mit Entfernung aller, auf Kosten der Gerechtigkeit schonenden Rücksicht auf Konvenienz, auf Stand und Rang, auf Familienverbindungen und Reichthum. Mangel jenes Ernstes und jener Strenge dürfte leicht eine Art von Nachlässigkeit und Leichtsin, wo nicht gar Widersezlichkeit erzeugen und nähren, und den Gesetzen das nöthige Ansehen entziehen; Mangel jener Unpartheylichkeit aber würde gewiss die, von jeder Verletzung der formalen Rechtsgleichheit unzertrennliche, Erbitterung der Zurückgesetzten zur Folge haben. Man denke sich hingegen eine Regierung, welche anständigen Ernst, zweckmäßige Strenge und unerschütterliche Unpartheylichkeit mit durchgängiger Wahrheit und Offenheit zu vereinigen

versteht, und man wird eine ungetheilte Achtung vor den Gesetzen, und ein inniges Vertrauen auf die Verwalter des Staats auf Seite der Staatsglieder, als deren unausbleibliche Folgen unmöglich misskennen können.

§. 350.

Es gab eine Zeit — die Kindheitsepoch der Menschheit, in welcher die Sinnlichkeit das entschiedenste Übergewicht behauptete — wo der glänzende äussere Pomp, welcher einen Befehlshaber umgab, allerdings für sich allein zureichte, die staunende Menge mit einem Schauer der Ehrfurcht zu erfüllen, und seinen Befehlen beynahe unbedingten Gehorsam zu verschaffen. In jener Zeit war also dieser äussere Pomp ein sicheres und unentbehrliches Mittel, einer wirksamen Staatsverwaltung. Allein jene Epoche ist nun zum grössten Theile vorüber, und in gleichem Masse ist der Nimbus, welcher das Fürstenhaupt umgab, verschwunden, die blinde Verehrung der äusseren Fürstengrösse vertilgt. Der äussere Prunk wird zwar noch einen Augenblick bewundert, aber sein Eindruck ist eben so kurz, als oberflächlich; er gleicht einer Vogelscheuche, die einige Minuten schreckt, aber bald selbst zum Ruhepunkte derer dient, die sie verjagen sollte. Nicht selten spottet der Pöbel, der sich eben vor der Pracht seines Herrschers bis zur Erde beugte, sobald der

Prunkzug aus seinen Augen ist, der Gebehrden und Befehle desselben. Kaum ist der Blick an den Sternen und Bändern der glänzenden Equipage, den goldenen Garden, Pagen und Höflingen gesättigt, so trifft die innere Reflexion die innere Würde des Menschen, das eigentliche Verdienst des Fürsten, und je weiter diese hinter der Gröfse des Glanzes zurück befunden werden, desto mehr wird letzterer mit lächelnder Miene bekrittelt. Das Auge der meisten Beobachter unterscheidet auch im Purpur sehr scharf die kraft- und verdienstlose Marionette, von dem selbstständigen, verdienstvollen, und nur dadurch achtungswürdigen Manne, und erstere wird um so bitterer getadelt, je mehr wesentliche Gröfse jetzt von den Fürsten gefordert wird.

§. 351.

Bey diesen Bemerkungen, deren Wahrheit leugnen zu wollen, sehr vergeblich seyn würde, kann unmöglich die Überzeugung entgehen, dafs jenes, auf das Kindesalter der Kultur berechnete, Mittel, der Staatsgewalt Achtung zu verschaffen, jetzt, wo man in der Kenntniß und Schätzung dessen, was die wahre Regentengröfse ausmacht, so sehr fortgeschritten ist, der Staatsgewalt eben so wenig mehr wahrhaft nützlich seyn könne, als es ihrer würdig ist, dafs sie vielmehr, wo es an den wesentlichen

Bedingungen der Achtung gebricht, jezt durch eben das zum Spott werde, wodurch sie sich sonst ein unbegrenztes Ansehen zu sichern vermochte. Entschieden ist es, daß auf Seite der Staatsglieder diejenige hohe Achtung, welche zur zwekförderlichen Wirksamkeit der Gewaltshaber durchaus unentbehrlich ist, nur erzeugt und genährt werden könne durch wahre Sittlichkeit, Karakter- und Geistesgröfse, und eben so unermüdete, als geschikte, Selbstregierung der Fürsten, daß unter diesen Voraussetzungen eine prunklose, aber durch edlen Geschmak sich auszeichnende, Umgebung derselben einen ungleich wirksameren und bleibenderen Eindruck mache, daß auf Seite der Staatsglieder diejenige Zuneigung und Liebe zu ihren Fürsten, welche deren Wirksamkeit einen so unglaublichen Schwung gibt, wahrlich nicht durch ein abstossendes, hochtrabendes und vornehmstolzes Benehmen, sondern nur durch Herablassung, Leutselig- und Menschenfreundlichkeit erworben werden könne, daß es endlich kaum etwas gebe, was in seiner Vernachlässigung nachtheiliger, und in seinem ununterbrochenen Gebrauche für den Zweck der Staatsverwaltung vortheilhafter wirkt, als ausnahmslose Befolgung und Heilighaltung der öffentlichen Verfügungen und Veranstaltungen vom Regenten selbst. — Die, hieraus von selbst sich ergebenden, Maximen für die Subjekte

der höchsten Staatsgewalt, welche für ihren wahren Beruf, Sinn und Gefühl haben, brauchen wohl nicht besonders ausgedrückt zu werden, gleichwie die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit, sie zu adoptiren und zu befolgen, keiner weiteren Begründung bedürfen kann; denn sie sind aus der Natur des Menschen gegriffen, und durch das Für und Wider in der Erfahrung mehr als zureichend erprobt.

A n m e r k u n g. Reflektirt man auf die schönen, wohlthätigen und grossen Wirkungen, in welchen sich die, selbst beym Mangel so mancher anderer Bedingungen, bloß durch ein leutseliges, menschenfreundliches Benehmen eines Regenten gegen alle Klassen seiner Unterthanen ihm gewonnene, Liebe seines Volks unter allen Verhältnissen, besonders aber in Fällen der Noth und Gefahr äussern, und denkt man sich dagegen die Bitterkeit des Gefühls, welche die Beobachtung einer, durch ein kaltes und abstoßendes Benehmen des Regenten unvermeidlich erzeugten, Gleichgültigkeit des Volks gegen ihn erwecken müßte, so könnte man es beynahe unbegreiflich finden, wie dennoch so mancher Regent jenes so leichte, so natürliche und menschliche Mittel, sich die Liebe seines Volks zu sichern, vernachlässigen könne, wenn nicht der Geist, oder vielmehr die Verkehrtheit, in der solche Prinzen erzogen sind, den Schlüssel zur Enträthselung dieser Erscheinung darböthe. Durch diese Erziehungsweise wird gewöhnlich das rein menschliche an jenen Prinzen so gewaltsam getödet, daß

äußerst selten ein Funke davon übrig bleibt, welcher durch das Produkt der Kunst hindurch zu schlagen vermöchte. Hier ist also der Siz des Übels, und hier muß vor allem geholfen werden. — Noch unbegreiflicher ist es, wie man je die Erhabenheit der Gewaltsinhaber — von welchen die Gesetze selbst ausgehen, oder welche über deren ausnahmslose Erfüllung zu wachen bestimmt sind — über die Gesetze habe vertheidigen können? Alle Gesetze müssen doch wohl als Resultate der Vernunft, und als wesentliche Bedingungen der Erreichung des Staatszweks vorausgesetzt werden; die Gewaltsinhaber von der Verbindlichkeit der Gesetze dispensiren, heißt also, sie von den Forderungen der Vernunft und der Erreichbarkeit des Staatszweks exemiren, d. h. ihnen den Widerspruch mit ihrer eigenen Natur und Bestimmung gestatten. Erwägt man überdiess, wie sehr die Gesetze, durch ihre Vernachlässigung von Seite derer, von welcher sie Achtung und Wirksamkeit erhalten sollen, wie sie von ihnen ihr Daseyn erhielten, in den Augen des Volks an Ansehen und Wirksamkeit verlieren, wie sehr sie hingegen durch das Beyspiel ihrer strengen Beobachtung von Seite derer, die man über allen Zwang erhaben glaubt, an Achtung und Nachdruck gewinnen müssen, so wird über die Wahrheit des am Ende des §. aufgestellten Satzes, auch nicht der mindeste Zweifel mehr übrig bleiben können. Freylich kann die höchste Gewalt Gesetze modifiziren, und ganz aufheben, wenn sie unzweckmäfsig geworden sind; allein von diesem Augenblicke an sind sie keine Gesetze mehr, weil ihnen die Bedingung fehlt, Gesetze seyn zu können.

§. 352.

Als eine weitere, eben so entschiedene als unerlässliche, Bedingung der Zweckmäßigkeit der Staatsverwaltung dringt sich die Maxime auf: in der Verwaltungsart des Staats — gleich weit entfernt von der Anhänglichkeit an das Alte, als solches, wie von der Vorliebe für das Neue, als solches — stäts den Geist und die Bedürfnisse der Zeit, die Kultur des Volks zu berücksichtigen, und letzterer, statt sie zu hemmen, vielmehr, gleich einem zuverlässigen und vorsichtigen Wegweiser, um einen Schritt voranzugehen. — So manche Formen und Verhältnisse, Gesetze und Anstalten, welche in ihrer Entstehung sehr zweckmäßig gewesen seyn mögen, können jezt, bey gänzlich veränderten Bedingungen, ganz unzweckmäßig, ja hinderlich seyn. Sie demungeachtet, bloß um der sogenannten Ehrwürdigkeit ihres Alters willen, unangetastet bestehen zu lassen, würde nicht minder ungereimt seyn, als eine hundertjährige Kleidertracht nicht ablegen zu wollen; jede, bloß im Gefühle gegründete, Verehrung, die nicht ebenmäßig durch die Einsicht unterstützt wird, bleibt Vorurtheil, und kann für Vernünftige nie zu einem zureichenden Bestimmungsgrunde werden. Weder das Alter der Verwaltungsformen und Maximen, noch die in ihnen liegende Begünstigung der Privatzwecke der Herrscher, sondern

allein ihre Tauglichkeit und Wirksamkeit zur Erreichung des Staatszweks, darf als einzig gültiger Maßstab der Beurtheilung ihres Werths angelegt werden, und halten sie diese Probe nicht aus, so ist ihre Beybehaltung sträflicher Mißbrauch der Staatsgewalt. Was aber dem ächt verstandenen Geiste und Bedürfnisse der Zeit widerstrebt, kann jetzt unmöglich mehr ein förderliches Mittel zur Erreichung des Staatszweks seyn; das Bestehen auf demselben ist ein vergebliches Attentat gegen die Tendenz der Natur, welches diese sicher, und nur desto schmerzlicher für den Frevler, niederschlagen wird, je länger er ihr zu widerstehen die unkluge Kühnheit hatte. Eine, der Kulturstufe des Volks nicht anpassende, Staatsverwaltung ist ein, für den herangewachsenen Körper zu eng gewordenes Kleid, welches dieser unausbleiblich gewaltsam sprengen wird.

Anmerkung. Wenn es offenbar nicht gelengnet werden kann, daß der Geist der gegenwärtigen Zeit, der gegenwärtige Grad der Kultur und Aufklärung der meisten europäischen Völker über Menschen- und Bürgerrechte lauter, als jemals, strenge, von egoistischen Privatabsichten der Herrscher reine, Konsequenz, Wahrheit und Offenheit der Staatsverwaltung, Entfernung aller knechtischen Behandlung, Wiederherstellung einer gesetzmäßigen Freyheit und formalen Rechtsgleichheit in jeder Hinsicht fordern, so dürfte eben hierin ein neuer Grund und ein neuer

Beweis für die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Adoptirung der, bisher von mir aufgestellten Regierungsmaximen nicht verkannt werden können. Nur da, wo man das Streben des Zeitgeistes hemmen will, droht er mit Zerstörung; wo man sein Streben unterstützt, und mit Klugheit zu leiten versteht, verspricht er für die Regenten, wie für die Völker die herrlichsten Früchte.

§. 353.

Aber auch der Vorzug des Neuen, bloß weil es neu ist, der blinde Glaube an die erhöhte Zweckmäßigkeit aller neueren Verwaltungsformen und Maximen, bloß weil sie die neueren sind, würde nicht minder tadelnswerth und ungereimt seyn; denn, wenn gleich die Verehrung des Neuen, als solchen, in dem sichern Fortschreiten der menschlichen Kultur doch noch einen Wahrscheinlichkeits- und Rechtfertigungsgrund für sich hat, dem die Anhänger des Alten nicht nur keinen ähnlichen entgegenstellen können, sondern der auch vielmehr gerade wider sie ist, so ist doch auch nicht zu leugnen, daß so manche der neueren Verwaltungsformen und Maximen nur gar zu oft in egoistischen Erweiterungsplänen ihren Grund haben, oder aus gelehrter Halbheit und Verschrobenheit geflossen sind, daß also ein blindes Nachahmen derselben nur auf den entgegengesetzten Abweg führen müsse. — Die ächte Staatskunst wird also stäts zwischen beyden die Mittelstrasse zu halten, bemüht seyn, das

ist: sie wird, eingedenk ihrer Bestimmung, das Alte beybehalten, oder das Neue vorziehen, je nachdem jenes, oder dieses auf dem Prüfstein der Sittlichkeit, der Gerechtigkeit und Klugheit die Probe hält, oder als unsittlich, ungerecht und unzweckmäfsig befunden wird. Sie wird nicht umwälzen, was noch einer, dem Zwecke entsprechenden, Reform fähig ist; aber sie wird auch nie vergessen, dafs die Unterlassung nöthiger Reformen, der zur rechten Zeit bewirkten Verbindung des Neuen mit dem Alten, oder auch der, unumgänglich nothwendigen gänzlichen Umwälzung, über kurz oder lang den Einsturz zur unvermeidlichen Folge haben werde.

§. 354.

Man kann nicht leugnen, dafs in vielen Staaten die bestehenden Civil- Straf-Polizey- und Finanzgesetze, die vorhandene Anstalten für die Rechtspflege, für die Bildung, für die privat- und öffentliche, innere und äufsere Sicherheit, ihrem Zwecke bey weitem noch nicht vollständig entsprechen; man stellt diefs auch gar nicht in Abrede, man erkennt die Gerechtigkeit der Forderung, in der Verbesserung aller jener Verwaltungszweige fortzuschreiten, und ist sogar auch nicht abgeneigt, die Hand ans Werk zu legen. Allein man zittert vor den Schwierigkeiten, auf die man bey diesem Beginnen zu stofsen glaubt, die man für beynahe unüberwindlich hält, und

läßt in diesem schwankenden Zustande eine Periode um die andere ungenützt verstreichen, schleppt sich auch die Maschine indessen noch so mühselig fort, wenn sie nur nicht ganz zerfällt. — Nichts ziemt aber einer Regierung, welche auf Würde und Achtung Anspruch macht, weniger, als eine solche Furcht; denn sie bezeugt nothwendig Mangel an Einsicht und Entschlossenheit, also — Schwäche; und jedes Symptom der Schwäche raubt nothwendig die Achtung. Eine Regierung, welche, mit dem festen Bewußtseyn ihrer Bestimmung, den nöthigen Umfang derjenigen Kenntnisse besitzt, wodurch eine zweckmäßige Staatsverwaltung bedingt ist, kann nie in Verlegenheit kommen, die richtigen, und durch die voraus bestimmten Bedingungen charakterisirten Mittel jeder Art zu ihrem Zwecke unter allen Umständen zu finden, und ihr kann nie der Muth fehlen, die Schwierigkeiten der Ausführung, — die sich selten bey ihrer genauen Betrachtung so groß finden, als sie in der Entfernung zu seyn schienen — zu besiegen, weil sie sich durch ihre Bestimmung berechtigt weiß, jedes Opfer, sey es an Arbeit oder Eigenthum, zu fordern, welches einmal unerläßliches Mittel zu dem, von Allen gewollten, Zwecke ist. Sie wird die Unerläßlichkeit der geforderten Opfer einleuchtend darstellen, und dann, im Gefühle ihrer Pflicht und ihres Rechts, dessen

Grenzen sie nie zu überschreiten wagt, mit Ernst und Nachdruck darauf bestehen, daß sie geleistet werden. Sie selbst wird keine Anstrengung und kein Opfer scheuen, welches etwa von ihrer Seite erforderlich seyn könnte, und darin Allen mit ihrem ermunternden Beyspiele vorausgehen. Sie wird nie etwas ohne vorher reif durchdachten und sorgfältig geprüften Plan beginnen, dann aber auch beharrlich auf dem betretenen Wege fortschreiten. Versuche, deren Erfolg auch nicht sogleich der Erwartung entspricht, werden sie nicht ermüden, und Schwierigkeiten, die meistens nur in der vorausgegangenen Letargie ihren Grund haben, werden sie nicht zurückschrecken, vielmehr anfeuern, in dem Ganzen einen, mit ihrem Streben harmonischen, Schwung anzuregen. So wird sie mit starkem und entschlossenem Schritte ihrem Ziele entgegen gehen, und nie etwas durch den Staatszweck gefordertes aufgeben, weil sich Hindernisse zeigen; denn einer Regierung, welche Hindernisse fürchtet, werden sicher nur desto mehr Hindernisse entgegen gesetzt.

Anmerkung. In vielen Staaten ist man von der Unrichtigkeit, z. B. des bestehenden sogenannten Steuerfußes bis zur Evidenz überzeugt, und wenn man demungeachtet zur Aufhebung der im Gebrauche jenes Steuerfußes liegenden Masse von Ungerechtigkeiten keine Anstalten bemerkt, so kann diese Unthätigkeit

nur aus der Furcht vor den Schwierigkeiten in Erui-
rung und Durchführung eines gerechten Steuerfusses
befriedigend erklärt werden. In welchem Lichte
müssen solche Regierungen ihren Untergebenen er-
scheinen?

§. 355.

Eine Staatsgewalt — welche ihre ganze
Thätigkeit ausschliessend auf Erreichung des
Staatszweks richtet, und diesen durch die pas-
sendsten Mittel zu erreichen strebt, welche die
Freyheit der Einzelnen nicht mehr beengt, als
es um der Freyheit Aller willen nothwendig ist,
und in dieser Beschränkung Alle verhältnissmäs-
sig gleich behandelt, welche sich nie etwas ge-
gen die Forderungen des Sittengesetzes erlaubt,
und die Befolgung ihrer Gesetze durch eine pas-
sende Belehrung über die Nothwendigkeit und
den Nutzen derselben zu bewirken sucht, ehe
sie zum Zwange ihre Zuflucht nimmt, welche
überall redlich und Vertrauensvoll, aber auch
mit Ernst, Strenge und Unpartheiligkeit, zu
Werke geht, die Achtung, derer sie bedarf,
auf wesentlichen inneren Werth und pünktliche
Selbstbefolgung der Gesetze zu gründen sich be-
strebt, welche ohne Vorliebe für das Alte oder
Neue, mit dem Geiste und Bedürfnisse der Zeit
gleichen Schritt hält, und der Kultur des Volks
zur Stütze dient, endlich die Schwierigkeiten
und Hindernisse, welche Trägheit, Unverstand

oder böser Wille ihr entgegensetzen, mit männlicher Entschlossenheit zu besiegen trachtet, — kann für den vernünftigen Theil der Staatsglieder kaum irgend etwas zu wünschen übrig lassen; denn eine, von jenen bisher aufgestellten Regierungsmaximen durchgängig geleitete Staatsverwaltung müßte ihren Zweck um so vollständiger erreichen, je gewisser in diesen Maximen die generellen Bedingungen der Erreichbarkeit des Staatszweks entschöpft sind. Mehr aber, als daß der Staatszwek realisirt werde, kann vernünftiger Weise von der Staatsgewalt nicht gefordert werden.

Anmerkung. Im §. 215 (m. s. die erste Abtheilung) wurde die grundgesetzliche Normirung der Gewaltsübung postulirt. Vielleicht dürfte die Aufnahme der, hier gezeichneten, Regierungsmaximen unter die, in die Konstitutions - Urkunde des Staats niederzulegenden, Verwaltungs - Normen in demselben Grade zweckmässig scheinen, in welchem es einleuchten muß, daß durch positive Normen der Art die Wirksamkeit der Staatsgewalt keineswegs nachtheilig gehemmt, sondern nur auf ihre nothwendigen Grenzen beschränkt, in Ansehung ihrer Richtung und Bedingungen im Allgemeinen bestimmt, und so der Staat für ihre Zweckmässigkeit möglichst gesichert werde.

§. 356.

Unstreitig ist es, daß die gesammte Thätigkeit der Staatsgewalt auf einen und eben den-

selben Zweck — den Zweck des Staats — als ihr einziges und letztes Ziel sich konzentriren müsse, weil jede auf einen, dem Staate fremden, Zweck gerichtete Thätigkeit unmöglich Thätigkeit der Staatsgewalt, als solcher, wäre, indem diese, ihrem Begriffe nach, nur um des Staatszwecks willen besteht. Um aber jenes letzte Ziel zu erreichen, müssen mehrere Mittelzwecke gesetzt, muß auf verschiedenen Wegen zugleich gewirkt, müssen mehrere Triebräder in Bewegung gesetzt werden, durch deren organisches Zusammengreifen und Wirken die Realität des Staatszwecks, als das Totalprodukt hervorgehe, und eben die spezifische Verschiedenheit der Art und Weise, in welcher, um jenes Totalprodukt hervorzubringen, gewirkt werden muß, ist es, wodurch die Eintheilung der Staatsverwaltung in verschiedene Zweige begründet wird. — Die unterstellten möglichen Mittelzwecke sind einzig bestimmbar durch den Entzweck des Staats; denn sie können nur solche seyn, in wieferne sie als Mittel auf diesen Zweck sich beziehen, und als Theile in diesem Entzwecke enthalten sind. Die Vorstellung desjenigen, durch dessen Realisirung die Erreichbarkeit des Totalzwecks des Staats bedingt ist, gibt uns den Mittelzweck zu erkennen, und alles dasjenige, was zur Erreichung eines solchen Mittelzwecks erforderlich

ist, gehört zu den, durch diesen Mittelzweck charakterisirten besonderen Staatsverwaltungszweig, deren es so viele, nicht mehr und nicht weniger, gibt, als wie viele, spezifisch differente, Mittelzwecke aus dem Totalzwecke des Staats sich entfalten lassen.

§. 357.

Hiermit ist nicht nur der Theilungsgrund (das fundamentum divisionis) der Staatsverwaltung in ihre Zweige, und das Kriterium der Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Theilung, sondern auch zugleich Umfang und Grenze jedes einzelnen Verwaltungszweigs im Allgemeinen bestimmt. Um nun die einzelnen Verwaltungszweige selbst nach der Grundlage dieser Bestimmung festzusetzen, fragt sich lediglich: welches sind die verschiedenen Mittelzwecke, welche im Staatszwecke enthalten sind, und ohne deren Realisirung das gesuchte Totalprodukt des Staats mit Sicherheit nicht erwartet werden kann? Oder, mit anderen Worten: welches sind die spezifisch differenten, materiellen Bedingungen der Erreichbarkeit des Staatszweks — der Geltung des Rechts aller Glieder des Staats?

§. 358.

Die allererste Bedingung der Erreichbarkeit des Staatszweks ist unverkennbar — die Zeichnung des speciellen Organismus des gan-

zen Details der Staatsverwaltung; die Aufstellung zureichender Normen, wonach der Umfang des Rechtsgebiets eines jeden Staatsglieds unter allen Verhältnissen bemessen, und jede etwa eintretende Kollision regulirt zu werden vermöge; die Bestimmung alles dessen, was jedes Staatsglied, um der Erhaltung des Gleichgewichts der Freyheit willen, zu thun, zu unterlassen, zu leisten habe, so wie aller der Mittel und Anstalten, welche zur unausbleiblichen Effektuirung jener Bestimmungen erforderlich sind; endlich die Regulirung alles dessen, wodurch die Konsistenz des Staats sowohl in sich selbst, als auch gegen außen bedingt ist, mit einem Worte: — die Gesetzgebung in ihrem ganzen Umfange. — In wiefern ohne solche bestimmte und ausreichende, Regulative weder ein, dem Staatszwecke entsprechendes, Benehmen seiner Glieder, noch ein, dem Staatszwecke förderliches, festes Verfahren seiner exekutiven Gewalt erwartet werden könnte, in sofern ist dasjenige, dessen Vorstellung eine, alle Zweige der Staatsverwaltung umfassende und regulierende, Gesetzgebung zu realisiren bestimmt, nothwendig oberster Mittelzwek des Staats, und der, der Gesetzgebung in allen ihren Branchen eingeräumte, erste Plaz unter allen Verwaltungszweigen von selbst gerechtfertigt; denn die Gesetzgebung in diesem Sinne ist unver-

kennbar die Basis und das Lebensprinzip aller übrigen Verwaltungszweige. Die Differenz der Gesetzgebung von allen übrigen Verwaltungszweigen ist übrigens an und für sich schon zu sehr hervorstechend, als daß sie einer Nachweisung bedürfen könnte.

Anmerkung. Ein durchgängig zweckgemäßes, consequentes Verfahren in der Verwaltung eines Staats, ohne vorhandene ausreichende Verwaltungs - Normen, ist, wie die Natur der Sache lehrt, die zufälligste Sache von der Welt; denn eine Praxis, ohne Theorie der Praxis, bleibt ewig entweder geistlose, mechanische Routine, oder ein willkürliches Herumtappen auf unbezeichnetem Wege; darum braucht man nur den Zustand der Gesetzgebung so manchen Staats in allen ihren Zweigen zu kennen, um über die eigentliche Quelle oder den Grund seiner unhülfflichen, unbefriedigenden Verwaltung außer Zweifel zu seyn, und jede Reform der Staatsverwaltung, die nicht von der Verbesserung der noch mangelhaften Gesetzgebung ausgeht, ist unleugbar ein verkehrtes Unternehmen, unhaltbares Flikwerk.

§. 359.

Wenn aber auch die Rechtssphäre jedes Staatsglieds durch die Gesetzgebung noch so bestimmt abgegrenzt ist, so lassen dennoch der Egoismus und Irrthum, die Unbesonnenheit und Leidenschaft der Menschen, und selbst die, von den Gesetzen des Staats ganz unabhängige, Gewalt der Elemente befürchten, daß jene Rechtssphäre entweder von Anderen bestritten, oder daß

selbst die anerkannte Rechtssphäre von Menschen wirklich verletzt, oder doch wenigstens von Menschen, so wie von der Gewalt der Natur gefährdet und beeinträchtigt, also ihre Sicherheit auf die eine oder die andere Art gestört werde. Die Staatsgewalt, deren Bestimmung es ist, die durchgängige Sicherheit der gesetzlichen Rechtssphäre jedes Staatsglieds zu bewirken, muß sich demnach, um ihrer Bestimmung zu genügen, die Mittelzwecke setzen, jeden erhobenen Rechtsstreit unverzüglich zu schlichten, und jedem das Seine zuzuerkennen — aber auch die unbestrittene Rechtssphäre eines jeden sowohl gegen jede Verletzung — als auch selbst gegen jede Gefährdung, soviel es durch menschliche Kräfte immer möglich ist, sicher zu stellen; denn schon die bloße Gefährdung an sich ist Vernichtung der Sicherheit. — Jeder dieser drey Mittelzwecke begründet einen eigenen Zweig der Staatsverwaltung, als den Inbegriff der Funktionen, wodurch seine Erreichbarkeit bedingt ist; nämlich die bürgerliche Rechtspflege — die Strafrechtspflege — und die Polizey —. Alle drey, in wieferne sie das gemein haben, daß durch sie der Störung rechtlicher Sicherheit mittelbar oder unmittelbar entgegengewirkt wird, beurkunden sich als Zweige eines Stammes, deren spezifische Differenz und Theilungsgrund bloß in der

Verschiedenheit der Art und Weise liegt, wie der Störung der rechtlichen Sicherheit entgegen gearbeitet wird.

Anmerkung. Das gemeinschaftliche des Entzweks jener drey bezeichneten Verwaltungszweige, und der Mangel einer scharfen Unterscheidung ihrer spezifischen Differenz sind unverkennbar die Gründe, warum bisher die Versuche, das Gebiet eines jeden genau abzugrenzen, und z. B. zu bestimmen, was Verbrechen? was bloßes Polizey-Vergehen sey? meistens misslungen sind. Wir werden uns in der Folge an seinem Orte bemühen, jene Grenzen mit der nöthigen Schärfe und Genauigkeit zu bestimmen.

§. 360.

Nicht nur aber bloß von eigenen Mitbürgern, sondern auch von aussen, d. i. von den Gliedern anderer Staaten, oder von anderen Staaten selbst kann die Sicherheit der Bürger eines Staats, so wie dieser Staat selbst gefährdet und verletzt werden. Im Zwecke des Staats, welcher die allseitige Sicherheit seiner Glieder, im Einzelnen wie im Ganzen, umfaßt, liegt daher auch unstreitig der Mittelzweck, jeder Gefährdung und Verletzung der Sicherheit des Staats und seiner Glieder von aussen entgegenzuwirken, und diese Sicherheit nöthigenfalls mit der erforderlichen physischen Kraft handzuhaben. Die Funktionen, deren Inbegriff zur Realisirung beyder bezeichneten Mittelzwecke erforderlich ist, bilden zwey weitere Zweige

der Staatsverwaltung, nämlich: die Leitung der auswärtigen Staatsverhältnisse— und die Militair-Verwaltung. Das sie von den übrigen Verwaltungszweigen charakteristisch unterscheidende ist ebenmässig die besondere Modifikation ihrer Mitwirkung zur Erreichung des Staatszweks, und die Richtung ihrer Thätigkeit nach Aussen.

§. 361.

Die Erreichbarkeit aller dieser Mittelzwecke, von deren Realisirung das Erreichtseyn des Staatszweks das nothwendige Produkt seyn muß, ist durch den Aufwand einer bedeutenden Masse von Kräften und Gütern bedingt, welche, wie die Natur der Sache lehrt, der Staatsgewalt von eben denjenigen zur Disposition gestellt werden muß, die den Staatszwek wollen; das ist: von der Gesammtheit der Staatsglieder. Dafs nun jene, zur Erreichbarkeit des Staatszweks erforderliche, Masse von Kräften und Gütern ihrer Gröfse und Qualität nach ausgemittelt, aufgebracht und erhoben, und den verschiedenen Staatsverwaltungsbehörden nach Mafsgabe ihrer Bedürfnisse zugetheilt werde, ist sonach ein, durch die Natur der Sache selbst ausgesprochener, Mittelzwek, welcher in dem Inbegriffe der, zu seiner Erreichung erforderlichen, Funktionen ebenmässig einen eigenen Verwaltungszweig bildet, nämlich die Staatswirth-

schaft oder Finanzverwaltung. Ihre spezifische Differenz von den übrigen Verwaltungszweigen liegt darin, daß sie zur Erreichung des Staatszweks nur in soferne mitwirkt, als sie für die Bedürfnisse sorgt, ohne deren Befriedigung keiner der übrigen Verwaltungszweige in Wirklichkeit treten könnte, weswegen sie, obgleich nur in einer sehr untergeordneten Stufe für den Staatszwek thätig, dennoch nicht minder unentbehrlich ist.

Anmerkung. Ohne Zweifel dürfte es Manchen befremden, daß ich den unterstellten Verwaltungszweig mit den Ausdrücken: „Staatswirthschaft oder Finanzverwaltung“ bezeichnete, und also zwey Dinge, die man bisher für so wesentlich verschieden hielt, für eins genommen habe. Hier kann ich indessen nur bemerken, daß es sehr absichtlich geschehen sey, daß man aber die, wie ich hoffe, zureichenden, Gründe erst später am gehörigen Orte erwarten dürfe, wo ich zeigen werde, daß der Wirkungskreis, den man bisher unter Staatswirthschaft verstand, zum Theile der Staatsgewalt gar nicht gebühre, zum Theile aber anderen Verwaltungszweigen angehöre, daß hingegen der Ausdruck: „Staatswirthschaft“ richtiger denjenigen Verwaltungszweig bezeichne, der bisher die Finanzverwaltung genannt wurde.

§. 362.

Hält man den, als einzig wahr begründeten, Zwek des Staats unverrückt im Auge, so wird kaum die Überzeugung entgehen können, daß

durch die Gesetzgebung im oben bezeichneten Umfange, die Civil- und Strafrechtspflege, die Polizey, die Leitung der auswärtigen Verhältnisse, die Militair- und die Finanzverwaltung der Zweck des Staats vollständig erreicht werden müsse, sobald der Umfang eines jeden dieser Verwaltungszweige vollkommen ausgefüllt, und der ihn begründende Mittelzwek befriedigend realisirt wird, daß demnach durch jene bezeichneten Verwaltungszweige die ganze, einzig durch den Zweck des Staats bestimmbare, Sphäre der Thätigkeit der Staatsgewalt richtig ausgemessen sey. Zwar ist mancher jener Mittelzwecke, durch welche die angedeuteten Verwaltungszweige charakterisirt sind, von der Art, daß aus ihm sich weitere, untergeordnete, Mittelzwecke entfalten lassen, durch welche jedoch nur die Unterabtheilung der fraglichen Verwaltungszweige begründet werden kann, bey welcher dann erst diejenigen Funktionen des Staats zur Sprache kommen dürfen, welche hier vielleicht Mancher außer Acht gelassen glauben könnte. In wieferne es aber hier bloß in unserem Plane lag, die Hauptabtheilung der Staatsverwaltung zu begründen und festzustellen, die Unterabtheilung dieser Haupttheile hingegen derer speciellen Behandlung, wie sichs gebührt, vorzubehalten, ist es

genug. die Anerkenntnifs postuliren zu können, daß aus dem Totalzwecke, des Staats, außer den angegebenen, keine weitere Gattung spezifisch differenter Mittelzwecke sich entwickeln lasse, daß es außer den angegebenen keine weitere, spezifisch differente, Gattungsbedingung der Erreichbarkeit, des Staatszweks gebe, und daß jede, weiter denkbare, Bedingung sich als eine Unterart in die Kategorie einer jener Gattungsbedingungen müsse einreihen lassen, um uns der Überzeugung hingeben zu dürfen, daß die hier unternommene Theilung der Staatsverwaltung, die hier aufgestellte Bestimmung der Verwaltungszweige, sowohl der ihr unterstellten Absicht, als auch dem ihr unterstellten Theilungsgrunde nach erschöpfend sey.

Anmerkung. Die §§. 458 — 461, in Verbindung mit dem nachfolgenden Detail der Staatsverwaltung, enthalten den zureichenden Stoff, woraus der, im §. 215. für die Konstitutionsurkunde des Staats postulierte, Grundriß der wesentlichen Momente und Bestandtheile der Thätigkeit der Staatsgewalt, und die Bestimmung der Zielpunkte der einzelnen Zweige ihrer Funktionen ohne alle Schwierigkeit entnommen werden können. Die Nothwendigkeit sowohl als der Nutzen eines solchen konstitutionellen Grundrisses und einer solchen grundgesetzlichen Bestimmung sind bereits im §. 216. hinreichend bemerklich gemacht worden.

Der Staatsverwaltungslehre

Erster Abschnitt

Von der Gesetzgebung überhaupt.

Begriff. — Nothwendigkeit der Gesetzgebung.

Allgemeine Bedingungen einer zweckmäßigen

Gesetzgebung in Ansehung ihrer Materie und Form.

Abfassungs- und Einführungsart der Ge-

setze. Zweige der Gesetzgebung.

§. 363.

Die Erreichung des Staatszweks, welche die einzige Aufgabe der Staatsverwaltung ausmacht, haftet daran, daß jedes Glied des Staats auf die, mit der Freyheit Aller verträgliche, Sphäre seiner Freyheit beschränkt, aber auch innerhalb dieser Sphäre vollkommen gesichert sey; die Realisirung des Zustandeseiner solchen Beschränkung und Sicherheit aber hängt davon ab, daß die Sphäre, worauf jeder seine Freyheit, um ihrer Verträglichkeit willen mit der Freyheit Aller, zu beschränken habe, bestimmt, und alle diejenigen Anstalten in Thätigkeit seyen, wodurch jeder von dem ungebührlichen Austritte aus jener seiner Sphäre abgehalten, und eben dadurch jeder andere gegen ungebührliches Einschreiten

in die seinige, so wie auch gegen Beschädigung durch Naturgewalt und äußere Feinde gesichert wird. — Die allererste Funktion des Staats, wodurch seine ganze Lebensthätigkeit bedingt ist, muß demnach bestehen, in der Aufstellung zureichender Normen, wonach jedes Glied des Staats die Freyheit, welche im Zusammenseyn mit den übrigen Gliedern des Vereins auf seinen Theil kömmt, zu bemessen habe; und in der Bestimmung aller der Verrichtungen und Anstalten, von deren harmonischer Wirksamkeit nur das Verhalten eines Jeden innerhalb der ihm gebührenden Sphäre, und die Sicherheit und Ungestörtheit Aller auf ihrem Rechtsgebieth als unausbleibliches Produkt erwartet werden kann. — Die Zeichnung jener Normen, und dieser Verrichtungen und Anstalten, oder mit anderen Worten: die Bestimmung aller Mittel zur Erreichung des Staatszweks und ihres organischen Wirkens umfaßt der Ausdruck: Gesetzgebung.

Anmerkung. Offenbar würde der Begriff von Gesetzgebung zu enge gefaßt seyn, sobald irgend ein Zweig der Gesetzgebung nicht in die Sphäre dieses Begriffs paßte. Damit aber alle Zweige der Gesetzgebung von der Sphäre ihres Begriffs umfaßt seyen, müßte dieser so, wie hier geschehen, bestimmt werden. Der Beweis wird die, später folgende, Bestimmung der Gesetzgebungszweige liefern.

§. 364.

Zwar ist es jedem Menschen durch die Natur seines Zusammenseyns mit anderen Wesen seiner Art, durch Vernunft und Gefühl verkündetes, Gesez, daß er sich im Gebrauche seiner äußeren Freyheit auf die Bedingung beschränken müsse, unter der auch alle Anderen als gleich freye Wesen mit und neben ihm existiren können. Allein weder die Vernunft noch das Gefühl ist in der Masse des Volks ausgebildet und kräftig genug, um jenes Gesez, als solches, in einem deutlichen Bewußtseyn zu haben und zu behalten, noch viel weniger, um dasselbe auf alle Verhältnisse in der Wirklichkeit richtig anzuwenden, als wozu in der That ein bedeutender Grad von Kultur und Übersicht aller Modifikationen möglicher Rechtsverhältnisse erfordert wird, welcher bey allen einzelnen einer Menschenmenge nicht vorausgesetzt werden kann. Darum ist es unumgänglich nothwendig, daß die Staatsgewalt der Vernunft der Staatsglieder zu Hülfe komme durch Aufstellung solcher Normen, in welchen das allgemeine Rechtsgesez bereits auf alle Arten gegebener Rechtsverhältnisse richtig angewendet, und, wie weit jeder seine Freyheit, um ihrer Verträglichkeit willen mit der Freyheit Aller, beschränken müsse, in der Form allgemeiner Regeln bestimmt ist, nach welchen jedes Staatsglied das, was unter allen

Verhältnissen seiner Wechselwirkung mit anderen ihm zu seinem Rechte gebührt, oder, was dasselbe heisst, den Umfang seiner, mit der Freyheit Aller übereinstimmenden, Freyheit mit Leichtigkeit zu bemessen in den Stand gesetzt wird.

§. 365.

Wenn aber auch die allgemeine Bedingung einer durchgängigen Übereinstimmung der äusseren Freyheit aller Staatsglieder durch Aufstellung ihrem Zwecke entsprechender Rechtsnormen realisirt ist, so reicht denn doch, aller Erfahrung zufolge, die, in der bloßen Vorstellung der Gesetze liegende, subjektive Nöthigung für sich allein keineswegs hin, um ein den Gesetzen ohne Ausnahme gemässes Verhalten zu bewirken, jeden in der ihm zuständigen Rechtssphäre vollkommen zu sichern, und so die Freyheit Aller praktisch in Übereinstimmung zu setzen; denn Irrthum und Unwissenheit, Unbesonnenheit, böser Wille und Leidenschaften mancher Art sind mächtige Hindernisse, welche die Wirkung der Vorstellung der Gesetze zu vernichten drohen, und auf Naturgewalt und äussere Feinde, welche dem Rechtsgenusse nicht minder gefährlich sind, haben jene Rechtsnormen gar keinen Einfluss, biethen also auch dagegen keinen Schutz dar. — Um ihrem Zwecke — das Recht aller Staatsglieder in jeder Hinsicht

zu sichern — vollkommen zu genügen, muß demnach die Staatsgewalt auch alle diejenigen Anstalten in Wirksamkeit setzen, welche erforderlich sind, um den gegebenen Rechtsbestimmungen ausnahmslosen Effekt zu verschaffen, alle Hindernisse ihrer Geltung niederzuschlagen, und jeder Störung des Rechtsgenusses zuvorzukommen, muß sie die subjektive Nöthigung aus der bloßen Vorstellung der Gesetze durch das Hinzuthun der, zu deren Geltung erkleklichen, objektiven Nöthigung ergänzen, und der physischen Gewalt den nöthigen Damm entgegensetzen. Damit aber in diesem Gebiete ihrer Thätigkeit Willkühr und Widerspruch vermieden werde, vielmehr Bestimmtheit und Zweckmäßigkeit gesichert sey, ist es unerlässliche Forderung, daß, so wie bestimmt werden muß, was einem Jeden zu Recht gebühre, so auch gesetzlich festgestellt werde, wie einem Jeden für das, was ihm rechtlich gebühret, vollkommene Gewähre geleistet werden könne und solle, welche Mittel zu diesem Zwecke gebraucht, und in welcher Art diese zur Anwendung gebracht werden sollen. Es ist außer allem Zweifel, daß es an zureichenden Normen der letzteren Art nicht fehlen dürfe, wenn die Gesetzgebung des Staats nicht wesentliche Lücken haben, wenn die, durch den Zweck der Gesetzgebung bestimmte, Sphäre derselben

vollständig ausgemessen seyn, und die exekutive Thätigkeit des Staats ihre Schranke nicht überschreiten, sondern nur auf einer vorgezeichneten sicheren Bahn fortschreiten soll.

§. 366.

Die Gesetzgebung des Staats besteht in der Aufstellung aller praktischen Bedingungen der Übereinstimmung der äusseren Freyheit aller Staatsglieder, oder eines gesicherten Rechtsverhältnisses derselben, in der vollständigen Zeichnung der Bahn, welche der Staat zu durchlaufen hat, um zu seinem Ziele zu gelangen. Der Zweck der Gesetzgebung ist, der, auf den Vereinigungszweck sich beziehenden, Thätigkeit der Staatsglieder und der Staatsgewalt denjenigen Impuls und diejenige Richtung zu geben, ohne welche eines Theils jener Vereinigungszweck schlechthin nicht erreichbar wäre, und wovon anderen Theils die Erreichung jenes Zwecks die nothwendige Folge seyn muß. Die Realisirung dieses, eben bestimmten, Zwecks der Gesetzgebung in ihrem ganzen Umfange ist aber bedingt durch gewisse allgemeine Charaktere ihrer Materie sowohl als ihrer Form, und es ist nöthig, ehe noch von dem speciellen Gehalte der Gesetzgebung nach ihren verschiedenen Zweigen die Rede kommen kann, jene allgemeinen Charaktere, und mit ihnen eben so viele generelle Maximen einer zweckmäßigen Gesetz-

verfassung festzustellen, die, wie die Natur der Sache lehrt, nur aus dem Zwecke der Gesetzgebung selbst abgeleitet werden, und nur in der, durch sie zu begründenden, Qualifikation der Gesetzgebung zur Erreichung ihres Zwecks die Gewähre ihrer Richtigkeit finden können.

§. 367.

Keine Äußerung der Staatsgewalt, als solcher, ist gültig, welche nicht auf die Erreichung des Staatszwecks unmittelbar oder mittelbar gerichtet ist, (§. 332 — 334.) folglich ist auch kein Gesetz im Staate zulässig, welches nicht eine direkte oder indirekte, Bedingung der Erreichbarkeit des Staatszwecks aufstellt; denn die Zeichnung dieser Bedingungen ist die einzige Aufgabe aller Gesetzgebung des Staats, und es wäre sonach jede Aufstellung der Bedingung eines andern Zwecks in der unterstellten Gesetzgebung ungebührlicher Austritt aus der ihr eigenthümlichen Sphäre, Mißbrauch der gesetzgebenden Gewalt, für welchen keine Pflicht des Gehorsams auf Seite der Staatsglieder existirte weil nur diejenige Wirksamkeit der Staatsglieder, welche auf den Staatszweck Bezug hat, Objekt der Einwirkung und Leitung der Staatsgewalt, folglich, was den Staatszweck unberührt läßt, auch nicht Gegenstand der Regulierung durch die Staatsgewalt seyn kann. Die Tendenz auf die Erreichung

des Staatszweks ist also der erforderliche erste Karakter eines jeden Gesetzes, welches sich als zweckmäfsig bewähren soll, und hierauf gründet sich folgende allgemeine Maxime der Gesetzgebung: bey dem Entwurfe aller Gesetze im Staate ohne Ausnahme die Erreichbarkeit des Staatszweks alleine unverrückt im Auge zu haben, demnach keine Handlung zu gebiethen oder zu verbiethen, welche nicht um des Staatszweks willen geschehen oder unterbleiben muß, und keine Veranstaltung anzuordnen, die nicht direktes oder indirektes, taugliches Mittel für den Zweck des Staats wäre.

Anmerkung. Hierdurch wird man sich in den Stand gesetzt sehen, mit Bestimmtheit zu entscheiden, ob und in wieferne, z. B. Moralität, Religion, Industrie, Wohlstand u. d. gl. bey der Gesetzgebung des Staats zu berücksichtigen seyen? — In wieferne nämlich die Befolgung des Sittengesetzes, die Ausübung irgend einer, dem Rechte unnachtheiligen Religion, die Erweiterung der Industrie und des Wohlstandes auf rechtlichem Wege etc. zum Rechtsgebiete eines Jeden gehören, ist die Sicherung dieses Rechtsgebieths allerdings Objekt jener Gesetzgebung. Die Sorge hingegen für unmittelbare Beförderung moralischer und religiöser Zwecke, der Industrie und des Wohlstandes liegt gänzlich ausser der Sphäre der Gesetzgebung des Staats, weil jene Zwecke vom Zwecke des Staats keineswegs umfaßt sind. Nach dem ersteren Gesichtspunkte hat aber die Gesetzgebung des Staats auf die bezeichneten Gegen-

stände bloß negativ einzuwirken, d. i. nur dahin zu wirken, daß Hindernisse hinweggeräumt, Störungen abgehalten, Eingriffe behindert werden u. s. w.

§. 368.

Indem nun die Gesetzgebung des Staats, dem ihr vorgestekten Zwecke gemäß, darauf ausgeht, die Bedingungen der Erreichbarkeit des Staatszweks vollständig zu zeichnen, hat sie es vor allem mit der Freyheit der Staatsglieder in soferne zu thun, als jene so zu beschränken ist, damit sie, in ihrem gegenseitigen Gebrauche, sich nicht mehr widerstreite und gegenseitig aufhebe, sondern vielmehr in verträglicher Übereinstimmung stehe; denn in dieser praktischen Übereinstimmung der Freyheit Aller besteht die Geltung ihres Rechts. Durch eben diesen Zweck der Beschränkung ist der Gesetzgebung zugleich das Ziel gestekt, wie weit sie in der Beschränkung der Freyheit der Staatsglieder gehen müsse, welches sie aber auch nicht überschreiten dürfe, ohne mit ihrer eigenen Bestimmung in Widerspruch zu gerathen; Dieses Ziel ist nämlich eben die wirkliche Verträglichkeit der Freyheit aller Staatsglieder in ihrem gegenseitigen Gebrauche. Jede Beschränkung demnach, durch welche diese Verträglichkeit bedingt ist, muß die Gesetzgebung, um ihre Sphäre auszufüllen, objektiv nothwendig machen, sich aber dagegen sorgfältig

hüten, in jener Beschränkung auch nur um einen Schritt weiter zu gehen, als es der Zweck der Beschränkung erheischt; denn dieser Zweck ist der einzige Grund ihrer Beschränkungs-Befugniss, die, als das Begründete, nicht weiter reichen kann, als ihr Grund, und gerade die, dem Rechtsgesetze gemäße, Freyheit der Staatsglieder ist das Heiligste und Höchste, um dessen Erhaltung willen die Funktion der Gesetzgebung, so wie jede andere Thätigkeit des Staats allein statt findet. — Dafs durch die Gesetze die Freyheit der Staatsglieder in dem, durch den Zweck der Beschränkung selbst bestimmten, gehörigen Mafse beschränkt, eben dieses Mafs aber in keiner Hinsicht überschritten sey, ist diesernach der erforderliche zweyte allgemeine Karakter einer zweckmäßigen Gesetzgebung, und die hierdurch gebotene Maxime für die Gesetzverfassung ist, bey dem Entwurfe aller Gesetze ein Hauptaugenmerk darauf zu richten, dafs durch jene die Freyheitssphäre der Staatsbürger im Gebrauche ihres persönlichen und Sachen - Eigenthums gerade so viel, aber auch nicht mehr beschränkt werde, als sie um der Möglichkeit der Übereinstimmung der Freyheit Aller willen beschränkt seyn mufs.

§. 369.

Entschieden ist es, daß die Natur zwischen Menschen und Menschen in Ansehung ihres wesentlichen Karakters, nämlich ihrer Freyheit oder ihres Vermögens der Selbstbestimmung, keinen Unterschied statuirt, sondern Alle als gleich freye Wesen geschaffen hat. Wenn also gleich die Freyheit der Menschen, weil sie ihrer natürlichen Ungebundenheit überlassen, im gegenseitigen Gebrauche sich gegenseitig aufheben würde, so weit beschränkt werden muß, bis sie nicht mehr im Widerstreite ist, bis die Menschen sich als freye Wesen mit einander vertragen, so folgt doch schon aus jener Prämisse, daß eben, weil das zu Beschränkende in Allen gleich ist, auch die Beschränkung selbst für Alle nur gleich seyn dürfe, daß sich ein richtiges, d. i. ein dem Willen der Natur entsprechendes, Gleichgewicht der Freyheit Aller nur auf dem Wege einer gleichen Beschränkung Aller herstellen lasse, indem sich schlechterdings kein Grund gedenken läßt, warum in der Regel die Freyheit des Einen mehr oder weniger beschränkt seyn solle, als die des Anderen, vielmehr jede Ungleichheit in dieser Beschränkung nothwendig selbst eine Störung des Gleichgewichts der Freyheit seyn müßte, welches jedoch herzustellen und zu erhalten der Hauptzwek der Gesetzgebung ist. — Durchgän-

gige Gleichheit in der Beschränkung der Freyheit, oder Allgemeinheit der Gesetze ist sonach der erforderliche, dritte Karakter einer zweckmäßigen Gesetzgebung, und die hieraus, resultirende Maxime für die Gesetzverfassung ist: mit sorgfältiger Vermeidung der Gestattung irgend einer Ungleichheit in der Form des Rechts, Alle einer gleichen Gesetzgebung, und durch sie gleichen Schranken zu unterwerfen, Allen einen gleichen Umfang der Freyheit, gleiche Rechtsansprüche zu gestatten, Allen gleiche Sicherheit ihres Rechtsgebieths zu gewähren.

§. 370.

Das Recht der Gesetzgebung haftet, so wie das Recht der Staatsgewalt überhaupt, ursprünglich an der Gesamtheit der Staatsglieder, weil, da ursprünglich kein einzelner Privatwille über Andere zu verfügen, die Befugniss hat, die Gesamtheit nur durch sich selbst, durch ihren gemeinsamen Willen wirklich verbunden werden kann, und weil nur dann, wenn dieser die Gesetze gibt, es unmöglich ist, daß durch die Gesetze selbst irgend Jemanden Unrecht geschehe (§. 147. 201.) Eben darum aber muß sich das von der Gesamtheit der Staatsglieder — weil sie nicht füglich unmittelbar selbst die Gesetze verfassen kann, — zur Ausübung ihres Rechts der Gesetzgebung

bevollmächtigte (physische oder juridische) Subjekt verbunden achten, nur solche Gesetze zu geben, welche die Gesammtheit der Staatsglieder sich selbst geben würde, und sich selbst geben könnte, wenn sie ihr Recht der Gesetzgebung unmittelbar selbst ausübte; denn nur unter dieser Voraussetzung haben die von ihm ausgehenden, Gesetze die erforderliche innere Qualität, um die Gesammtheit wirklich verbinden zu können; nur unter dieser Voraussetzung ist die Gesammtheit der Gefahr überhoben, daß Ihr oder Einzelnen ihrer Glieder durch die Gesetze selbst Unrecht geschehen könne; nur unter dieser Voraussetzung genügt es wirklich der ihm ausgestellten Vollmacht, als welche nur dahin gerichtet seyn kann, die zur Erreichung des Staatszweks erforderlichen Gesetze, so wie im Namen der Gesammtheit, so auch im Geiste des Gesamtwillens zu entwerfen. — Daß sich in jedem Gesetze des Staats der vernünftige Gesamtwille des Volks wahr und richtig ausspreche, ist demnach der erforderliche vierte allgemeine Karakter einer zweckmäßigen Gesetzgebung, und die, ihn verbürgende, Maxime für die Gesetzverfassung ist: alle Gesetze des Staats nur aus dem richtigen Standpunkte der Gesammtheit der Staatsglieder zu entwerfen, nur solche Gesetze zu erlassen, zu deren Geltung alle Einzelnen im Volke zu-

sammenstimmen können und müssen, wenn sie die Gründe derselben aus der richtigen Ansicht des Staatszweks würdigen.

Anmerkung. Die Erfüllung dieser Forderung ist bey weitem nicht so schwierig, als sie vielleicht Manchem auf den ersten Anblick erscheinen mag; denn das Objekt des vernünftigen Gesamtwillens ist gegeben — in dem Zwecke des Staats, und daraus folgt, daß zu allen denjenigen Normen, durch deren Befolgung die Erreichbarkeit des Staatszweks bedingt ist, die Möglichkeit der Zusammenstimmung aller Staatsglieder, als solcher, und als vernünftiger Wesen, mit um so mehr Sicherheit postulirt werden könne, je entschiedener es ist, daß jedes entgegengesetzt. Wollen sie mit ihrem, so gewiß sie vernünftige Wesen sind, nothwendigen Willen, also mit sich selbst und ihrer Existenz im Staate in Widerspruch setzen würde. Für alle solche Normen z. B. wodurch die Freyheit aller Staatsglieder soweit beschränkt wird, als sie beschränkt seyn muß, damit alle gleich frey seyn können, kann unleugbar die Übereinstimmung aller Staatsglieder als vernünftiger Wesen, als möglich unterstellt werden, weil ohne jene Beschränkung der Staatszwek nicht erreichbar wäre, um dessen Willen sie doch im Staate sind. Zu solchen Normen hingegen, wodurch eine Ungleichheit in der Form des Rechts statuirt würde, könnte eben so entschieden die Übereinstimmung aller Staatsglieder vernünftig nicht vorausgesetzt werden, denn die Zurückgesetzten können ihren Willen nie dazu geben, und brauchen ihn, als vernünftige Wesen, nicht dazu zu geben, weil die Erreichbarkeit des Staatszweks durch Ungleich-

heiten in der Form des Rechts nicht nur nicht bedingt, sondern vielmehr gestört und selbst unmöglich gemacht ist, weswegen selbst die Begünstigten, als Staatsglieder und vernünftige Wesen nicht einmal dazu zusammenstimmen können und dürfen. Entsteht ferner z. B. ein Zweifel über die Wahl eines Mittels zum Staatszwecke unter mehreren, die sich darbiethen, so ist die Auswahl zu treffen, nicht nach den individuellen Rücksichten der Gewaltsinhaber, sondern nach den vernünftigen Ansichten der Gesammtheit der Staatsglieder, weil der Staat überhaupt um dieser Gesammtheit willen besteht; es läßt sich aber mit Gewißheit annehmen, daß der vernünftige Gesamtwille unter mehreren nur dasjenige Mittel gewählt wissen wolle, durch welches der Staatszweck am sichersten und leichtesten erreicht zu werden vermag, und so wird es in keinem Falle schwer werden, den richtigen Gesichtspunkt der Gesammtheit zu finden, wenn man nur den ernstlichen Willen hat, denselben zu suchen.

§. 371.

Durch die Gesetzgebung überhaupt soll die, auf den Staatszweck sich beziehende, Thätigkeit der Staatsglieder und der Exekutivgewalt des Staats in dem Grade angeregt, und so geleitet werden, daß die Erreichung des Staatszwecks die nothwendige Folge davon seyn müsse; denn eben darin besteht ihr Zweck (§. 366.) damit also die Gesetzgebung diesem ihrem Zwecke vollkommen genüge, darf keine der direkten oder indi-

rekten Bedingungen der Erreichbarkeit des Staatszweks von ihr unbestimmt gelassen, muß alles das, was die Staatsglieder um des Staatszweks willen zu thun, zu unterlassen, zu leisten haben, muß der ganze Wirkungskreis der Exekutivgewalt des Staats genau von ihr bestimmt, muß, mit einem Worte, die ganze Bahn, welche die Wirksamkeit des Staats zu durchlaufen hat, um zu ihrem Ziele zu gelangen, von ihr pünktlich vorgezeichnet werden; denn Mängel in jenen Bestimmungen, und Lücken in dieser Zeichnung würden sicher ein stockendes kränkelndes Leben des Staats zur Folge haben, und nie ein dem Staatszwecke entsprechendes, Benehmen seiner Glieder, noch ein, dem Staatszwecke genügend förderliches, Verfahren seiner Exekutivgewalt erwarten lassen. —

Entschöpfende Vollständigkeit ist demnach der erforderliche fünfte allgemeine Charakter einer zweckmäßigen Gesetzgebung, und die, diesen Charakter bezielende, Maxime für die Gesetzverfassung ist: alles das, wodurch die Erreichbarkeit des Staatszweks in jeder seiner Richtungen, unter den gegebenen Verhältnissen und Umständen, bedingt ist, seinen spezifisch differenten Gattungen, und den unter diesen begriffenen Hauptarten nach auf das pünktlichste zu bestimmen, und das Geschäft der Gesetzgebung nicht für geschlossen zu achten, ehe und bevor

nicht alle diese Bedingungen ohne Ausnahme entschöpfend normirt sind.

Anmerkung. Die hier postulierte Vollständigkeit besteht jedoch keineswegs darin, daß für jeden möglichen einzelnen Fall eine besondere Norm in der Gesetzgebung aufgestellt sey, — eine, in diesem Sinne vollständige Gesetzgebung wäre theils unmöglich, und würde theils, bey der Last ihrer nothwendigen Überladung, mehr verwirren und schaden, als ordnen und nützen, — sondern lediglich darin, daß sie alle diejenigen ausreichenden Normen enthalte, unter welche jeder specieller Fall mit Sicherheit subsumirt, und danach entschieden und angeordnet werden könne, daß nie ein Fall möglich sey, für den nicht seiner Gattung oder Hauptart nach, in der Gesetzgebung befriedigende Auskunft zu finden wäre. Übrigens ist vorzüglich, um dieser Vollständigkeit der Gesetzgebung willen, bey ihr die Rücksicht auf die gegebenen besonderen Verhältnisse eines Staats, z. B. auf den Kulturgrad, den Charakter, die herrschenden Gewohnheiten, Neigungen und Leidenschaften des Volks u. s. w. nothwendig, weil in dem einen Staate, nach seinen Individualitäten, mehr oder weniger und andere Bedingungen der Erreichbarkeit des Staatszwecks eintreten können, als in dem anderen nach seinen gegebenen Eigenheiten.

§. 372.

Wenn aber auch die Gesetzgebung des Staats, um vollständig zu seyn, wirklich alle Zweige der Staatsverwaltung umfaßt und regulirt, so wird sie dennoch des Charakters vollen-

deter Zweckmäßigkeit entbehren, wenn nicht auch alle ihre Bestandtheile in einem wahren inneren Zusammenhange stehen, wenn etwa die Mittel, die zur Realisirung des einen Mittelzweks in ihr angeordnet sind, die Wirksamkeit der, für den anderen Mittelzwek gewählten, Mittel beschränkten oder gar aufheben, wenn es dem Ganzen an Einheit des Prinzips und der Grundlage, und darauf gegründeten Planmäßigkeit und Ordnung fehlte; denn eine, mit solchen Mängeln behaftete, Gesetzgebung könnte aller ihrer Vollständigkeit ungeachtet, dennoch unmöglich ein kraftvolles und consequentes Leben des Staats, unmöglich eine harmonische Qualifikation aller seiner Theile zur Erreichung des Gesammtzweks, ein organisches Ineinandergreifen und Wirken seiner Glieder begründen, sondern nur ein unordentliches, durch sich gegenseitig widerstrebende und lähmende Thätigkeit seiner Organe sich selbst destruirendes Leben des Staats zur Folge haben. Darum sind, auf Einheit des Prinzips gebaute, Planmäßigkeit und innere Konsequenz im ganzen Gebäude der Gesetzgebung weitere unerlässliche Bedingungen der Zweckmäßigkeit der letzteren, und die, aus dieser Forderung resultirenden, Maximen für die Gesetzverfassung sind: der ganzen Gesetzgebung die Idee eines Systems zum Grunde zu legen, bey allen Zweigen der

Gesetzgebung dem Geiste dieses Systems und des, ihm zur Grundlage dienenden, Prinzips treu zu bleiben, die verschiedenen Materien in der, der Natur des Gegenstandes am meisten entsprechenden, Ordnung zu behandeln, jeden Gesetzesentwurf, nicht etwa nur einseitig, sondern nach seinen Wirkungen in Beziehung auf alle Richtungen des Staatszweks und seiner Mittelzwecke zu prüfen, endlich alle Gesetze unter sich zu vergleichen, und sie in eine, ihre Wirksamkeit gegenseitig unterstützende, Übereinstimmung zu setzen.

§. 373.

Auch in der ganzen Verwaltung des Staats soll, so wie in aller menschlichen Thätigkeit, ein unaufhörliches Fortschreiten zum Besseren statt finden, und das höchste Ziel dieses Fortschreitens stellt das Ideal des Staats dar; so wie es nun zunächst die Gesetzgebung ist, welche die ganze, von der Staatsverwaltung zu durchlaufende, Bahn zu zeichnen hat, so muß es auch zuoberst ihre Sache seyn, mit und neben der Individualität des gegebenen Staats stäts zugleich das Ideal des Staats zu berücksichtigen, und zu bewirken, daß jene Individualität diesem, zwar nie vollkommen erreichbaren Ideale in unaufhörlicher Progression näher gebracht, das individuelle Interesse des gegebenen Staats dem Interesse des Staats überhaupt untergeordnet,

und so das Allgemeine im Besonderen seinem Urbilde möglichst treu dargestellt werde. Gewiß gibt es auch kaum ein zuverlässigeres Mittel dem Systeme der Gesetzgebung die strengste innere Konsequenz und die vollständigste Zweckmäßigkeit überhaupt zu sichern, als wenn demselben allenthalben das Ideal des Staats zum Grunde gelegt wird; denn dieses Ideal stellt ja den Staat in seiner höchsten Vollkommenheit und Vollen- dung dar. Alle Normen demnach für die Wirk- lichkeit, welche nach diesem Ideale gemodelt sind, tragen nicht nur in sich selbst die Sank- tion ihrer Zweckmäßigkeit, sondern müssen auch am besten geeignet seyn, zu bewirken, daß die Wirklichkeit dem höchsten Ziele ihrer Vollen- dung mit schnellen Schritten entgegenreife. — Daß die Gesetzgebung von der Idee des Staats beseelt, den Forderungen dieser Idee so viel möglich entspreche, ist demnach eine weitere Bedingung ihrer Zweckmäßigkeit, welche dem Gesetzverfasser die Maxime gebiethet: jeden Gesetzesentwurf an den Maßstab der Allge- meingültigkeit zu halten, d. ist: denselben, theils seinem Inhalte nach als allgemein, theils als für alle Zeiten und Völker gültig sich zu denken, und sich zu fragen: ob das Gesetz auch unter dieser Voraussetzung noch anwendbar und vortheilhaft seyn würde? Überhaupt aber seine ganze Funktion in allen ihren Theilen als einen

fortlaufenden Versuch zu behandeln, um den Staat in der Wirklichkeit dem Staate in der Idee, so viel dieß unter den gegebenen Umständen nur immer thunlich ist, zu nähern.

§. 374.

Durch die Gesetzgebung soll jeder Staatsbürger in den Stand gesetzt werden, den Umfang der ihm rechtlich gebührenden Freyheit mit Sicherheit zu bemessen, soll jedes Glied und Organ des Staats erkennen können, was es um des Staatszweks willen zu thun, zu unterlassen, zu leisten habe. Die Gesetzgebung soll, mit einem Worte, bestimmen und befähigen, taugliches Glied und Organ des Staats zu seyn. Unmöglich kann aber diese Absicht der Gesetzgebung erreicht werden, wenn nicht ihre Sprache allgemein verständlich ist, und die Absicht des Gesetzgebers, ohne irgend einer Zweydeutigkeit Raum zu geben, auf das Bestimmteste bezeichnet; denn, was nicht allgemein verständlich ist, kann auch unmöglich die gewünschte allgemeine Erkenntniß und Bestimmung durch sie zur Folge haben, und Normen, welche nicht jede Zweydeutung scharf abschneiden, werden um so gewisser nur so, wie ein Jeder sie braucht, erklärt werden, je mehr die Geneigtheit eines Jeden vorausgesetzt werden muß, sie nur nach egoistischem Mafsstabe zu deuten. —

Allgemeinverständlichkeit, lichtvolle Deutlichkeit und schneidende Präzision in Sprache und Ausdruck sind sonach die weiteren unerlässlichen allgemeinen Charaktere einer zweckmäßigen Gesetzgebung, und damit diese so charakterisirt sey, muß der Gesetzverfasser von der Maxime ausgehen: alle Gesetze nur in der eigenen Landessprache aufzustellen, dabey in möglichst kurzen Sätzen zu sprechen, sich auf keine Weise Sprachneuerungen zu erlauben, und allenthalben solche Worte zu wählen, welche nach dem bestehenden Sprachgebrauche diejenigen Vorstellungen erwecken müssen, welche durch die Gesetze in denjenigen, für die sie bestimmt sind, angeregt werden sollen, und weder eine andere, noch eine weitere oder engere Sphäre bezeichnen, als durch sie nach der Absicht des Gesetzgebers bezeichnet seyn soll, so, daß zur Anwendung der Gesetze überall keine logische Auslegung erfordert werde.

Anmerkung. Der Grund dieser letzteren Bestimmung liegt darin: weil der Gesetzgeber eine logische Auslegung der Gesetze Anderen nicht verstatten kann, ohne sich selbst der Gesetzgebung zu entäußern, indem jede logische Auslegung der Gesetze im Grunde selbst eine Gesetzgebung ist, und mithin, sie mag nun von dem Richter, oder von der vollziehenden Gewalt geschehen, eben so sehr mit den Rechten des Souveräns, als mit der rechtlichen Freyheit der Un-

terthanen im Widerspruche steht. Wenn indessen die, aus obiger Regel hervorgehende, Aufgabe in ihrer ganzen Strenge für den Gesetzgeber unauflöslich seyn sollte, so muß er wenigstens sich selbst das Recht der logischen Auslegung vorbehalten, demnach die anderen Behörden verpflichten, in Fällen, wo ihnen eine solche Auslegung unumgänglich nöthig zu seyn scheint, von ihm (es versteht sich, in soferne von einer Partheysache die Rede ist, nur für künftige Fälle) die Entscheidung, mit Anführung der in die Sache eingreifenden Gründe, zu verlangen.

§. 375.

Eine Hauptbedingung der Wirksamkeit der Gesetze, welche alle übrigen in sich begreift ist — Achtung für die Gesetze. Der Vortrag, das äußere Gewand, in welches man die Gesetze einkleidet, muß demnach vorzüglich darauf berechnet werden, daß es geeignet sey, jenes Gefühl in denen, zu welchen die Gesetze sprechen, zu erwecken und zu unterhalten. Wenn es nun ausgemacht ist, daß nichts mehr das Gefühl der Achtung anspreche, als der Karakter der Erhabenheit, so ist auch damit die ästhetische Regel für den Vortrag der Gesetzgebung bestimmt, in wieferne dieser darauf hinwirken soll, die Gesetze der Achtung für dieselben zu sichern. Das zuverlässigste Mittel nämlich, jenen Karakter der Erhabenheit zu begründen, ist Nachdruck und Einfachheit (Simplizität) im Vortrage, beyde sind sonach

die weiteren formellen Bedingungen, durch deren Erfüllung nur die Zweckmäßigkeit der Gesetzgebung ergänzt zu werden vermag. Die, hieraus sich ergebende, Maxime für die Gesetzverfassung ist: mit Vermeidung alles rednerischen Pompes und Schmuckes, die Vernunft einfach, wie sie selbst ist, anzusprechen, und durch das Gewicht gedrängter Gründe diejenige Erkenntniß und Überzeugung zu erzwingen, von der sich die willigste Befolgung der Gesetze mit der meisten Zuversicht erwarten läßt. — Nur in der Vorrede, womit eine Gesetzgebung kund gemacht und eingeführt wird, darf die Sprache des Gesetzgebers feyerlicher tönen, und die, auf Bestimmung des Willens berechneten, rechtlichen Künste der Beredsamkeit um so mehr gebrauchen, je mehr es der Würde der Menschheit zusagt, auf diesem Wege, als durch den Weg physischen Zwanges, bestimmt zu werden, und je mehr, aller Erfahrung zufolge, die Macht einer solchen psychologischen Einwirkung jene einer bloß physischen Gewalt überwiegt.

§. 376.

Daß auf die Erfüllung der, so eben gezeichneten, Bedingungen einer, ihrem Zwecke entsprechenden, Gesetzgebung die Art der Abfassung der Gesetze einen bedeutenden Einfluß habe, kann wohl nicht geleugnet werden; denn

man bedenke nur z. B. die Forderung der, alle Zweige der Staatsverwaltung umfassenden Vollständigkeit, der, auf ein und dasselbe Prinzip gebauten, Planmäßigkeit und strengen inneren Konsequenz der Gesetzgebung in allen ihren Theilen, ihrer Übereinstimmung mit dem vernünftigen Willen der Gesamtheit der Staatsglieder u. s. w., und man wird nicht in Abrede stellen können, daß diesen Anforderungen nur unter der Voraussetzung gewisser Bedingungen in der Gesetzverfassungsmethode vollkommen genügt zu werden vermöge. So gewiß es nun erste und höchste Angelegenheit des Staats ist, daß seine Gesetzgebung ihrem Zwecke vollständig entspreche, somit keine der praktischen Bedingungen der Realisirung einer solchen Gesetzgebung außer Acht gelassen werde, so gewiß liegt es in der, durch ihren Begriff und Zweck bezeichneten, Aufgabe der angewandten allgemeinen Staatslehre, auch diejenigen pragmatischen Regeln für die Gesetzverfassung zu bestimmen, durch deren Befolgung die Zweckmäßigkeit der Gesetzgebung bedingt, und nur zu bewirken ist, daß letztere nicht als ein Akt der Willkühr, sondern bloß als eine Bestätigung des an sich Wahren und Nothwendigen betrachtet, der Einfluß der Leidenschaft entfernt, Theorie und Praxis miteinander in Übereinstimmung gesetzt, und die Gesetzgebung überhaupt, als eine

Angelegenheit der Gesammtheit der Staatsglieder und der praktischen Vernunft, ihrer höheren Beziehung und Würde gemäß, ausgeführt werde.

§. 377.

Der Forderung, daß unter den verschiedenen Theilen der Gesetzgebung nicht nur alle Widersprüche vermieden werden, sondern daß vielmehr das Ganze der Gesetzgebung ein und derselbe Geist belebe, und daß alle ihre Zweige in einer sich gegenseitig unterstützenden innern Harmonie stehen, würde freylich dadurch am sichersten entsprochen werden können, daß das ganze Geschäft der Gesetzgebung einem Manne übertragen würde, welcher, indem er alle die Talente und Kenntnisse, die zu diesem Geschäfte in allen seinen Theilen erfordert werden, in sich vereinigte, das Ganze der Gesetzgebung nach einem festgestellten Prinzipie und Plane durchzuführen hätte. Allein bey dem großen Umfange der Gesetzgebung nach allen ihren Zweigen, bey der großen Mannichfaltigkeit der Gegenstände, auf welche die Gesetzgebung gerichtet seyn muß, bey den so verwickelten Verhältnissen des bürgerlichen Lebens, und bey der so großen Masse von allgemeinen und positiven, theoretischen und praktischen, Hilfs- und Hauptkenntnissen, die jezt zur Abfassung genügender Gesetze erfordert werden, dürfte es

kaum erwartet werden können, daß die Kräfte und Lebensdauer eines Individuums der Vollen-
dung dieser umfassenden Aufgabe gewachsen
seyen, dürfte es daher unumgänglich nöthig seyn
die Gesezverfassung einem Kollegium von
Männern zu übertragen, mit der Bestimmung,
durch die erforderlichen Kenntnisse und Erfah-
rung sich gegenseitig unterstützend, durch ge-
meinsammes Zusammenwirken nicht nur die
Aufgabe der Gesezgebung in allen ihren Zwei-
gen zu lösen, sondern auch die Gesezgebung
fortwährend mit den Fortschritten der Kultur
und den Bedürfnissen des Zeitgeistes in leben-
diger Übereinstimmung zu erhalten, und so,
durch stäte Vervollkommnung der Gesezge-
bung, diese ihrem Ideale in ununterbrochener
Progression näher zu bringen.

§. 378.

In einer Dürarchie wird das, zur Gesez-
gebung, als dem einen Zweige der Staatsge-
walt bevollmächtigte, Subjekt, nach dem §. 200
aufgestellten Postulate, ohnedieß aus einem von
mehreren gewählten Individuen zusamme-
gesetzten, gesezgebenden Korps bestehen. Aber
auch in einer Monarchie ist zum Behufe der
Gesezverfassung die Etablirung einer eigenen
Gesez-Kommission, und zwar um so mehr,
unerlaßlich, je weniger der Monarch in eige-
ner Person allen Forderungen einer vollständigen

und zweckmäßigen Gesetzverfassung zu genügen, und deren fortschreitende Vervollkommnung zu bewirken vermag. Die Glieder dieser Kommission, deren Zahl nach einem richtigen Verhältnisse zu der Grösse sowohl, als den spezifisch verschiedenen Bestandtheilen des ganzen Gesetzgebungsgeschäfts zu bestimmen ist, dürften am schiklichsten, theils aus den theoretischen, theils aus den praktischen Staatsmännern zu wählen seyn, damit das Allgemeine mit Rücksicht auf die Erfahrung, und diese mit Rücksicht auf das Allgemeine, für den Zwecke der Gesetzgebung benützt, und in einen, dem Zwecke der Gesetzgebung förderlichen, Einklang gebracht werde. An die Spitze dieser Kommission müßte, um des Zwecks der Einheit und inneren Konsequenz willen, ein Mann gestellt werden, bestimmt und fähig, den Plan und Grundriß des Ganzen zu entwerfen, das gemeinschaftliche Urprinzip sowohl, als die daraus abgeleiteten Prinzipien für die einzelnen Theile festzustellen, letztere unter die einzelnen Glieder der Kommission zweckmäßig zu vertheilen, und überhaupt Impuls, Seele und Regulativ des Ganzen zu seyn. Unter seiner Leitung wären sodann die Resultate der Arbeiten der einzelnen Glieder in Plenarversammlungen gemeinschaftlich zu prüfen, unter sich und mit der Tendenz des Ganzen zu vergleichen, und die, nach gepflogenen ent-

schöpfenden Debatten aus der Stimmenmehrheit gezogenen, Beschlüsse als Gesetzesentwürfe dem Monarchen zu unterstellen.

§. 379.

Der Monarch wird aber den, ihm vorgelegten, Gesetzesentwürfen die, zu ihrer verbindenden Kraft verfassungsmässig erforderliche, Sanktion nur dann ertheilen können, wenn er die volle Überzeugung hat, dass jene dem Zwecke der Gesetzgebung vollkommen entsprechen, und eben darum die Zustimmung des ganzen Publikums haben können; denn nur unter diesen Voraussetzungen haben, die, von ihm ausgehenden, Gesetze die erforderliche innere Qualität, um die Gesamtheit der Staatsglieder wirklich verbinden zu können, und genügt er seiner Bestimmung, als Gesetzgeber, die Gesetze im Geiste des Gesamtwillens aufzustellen. (§. 370.) Das schiklichste und sicherste Mittel, um sich jene Überzeugung zu verschaffen, besteht darin: dass er die, ihm unterstellten Gesetzesentwürfe dem ganzen sachverständigen Publikum (worunter ohnedieß diejenigen Staatsbehörden begriffen sind, in deren Geschäftskreis jene Gesetze zunächst einwirken), durch den Druck zur unbefangenen öffentlichen Prüfung vorlegen lässt. Dieses Publikum ist der Natur der Sache nach die, zur Prüfung der Gesetzesentwürfe

geeignete, höchste Instanz, weil das Recht der Gesetzgebung von der Gesamtheit der Staatsglieder ausgeht, und diese nur dann, wenn die Möglichkeit ihrer Zusammenstimmung mit den Gesetzen bewährt ist, die Gefahr, daß ihr oder einzelnen ihrer Glieder durch die Gesetze selbst Unrecht geschehen könne, überhoben ist; denn nur durch das, was sie über sich selbst beschließt, kann ihr unmöglich Unrecht geschehen. Der Monarch wird daher jenen Weg der Publizität um so gewisser einschlagen müssen, je entschiedener er durch ihn allein in den Stand gesetzt wird, sich von der wirklichen Ansicht des Gesamtwillens zu unterrichten, und der unerlässlichen Bedingung der inneren Gültigkeit seiner Gesetze zu versichern, wenn auch die großen Vortheile — die von der Mehrseitigkeit der öffentlichen Prüfung, von der größeren Konkurrenz von Kenntnissen und Erfahrungen bey ihr, und der ausgedehnteren Bekanntschaft mit dem bereits im Gebiete der Gesetzgebung geleisteten, so wie mit den vielen, bey jedem Gesetze erforderlichen, Rücksichten, von denen leicht manche einzelnen Menschen bey aller ihrer Umsicht entgehen können, unverkennbar zu erwarten sind, — ihm nicht an sich schon überwiegende Gründe für den Gebrauch jenes Mittels an die Hand gäben.

Die, auf jenem Wege der Publizität eingeholten, gründlicheren Bemerkungen sind ebenmäßig, nach Maßgabe ihrer Homogeneität zusammengestellt, bekannt zu machen, theils um die Gesez - Kommission zu hindern, sie nicht aus Egoismus oder Gemächlichkeit unbenützt zu lassen, theils um das Publikum in die Lage zu setzen, sich von der wirklichen Berücksichtigung seines gegründeten Urtheils überzeugen zu können. Demnach sind die Gesetzesentwürfe von der Gesez - Kommission mit jenen Bemerkungen zu vergleichen, wo deren Gründe überwiegen, danach zu modifiziren oder zu ergänzen, und die endlich gefassten Beschlüsse, als Definitiv - Entwürfe, dem Monarchen zur Sanktion vorzulegen. — (An einen ähnlichen Gebrauch der Publizität dürfte das Verfahren des gesetzgebenden Korps in einer Dürarchie zu binden seyn, weil auch die materielle Gültigkeit der, von ihm ausgehenden, Gesetze gleichen Bedingungen unterliegt.) — Wenn nun aber hiermit das Geschäft der Gesetzgebung keineswegs beendigt seyn kann, wenn vielmehr die, bey jeder menschlichen Arbeit kaum vermeidlichen Lücken, Dunkel - und Unvollkommenheiten, die darüber in der Anwendung sich ergebenden Anstände und Mißgriffe einer ununterbrochenen Nachhülfe bedürfen, wenn das

Gesez selbst gegen Eingriffe gesichert und sein Interesse gewahrt, wenn die Gesetze unleugbar mit der Kultur des Volks und den Forderungen des Zeitgeistes gleichen Schritt halten, jener sogar vorarbeiten, und überhaupt auf einen immer höheren Grad der Vollkommenheit gebracht werden sollen, wenn endlich sogar gewisse Zweige der Gesezgebung ihrer Natur gemäß nach temporären Verhältnissen häufigen Modifikationen unterliegen, welche ohne den größten Nachtheil nicht verzögert werden können, so leuchtet wohl die Nothwendigkeit der Permanenz der postulirten Gesez - Kommission mit hoher Evidenz ein, um den gerechten Forderungen einer fortwährenden nicht nur, sondern selbst Stufenweise gesteigerten, Zweckmäßigkeit der Gesezgebung genügen zu können, als welche ohne jene Permanenz schlechthin nicht erfüllt zu werden vermögen.

§. 381.

Nur auf dem Wege der vorgeschlagenen Gesezverfassungsmethode läßt sich, es ist unverkennbar, eine, sämtlichen Bedingungen ihrer Zweckmäßigkeit entsprechende, Gesezgebung mit einer Zuversicht erwarten, welche nicht leicht eine andere Verfahrungsart in demselben Grade gewähren zu können scheint; denn die Berathungen über Gesetzesentwürfe, welche auf jeden Fall eigene Bearbeiter erhei-

schen, mit den sogenannten Ständen des Staats, wo solche vorhanden sind, werden kaum den Grad der erforderlichen Ausdehnung und Reife erreichen, noch weniger das Bedürfnis einer ununterbrochenen Thätigkeit der gesetzgebenden Quelle befriedigen können, so lange die Versammlungen jener Stände, der bisherigen Gewohnheit nach, bloß periodisch sind. Würden freylich diese ihre Versammlungen permanent, die Glieder derselben mit vorzüglicher Rücksicht auf ihre Fähigkeit im Gebiete der Gesetzgebung gewählt, und ihr Wirkungskreis auf den Entwurf, oder wenigstens die Prüfung aller Gesetze ohne Ausnahme ausgedehnt, dann würden sie im Wesentlichen den Charakter der postulirten Gesetz - Kommission annehmen, und in ihnen der Vorschlag im Grunde realisirt seyn. — Dasselbe, was oben von periodisch versammelten Ständen bemerkt wurde, gilt um so mehr von den Berathschlagungen der Gesetzesentwürfe und über dieselben mit einem Staats - Rathe, weil dieser entweder mit Vernachlässigung seiner übrigen Bestimmung ebenmäßig den Charakter einer Gesetz - Kommission annehmen, oder, um jene nicht zu vernachlässigen, Entwurf und Prüfung der Gesetze übereilen, und die Forderung einer ununterbrochenen Thätigkeit und Aufmerksamkeit der Gesetzgebung unbefriedigt lassen müßte. — Der

aufgestellte Vorschlag zur Etablirung einer eigenen, ständigen Gesez - Kommission mit ihrer gezeichneten Bestimmung (man benenne sie übrigens, wie man wolle) dürfte demnach der Ausführung um so mehr würdig seyn, je weniger verkannt werden kann, daß derselbe zunächst geeignet sey, der Monarchie eine, dem vernünftigen Gesamtwillen der Staatsglieder entsprechende, d. i. eine solche Gesetzgebung, wie sie die Idee des Staats erheischt, und damit der monarchischen Regierung den Geist des Republikanismus im ächten Sinne (§. 292.) zu sichern. —

§. 382.

Sobald die Bedingungen der Erreichbarkeit des Staatszweks gezeichnet, zwekmäßige Gesetze geschaffen sind, muß, wie sich von selbst versteht, die nächste Sorge der Staatsgewalt dahin gerichtet seyn, jenen Gesetzen volle Wirksamkeit zu verschaffen; denn nur durch Begründung dieser vermag sie der Gesetzgebung praktisches Leben zu verschaffen, und dadurch ihrer Bestimmung zu genügen. Jene Wirksamkeit aber ist bedingt, erstens durch eine genügende Bekanntmachung der Gesetze; denn die Gesetze existiren, als solche, für die Glieder des Staats nur, in wieferne sie ihnen als verbindende Normen angekündigt sind, und zweitens, durch den Gebrauch der zwekmäßigsten Mittel den publizirten Gesetzen Achtung und Befolgung zu

sichern. Die erstere dieser Bedingungen betreffend, so verdient unstreitig diejenige Art der Publikation der Gesetze den Vorzug, wodurch der Zweck dieser Handlung am vollkommensten erreicht wird. Welches diese Art sey? kann nur den individuellen Verhältnissen jedes Staats gemäß bestimmt werden; im Allgemeinen aber dürfte die Vervielfältigung durch den Druck, und die Mittheilung gedruckter Exemplare an alle Behörden und Partikulargemeinden im Staate zur Kundmachung und Aufbewahrung unter ihnen, als zwekdienlich anerkannt werden, und unter dieser Voraussetzung es sehr rathsam, und die nöthige Übersicht ungemein erleichternd seyn, nicht nur für die Gesetzgebung überhaupt ein ganz eigenes, ihr ausschliessend gewidmetes, Bulletin zu etabliren, sondern alle, zu einem besonderen Zweige der Gesetzgebung gehörigen, Gesetze in einer besonderen, diesem Zweige ausschliessend gewidmeten, Abtheilung dieses Bulletins zusammenzustellen, so, daß kein Zweig der Gesetzgebung mit dem anderen vermengt, sondern alle, ihm angehörigen, Gesetze in einen ununterbrochenen Zusammenhang gestellt würden.

Anmerkung. Daß eine Trennung des Gesetzbulletins vom sogenannten Regierungsblatte, wegen ihres heterogenen Zwecks, nothwendig sey, wurde bereits von Anderen bemerkt. Es dürfte auch in

der That keine kleine Schwierigkeit seyn, auch nur aus einem 25jährigen Regierungsblatte eines Staats, in dessen Verwaltung ein reges Leben statt gefunden hat, die eigentlichen Gesetze auszuheben, und diese, nach den besonderen Zweigen, denen sie angehören, zu einer bequemen Übersicht geordnet, zusammen zu stellen; dieser Schwierigkeit würde aber durch Realisirung jenes Vorschlags, und zwar zum unverkennbar-großen Vorthelle für den praktischen Zweck der Gesetzgebung selbst am leichtesten vorgebeugt. Es versteht sich übrigens von selbst, daß jener Vorschlag nur auf solche Staaten gerichtet sey, deren Regierungen der (§. 380 begründeten) Forderung einer ununterbrochenen Thätigkeit der Gesetzgebung genügen. Aber freylich sollte man glauben, daß kaum eine Regierung, die nur einiges Pflichtgefühl hat, jener Forderung sich entschlagen könne. — Noch kann ich hierbey nicht unbemerkt lassen, daß darin etwas widriges und unwürdiges zu liegen scheine, wenn die Unterthanen sogar das Publikationsmittel der Gesetze, den Weg, auf dem ihnen, was sie zu leisten oder zu unterlassen haben, angekündigt wird, besonders zu bezahlen gehalten werden.

§. 383.

Es lehrt jedoch Natur der Sache und Erfahrung im gleichen Grade, daß die Publikation der Gesetze, die in der Regel nur einmal zu geschehen pflegt, unmöglich allein zureiche, und zureichen könne, zu bewirken, daß alle Gesetze, deren eine beträchtliche Menge seyn muß, sich, was doch geschehen soll, in einem stäts lebendigen Andenken aller Staatsglieder

erhalten; denn — abgesehen davon, daß manche Gesetze von der Art seyn können, daß sie, unter Voraussetzung aller Zweckmäßigkeit ihres Vortrags, dennoch bey ihrer einfachen Publikation die Verfassungskraft der ungebildeteren Klasse übersteigen, oder daß wenigstens das Gedächtniß aller Staatsglieder der Menge der Gesetze, um sie alle im Bewußtseyn zu erhalten, kaum gewachsen seyn dürfte, — so sollen doch viele Gesetze selbst diejenigen Staatsglieder verbinden, die zur Zeit ihrer Publikation vielleicht noch gar nicht als Staatsglieder existirten, und wenn nun dennoch dem Staate daran gelegen seyn muß, daß jene Gesetze auch von diesen nicht verletzt oder unbeachtet gelassen werden, er aber ihrer Entschuldigung mit Unwissenheit unter jener Voraussetzung, daß er sich auf die bloße einmalige Publikation beschränkt habe, mit Recht nichts entgegensetzen kann, so leuchtet wohl von selbst die Unzulänglichkeit der Publikation, als des einzigen Mittels zur Einführung der Gesetze, und die unerläßliche Nothwendigkeit für ihn ein, demselben durch die Hinzufügung eines weiteren Mittels zu Hülfe zu kommen, wodurch dem Zwecke, den Sinn der Gesetze der Fassungskraft auch der ungebildetesten Klasse zugänglich zu machen, und die Entschuldigung mit Unwissenheit für alle Zeit zu beseitigen, genügt sey.

§. 384.

Als das natürlichste und schicklichste Hilfsmittel der eben geforderten Art scheint sich von selbst zu rechtfertigen, die Einführung eines zweckmäßigen Unterrichts des Volks in denjenigen Gesetzen, deren Kenntniss jedem Staatsbürger, um seine Pflichten, als solcher, erfüllen, und seine Rechtssphäre, mit Vermeidung jedes unbefugten Austritts in fremdes Rechtsgebieth, behaupten zu können, unentbehrlich ist. Ein solcher Unterricht, durch populäre Lehren in allen Volksschulen ertheilt, und durch Aufstellung eines Gesez - Katechismus — worin jene unentbehrlichen Gesetze aus allen Zweigen (also auch z. B. aus der Straf-Polizey- und Finanz-Gesezgebung) in kurzen, gemein verständlichen, und dem Gedächtnisse leicht einzuprägenden Sätzen, und in einer natürlichen Ordnung vorgetragen wären — selbst zum Behufe des erwachsenen Theils des Volks fortgesetzt, würde unstreitig am besten geeignet seyn, den Willen der Gesetze auch der untersten Volksklasse einleuchtend zu machen, ihn dem Gedächtnisse tief einzuprägen, und die Stelle einer Wiederholung der Gesetzes-Publikation für jede Generation der Staatsglieder zu vertreten. — Je weniger also die einmalige Publikation ausreicht, und je zweckmäßiger das eben vorgeschlagene Hilfsmittel ist, um die erste

Bedingung der Wirksamkeit der Gesetze, nämlich deren stätes Bewußtseyn auf Seite der Staatsglieder, zu bewirken, desto weniger dürfte eine Regierung, der es darum zu thuen ist, ihre Gesetze befolgt, somit gekannt zu wissen, sich dem Gebrauche desselben länger entschlagen können.

§. 385.

Achtung für die Gesetze kann nur als die alleinige Folge von der durchgängigen Zweckmäßigkeit und Konsequenz, von der Vollkommenheit der Gesetzgebung überhaupt erwartet werden; denn nichts spricht so sehr das Gefühl der Achtung an, als das Zweckmäßige und Harmonische, das Vollkommene; rein vergeblich aber ist der Anspruch auf jenes Gefühl, wo diese Eigenschaften fehlen, und es läßt sich kein zureichender Grund gedenken, warum diese allgemeine Erfahrungssätze nicht auch bey der Gesetzgebung ihre Anwendung finden sollten. Die Bedingungen jener Eigenschaften der Gesetzgebung sind also auch zugleich die wirksamsten Mittel zur Begründung einer allgemeinen Achtung für dieselbe, und das Streben nach Vervollkommnung der Gesetze ist zugleich das reellste Streben, den letzteren Achtung zu gewinnen und zu sichern. Allerdings ein wichtiger Grund mehr für die Regierungen, unermüdet auf Realisirung der, voraus bereits gezeichneten

ten, Bedingungen jener Eigenschaften der Gesetzgebung hinzuarbeiten. — Um den Gesetzen Befolgung zu sichern, gibt es für die Staatsgewalt zwey Wege: nämlich den des äusseren, mechanischen Zwanges, und den der inneren, psychologischen Bestimmung. So wenig nun zwar zu erwarten ist, daß es einer Regierung, bey dem gegenwärtigen Kulturgrade der Menschheit, auf dem letzteren Wege allein gelingen werde, durchgängige Befolgung der Gesetze zu bewirken, so unbestreitbar bleibt dennoch der in den §. §. 344 — 346 von mir bereits erörterte, Satz: daß vor allem die Tendenz auf Bewirkung der Befolgung der Gesetze durch den Weg innerer, psychologischer Bestimmung von der Würde der Menschheit unerlaßlich postulirt, die Anwendung mechanischen Zwangs hingegen ein bloß subsidia- risches Nothmittel sey, dessen Gebrauch große Vorsicht, und durch mancherley Rücksichten begründete Modifikationen erheische. Auf diese nöthigen Modifikationen des äusseren Zwanges werden wir in der Folge kommen, hier also bloß auf Bestimmung der geforderten psychologischen Einwirkung uns beschränken.

§. 386.

Unter dieser postulirten psychologischen Bestimmung verstehe ich denjenigen Impuls auf den Willen der Staatsglieder, wodurch dieser

in die Lage gesetzt wird, sich durch sich selbst zur Befolgung der Gesetze zu bestimmen, sich selbst die Beobachtung der Gesetze zur unverbrüchlichen Regel zu machen, wodurch der Gehorsam gegen die Gesetze als eine Folge des freyen Entschlusses der Unterthanen begründet, somit der äußere Zwang entbehrlich gemacht wird. Ein Impuls jener Art besteht in der Anregung derjenigen Triebfedern, welche, nach den Eigenheiten der Menschennatur, auf die Selbstbestimmung des Menschen in seiner Handlungsweise, damit diese mit den Gesetzen zusammen stimmen, den wirksamsten Einfluß haben: Die Einflußreichsten Triebfedern dieser Art sind aber unverkennbar, und zwar bey dem wirklich gebildeten Theile der Menschen, Achtung für die gegebenen Handlungsnormen, und eigene Theilnahme an deren Aufstellung; — denn Huldigung ist der, durch die Natur gebotene, unwillkührliche Tribut des Achtungswürdigen, und eine Handlungsnorm sich selbst setzen, oder dazu zusammenstimmen, umfaßt nothwendig den freyen Willen, sich selbst durch sie zu binden, — bey dem ungebildeten Theile aber (wozu freylich immer noch Menschen aus allen Ständen gehören) das Privat-Interesse: denn dieses hat, aller Erfahrung nach, sicher den überwiegendsten Einfluß auf die Selbstbestimmung der unterstellten Menschenklasse, und

ist überdiß der wirksamste Zaum für alle, der Geltung der Gesetze gefährlichen, Leidenschaften.

§. 387.

Alles demnach, was zur Vollkommenheit der Gesetzgebung führt, und diese Vollkommenheit durch die Methode der Gesetzgebung den Unterthanen anschaulich zu machen dient, ist, in Verbindung mit der, im §. 379 postulirten Unterstellung der Gesetzesentwürfe zur öffentlichen Prüfung, untrügliches Mittel zur Erzeugung der Freywilligkeit des Gehorsams gegen die Gesetze bey dem wirklich gebildeten Theile der Staatsglieder, und der Menschheit um so würdiger, je ausschließender dasselbe auf den edleren Bestandtheil ihres Wesens berechnet ist. Dagegen wird in dem ungebildeten Theile der Staatsglieder die Selbstbestimmung zur Befolgung der Gesetze nur durch dasjenige erzeugt werden, wodurch die Aussicht und Hoffnung auf Befriedigung seines Privat-Interesses durch jene Befolgung begründet wird. Das leichteste und schiklichste Mittel der Art aber ist die, zur Fassungskraft jenes Theils herabgestimmte, Belehrung über den Nutzen, welcher von der Befolgung der Gesetze für das Ganze des Staats, und dadurch mittelbar für seine einzelnen Glieder, oder selbst unmittelbar für jedes Individuum zu erwarten ist, so wie über die Gefahr

und den Nachtheil, welche die Nichtbefolgung der Gesetze zur unausbleiblichen Folge hat. Jene Belehrung wird daher auch als das zweckmäßigste Mittel zur Bestimmung der unterstellten Volksklasse zur Freywilligkeit des Gehorsams gegen die Gesetze kaum verkannt werden, als das natürlichste Anregungsmittel derjenigen Triebfeder, welche bey der Selbstbestimmung dieser Klasse von Menschen so entschieden vorherrscht. Sehr füglich könnte jene Belehrung verbunden werden mit dem, im §. 384 vorgeschlagenen, Unterrichte der Jugend, durch mündlichen Vortrag in den Schulen, und des erwachsenen Theils des Volks, durch, in die Form eines Gesez - Katechismus gebrachten, schriftlichen Vortrag, über die, dem Bürger zu wissen unentbehrlichsten, Gesetze, und diese Verbindung würde um so vortheilhafter seyn, je mehr die Natur der Sache die Geneigtheit vorauszusetzen heisst, solche Dinge ins Gedächtniß aufzunehmen, und fest darin zu erhalten, wovon man einsieht, daß sie unentbehrlich seyen, um sich in der Gegenwart oder Zukunft, Vorthteile verschaffen, oder wenigstens vor Nachtheilen bewahren zu können. — So gewiß nun die Bewirkung ausnahmsloser Geltung der Gesetze Hauptobjekt der Thätigkeit der Staatsgewalt ist, so wenig wird geleugnet werden können, daß keine Regierung, welche,

durchdrungen von dem Wesen ihrer Bestimmung, diese zu erfüllen trachtet, je sich von dem Gebrauche der vorgeschlagenen Mittel dispensiren könne, weil jene Geltung nur auf dem vorgeschlagenen Wege sicher bewirkt zu werden vermag. —

§. 388.

Nachdem bis jetzt die allgemeinen Bedingungen der Zweckmäßigkeit der Gesetzgebung in Ansehung ihrer Materie und Form, die zweckmäßigste Methode der Abfassung und Einführung der Gesetze überhaupt gezeichnet sind, entsteht nothwendig, um zur Bestimmung ihres speciellen Gehalts übergehen zu können, die Vorfrage: welches sind die verschiedenen Zweige der Gesetzgebung? Welche Frage darum vor Allem beantwortet werden muß, weil ohne jene Bestimmung eine geordnete und vollständige Angabe ihres Gehalts unmöglich, Verwirrung und Lücken kaum vermeidlich wären. Ihre Beantwortung selbst aber kann nun keinen bedeutenden Schwierigkeiten mehr unterliegen, nachdem voraus (in den §§. 356 — 361.) bereits die Abtheilung der Staatsverwaltung in verschiedene Zweige begründet, und diese Zweige selbst bestimmt wurden; denn derselbe Grund, welcher jene Abtheilung der Staatsverwaltung motivirte, veranlaßt und rechtfertigt auch zugleich die Abtheilung der Gesetzgebung, mithin sind auch



die Zweige der letzteren mit jenen der Staatsverwaltung um so mehr übereinstimmend, je unstreitiger es Bestimmung der Gesetzgebung ist, die Staatsverwaltung in allen ihren Zweigen zu normiren. — Die spezifische Verschiedenheit der Art und Weise, in welcher gewirkt werden muß, um die Realität des Staatszweks, als das Totalprodukt des Staats, hervorzubringen, ist der Eintheilungsgrund der Staatsverwaltung in verschiedene Zweige, deren es gerade so viele gibt, als wie viele Gattungen spezifisch differenter Mittelzwecke aus dem Totalzwecke des Staats sich entfalten lassen (§. 356.). Da nun die Gesetzgebung, Basis aller Exekutivfunktionen der Staatsgewalt seyn soll, diese aber nach ihrer spezifischen Differenz verschiedene Zweige der Verwaltung bilden, so muß auch die Gesetzgebung in eben so viele Zweige zerfallen, damit nicht verschiedenartige Gegenstände miteinander vermengt werden, vielmehr jedem Zweige der Vollziehung ein eigener Zweig der Gesetzgebung, korrespondire, und die Zeichnung alles dessen, wodurch die Erreichbarkeit eines, aus dem Entzwecke des Staats entwickelten, generischen Mittelzweks bedingt ist, drückt den Begriff, Umfang und Grenze eines Zweigs der Gesetzgebung aus, so wie dieser Mittelzwek selbst das Objekt seines Inhalts zu erkennen gibt.

Anmerkung. In wieferne man unter der Staatsverwaltung das Totale aller Lebensfunktionen des Staats versteht, ist die Gesetzgebung selbst unstreitig ein Zweig der Staatsverwaltung, und zwar derjenige, von welchem das Leben und Streben aller übrigen Zweige Impuls und Richtung empfängt. In wieferne man aber unter der Staatsverwaltung, in einem engeren Sinne, blofs die Summe aller exekutiven Funktionen der Staatsgewalt versteht, ist freylich die Gesetzgebung selbst nicht unter den Zweigen der Staatsverwaltung begriffen; demungeachtet verhält sich auch im letzteren Falle, die Gesetzgebung zur Staatsverwaltung, wie die Theorie zur Praxis; und gleichwie eine Praxis alle Theile ihrer Sphäre kaum vollständig ausfüllen wird, wenn nicht die, ihr entsprechende, Theorie auf alle jene Theile sich entschöpfend erstreckt, so wird auch die Staatsverwaltung im letzteren Sinne kaum ihrem Zwecke nach seinem ganzen Umfange entsprechen, wenn nicht die Gesetzgebung alle ihre Zweige regulirend umfaßt.

§. 389.

Die Zweige der Staatsverwaltung sind: die bürgerliche Rechtspflege, die Strafrechtspflege, die Polizey, die Militairverwaltung, die Leitung der auswärtigen Verhältnisse des Staats und die Finanzverwaltung. Diesen sechs Verwaltungszweigen müssen daher, damit es keinem derselben an einem zureichenden Fundamente und Regulative fehle, eben so viele Zweige der Gesetzgebung entsprechen; nämlich die Civilgesetzgebung, die Strafgesezgebung, die Polizeygesetzgebung, die

Militairgesetzgebung, die Gesetzgebung für die answärtigen Staatsangelegenheiten und die Finanzgesetzgebung. Keiner der eben bezeichneten Zweige der Gesetzgebung darf vernachlässigt werden, oder unausgefüllt bleiben, wenn die, durch den Zweck der Gesetzgebung bestimmte, Sphäre derselben vollständig ausgemessen seyn, d. i. wenn die, auf den Vereinigungszweck sich beziehende, Thätigkeit der Staatsglieder, und die ganze um der Erreichung jenes Zwecks willen erforderliche Thätigkeit der Staatsgewalt durch die Gesetzgebung denjenigen Impuls und diejenige Richtung erhalten soll, wovon jene Erreichung die nothwendige Folge seyn müßte, und ohne welche jene Erreichung unmöglich wäre, wenn, mit wenigen Worten, die Bahn der Staatsverwaltung in der Gesetzgebung ohne alle Lücke gezeichnet seyn soll. — Jenen 6 Zweigen muß aber nothwendig noch ein weiterer eigener Zweig der Gesetzgebung vorausgehen, welcher, alle Zweige der Staatsverwaltung umfassend, die Begründung ihres organischen Wirkens zum Ziele hat, und darum am schicklichsten mit dem Ausdrücke „organische Gesetzgebung“ bezeichnet werden zu können scheint. Die Gründe wird der nächste Abschnitt näher entwickeln.

Zweyter Abschnitt.

Von der organischen Gesetzgebung.

Nothwendigkeit — Begriff — Zweck —
allgemeine Prinzipie — Hauptbestand-
theile der organischen Gesetzgebung.

§. 390.

Man darf wohl nur einen flüchtigen Blick werfen auf die Grösse des subjektiven sowohl als objektiven Umfanges, der, um der Erreichung des Staatszweks willen erforderlichen, Verwaltungsfunktionen, und insbesondere auf die Mannichfaltigkeit und Verschiedenartigkeit dieser Funktionen, begründet durch die verschiedenen Mittelzwecke, durch deren Bewirkung die Erreichung des Staatszweks bedingt ist, um sofort die klare Überzeugung zu erhalten von der Unvermeidlichkeit einer gänzlichen Verwirrung und eines, aller Geschäftigkeit ungeachtet eintretenden, Verfehlens des bezielten Entzweks, wenn nicht die grosse Masse jener mannichfaltigen Detailfunktionen in eine bestimmte, ihrem Zwecke entsprechende, Ordnung, und in ein richtiges, dem sub- und objektiven Bedürfnisse angemessenes, Verhältniss gebracht, und jene Ordnung, so wie dieses Verhältniss gesichert

würde. — Die Verrichtung aller jener Funktionen ist nur möglich durch Menschen, und diejenigen Glieder des Staats, welche an seinen Lebensfunktionen aktiven Antheil nehmen, sind und heißen darum mit Recht Organe des Staats. Damit nun der Staat nach organischen Bedingungen regiert werde, damit seine Verwaltung ein organisch geschlossenes Ganzes bilde, muß nicht nur eine, jenem Bedürfnisse des Staats genügende, Anzahl tauglicher Organe aufgebracht, sondern müssen auch diese in ein solches Verhältniß gesetzt werden, wie es der Begriff des Organismus erheischt, d. i. sie alle müssen nach schiklichen, durch den Theilungsgrund der Verwaltung bestimmten, Artikulationen, und jedes Einzelne hinsichtlich seiner besonderen Funktion, der Idee des Ganzen gemäß, so gestellt und geleitet werden, daß sie, im richtigen durch die Idee ihrer Funktion bestimmten Gleise sich gegenseitig erhaltend, und für den Gesamtzweck sich gegenseitig unterstützend, zur Erhaltung des Staatsganzen und zur Erreichung seines Zwecks in der Art zusammenwirken müssen, daß das bezielte Produkt der Staatsverwaltung davon die nothwendige Folge sey. — Nur unter solchen Voraussetzungen ist die Staatsverwaltung zur Erreichung ihres Zwecks gehörig qualifizirt, und es ist daher nothwendig, daß dieselbe organisch konstruirt sey.

§. 391.

Je weniger nun vernünftigerweise zu erwarten steht, daß jene geforderte Ordnung in der großen Masse von Staatsgeschäften sich von selbst mache, und jenes nöthige Verhältniß sich von selbst herstelle, daß die zur Theilnahme an der Staatsverwaltung sich bereit findenden Staatsglieder sich aus eigenem Antriebe organisch fügen, desto unverkennbarer ist die Pflicht der Staatsgewalt, das Detail der Verwaltungsfunktionen gehörig zu ordnen, der administrativen Thätigkeit den zweckgemäßen Grad von Ausdehnung zu geben, und an denen Gehülphen, derer sie sich zur Verwaltung des Staats bedient, den Charakter von wahren Organen des Staats dadurch zu begründen, daß sie solche in ein, dem Begriffe des Organismus entsprechendes, Verhältniß der bezeichneten Art stellt, überhaupt die Verwaltung des Staats zu organisiren, und über die Erhaltung des hergestellten Organismus zu wachen. Daß diese organische Konstruktion der Staatsverwaltung auf bestimmte Prinzipien gebaut, und nach gewissen, ihre Zweckmäßigkeit sichernden, Normen durchgeführt und gehandhabt werde, ist unerlässliche Bedingung der, hierbey so vorzüglich nothwendigen, Festigkeit und Konsequenz; und der Inbegriff jener Prinzipien und Normen, die Zeichnung der organischen Bedingungen der

Staatsverwaltung ist es, was ich die organische Gesetzgebung nenne. — Dasjenige, dessen Vorstellung diesen Zweig der Gesetzgebung zu realisiren veranlaßt, ist die Qualifikation der Staatsverwaltung zur Erreichung ihres Zwecks, durch Begründung der möglichsten Zweckmäßigkeit in der Form und Technik der Verwaltung, dadurch, daß letzterer der Charakter des Organismus angeeignet wird. Dasjenige, was diesen Zweig der Gesetzgebung zu realisiren nothwendig macht, ist die Überzeugung von der Unerreichbarkeit des Staatszwecks ohne jene Qualifikation seiner Verwaltung, und von dem dringenden Bedürfnisse eines sicheren Regulativs für das, jene Qualifikation beziehlende, Verfahren.

§. 392.

Die erste Bedingung der Herstellung der geforderten Ordnung, und somit das erste Prinzip der organischen Gesetzgebung ist die bestimmte Ausscheidung aller heterogenen (spezifisch verschiedenen) Verwaltungsfunktionen von einander, und die entschöpfende Zusammenstellung aller derjenigen, die ihrer Gattung und Art nach homogen sind. Die Forderung dieser Ausscheidung und Zusammenstellung beruht auf der allgemeinen Maxime aller Geschäftsordnung bey einer Konkurrenz verschiedenartiger Gegenstände, welche Maxime durch die Natur

der Sache und den Begriff der Ordnung selbst an sich zureichend begründet ist; denn eine Vermengung oder auch nur Verbindung heterogener Funktionen ist an sich selbst schon Verwirrung, oder führt doch wenigstens gar zu leicht zu solcher, wo hingegen die Übersicht, die vollständige und pünktliche Behandlung gleichartiger Geschäfte ungleich sicherer zu erwarten ist. Jene Forderung wird also keiner weiteren Rechtfertigung bedürfen. Das Ausscheidungsprinzip des Verwaltungsdetails ist der Eintheilungsgrund der Staatsverwaltung in verschiedene Zweige, und dieser liegt (nach §. 356.) in den verschiedenen generischen Mittelzwecken, welche realisirt werden müssen, und in der, durch diese motivirten, spezifischen Verschiedenheit der Art und Weise, in welcher gewirkt werden muß, um den Gesammtzweck des Staats zu erreichen. Eben dieses Ausscheidungsprinzip führt in der Technik der Staatsverwaltung zur Sonderung aller der Funktionen, wodurch die Realisirung des einen generischen Mittelzwecks bedingt ist, von allen denjenigen Verrichtungen, die um eines anderen solchen Mittelzwecks willen nothwendig sind, so wie zur Verbindung aller der, von der heterogenen rein ausgeschiedenen, um desselben Mittelzwecks willen nothwendigen, und darum homogenen Funktionen. Mit wenigen Worten: die, in der Theorie der Staatsver-

waltung gebotene, Abtheilung derselben in verschiedene Zweige muß auch in der Technik der Staatsverwaltung realisirt werden.

§. 593.

Hieraus fließt, als erstes organisches Gesez, die Bestimmung: daß im Staate eben so viele eigene, von einander geschiedene Verwaltungsabtheilungen (Administrativdepartements) zu etabliren seyen, als in wie viele Zweige die Staatsverwaltung, ihrem richtigen Theilungsgrunde nach, zerfällt, — folglich ein eigenes Departement für Civilrechtspflege — für Strafrechtspflege — für Polizey — für Militairverwaltung — für auswärtige Angelegenheiten — für Finanzverwaltung — und daß jede derselben auf vollständige Realisirung des, dem ihr zugetheilten Verwaltungszweige vorgestekten Mittelzweks, als ihre eigenthümliche und ausschließende Sphäre, zu beschränken sey.

Anmerkung. a) Diese ausschließende Beschränkung jedes Verwaltungsdepartements auf einen Verwaltungszweig ist nicht nur durch die spezifische Differenz der unterstellten Geschäfte an sich, sondern auch durch die Erfahrung geboten. Kaum sind einem Geschäftsmanne die Nachtheile unbekannt, welche die Verbindung heterogener Geschäfte mit sich zu führen pflegt; denn entweder wird Eines ganz vernachlässigt, oder es wird doch Eines auf Kosten des Anderen gehoben, oder es wird keines von Allen energisch genug und entschöpfend behandelt. Auf keinen Fall läßt

sich bey jener Verbindung erwarten, was dennoch geleistet werden sollte, und bey einer Beschränkung auf homogene Geschäfte auch ungleich eher geleistet wird, und geleistet werden kann, nämlich eine, mit allen Theilen des Gebieths gleich vertraute, alle Theile gleich kräftig umfassende, nachdrucksvolle, und in jeder Hinsicht genügende Ausfüllung der ganzen Geschäftssphäre. — Die Verwaltungsdepartements sind im Organismus des Staats, was die Sinne und andere Hauptorgane im Organismus des menschlichen Körpers sind, und erstere müssen, obgleich Lebensorgane eines Staats, dennoch, um ihrem Zwecke ganz zu genügen, eben so bestimmt von einander ausgeschieden werden, als die Natur letztere, obgleich zu einem Körper vereinigt, an diesem voneinander ausgeschieden hat. Mißgestaltung, Verkrüpplung, Zerrüttung ist in jedem der entgegengesetzten Fälle für beyde das unvermeidliche Loos.

b) In manchen Staaten hat man die Verwaltung abgetheilt in die Departements der Justiz, des Innern, der Finanzen, der auswärtigen Verhältnisse, und des Kriegswesens. Welchen bestimmten Theilungsgrund man hierbey zur Basis genommen habe? weiß ich nicht; aber soviel ist ersichtlich, daß man hierbey unter dem Departement des Inneren vorzüglich jenes der Polizey gemeint haben müsse, weil die übrigen Verwaltungszweige namentlich ausgeschieden sind, oder man müßte annehmen, daß dieses Departement zum Gemeinplatze alles dessen bestimmt sey, was man als zu keinem der übrigen genannten gehörig ansah. Allein für einen solchen Gemeinplatz bleibt unter der Voraussetzung einer entschöpfenden Theilung nach einem

richtigen Theilungsprinzipie nichts übrig, und auf jeden Fall bildet die Polizey eben so gut einen eigenen Zweig der inneren Staatsverwaltung, als die Justiz und das Finanzwesen, welche letztere hinwiederum nicht minder zur inneren Staatsverwaltung gehören, als die Polizey. Mir scheint es, man müsse entweder die Staatsverwaltung zuerst in die innere und äußere, und dann die innere wieder in ihre Zweige vollständig ab- und unterabtheilen, oder (da erstere Abtheilung kaum einen zureichenden Grund haben dürfte) geradezu die Abtheilung nach einem richtigen Theilungsgrunde entschöpfen.

c) In manchen Staaten findet man gar keine regelmäßige Ausscheidung ihres Verwaltungsdetails nach irgend einem denkbaren Theilungsprinzipie, wohl aber eine willkührliche Versplitterung homogener, und ein eben so willkührliches Zusammenstellen heterogener Geschäfte; man muß aber auch darin allein den Schlüssel suchen zur Erklärung der, unmittelbar in die Augen springenden, zweckhinderlichsten Unbehüllichkeit, Inkonsequenz und Fehlerhaftigkeit ihrer Verwaltung. — In den allermeisten Staaten ist die Strafrechtspflege mit der Civilrechtspflege, und in vielen Staaten noch überdies die Polizey mit beyden Zweigen der Rechtspflege vereinigt. Auch diese Kumulation scheint mir ganz unzweckmässig zu seyn; denn die spezifische Differenz dieser drey Zweige von Staatsgeschäften könnte nur die Unwissenheit leugnen, und man findet bey ihrer Kumulation in der Wirklichkeit gerade die meisten Belege zu dem, was ich oben (a) von den Folgen einer Verbindung heterogener Geschäfte aus der Erfahrung angeführt habe.

Die Unterstützung, welche jene drey Zweige sich gegenseitig gewähren sollen, wird gerade dann erst am vollständigsten erfolgen, wenn jeder auf seine eigenthümliche Sphäre rein beschränkt ist, weil das, was zu jener gegenseitigen Unterstützung dient, von der eigenthümlichen Sphäre eines Jeden schon umschlossen ist, und die entschöpfende Ausfüllung dieser Sphäre nur unter Voraussetzung jener Beschränkung (nach a) mit Sicherheit erwartet werden kann. Der gewöhnliche finanzielle Vorwand für jene Kumulation beruht entweder auf einer Täuschung, oder auf einer Pflichtvernachlässigung; denn entweder will man, daß jeder jener drey Verwaltungszweige vollständig ausgefüllt werde, und dann müssen bey dem einen, jene drey Zweige umfassenden, Departement eben so viele Arbeiter angestellt werden, als man für jene Zweige bey ihrer Trennung bedürfte; denn es bleibt immer unmöglich, daß eine Person, während sie sich z. B. mit der Strafrechtspflege beschäftigt, auch zugleich die Civilrechtspflege und die Polizey besorge, und umgekehrt; soll sie sich aber damit successiv beschäftigen, so wird Eines zum groſsen Nachtheile des Zwecks auf das Andere warten müssen, und die Person wird in keinem Geschäftstheile so ganz einheimisch werden, um mit der Gründlichkeit auch Schnelligkeit zu verbinden. Die erlaubte Sparsamkeit darf sich nur bey Bestimmung des objektiven Umfanges für ein Geschäftsorgan äußern, und so kann bey einer subjektiven Geschäftskumulation nichts gespart werden, weil letztere, wenn der Mensch nicht überladen werden soll, eine Beengung des ersten nothwendig macht, und überdies eine unvollständige Behandlung der

heterogenen Geschäfte zur Folge hat. Will aber die Staatsgewalt jene Verwaltungszweige bloß oberflächlich, und soviel die höchste Nothdurft erheischt, behandelt wissen, oder sich damit begnügen, dann liegt die Pflichtvernachlässigung klar am Tage, oder wenigstens der Beweis, daß sie die Größe des Umfanges und des Gewichts oder Einflusses jener Verwaltungszweige auf das wahre Wohl des Staats gänzlich mißkenne. — Nicht einmal die Civil- und Strafrechtspflege sind übrigens von der Art, daß sich aus der Einheit des, sie behandelnden, Organs irgend ein Vortheil für sie erwarten liesse, wohingegen ungleich eher mancher Nachtheil aus dieser Einheit für die Sache selbst entspringen dürfte.

§. 394.

An die technische Abtheilung der Staatsverwaltung nach ihren verschiedenen Zweigen reiht sich unmittelbar an, die Zeichnung vorerst des subjektiven Umfanges und der Grenze des Geschäftsgebieths jedes einzelnen Departements. Das Bedürfnis dieser Zeichnung liegt theils eben in der, durch Etablirung geschiedener Departements bezielten, Absicht, die Vermengung heterogener Funktionen zu verhüten, welche nur durch genaue Begrenzung jenes Gebieths eines jeden Departements zu erreichen ist, theils in der eigenen Bestimmung jedes Departements, den ihm vorgestekten Mittelzwek wirklich vollständig zu realisiren, zu welchem Ende der Inhalt seines Geschäftsgebieths festgestellt seyn

muß. Das Prinzip jener Zeichnung ist der besondere Mittelzwek, dessen Realisirung die Aufgabe eines jeden Verwaltungsdepartements ausmacht; denn alles dasjenige, wodurch die Erreichung eines solchen besonderen Mittelzweks bedingt ist, liegt innerhalb der Geschäftssphäre desjenigen Departements, dem jener Mittelzwek vorgestekt ist; alles andere liegt ausserhalb derselben. Doch braucht sich die organische Gesezgebung nicht über das ganze Detail einer jeden dieser Geschäftssphären zu verbreiten, sondern es genügt für ihren Zwek und die Forderung ihrer Vollständigkeit, einen richtigen Grundriß derselben zu geben, weil jenes Detail in dem, jedem Verwaltungszweige korrespondirenden, Zweige der Gesezgebung, z. B. in der Civil- Strafrechts - Polizeygesetzgebung etc., vollständig gezeichnet seyn muß, worauf also die organische Gesezgebung verweisen kann.

§. 395.

Nach dieser eben postulirten Zeichnung trifft die Reihe die Bestimmung des Verhältnisses der etablirten Verwaltungsdepartements unter sich; ihr Verhältniß ist aber ein zweyfaches: nämlich ein inneres, ein wahres Kausalverhältniß, und ein äußeres, welches man ihr Rangverhältniß nennen könnte. Ihr

inneres Verhältniß beruht auf eines Jeden Qualität eines, gleich integrirenten, gleich unentbehrlichen, Bestandtheils des Ganzen der Staatsverwaltung, auf der Nothwendigkeit und Art ihres Zusammenwirkens zur Erreichung des Staatszweks, in wieferne nicht nur keines von ihnen fehlen darf, sondern auch jedes seine eigenthümliche Sphäre ganz ausfüllen muß, wenn der Zweck des Staats vollständig erreicht werden soll, in wieferne aber auch jedes nur eben dadurch, daß es sich auf seinem Standpunkte erhält, und seine Sphäre vollständig ausfüllt, zugleich alle übrigen gehörig unterstützt, und zur Erhaltung des Ganzen, so wie zur Erreichung seines Zweks in dem Mafse wirklich beyträgt, in welchem es dazu beytragen soll und muß, und worauf, daß es beytragen werde, bey der Abtheilung selbst gerechnet wurde. Dieses richtige Verhältniß zu sichern, ist die Sache der ursprünglichen Abtheilung der Staatsverwaltung, und ihrer Entschöpfung nach einem richtigen Theilungsprinzip, und es ist hieraus ersichtlich, wie viel wesentliches von der Art dieser Abtheilung abhängt, und wie wenig also dieselbe willkührlich oder gleichgültig sey. Hier kann daher nur von der Feststellung des äußeren Verhältnisses der Verwaltungsdepartements die Rede seyn.

§. 396.

Eben jene Beschaffenheit ihres inneren Verhältnisses enthält aber zugleich auch das Prinzip zur Feststellung des äusseren Verhältnisses derselben; denn, — da in Beziehung auf die Erreichung des Staatszweks, als welcher hierbey nur allein berücksichtigt werden darf, kein Zweig der Staatsverwaltung minder wichtig, minder wesentlich und nothwendig ist, als der andere, da alle (jeder in seiner Art) für jene Erreichung gleich viel und wesentlich mitwirken, somit auf dieser einzigen Wage ihrer reellen Würde sich vollkommen das Gleichgewicht halten, da selbst im Begriffe keiner dem anderen subordinirt ist, sondern vielmehr jeder, als ein, zwar zu demselben Ganzen gehöriges, dennoch in ihm selbstständiges, Glied, mit jedem anderen auf völlig gleicher Stufe steht, — so kann auch das äussere Verhältniss eines jeden Departements, durch welches ein solcher Zweig der Staatsverwaltung personifizirt ist, zu allen übrigen nur das, durch den Begriff der Gleichheit begründete, Verhältniss der Koordination seyn, und kaum dürfte Jemand, der da weifs, welchen wirksamen Einfluss das Bewusstseyn der Gleichschätzung oder der Zurücksetzung auf Dienstindustrie und Geschäftsenthusiasmus, ohne welche nichts Vollständiges zu erwarten ist, der Erfahrung nach habe, die Räthlichkeit, ja die

Nothwendigkeit miskennen können, daß jenes Verhältniß der Koordination sämtlicher Verwaltungsdepartements, durch ausdrückliche Gleichstellung derselben in der organischen Gesetzgebung, praktisch geltend gemacht werde, um der Verwaltung des Staats in allen ihren Zweigen die nöthige, gleich rege, Thätigkeit zu sichern; denn Vorurtheile und schiefe Beziehungen mancher Art haben allmählich und stillschweigend eine, wiewohl immer schwankende, Klassifikation der Verwaltungsdepartements gebildet, welche, als ein nicht zu übersehendes Hinderniß jener gleichen Betriebsamkeit aller, und somit der Erreichung des Staatszweks selbst, wieder geebnet werden muß, und nur auf jenem Wege wieder durchgreifend geebnet werden kann.

§. 397.

Durch Personifikation aller einzelnen Verwaltungszweige mittelst Etablirung eben so vieler, ihnen entsprechender, Verwaltungsdepartements, durch Zeichnung des subjektiven Umfangs und der Grenze der Geschäftssphäre eines jeden derselben überhaupt, und durch Feststellung ihres Verhältnisses unter sich, sind vorläufig nur die generellen Bedingungen der Zweckmäßigkeit der Staatsverwaltung gegeben, ist bloß die Basis zur organischen Konstruktion des Ganzen gelegt, und es versteht sich demnach

von selbst, daß es dabey, ohne das Gebäude unvollendet zu lassen, nicht sein Bewenden haben dürfe. Jedes einzelne Departement selbst bedarf einer eigenen inneren Einrichtung, und soll diese zur organischen Anlage des Ganzen passen, so muß auch sie selbst wieder den Bedingungen des Organismus genügen; denn es gehört zum Wesen eines organischen Ganzen, daß auch jede seiner Artikulationen ebenmäßig organisch sey, wie das z. B. die Artikulationen des menschlichen Körpers und jedes anderen organischen Naturprodukts beweisen. Jedeseinzelne Verwaltungsdepartement muß also im Organismus des Staatsganzen (wie z. B. jeder Sinn im Organismus des menschlichen Körpers) einen eigenen Partikularorganismus darstellen, und die Staatsgewalt hat somit, nach Herstellung der vorausgezeichneten Basis, der Natur der Sache gemäß ihre nächste Sorge dahin zu richten, daß auch, die innere Einrichtung eines jeden Verwaltungsdepartements den Forderungen des Organismus entspreche. Diesen Forderungen kann aber nur dadurch genügt werden, daß in Hinsicht des subjektiven sowohl, als objektiven Geschäftsumfanges jedes einzelnen Departements diejenige Ordnung und Vollständigkeit, dasjenige Ineinandergreifen, in Hinsicht der Verbindung seiner Glieder diejenige schikliche Artikulation, und endlich in Hinsicht der Geschäftsform

diejenige Zwekmäßigkeit hergestellt und gesichert werde, wovon die Erreichung des Mittelzweks eines jeden Departements die nothwendige Folge seyn muß.

§. 398.

Um die erforderliche Ordnung in Ansehung des subjektiven Geschäftsumfanges der einzelnen Verwaltungsdepartements zu sichern, muß — im Falle von dem, einem Departement vorgeordneten, Mittelzwecke weitere untergeordnete Mittelzwecke, die, um jenen zu erreichen, realisirt werden müssen, umfaßt werden, welche abermals eine spezifische Verschiedenheit in der Art und Weise, sie zu bewirken, erheischen, wie dieß z. B. bey der Polizey - der Militair- und Finanzverwaltung der Fall seyn dürfte, — vor Allem aus gleichen Gründen, welche die Absonderung der Staatsverwaltung überhaupt in verschiedene Departements, die Zeichnung ihres Umfanges und ihrer Grenze, und die Feststellung ihres Verhältnisses unter sich motivirten, die von jenem Theilungsgrunde geleitete, Unterabtheilung desselben Departements in Sektionen bestimmt, Zweck, Umfang und Grenze des Gebieths einer jeden dieser Sektionen, und deren Verhältniß unter sich, welches ebenmäßig kein anderes, als das der Koordination seyn kann, festgestellt, und, auch wo diese Unterabtheilung nicht statt finden sollte, auf

jeden Fall die in der Geschäftsbesorgung einzuhaltende Reihe, der Natur des Geschäfts und seiner Einwirkung auf den Staatszwek gemäß, vorgezeichnet werden. Auch diese Unterabtheilung oder Bestimmung ist ein unverkennbar nothwendiges Mittel, der Verwirrung kräftig zu begegnen, Ordnung, Übersicht und Entschöpfung der Geschäfte zu erleichtern und handhaben zu können.

§. 399.

Durch jedes einzelne Verwaltungsdepartement — in wieferne hier allenthalben darunter die *P e r s o n i f i k a t i o n* eines besonderen Zweigs der Staatsverwaltung, der Inbegriff aller, zur Realisirung eines solchen Zweigs erforderlichen Thatkraft und Anordnung verstanden wird — soll ein, im Gesamtzwecke des Staats enthaltener, seiner Gattung nach von den übrigen verschiedener, Mittelzwek, und zwar im ganzen geographischen Umfange des Staats und für alle Glieder desselben realisirt werden. Aus der Natur dieser Bestimmung jedes Verwaltungsdepartements geht nun die Forderung hervor: daß ihm erstens eine, zu der, durch den subjektiven sowohl als objektiven Umfang seiner Geschäftssphäre veranlaßten, Menge und Ausdehnung von Geschäften im richtigen Verhältnisse stehende, Anzahl von Personen zugetheilt, und daß zweytens, eine gleich verhältnismäßige Menge

der, um des dem Verwaltungsdepartement vorgestekten Mittelzweks willen erforderlichen, Anstalten für den ganzen Umfang des Staats zum Behufe des Departements etablirt werde. Unter dem subjektiven Geschäftsumfange eines Verwaltungsdepartements verstehe ich den ganzen Inbegriff der, durch die Natur des ihm vorgestekten Mittelzweks selbst veranlaßten, Funktionen; also z. B. den Inbegriff aller der Funktionen des Polizeydepartements, ohne welche der, diesem Departement vorgestekte, Zwek der Polizey seiner Natur nach nicht erreicht werden könnte. Unter dem objektiven Geschäftsumfange eines Verwaltungsdepartements den geographischen Bezirk mit seinen Bewohnern — und dieser ist für jedes Departement (der inneren, Verwaltung, wie sich versteht) der ganze Umfang des Staats mit allen seinen Gliedern — in welchem und für welche der, dem fraglichen Departement vorgestekte, besondere Mittelzwek realisirt werden soll. Dieselben Begriffe sind dem subjektiven und objektiven Umfange der, zur Erreichung des Mittelzweks jedes Departements im ganzen Umfange des Staats erforderlichen, Anstalten zu unterstellen.

§. 400.

Obiger Saz drückt demnach die Forderung aus: daß — unter Berücksichtigung dessen, was

ein seiner Bestimmung gewachsener, arbeitsamer Mensch ohne Überspannung seiner Kräfte zu leisten vermag -- für jedes Departement diejenige Anzahl tauglicher Subjekte angestellt werde, welche erforderlich ist, um die zur Erreichung des, diesem Departement vorgestekten, Mittelzweks seiner Natur nach nothwendigen Funktionen, und zwar für den ganzen Umfang des Staats und alle seine Glieder ins Werk setzen zu können, nicht minder, daß zum Behufe jedes Departements alle diejenigen Anstalten, und zwar in der erforderlichen Ausdehnung und Menge, realisirt werden, wodurch die Erreichbarkeit des Mittelzweks eines Jeden im ganzen Gebiete des Staats und für alle seine Glieder bedingt ist. Diese Vollständigkeit in der Personifizirung und Realisirung jedes einzelnen Verwaltungszweigs ist, wie unmöglich verkannt werden kann, ein unerlaßliches Mittel zur Erreichung der im Gesamtzwecke enthaltenen Mittelzwecke, demnach zur Erreichung des Gesamtzweks selbst, und es folgt hieraus von selbst, daß jede, auf Kosten jener Vollständigkeit sich äuffernde, finanzielle Sparsamkeit im direkten Widerspruche stehe mit dem Zwecke, und folglich auch mit dem vernünftigen Willen der Gesammtheit der Staatsglieder, welche, so gewiß sie den Zweck des Staats und folglich auch die unentbehrlichen Mittel zu diesem Zwecke

will, eben so gewiß auch alle zur Verwirklichung dieser Mittel nöthigen Beyträge zu entrichten, und somit der Finanzverwaltung jeden Grund zu einer Sparsamkeit jener Art zu entziehen sich geneigt finden muß.

Anmerkung. Die Detailforderungen um jener Vollständigkeit willen können nur in der Erörterung der einzelnen Verwaltungszweige selbst aufgezählt werden, und wenn es dann, wie vielleicht zu erwarten ist, Manchem scheinen möchte, als ob der Aufwand zur Befriedigung aller jener Forderungen in der Wirklichkeit unerschwinglich sey, so hat dieser Schein sicher nur seinen Grund in der Voraussetzung, daß die Regierungen fortfahren, einen großen Theil des Staatsvermögens für Zwecke zu verwenden, die dem wahren Wesen des Staats völlig fremd sind; denkt man sich aber diese Verschwendung, die nirgends gerechtfertigt werden kann, hinweg, dann dürfte es eben so deutlich einleuchten, daß das Finanzdepartement, selbst wenn man den Willen der Staatsglieder so nimmt, wie er der Erfahrung nach zu seyn pflegt, kaum mehr in Verlegenheit seyn werde, alle jene Forderungen wirklich befriedigen zu können.

§. 401.

Daß die ganze Masse der, um der Erreichung des Mittelzweks eines Verwaltungsdepartements willen erforderlichen, Geschäfte nicht der, diesem Departement zugetheilten, Anzahl von Subjekten überhaupt zu übertragen sey, dürfte sich zwar wohl von selbst verstehen; allein es kömmt sehr viel darauf an, daß diese

Geschäftsvertheilung zweckmäfsig, also nach richtigen, die Erreichung des Zwecks verbürgenden, Prinzipien geschehe, und in dieser Hinsicht dringt sich vor allem die Forderung auf, einen Theil jener Subjekte mit der unmittelbaren Vollziehung und Handhabung des, dem fraglichen Verwaltungszweige korrespondirenden, Zweigs der Gesetzgebung im ganzen Gebiete des Staats zu beauftragen, in der Art jedoch, dafs das ganze Gebieth des Staats in bestimmte geographische Bezirke abgetheilt, und jedem jener Subjekte ein solcher Bezirk als sein ausschliessender Wirkungskreis angewiesen werde. Den Grund hierzu und zugleich den natürlichen Mafsstab zur Bestimmung der Gröfse dieser Bezirke enthält das anerkannte Naturgesetz, dafs jede Kraft eine bestimmte Sphäre ihrer genügenden Wirksamkeit habe, und dafs jede Kraft mit der Extension, nach welcher sie wirkt, an Intension verliere. Sollen demnach die Gesetze rasch und mit Nachdruck vollzogen und gehandhabt werden, so mufs die Gröfse jener geographischen Bezirke (unter gleichzeitiger Berücksichtigung des subjektiven Geschäftsumfanges) mit der natürlichen Sphäre menschlicher Thatkraft koinzidiren, und das praktische Leben der Gesetze wird um so mehr an intensiver Kraft gewinnen, je richtiger das Verhältnifs zwischen dieser Sphäre und der, den Subjekten

angewiesenen , Geschäftssphäre in subjektiver und objektiver Hinsicht getroffen wird. Jede Überschreitung dieses Verhältnisses hingegen muß sich, so gewiß die Natur ihre Gesetze behauptet, mit Erlahmung der Staatsverwaltung und deren höchst nachtheiligen Folgen bestrafen. — Dasselbe Prinzip, welches hier für die Bestimmung des äußeren Geschäftskreisses der unteren, oder Primarvollziehungsorgane aufgestellt würde, gilt ebenmäßig für die Bestimmung des Wirkungskreisses der, für den Zweck jedes Departements erforderlichen Anstalten, da auch diese unleugbar unter jenem Naturgesetze stehen, und daß im Falle ein Departement (aus dem §. 398. angeführten Grunde) in besondere Sektionen getheilt ist, in jedem der unterstellten geographischen Bezirke auch für den untergeordneten Mittelzwek jeder Sektion ein eigenes Vollziehungsorgan aufgestellt werden müsse, ist natürliche Folgerung des Prinzips und Grundes jener Theilung.

§. 402.

Bey den einzelnen Fällen der unmittelbaren Handhabung und Vollziehung der Gesetze eines Verwaltungszweks können sich indessen Anstände und Schwierigkeiten ergeben, können Modifikationen nothwendig, können Widersprüche und Beschwerden erhoben werden, welche zu beseitigen oder zu besiegen, zu bestimmen oder

zu erledigen, das unmittelbare Vollziehungsorgan meistens darum nicht geeignet seyn wird, weil dazu eine ausgebreitetere Übersicht der Verhältnisse und Umstände, überhaupt der Bedingung einer zweckgemäßen Anwendung der Gesetze erfordert wird, als sie das, auf einen engeren Gesichtskreis beschränkte, Organ zu haben vermag. Überdies bedarf es nothwendig einer Sicherung gegen die Willkühr, Leidenschaft oder Unkunde, gegen den Irrthum, oder den etwa ermangelnden guten Willen auf Seite jener Vollziehungsorgane durch Etablirung einer Aufsicht über die Geschäftsführung der letzteren, und durch Anregung einer solchen Wirksamkeit, wodurch jene im richtigen Gleise ihrer Sphäre erhalten, zur gebührenden Ausfüllung derselben bestimmt, und von jeder ungebührlichen Überschreitung derselben abgehalten werden. Die Summe dieser eben bemerkten Funktionen bildet den subjektiven Geschäftskreis einer eigenen Mittelbehörde eines jeden Verwaltungsdepartements (so wie einer jeden allenfallsigen Sektion desselben), welche Mittelbehörde, so gewiss die Realität jener Funktionen unerlässlich ist, aus dem anderen Theile der, jedem Departement zugetheilten, Subjekte konstituiert werden muss, und welcher die voraus postulirten Vollziehungsorgane in allen den, in diesem §. bezeichneten, Rücksichten unmittelbar

unterzuordnen und verantwortlich zu machen sind.

§. 403.

Doch kann auch hierbey das, im §. 401 bezogene, Naturgesetz nicht ungestraft außer Acht gelassen werden; denn soll die Erledigung aller der, in den, Eingangs des vorigen §. bemerkten, Hinsichten nothwendigen, Anfragen und Rekursen ohne nachtheiligen Verzug möglich seyn, und soll die bezielte Aufsicht zweckgenügend geführt werden, so darf auch dieser, in subjektiver Hinsicht einmal bestimmte Wirkungskreis objektiv nicht über die natürliche Grenze der Sphäre menschlicher Thatkraft ausgedehnt werden. Sobald daher, was meistens der Fall seyn wird, der geographische Umfang eines Staats von einer solchen Ausdehnung ist, daß sich bey einer einzigen Mittelbehörde jedes Departements (oder einer seiner Sektionen) jene Anfragen und Rekurse zu sehr häufen müßten, und die geforderte Aufsicht nicht pünktlich und durchgreifend genug von ihr geführt werden könnte, ist es durch jenes Gesetz zur unerlässlichen Pflicht gemacht, das Gebieth des Staats in Hinsicht der einzelnen Zweige seiner Verwaltung in bestimmte Kreise zu theilen, deren jeder so viele der, im §. 401 bestimmten, Bezirke umfaßt, als von der zur Aufsicht bestimmten Behörde füglich übersehen und

besorgt werden können, und dann die unterstellte Mittelbehörde so oft zu personifiziren, als in wie viele Kreise das Gebieth des Staats getheilt ist, so, daß jedes Verwaltungsdepartement (und jede Sektion eines solchen) in jedem Kreise sein eigenes Mittelorgan der geforderten Art besitze, welches den durch die Idee dieses Mittelorgans (§. 402) bestimmten Wirkungskreis vollständig auszufüllen vermag. Dasselbe gilt von den durch die Bestimmung dieses Mittelorgans postulirten Anstalten.

§. 404.

Um nun aber auch in allen Lebensäußerungen jedes Verwaltungsdepartements, die ganze Sphäre seiner Wirksamkeit hindurch und in allen Direktionen und Distanzen dieser Sphäre, die nöthige Einheit, Gleichförmigkeit, Vollständigkeit, überhaupt die Zweckmäßigkeit zu sichern, muß am Sitze des Regenten, welcher, soviel immer thunlich im geographischen Centrum des Staats seyn sollte, für jeden Verwaltungszweig, aus dem übrigen Theile der ihm zugetheilten Subjekte, eine eigene Zentraloberbehörde geschaffen werden, welcher alle (im §. 402. postulirten) Mittelbehörden, und vermittelst derselben auch alle (im §. 401. postulirten) Unter- oder Primarbehörden desselben Departements unterzuordnen sind. Der Wirkungskreis dieser Zentralbehörde ist

durch ihren Zweck dahin bestimmt: der höchste und oberste Impuls, Leiter und Wächter einer richtigen und pünktlichen Vollziehung des korrespondirenten Zweigs der Gesetzgebung im ganzen Umfange des Staats zu seyn, demnach aus der Quelle einer das Ganze umfassenden Übersicht aller Verhältnisse und Umstände, überhaupt aller Bedingungen der Ausführbarkeit, Art und Modificationen der Vollziehung zu bestimmen, Hindernisse, Schwierigkeiten und Beschwerden in höchster Instanz zu beseitigen und zu schlichten, wesentliche und widerrechtliche Ungleichheiten zu verhüten, Lücken zu verhindern oder auszufüllen, Mängel zu verbessern, das Gute noch mehr zu vervollkommen, die Aufsicht über die ihrer Sphäre angehörigen Mittelbehörden unmittelbar, und dadurch zugleich mittelbar über die betreffenden Primarbehörden zu führen, auf diese Art die gleichmäßige Erreichung des, dem betreffenden Verwaltungszweige vorgestekten, Mittelzweks in allen Theilen des Staats zu sichern, und so den Schlussstein des Departements zu bilden, dessen Begriff aus der Totalität der Personifikation und Realisirung eines Verwaltungszweigs erwächst, sonach die Primar- die Mittelbehörden, und die Zentraloberbehörde, sammt allen zur Erreichung des Zweks dieses Verwaltungszweigs erforderlichen Anstalten umfaßt.

Anmerkung. Zerfällt ein Verwaltungszweig, wegen der, in seinem Mittelzwecke enthaltenen, untergeordneten Mittelzwecke, in Unterabtheilungen, so ist auch jede dieser Sektionen in einer eigenen Oberbehörde zu personifiziren, welche dann zusammen die Zentraloberbehörde dieses Verwaltungsdepartements ausmachen, jedoch nur dann zu gemeinschaftlichen Sitzungen zusammentreten, wenn es darauf ankömmt, die Übereinstimmung der für ihre untergeordneten Mittelzwecke zu wählenden Mittel zur Erreichung ihres gemeinschaftlichen Zwecks zu sichern.

§. 405.

Der Wirkungskreis der eben postulirten Zentraloberbehörde jedes Departements soll sich zwar über den ganzen geographischen Umfang des Staats erstrecken; dennoch kann darin, in der Voraussetzung, daß sie selbst mit einer verhältnißmäßigen Anzahl von Gliedern besezt, und daß jene Primar- und Mittelbehörden in der geforderten Mehrheit realisirt seyen, kein Verstoß gegen das oben beregte Naturgesetz gefunden werden; denn, eines Theils muß durch jene Primarbehörden den Mittelbehörden, und durch diese Mittelbehörden der Zentralbehörde der größte Theil desjenigen zugeführt werden, was den Stoff ihrer Bearbeitung und die Bedingungen ihrer so ausgedehnten Wirkung ausmacht; sind also jene Primar- und Mittelbehörden für die Zentralbehörde eben das, was für das Zentralorgan im menschlichen

Körper diejenigen Organe sind, durch welche ihm der zu bearbeitende Nahrungsstoff zugeführt wird, und machen dadurch eine vollständige Übersicht der Zentralbehörde über das ganze Gebieth des Staats gar wohl möglich; anderen Theils sind eben jene Primar- und Mittelbehörden dazu bestimmt, der Kraft der Zentralbehörde, bey ihrer Rückwirkung auf das ganze Gebieth des Staats, die nöthige Intension zu erhalten, indem jede Zentralbehörde nur vermittelt der ihr untergeordneten Mittel- und Primarbehörden zurückwirkt, sonach die Kraft jeder Zentralbehörde, bey der ganzen Extension ihrer Wirkung nach allen Richtungen hin, durch eben jene Mittel- und Primarbehörden den erforderlichen Zuwachs an Intension in dem Masse wieder gewinnt, in welchem sie desselben bey ihrer Extension bedarf. In soferne hat also jede Zentralbehörde in jenen Mittel- und Primarbehörden zugleich auch die nöthigen Ableitungsorgane, und ist durch sie für die zweckgenügende Intension ihrer Kraft in ihrem ganzen, wenn auch noch so großen, objektiven Geschäftsumfange gesichert.

§. 406.

Eben in dieser Artikulation und wesentlichen inneren Verkettung aller Glieder besteht der organische Charakter der so gear-

teten Verfassung jedes Verwaltungsdepartements, indem nach ihr alle Glieder des so geschlossenen Ganzen sich gegenseitig verhalten, wie Mittel und Zweck, und so gegenseitig auf einander einwirken, daß jedes wirklich seyn, und wirken müsse, was es seyn und wirken soll, indem also jedes Glied um der anderen und um des Ganzen willen existirt, jedes Glied immerfort zur Erhaltung des Ganzen das seinige beiträgt, hinwiederum aber, indem es das Ganze erhalten hilft, auch seiner Stelle und Funktion nach durch das Ganze bestimmt und erhalten wird, und auf diese Weise das Ganze in sich selbst zurückkehrt, und sich selbst erhält. — Werden also die bisher angedeuteten Bestimmungen als Normen der Architektonik jedes Departements der (inneren) Staatsverwaltung in der organischen Gesetzgebung niedergelegt, so wird auch jedem, nach ihnen verfaßten, Departement der Charakter eines zweckgemäßen Partikularorgans im Organismus des Staatsganzen, und dadurch die Erreichung des ihm vorgestekten Mittelzweks vollkommen gesichert seyn; denn darauf ist die bezeichnete Anlage einer jeden Artikulation in ihm und ihre Verkettung einzig berechnet. Ist aber die Erreichung seines Mittelzweks die nothwendige Folge dieser Verfassung jedes Departements, so ist auch dem Zwecke seiner Verfassung selbst, und des betreffenden

Theils der organischen Gesetzgebung (§. 391.) genügt.

Anmerkung. Das Departement der auswärtigen Angelegenheiten macht allein eine Ausnahme, indem dieses, der Natur seines Mittelzweks zufolge, seine Organe im Auslande haben muß. Die Bestimmung seines Organismus wird bey der Erörterung dieses besonderen Verwaltungszweiges insbesondere angegeben werden, gleichwie überhaupt die Anwendung der bisherigen organischen Bestimmungen der Erörterung der einzelnen Verwaltungszweige bevorbleibt.

§. 407.

Jedes Verwaltungsdepartement hat seine eigene Bestimmung und Funktion im Organismus des Staats, und die in den §§. 392 u. 393 bestimmte, Abtheilung der Staatsverwaltung ist darauf berechnet, daß, wenn jedes, dieser Abtheilung entsprechend etablierte, Verwaltungsdepartement seinen Mittelzwek vollständig erreicht, eben dadurch die Sphäre der, um der Erreichung des Gesamtzweks willen erforderlichen, Thätigkeit entschöpft, die Realität des Gesamtzweks das Resultat davon seyn müsse. Nun liegt zwar die Verkettung aller jener Partikularorgane zu einem Ganzen schon in dem inneren Wesen und Zwecke eines jeden derselben, und auch der äußere Zentralpunkt derselben ist ebenmäßig schon in der Person des Regenten (des Inhabers des vollziehenden

Zweigs der Staatsgewalt in einer Dürarchie) gegeben. Allein es bedarf nun noch zur Vollendung des ganzen Organismus, einer eigenen Behörde, welche das Übergangsorgan der einzelnen Partikularorgane zu jenem Centralpunkte, und von diesem zu jenen bildet, und die innere, in ihrer Bestimmung liegende, Vereinigung der Glieder auch als äußere Einheit darzustellen und diese zu sichern bestimmt ist. — Das schicklichste Übergangsorgan der geforderten Art dürfte ein, vorzüglich aus den Chefs sämtlicher einzelner Verwaltungsdepartements zu konstituierender, und von dem Regenten selbst zu präsidirender, Centralstaatsrath seyn, mit der Aufgabe, durch von Zeit zu Zeit zu wiederholende Vorlegung von, gehörig belegten, Generalberichten über die Agenz aller einzelnen Verwaltungsdepartements, dem Regenten die, zur Möglichkeit seiner Zentralfunktion nöthige, entschöpfende Übersicht über den Zustand und Gang der Staatsverwaltung in allen ihren Zweigen und Richtungen zu gewähren, die Maximen und Modalitäten der exekutiven Thätigkeit aller Departements, nicht nur in Ansehung ihrer Angemessenheit zu ihren besonderen Mittelzwecken, sondern auch und vorzüglich, in Ansehung ihrer Übereinstimmung zur Realisirung des, allen gemeinschaftlichen, Gesamtzwecks gemeinschaftlich zu prüfen, die

bey dieser Prüfung entdeckten Gebrechen abzustellen, die Thätigkeit der einzelnen Departements, in der erforderlichen Spannung, so wie im richtigen Gleichgewichte zu erhalten, in der Anlage der Staatsverwaltung im Ganzen die, mit den Fortschritten der Kultur entdeckten, Vervollkommnungen zu bewerkstelligen, und so für die stäts zureichende Qualifikation der Staatsverwaltung zur Erreichung ihres Zwecks, als die einzige Bedingung des wahren Wohls des Staats, die befriedigende Garantie zu leisten.

§. 408.

Diefs ist der wahre, der Idee eines Zentralstaatsraths entsprechende, Wirkungskreis eines solchen, und nur unter der Voraussetzung und in dem Mafse, dafs, und in welchem er diesen Forderungen genügt, wird durch ihn der Organismus der Staatsverwaltung überhaupt wesentlich vollendet. — Sehr rathsam dürfte es seyn, in diesem Zentralstaatsrath, neben den Chefs der einzelnen Verwaltungsdepartements, ebenso viele andere, im Gebieth der Staatswissenschaft mit besonderer Auszeichnung gebildete, Männer aufzunehmen, theils um durch diese eine lebendige Kontrolle zu bilden gegen die etwaige Partheylichkeit und den Egoismus der Departementschefs, sowohl in der Darstellung, des Ganges und Zustandes der ihrer Leitung anvertrauten

Zweige der Staatsverwaltung, als auch in der Untersuchung der hierin sich etwa vorfindenden Lücken und Gebrechen, theils um auch hier, als an der Urquelle des praktischen Impulses und der Leitung aller administrativen Thätigkeit, das Daseyn eines gleichen Reichthums an wissenschaftlichen wie an Erfahrungskenntnissen zu sichern, und dadurch zu bewirken, daß auch der Geist der Verwaltungspraxis mit dem Emporstreben der ächten Kultur und des, durch diese geleiteten, Zeitgeistes stets gleichen Schritt halte.

Anmerkung. Es ist sehr erfreulich, bemerken zu können, daß der Geist des Organismus bereits der Verwaltung einzelner Staaten heimisch geworden zu seyn scheine. Es bedarf nur noch einiger Nachhülfe, durch richtigere Ausscheidung des spezifisch-verschiedenen, und entschöpfendere Zusammenstellung des Homogenen, durch Vervollständigung der Artikulationen der einzelnen Partikularorgane, durch pünktlichere Berücksichtigung des oben bemerkten Naturgesetzes, und durch richtigere Bestimmung des Wirkungskreisses der einzelnen Behörden, — und es kann nicht fehlen, daß die, dann unausbleiblichen, herrlichen Früchte dieser, unserem Zeitalter vorbehaltenen, Metamorphose nicht zur allgemeinen Nachahmung reitzen sollten.

§. 409.

Daß die Form, in welcher die Geschäfte der Staatsverwaltung behandelt werden, auf die

Zwekmäßigkeit des Ganges der letzteren einen wesentlichen Einfluß habe, und daß sonach die Bestimmung jener Form ein wesentliches Objekt der organischen Gesetzgebung ausmache, dürfte Niemand in Abrede stellen, gleichwie es auch für sich einleuchtet, daß die Bestimmung jener Form nach der Natur eines jeden besonderen Geschäftszweigs und seines Zweks besonders zu modifiziren sey. Eben darum aber kann auch erst dann, wenn die Natur der besonderen Zweige der Staatsverwaltung entwickelt seyn wird, die zwekmäßigste Form ihrer Behandlung (ohne Wiederholungen) bestimmt werden, und ich werde demnach bey Erörterung der einzelnen Zweige der Staatsverwaltung hierauf die geeignete Rücksicht nehmen, hier aber mich auf Feststellung der allgemeinen Gesichtspunkte beschränken, welche als die gemeinschaftliche Grundlage jener Detailbestimmung gelten müssen.

§. 410.

Sicherung dafür, daß der wahre Zweck des Geschäfts nicht außer Acht gelassen werde, Entschöpfung alles Wesentlichen, und Hinwegräumung alles dessen, was die Raschheit des Geschäftsganges innerhalb jener Schranken behindern könnte, sind wohl unleugbar die allgemeinen Zwecke, auf deren Erreichung bey Bestimmung der Geschäftsform in

allen ihren Modifikationen hinzuarbeiten ist; denn jene Punkte sind unverkennbar die äusseren Hauptbedingungen der Zweckmäßigkeit aller Verwaltungsfunktionen, und das schiklichste Mittel, der Verwaltung diese Bedingungen zu sichern, ist, die Umsicht und Vorsicht der Geschäftsorgane dadurch im erforderlichen Grade zu fesseln, daß Gang, Vollendung und Gültigkeit der Geschäfte an die Beobachtung gewisser Formen gebunden werden, aber auch die Thätigkeit jener Organe dadurch in der erforderlichen Spannung zu erhalten, daß ihre Willkühr in der Geschäftsbetreibung auf gewisse Schranken beengt wird. Beydes, Raschheit des Geschäfts, und entschöpfende Sicherheit der Erreichung seines Zwecks, muß durch die formellen Normen übereinstimmend bewirkt werden, und wenn gleich erstere nie auf Kosten der letzteren befördert werden darf, so wird dennoch ein verhältnißmäßiges Übergewicht der Rücksicht auf die eine oder die andere bey Bestimmung jener Normen durch die Natur der besonderen Geschäftsarten gerechtfertigt, in soferne nämlich eine Geschäftsart, nach der Natur ihres Zwecks und wegen der jedesmaligen Gefahr des Verzugs, eine besondere Raschheit in ihrer Behandlung erheischt, oder ihr Objekt leichter zu übersehen und die Subsumtion unter das Gesez bestimmter zu finden

ist, oder aber in Ermanglung der Gefahr aus einem momentanen Verzuge, wegen der grösseren Wichtigkeit und Verwicklung ihres Objekts, und der grösseren Schwierigkeit der Subsumtion unter das Gesez, einen mehr vorsichtigen und sicheren, als raschen Gang erfordert. — Diese allgemeinen Grundsätze scheinen mir eine ausreichende Grundlage für die organische Gesezgebung zum Behufe der Bestimmung aller formellen Geschäftsnormen zu bilden, und diese werden ihrem Zwecke um so mehr genügen, je vollkommener jene Grundsätze bey der Zeichnung des Details der Geschäftsformen werden in Anwendung gebracht seyn.

§. 411.

Übrigens läßt sich noch für die Bestimmung der Geschäftsform, in wieferne dabey auf die verschiedenen Stufen oder Artikulationen des Organismus der ganzen Staatsverwaltung Rücksicht genommen wird, der allgemeine Grundsatz aufstellen: daß für alle unteren oder Primärverwaltungsbehörden in der Regel ein individuelles (worunter ich den Gegensatz des kollegialischen verstehe), und mehr oder weniger summarisches (welches jedoch wohl von dem oberflächlichen zu unterscheiden ist); hingegen für alle Mittel- und Zentralbehörden ein kollegialisches Verfahren anzuordnen sey. Das Motiv dieser Norm liegt

in der verschiedenen Bestimmung der unterstellten Behörden, indem die Bedingungen einer, zweckmäßigen unmittelbaren, Handhabung und Vollziehung der Gesetze — das Objekt der Primarbehörden — nämlich Raschheit des Entschlusses, Einheit des Impulses und Gleichförmigkeit des Nachdrucks, ungleich eher von einem, durch zögernde Formen nicht gebundenen, Individuum, — hingegen die Bedingungen der Erfüllung der, vorausgezeichneten, Geschäftssphäre der Mittel- und Zentralbehörden, nämlich die Vielseitigkeit, Tiefe und Umfang des Blicks, die Reife und Erwägung und Konkurrenz von Kenntnissen, ungleich zuversichtlicher von dem Zusammenwirken mehrerer Individuen erwartet, und gehörige Extension und Intension der Aufsicht, die diesen Behörden übertragen ist, nur von kollegialischer Wirksamkeit geleistet werden kann, übrigens hier, wo selten Gefahr auf dem Verzuge haftet, gerade die Rücksicht auf entschöpfende Sicherheit der Geschäfte, jene auf Raschheit derselben, der Bestimmung dieser Behörden zufolge, überwiegen muß.

Anmerkung. Der schleppende und unbehülfliche Gang, welchen man der Erfahrung nach an der kollegialischen Geschäftsführung wahrnehmen wollte, und weswegen man letztere vielfältig abschaffte, hat nicht sowohl seinen Grund in der kollegialischen Behandlung

der Objekte an sich als vielmehr in so manchen zwecklosen Geschäftsmodalitäten, unnützen Schreibereyen und Hin- und Hersendungen, und einer grossen Verschwendung der Zeit, mit welchen das Kollegienwesen gewöhnlich bisher behaftet war. Diese Mißbräuche sollen und können gehoben werden, ohne die Sache selbst aufzugeben, und die nöthige Sicherheit der Entschöpfung der Geschäfte ihrer Schnelligkeit aufzuopfern, was in keinem Falle zweckmässig seyn kann. — Es ergibt sich übrigens aus dem bisher angeführten von selbst, daß die Aufstellung der Instruktionen für sämtliche Civil- und Strafgerichte, für alle Polizey- Militair- und Finanzbehörden, so wie für das Departement der auswärtigen Angelegenheiten, zur Sphäre der organischen Gesetzgebung gehöre, jedoch nur in soferne darin die Form der Geschäfte vorzuzeichnen ist; denn die Materie der Geschäfte empfängt ihre Bestimmung durch die übrigen Zweige der Gesetzgebung.

§. 412.

Eine der Hauptbedingungen eines regen und seinem Zwecke entsprechenden Lebens des ausgezeichneten Organismus der Staatsverwaltung ist: daß sämtliche der postulirten Behörden mit tauglichen d. i. mit solchen Subjekten besetzt seyen, welche der Idee ihrer Funktionen in jeder Hinsicht zu genügen vermögen; und wenn gleich das Faktum der Auswahl derselben nicht die Sache der Gesetzgebung selbst seyn kann, so gehört es doch um so gewisser zu ihrem

Ressort, und zwar zum Ressort der organischen Gesetzgebung insbesondere, die Bedingungen jener Auswahl festzustellen, je wesentlicher die Gesundheit des organischen Lebens der Staatsverwaltung von den Maximen des Verfahrens hierunter abhängt, je mehr also die Erreichbarkeit des Zwecks der organischen Gesetzgebung durch die Feststellung solcher Maximen bedingt ist, welche dem organischen Leben der Staatsverwaltung Gedeihen und Wohlseyn verbürgen. — Dafs Geburt, Familienverhältnisse, Reichthum u. d. gl. Dinge, die auf eine geschikte und genügende Amtsführung keinen Einfluß haben, gar nicht, sondern lediglich der Besiz derjenigen Kenntnisse, Fertigkeiten und Eigenschaften, wodurch die beste Amtsführung bedingt ist, bey jener Auswahl als entscheidend zu berücksichtigen seyen, scheint mir die organische Gesetzgebung nur noch darum als Grundsatz ausdrücken zu müssen, weil es bis jezt der Menschheit noch nicht gelungen ist, jene, von der Theorie längst schon als gültig anerkannte, und von dem Geiste der Zeit so laut geforderte, Maxime auch wirklich durchgängig praktisch geltend werden zu sehen. Von dem Daseyn jener wesentlichen Bedingungen aber muß sich die Regierung, wenn dasselbe nicht durch freywillige öffentliche Proben hinreichend beurkundet ist, um

ihres Zwecks willen durch eigene Thätigkeit die vollkommenste Überzeugung zu verschaffen suchen, und man hat, der Erfahrung nach, bereits das schiklichste Mittel, zu jener Überzeugung zu gelangen, ergriffen, nämlich den Weg besonderer Prüfungen.

§. 413.

Sollen aber diese Prüfungen wirklich zu dem bemerkten Ziele führen, so müssen: a) die Gegenstände derselben dem Zwecke vollkommen entsprechend bestimmt, es muß: b) darauf die der Wichtigkeit der Sache gebührende Zeit und Mühe verwendet, und es müssen: c) dazu die ausgezeichnetesten Geschäftsmänner, deren Urtheil des Vertrauens der Regierung in jeder, hier einschlagenden, Rücksicht würdig ist, gebraucht werden. — Die Prüfungsgegenstände sind nur dann ihrem Zwecke entsprechend bestimmt, wenn auf deren Entschöpfung das Urtheil der wirklichen Fähigkeit des Geprüften zum praktischen Eintritte in eines der verschiedenen Verwaltungsdepartements mit voller Sicherheit gebaut werden kann. Diefs wird aber nur dann der Fall seyn können, wenn die Prüfungsobjekte (auf deren Zahl es gar nicht ankömmt, sondern) so umfassend gewählt sind, daß sie nicht entschöpft werden können, ohne, mit dem Wesen des fraglichen Verwaltungszweigs in seinem ganzen Umfange, und mit der Art seines

Eingreifens in das Ganze der Staatsverwaltung vertraut zu seyn, mithin der Zufall dabey keinen Spielraum haben kann. Dabey muß aber auch den zu prüfenden Subjekten Zeit genug gegönnt werden, um ihre Aufgabe mit Besonnenheit und ohne durch die Besorgniß des Zeitablaufs gedrängt zu seyn, entschöpfen, und ihre ganze Stärke darin entwickeln zu können; und damit die Prüfungskommission genöthigt werde, auf die Prüfung der gelieferten Arbeit die erforderliche Mühe zu verwenden, muß es ihr zur Pflicht gemacht werden, eine generelle sowohl, als specielle Kritik der ganzen Arbeit, nach ihr vorgezeichneten Gesichtspunkten, mit Beylegung der Arbeit selbst, an die Zentralbehörde des fraglichen Departements einzusenden, welche dann die Kritik selbst zu prüfen, und diese Prüfung mit Begleitung ihres Gutachtens dem Regenten vorzulegen hat. Endlich ist bey Auswahl der Prüfungskommissaire nicht nur auf ausgezeichnete, theoretische und praktische, Geschäftskenntniß, sondern auch, und vorzüglich auf Geschäftstugenden, Menschenkenntniß und einen geübten Scharfblick in Beurtheilung der Menschen zu sehen, und denselben ebenmäßig zur Pflicht zu machen, sich durch persönliche Unterredung mit den Geprüften sowohl, als auch auf anderen schiklichen Wegen, von der Beschaffenheit der Anlagen der Geprüften zu

dem, was man allenfalls die Geschäftsmoralität nennen könnte, die nöthige Überzeugung zu verschaffen, und das Resultat davon ebenfalls dem schon bemerkten Berichte einzuverleiben. Alle diese Punkte dürften sonach in der organischen Gesetzgebung niedergelegt werden müssen.

Anmerkung. ad a) Die Art, wie man in der Wirklichkeit bey Bestimmung der Prüfungsobjekte zu verfahren pflegt, scheint mir in soferne nicht zweckmäfsig zu seyn, als dabey gewöhnlich dem Kandidaten gleiche (jedoch immer nur abgerissene, oder Stük-)proben seiner Kenntnisse, wo nicht aus allen, doch aus mehreren Verwaltungszweigen zugleich abgefordert werden; denn, so sehr ich überzeugt bin, daß Niemand ein wirklich tüchtiger Beamter in irgend einem Gebiete der Staatsverwaltung seyn könne, ohne das Ganze der Staatsverwaltung und das Ineinandergreifen ihrer Zweige zu übersehen, eben so sehr bin ich überzeugt, daß durch das Einschlagen jenes Prüfungswegs blofs eine vielwissende Halbheit erzielt werde, der man es zuzuschreiben hat, daß so selten vollkommen befriedigende Geschäftsorgane in den einzelnen Verwaltungsgebiethen angetroffen werden. Wüßten hingegen die, zum Staatsdienst sich vorbereitenden, Jünglinge, daß sie nur aus einem Hauptzweige der Staatsverwaltung (z. B. nur aus der Civil - oder nur aus der Strafrechts-Gesetzgebung und Pflege, nur aus der Polizey, oder nur aus der Finanzverwaltung) und dessen Eingreifen in die übrigen geprüft würden, wie es nach dem §. geschehen soll, dann würden sie zwar vor Allem die

Übersicht des Ganzen und den Zusammenhang seiner Theile kennen zu lernen suchen, dann aber nach getroffener Auswahl, alle ihre Kräfte auf einen Zweig konzentriren, und denselben so zu entschöpfen sich bemühen, und im Stande seyn, daß sie auch etwas Vollkommenes und Ausgezeichnetes in diesem bestimmten, durch ihre Neigung gewählten, Fache zu leisten vermöchten. Und sollte damit dem Staate nicht ein ungleich größerer Vortheil zugehen, als aus jener vielwissenden, überall etwas, aber nirgends das Ganze leistenden, Halbheit.

ad b.) Gewöhnlich wird den zu Prüfenden zur Fertigung ihrer ganzen Aufgabe ein so enger Zeitraum vorgestekt, in welchem es auch dem geübtesten Kenner und Denker kaum gelingen könnte, so heterogene Themen, als da meistens gehäuft sind, eben so präzise als entschöpfend zu bearbeiten. Und nimmt man nun noch dazu die eigene Spannung des Gemüths, mit welcher der Jüngling durch die Rücksicht auf die wichtigen Folgen dieser Arbeit Hand an dieselbe legt, so muß jene Beengung in Ansehung der Zeit um so zweckwidriger erscheinen, je weniger es Absicht jener Prüfung seyn kann, von dem Jünglinge Proben seiner Geschiklichkeit in Übereilung der Geschäfte einzuholen.

ad c.) Die oben postulirten Rücksichten bey der Auswahl der Prüfungskommissaire, und die dort geforderten Pflichtbestimmungen für letztere dürften durch die Natur des Zwecks der Prüfungen an sich vollkommen begründet und gerechtfertigt seyn. Unter der dort beregten Geschäftsmoralität aber verstehe ich diejenigen Eigenheiten des Charakters, welche auf eine in jeder Hinsicht befriedigende Ge-

schäftsführung so wesentlichen Einfluß haben, als z. B. eine, jede Partheylichkeit verachtende, über Bestechbarkeit durch Schmeicheley oder Geld erhabene, Rechtlichkeit und Festigkeit des Karakters, Selbstständigkeit des Willens und Entschlusses in den Schranken einer strengen Gesezmäßigkeit, ein, von Härte wie von schwacher Lenksamkeit gleich weit entferntes, Wohlwollen gegen die Menschen, einen von Vorurtheilen reinen Bürgersinn, Anhänglichkeit an den vaterländischen Staat, Liebe zum übernommenen Geschäfte, und zur Ordnung, Arbeitsamkeit und Unverdrossenheit. Je unverkennbarer das eigentliche Gedeihen der Verwaltungsfunktionen durch diese Qualitäten der Geschäftsorgane bedingt ist, desto wesentlicher ist auch die Rücksicht, welche bey der unterstellten Prüfung auf jene Geschäftstugenden, oder wenigstens auf die Anlagen dazu, so wie auf die Fähigkeit, diese richtig zu beurtheilen, genommen werden muß, wohingegen alle übrige Moralität der Staatsbeamten, als Menschen, außer dem positiven Gesichtskreisse, der Staatsgewalt, als solcher, liegt.

§. 414.

Diejenigen der Geprüften, bey denen keine Fähigkeit zur geschikten Geschäftsführung befunden wird, sind, ohne Rücksicht, ihrer Geburt und übrigen äusseren Verhältnisse, lediglich ab-, oder zu subalternen mechanischen Stellen zu verweisen, deren Besetzung am zweckmäßigsten den einzelnen Behörden selbst, als welche für die Erfüllung ihrer Bestimmung einzustehen haben, zu überlassen seyn dürfte.

Diejenigen, welche jene Fähigkeit noch nicht im erforderlichen Grade erprobt haben, sind zu einer, nach einem bestimmten Zeitablaufe zu wiederholenden, Prüfung zu verweisen; denjenigen endlich, welche den, die Prüfung motivirenden, Forderungen hinreichend entsprochen haben, ist nicht etwa unmittelbar ein Staatsamt anzuvertrauen, sondern vorerst nach dem Grade ihrer bewiesenen Fähigkeit bey der einen oder der anderen Behörde des Verwaltungszweigs, für welchen sie geprüft wurden, der Access zu gestatten, um hier den Beweis ihrer Fähigkeit in Ansehung der Geschäftsform und der vorhin erwähnten Geschäftstugenden, in wieferne dieser nur unmittelbar bey den Geschäften selbst gegeben werden kann, zu ergänzen. Diese bilden sodann diejenige Pflanzschule, aus welcher, mit Ausschluss aller anderen Rücksichten, einzig und allein nach der, von jeder Behörde über die bey ihr zugelassenen Individuen von Zeit zu Zeit gemachten, Klassifikation der Würdigkeit der letzteren, — denn unleugbar erfüllte die Regierung ihre Bestimmung nicht, die, statt des ihr zu Gebote stehenden sicherern Mittels zur Erreichung des Staatszweks, ein minder sicheres wählte — die erledigten Staatsämter vom Regenten zu besetzen sind; denn diese Besetzung ist das eigentlichste Geschäft des Regenten, weiler, der unmöglich alle Geschäfte

der ihm obliegenden Staatsverwaltung in eigener Person besorgen kann, sich selbst durch eben so viele Staatsbeamten gleichsam vervielfältigen muß, als ihm Hülfsgorgane erforderlich sind, um seine Bestimmung auszufüllen, weil darum alle Staatsbeamten ihn selbst vertreten, und nur in seinem Namen handeln können, somit auch nur ihm selbst diese Bestimmung seiner Organe und Repräsentanten zustehen und obliegen kann.

Anmerkung. Diese letztere, doch wohl unleugbar richtige, Ansicht dürfte an sich schon Grund genug, der Auswahl tüchtiger Staatsbeamten den höchsten Grad von Aufmerksamkeit zu widmen, für jeden Regenten enthalten, da es keinem gleichgültig seyn kann, ob seine Person gut oder schlecht vertreten werde, ob er seine Bestimmung im Staate erfülle, oder nicht? — Erwägt man übrigens auch nur mit einem flüchtigen Blicke, in welchem hohen Grade die Erreichbarkeit des Staatszweks durch eine, in jeder Beziehung tüchtige, Besetzung der Staatsämter bedingt sey, so kann es unmöglich an der Überzeugung fehlen, welchen wesentlichen Gegenstand der organischen Gesetzgebung die Feststellung richtiger Maximen des Verfahrens bey jener Besetzung ausmache, und dafs es, jene noch vielfältig vorhandene Lücke der Gesetzgebung nach richtigen Prinzipien auszufüllen, um so dringenderes Bedürfnis sey, je mehr bisher der, durch jene Lücke gelassene, freye Spielraum der Willkühr in diesem Punkte mißbraucht worden zu seyn scheint.

§. 415.

Dieselben Gründe, welche den höchsten Grad von Sorgfalt, für eine tüchtige Besetzung aller Staatsämter motiviren, sprechen gleichdringend für die Unerlaßlichkeit einer gleichgroßen, nie zu unterbrechenden, Aufmerksamkeit auf die ganze Geschäftskonduite aller Staatsbeamten. Wie diese Aufsicht im ganzen Gebiete des Staats, um ihrer Kraft die nöthige Intension zu sichern, in schiklichen Stufen zu realisiren sey? wurde bereits in den §§. 402 — 407. bestimmt, und dafs die höchste Zentralaufsicht, Sache des Regenten sey, ist unmittelbare Folge aus dem eben bemerkten Verhältnisse zwischen dem Regenten, und den von ihm gewählten Beamten des Staats, als seinen Repräsentanten. Aber ein sehr wirksames Mittel diese Aufsicht zu erleichtern und zu entschöpfen, dürfte die Verpflichtung jedes Staatsbeamten (in allen Graden) seyn, ein, nach gewissen Geschäftsrubriken abgetheiltes, übrigens aber chronologisch fortlaufendes Register in Form einer Tabelle zu führen, darin alle seine behandelten Geschäfte ohne Ausnahme, mit kurzer Angabe aller der (vorzuzeichnenden) Hauptmomente, woraus seine Geschäftskonduite beurtheilt werden könne, — (als z. B. mit kurzer Angabe, der Geschäftsobjekte, ihrer Ex- und Intension, der Dauer und Hauptmodalitäten

ihrer Behandlung, der erfolgten oder unterbliebenen Beschwerden dagegen, und ihrer Motive, der im allgemeinen bemerkten Wirkung der Geschäftsführung in Beziehung auf den Zweck des treffenden Verwaltungszweigs u. d. gl.) — unter der zur Verbürgung der Ächtheit notwendigen Kontrolle zu verzeichnen, und solches in bestimmten Zeitpunkten jedesmal an die nächste, zur Aufsicht bestimmte, Oberbehörde des treffenden Departements einzusenden.

§. 416.

Diese Geschäftsregister — über deren Wahrheit streng zu halten, und von Zeit zu Zeit durch Absendung von Revisionskommissarien eine Art von Liquidation zu pflegen wäre — dürften (unter Voraussetzung hinlänglicher Sicherung ihrer Wahrheit) die sprechendsten, und ihrem Zwecke am meisten entsprechenden, Geschäftskonduitlisten seyn, indem, da jeder Staatsbeamter in ihnen die eigentlichen Materialien zur Beurtheilung seiner Geschäftskonduite selbst zu liefern hätte, durch sie nicht nur jeder Einwirkung der, hier so sehr nachtheiligen, und doch so häufigen, Partheylichkeit dritter Personen begegnet, sondern auch ein mächtiger, und ununterbrochen fortwirkender Sporn für jeden Staatsbeamten begründet wäre, seinen Amtseifer nie erkalten zu lassen, vielmehr unausgesetzt seinen Posten nach allen seinen Kräften auszu-

füllen. Würden dann alle diese Register, nach erfolgter Revision derselben, in den Händen des Regenten — für welchen sie den treuesten Spiegel seiner mittelbaren Thätigkeit bildeten, — vereinigt, und von diesem öffentliche Proben gegeben, daß er solche ohne Ausnahme, seiner Pflicht gemäß (etwa durch die Hülfe seines Kabinets unterstützt) gehörig würdige, wer mögte denn noch zweifeln können, daß diese Einrichtung für die Zweckmäßigkeit der Staatsverwaltung, und dadurch für das Wohl und den Zweck des Staats selbst von den wesentlichsten und wohlthätigsten Folgen seyn müsse? —

§. 417.

Wird die ganze Masse der Staatsverwaltungsgeschäfte nach richtigen Prinzipien gesondert, werden alle hierdurch gebildeten Verwaltungszweige mittelst Etablirung eben so vieler, ihnen entsprechender, Verwaltungsdepartements personifizirt, wird der Umfang und die Grenze der Geschäftssphäre eines jeden derselben gehörig gezeichnet, und ihr Verhältniß unter sich richtig festgestellt, wird jedes Departement, nach den, durch die Idee des Ganzen bestimmten, Bedingungen eines Partikularorganismus konstruirt, und durch schikliche Verbindung aller zum Zentralkunkte, die Einheit des Geforderten in Beziehung auf den Zweck des Ganzen verbürgt,

wird die Form der Geschäfte so bestimmt, daß die beyden Zwecke, nämlich die Raschheit ihres Ganges, und die entschöpfende Sicherheit der Erreichung ihres Zwecks, soviel diese von den Modifikationen der Geschäftsformen abhängen, in richtiger Übereinstimmung realisirt werden müssen, wird endlich in der Besetzung der Staatsämter, so wie in der Beachtung ihrer Funktionen ohne Ausnahme nach den hier bemerkten Maximen verfahren, wird, mit wenigen Worten, die Verwaltung des Staats im Ganzen wie im Detail nach den, hier im Grundrisse gezeichneten, Prinzipien organisirt, dann kann es nicht fehlen, daß der Zweck des Staats erreicht werden müsse, in soferne dessen Erreichbarkeit von der Art der Konstruktion der Verwaltung abhängt; und eben in dieser, nothwendig daraus resultirenden, vollständigen, Qualifikation der Staatsverwaltung zur Erreichung des ihr vorge-
 stekten Zwecks liegt der sprechendste Beweis der Vollgültigkeit jener Prinzipien, so wie der Zweckmäßigkeit einer, nach jenen Prinzipien durchgeführten, organischen Gesetzgebung.

Anmerkung. Da es natürlich nicht in meiner Aufgabe liegt, vollständige Gesetzcodices zu liefern, sondern nur, die allgemeinen Bedingungen ihrer zweckmäßigen Bearbeitung darzustellen, so versteht sich wohl von selbst, daß man, wie hier, so auch in Ansehung der übrigen Zweige der Gesetzgebung mehr nicht, als die Bestimmung ihrer Zwecke, ihrer Sphäre, und der Hauptprinzipien und Objekte derselben im Grundrisse von mir zu erwarten, berechtigt sey.

Dritter Abschnitt.

Von der Civil- (oder Privatrechts-) Gesetzgebung und Civilrechtspflege.

Titel I.

Von der Civilgesetzgebung.

Nothwendigkeit — Begriff — Zweck der Civilgesetzgebung. Allgemeine Prinzipie — Umfang und Grenze — Hauptobjekte derselben.

§. 418.

Die Menschen sind im Staate, um alle, als gleich freye Wesen, in rechtlicher Form koexistiren zu können, und der Staat soll dieses von ihm postulierte Gleichgewicht der Freyheit realisiren, soll die rechtliche Koexistenzordnung seiner Glieder begründen und handhaben. Dieses Gleichgewicht der Freyheit ist das Produkt der Beschränkung eines jeden Staatsglieds im Gebrauche seiner Freyheit auf die, durch die Möglichkeit der Freyheit Aller bestimmte, Grenze, und durch eben jene Beschränkung eines jeden Staatsglieds wird die Rechtlichkeit der Koexistenz Aller begründet und erhalten. Nun ist zwar jene Beschränkung jedem vernünftigen

Wesen an sich schon durch die Natur seiner Gemeinschaft mit anderen Wesen seiner Gattung gebothen, und dieses Geboth ihm durch seine eigene Vernunft, in soferne er diese gebraucht, erkennbar gemacht. Allein nicht jeder Mensch reflektirt in der Art über seine Lage, um jene Bedingungen seiner Gemeinschaft mit anderen sich in ein deutliches Bewußtseyn zu bringen, noch weniger ist jeder Mensch fähig, jene Bedingung, wenn er sie auch im Allgemeinen erkannt hat, für alle Fälle und Arten seiner Wechselwirkung mit anderen richtig zu deuten, die richtige, durch die Möglichkeit der Freyheit aller anderen außer ihm gezogene, Grenze seiner individuellen Freyheit für alle Fälle ihres Gebrauchs zu erkennen. Die Staatsgewalt muß demnach, um der Erreichbarkeit des ihr aufgegebenen Zwecks willen, der Schwäche der ihr Untergebenen im Gebrauche ihrer Vernunft dadurch zu Hülfe kommen, daß sie jene natürliche Bedingung ihrer Gemeinschaft, als freyer Wesen, erklärt, das allgemeine, an sich bloß formale, Rechtsgesetz auf alle möglichen Arten ihrer Verhältnisse unter sich anwendet, deutet, und ihrer Handlungsweise diejenige Richtung gibt, welche sie haben muß, wenn sie alle als freye Wesen neben einander bestehen sollen. — Je weniger zu erwarten ist, daß ohne jene Erklärung und Deutung alle einzelnen Staatsglieder

sich im gegenseitigen Gebrauche ihrer Freyheit auf die angezeigte Grenze zu beschränken wissen würden, je gewisser also die Erreichbarkeit des angegebenen Staatszweks bedingt ist durch jene Erklärung und Deutung, desto weniger kann die Nothwendigkeit der letzteren verkannt werden, desto deutlicher muß es einleuchten, daß die Bewirkung der Erkenntniß ihres wahren Freyheits - oder Rechtsgebieths auf Seite der Staatsglieder erster, im Entzwecke des Staats enthaltener, Mittelzwek für dessen Verwaltung sey.

§. 419.

Durch die eben postulirte Erklärung und Deutung soll die Handlungsweise der Staatsglieder die, zum Behufe des Gleichgewichts ihrer Freyheit erforderliche, Richtung erhalten, soll ihre äußere Wechselwirkung unter sich so geregelt werden, daß sie den Forderungen des Rechtsgesetzes entspreche. Natürlich muß also jene in der Form von Regeln oder Gesetzen ausgedrückt werden, und der Inbegriff aller der, von der Staatsgewalt gegebenen, Regeln wodurch das allgemeine Rechtsgesetz, nach der objektiven Sphäre seiner Anwendbarkeit in Hinsicht des Freyheitsgebrauchs der Staatsglieder unter sich entfaltet, ausgesprochen ist, der Inbegriff derjenigen von der Staatsgewalt aufgestellten Gesetze, welche bestimmen, was in allen Arten von

Privatverhältnissen der Staatsglieder, und bey allen Modifizirungen jener Privatverhältnisse Rechtens sey, ist die positive Civil- (oder Privatrechts-) Gesetzgebung. — Dasjenige, dessen Vorstellung die Civilgesetzgebung zu realisiren bestimmt, ist das Daseyn und das Bedürfnis des Daseyns zureichender Normen, wonach der Umfang des Rechtsgebieths eines jeden Staatsglieds unter allen seinen Privatverhältnissen, sowohl von ihm selbst, als auch vom Staate bemessen werden könne, und der Zweck der Civilgesetzgebung ist also kein anderer, als der, daß durch sie jeder Staatsbürger in den Stand gesetzt werde, das Gebieth der ihm rechtlich gebührenden Freyheit mit Sicherheit zu erkennen, und daß der Staat selbst in ihr einen bestimmten Mafstab habe, wonach er jede in dem Rechtsgebieth der Einzelnen etwa eintretende Kollision zu reguliren, und in welcher bestimmten Rechtssphäre er Alle und jeden Einzelnen wirklich zu schützen habe. — Da sich die ganze Thätigkeit der Staatsverwaltung darauf konzentriert, jedes einzelne Staatsglied und Alle in der ihnen gebührenden Rechtssphäre zu sichern, die Vollständigkeit dieses Schutzes aber in Ansehung ihrer Objekte der Natur der Sache nach bedingt ist, durch eine eben so richtige als entschöpfende Bestimmung des zu Schützenden, so ergibt sich hieraus von selbst, daß die

Civilgesezgebung, — in wieferne sie für die einzelnen Staatsglieder den Erkenntnißgrund dessen, wofür sie den Schuz des Staats anzusprechen befugt seyen, und für die Staatsgewalt selbst den Maßstab dessen, was sie zu schützen habe, liefern soll — die Hauptgrundlage der ganzen Staatsverwaltung ausmache, daß die Zweckmäßigkeit der letzteren zuoberst abhängen, von der Zweckmäßigkeit der Civilgesezgebung.

§. 420.

Dasjenige Gesez, welches koexistirenden freyen Wesen, um der Möglichkeit ihrer Koexistenz als freye Wesen willen, sich im Gebrauche ihrer Freyheit durch die Möglichkeit ihrer gegenseitigen Freyheit zu beschränken gebietet, ist das allgemeine Rechtsgesez: die Normen, nach welchen jedes Staatsglied die individuelle, um der Möglichkeit der gleichen Freyheit aller Staatsglieder willen nothwendige, Grenze seines Freyheitsgebrauchs in allen seinen Modifikationen zu bemessen habe, sollen in der Civilgesezgebung aufgestellt werden; das oberste Prinzip, von welchem alle Civilgesezgebung ausgehet, und nach welchem die innere Sanktion jeder Einzelnen ihrer Bestimmungen bemessen werden muß, ist sonach eben jenes allgemeine Rechtsgesez; denn die Civilgesezgebung ist zufolge ihres Begriffs und ihres Zwecks nichts weiter, als die Normirung der Anwen-

dung des allgemeinen Rechtsgesetzes auf gegebene Rechtssubjekte und Rechtsobjekte; jedes Civilgesetz muß also in einer besonderen Regel eine Bedingung jener Anwendung aufstellen, und diese besondere Regel kann nur unter der Voraussetzung gültig seyn, daß sie eine richtige Subsumtion unter die allgemeine Regel des Rechts ausdrückt, und in soferne der Forderung der letzteren entspricht. Was die positive Civilgesetzgebung dem allgemeinen Rechtsgesetze hinzuzufügen hat, ist bloß die Modalität seiner Anwendbarkeit, und ihre allgemeinste Maxime, aus der alle übrigen fließen, kann dahin ausgedrückt werden: in allen Beziehungen der Wechselwirkung der Staatsglieder diejenige Grenze aufzusuchen und festzustellen, worauf der Freyheitsgebrauch jedes Einen, damit ein gleicher Freyheitsgebrauch aller übrigen in derselben Beziehung möglich sey, beschränkt werden müsse.

§. 421.

Die Subjekte, für deren Freyheitsgebrauch die nöthigen Begrenzungsnormen in der Civilgesetzgebung aufzustellen sind, sind alle, physische und juridische (z. B. vom Staate anerkannte Gemeinheiten, Korporationen, Gesellschaften), wirkliche (sowohl physisch vorhandene, als abwesende) oder als solche zu behandelnde (z. B. fremde, während

ihres Aufenthalts im Staate , und präsumtiv-künftige) Staatsglieder. Jede mögliche Wechselwirkung dieser Subjekte , als bloßer Rechtssubjekte überhaupt , als welche sie in der Civilgesetzgebung nur zu berücksichtigen sind , muß Beziehung haben auf die Bedingungen ihrer Persönlichkeit , welche Bedingungen — jedoch nur in soferne , als sie in der Sinnenwelt erscheinen , und durch andere freye Wesen , als Kräfte in der Sinnenwelt , gestört werden können — als Rechte zu denken sind , und darum Urrechte genannt werden , weil der Akt ihrer Bemerkung mit dem Mensch werden zusammenfällt. Dieser Urrechte , welche die Grundlage aller übrigen erwerbbaaren Rechte ausmachen , gibt es nur zwey : nämlich das Recht auf die Fortdauer der Freyheit und Unantastbarkeit des Körpers , als des Werkzeugs des Vernunftwesens , und des Repräsentanten der Persönlichkeit ; und das Recht , Kausalität in der Natur zu haben , oder das Recht auf die Fortdauer eines freyen Einflusses in die übrige Sinnenwelt , das Recht auf die übrigen Objekte der Sinnenwelt wirken zu dürfen. Der ganze Inhalt dieser beyden Urrechte , mit allen daraus ableitbaren Rechten , ist es also , auf dessen Bestimmung sich die Aufgabe der Civilgesetzgebung , zufolge ihres Begriffs und Zwecks , ausdehnt und beschränkt. Jeder Mangel in Aus-

füllung dieser Bestimmungssphäre ist Lücke, jede Ausschweifung über diese Sphäre hinaus ist Überladung der Civilgesetzgebung.

§. 422.

Das Recht auf die Fortdauer der Freyheit und Unantastbarkeit des Körpers muß, als jedem Staatsgliede in gleichem Grade zuständig, ausdrücklich in der Civilgesetzgebung gesetzt, und es müssen darin alle diejenigen Beschränkungen des Freyheitsgebrauchs vorgezeichnet werden, wodurch die Koexistenz jenes Rechts bedingt ist; es muß also jede unmittel- oder mittelbare Einwirkung eines Rechtssubjekts, bloß als solchen, auf das andere untersagt werden, wodurch dieses persönlich beschädigt, verletzt oder vernichtet, oder wodurch die Freyheit seiner Person überhaupt, oder auch nur der gesetzmäßig freye Gebrauch derselben in irgend einer Hinsicht, wider seinen Willen aufgehoben oder gestört würde. Diese Beschränkungen lassen sich leicht entziffern und die Sphäre innerhalb dieser Beschränkungen macht den, mit der Freyheit Aller verträglichen, sonach der allgemeinen Regel des Rechts entsprechenden, Umfang des unterstellten Rechts aus. Auf dessen eben bestimmten Umfang muß allen, im vorigen §. bezeichneten, Rechtssubjekten der gleiche Anspruch eingeräumt werden, mit Ausschluss jeder Rücksicht auf die Modalität der

Geburt, als welche nur auf Vorurtheilen beruhen könnte, und den Gesetzen der Moralität widersprechen würde, gegen welche der Staat in keiner Art seiner Gesetzgebung anstoßen darf. — Die vollständige Entschöpfung des Inhalts des zweyten, voraus bestimmten, Urrechts ist hingegen um so schwieriger, je vielfältiger die möglichen Arten der Einwirkung eines Rechtssubjekts auf die übrige Sinnenwelt sind, bey welchen die Möglichkeit einer gleichen Freyheit Aller interessirt ist. Dennoch lassen sich auch für jenen Zweck allgemeine Gesichtspunkte bestimmen, welche die zweckentsprechende Durchführung des fraglichen Details erleichtern.

§. 423.

Alle Objekte, worauf irgend ein Rechtssubjekt einwirken kann, lassen sich in 2 Klassen theilen: sie sind nämlich entweder andere Personen, in wieferne auf sie, des vorhin erwähnten, durch ihre Persönlichkeit begründeten Urrechts unbeschadet, eingewirkt werden darf; oder Sachen, die entweder noch herrenlos, oder bereits okkupirt sind. Auf eine andere Person einwirken, heißt Ursache einer (individuellen oder fortlaufenden) positiven oder negativen Handlung auf Seite derselben seyn. Nun soll der ganze Umfang dieses Rechts der positiven Einwirkung auf andere Personen von Seite eines Rechtssubjekts, bloß als solchen,

durch die Civilgesetzgebung bestimmt werden; diese hat sonach vorerst alle, mit der Möglichkeit der Freyheit Aller verträgliche, dem Sittengesetze nicht widerstrebende, Arten von Kausalitätsverhältnissen, in welche Personen unter sich treten können, als zulässig festzustellen, dann aber auch die rechtlichen Bedingungen und Arten der Erzeugung eines jeden dieser Verhältnisse, die Sphäre seiner rechtlichen Wirkung und Dauer, die rechtlichen Arten seiner Beendigung und Folgen zu bestimmen. Arten der unterstellten Verhältnisse sind: z. B. das Eheverhältniß; in gewisser Hinsicht das Verhältniß zwischen Eltern und Kindern jeder Art; alle Privat-Dienst- und Leistungs- (z. B. Bürgschafts-Mandatar-Depositar-Verlags-) Verhältnisse; das Verhältniß von Gemeinheiten jeder erlaubten Art; das Verhältniß jeder Gesellschaft zu erlaubten Zwecken (z. B. der Handels-der Assekuranzgesellschaften) u. s. w. — Der Inbegriff aller dieser Bestimmungen macht das *Personenprivatrecht* aus, mit dessen vollständigen Zeichnung ein Haupttheil der Bedingungen einer Gemeinschaft freyer Wesen, als solcher, entschöpft ist, und welches jedem Staatsgliede die Normen seiner zulässigen, positiven, unmittelbaren oder mittelbaren Einwirkung auf die Personen aller übrigen Staatsglieder gibt, von deren Befolgung das Gleichgewicht

der Freyheit in einer Hinsicht die Folge seyn muß.

Anmerkung. In das Personenprivatrecht gehört z. B. auch die Bestimmung des Umfangs des Rechts, seine Gedanken (mündlich oder schriftlich) mitzutheilen. Da die Möglichkeit des Bestehens der Rechte aller Übrigen die einzige Schranke für den Gebrauch des unterstellten Rechts von Seite jedes Einzelnen seyn kann, so folgt von selbst, daß jeder Gebrauch desselben als rechtlich zulässig anerkannt werden müsse, wodurch keinem Rechte eines Anderen zu nahe getreten wird, aus welchem Gesichtspunkte einzig die positive Bestimmung der Schranken jenes Gebrauchs in der Civilgesetzgebung ausgehen darf, jedoch mit gleicher Rücksicht darauf, daß die Rechte aller Übrigen bedingt seyen durch die Möglichkeit des Bestehens des unterstellten Rechts jedes Einzelnen mit und neben jenen. Weitere Bestimmungen hierüber können allenfalls nur in das Gebieth der Polizeygesetzgebung gehören.

§. 424.

Die Einwirkung auf Sachen kann nur zur Absicht haben, um solche, ganz oder zum Theile, unmittelbar oder mittelbar, auf unbestimmte oder bestimmte Zeit, seinen beliebigen Zwecken (überhaupt, oder auch nur gewissen beliebigen Zwecken) unterzuordnen. Gerade bey dieser Unterordnung aber ist der Freyheitsgebrauch endlosen Kollisionen unterworfen, wenn er nicht an bestimmte Bedingungen gebunden ist, durch welche die Übereinstimmung

des allseitigen Freyheitsgebrauchs in der unterstellten Hinsicht begründet wird. Das nächste Geschäft der Civilgesetzgebung ist also, die, den allseitigen Freyheitsgebrauch der Staatsglieder hinsichtlich jeder möglichen Einwirkungsart auf Sachen in Übereinstimmung setzenden, Normen aufzustellen, demnach zu bestimmen, in welchen, dem Rechtsgesetze entsprechenden, Arten a) solche Sachen, die noch herrenlos sind, den Zwecken Einzelner und b.) solche Sachen, die bereits Zwecken von Rechtssubjekten untergeordnet sind, den Zwecken anderer in allen vorhin berührten, Modifikationen untergeordnet werden können, d. i. die rechtlichen Modalitäten, unter welchen herrenlose Sachen erworben, und bereits im Besitze oder Eigenthume befindliche Sachen (auch schon bestehende Rechte) von ihren Inhabern auf andere Subjekte zum Besitze, Eigenthume oder bloßen Gebrauche übertragen werden oder übergehen können, den Umfang des Besitzeigenthums- und Gebrauchsrechts in seinen zulässigen Modifikationen, endlich dessen Beendigungsarten und Folgen festzustellen. Der Inbegriff aller dieser Bestimmungen macht das Sachenrecht aus, mit dessen Entschöpfung, — wozu freylich eine, in alle die vielfältigen Einwirkungsarten auf Sachen und Rechte, und die daraus sich entwickelnden Verhältnisse der einzelnen Pri-

vaten unter einander tief eindringende, scharf durchsuchende und bestimmende, mit reicher Erfahrung unterstützte, Rechtsphilosophie gehört, — die Zeichnung der Bedingungen einer Gemeinschaft freyer Wesen, als solcher, in einer Hinsicht vollendet ist, (und in jeder Hinsicht vollendet wäre, wenn nur darauf, daß jene Bedingungen von Allen und zu aller Zeit freywillig erfüllt würden, mit Sicherheit gerechnet werden könnte).

§. 425.

Die Hauptabsicht, von welcher bey allen jenen Bestimmungen auszugehen ist, muß dahin gehen, die Handlungsweise der Staatsglieder so zu normiren, daß zufolge dieser Normen nicht nur das Begehren eines Jeden in Hinsicht der Objekte der Sinnenwelt dahin, daß auch den Übrigen Objekte ihres Begehrens verbleiben, beschränkt sey, sondern daß auch die Kausalität Aller, wodurch jenes Begehren sich wirksam äußert, sich gegenseitig vertrage, daß die Verstattung der Einwirkungsart auf Personen und Sachen für Alle gleich sey, daß der Umfang des Rechts eines Jeden bedingt sey durch die Möglichkeit des Bestehens der Rechte aller Übrigen, und daß relative Rechte und Verbindlichkeiten sich gegenseitig genau entsprechen, übrigens die Willkür innerhalb der ihr gesetzten rechtlichen Schranken freyen Spiel-

raum behalte, wodurch die Wechselwirkung im gehörigen Grade der Regsamkeit bestehen könne. Hat die Civilgesetzgebung alles das erschöpft, wodurch die Erreichbarkeit jener Absicht (soviel ihr, diese zu bewirken, durch ihren Zweck geboten wird) bedingt ist, so muß auch jedes Staatsglied durch sie in den Stand gesetzt seyn, zu bemessen, was in allen seinen Privatverhältnissen zu seinem Freyheitsgebiete gehöre, in welcher rechtlichen Art er dasselbe, soviel an ihm ist, zu behaupten, zu erweitern oder zu beengen vermöge, und auf wessen Schutz er rechtlichen Anspruch habe, so muß die Staatsgewalt in ihr einen bestimmten Maßstab der Beurtheilung haben, in welchem Rechtsgebiete jedes einzelne Staatsglied von ihr zu schützen sey, und sie hat also ihrem (im §. 419 angegebenen) Zwecke vollkommen genügt.

§. 426.

Weil es aber nicht in der Aufgabe der Civilgesetzgebung liegt und liegen kann, die individuelle Rechtssphäre jedes einzelnen Staatsglieds in Concreto zu bestimmen, sondern nur, die zureichenden Normen, wonach jedes seine individuelle Rechtssphäre und die Zulässigkeit ihrer Modifikationen zu bemessen habe, aufzustellen, so ergibt sich als unerlässliche Maxime für sie von selbst, daß sie jede Einlassung auf mögliche Modifikationen individueller Fälle in

Concreto sorgfältig zu vermeiden habe, — weil sie eben durch jene Einlassung den Grund zur Unmöglichkeit ihrer Vollständigkeit legte, und nur die, nach ihr handeln sollende, Praxis in Verlegenheiten setzte, wegen der unvermeidlichen Differenzen konkreter Fälle, die sich selten gleich seyn werden, und eine Gesetzgebung, die aus einer noch so grossen Anzahl individueller Entscheidungen besteht, immer gerade die unvollständigste seyn wird. — Dagegen nur darauf Bedacht nehmen müsse, ihren Normen in dem Sinne die möglichste Vollständigkeit zu geben, daß nie ein konkreter Fall vorkommen könne, welcher nicht mit Sicherheit unter jene subsumirt werden könnte, und in der einen oder der anderen eine feste Norm der Entscheidung fände. Diese Vollständigkeit wird vorzüglich erleichtert werden durch das feste Verfolgen eines, nach richtigen Prinzipien vorgezeichneten, Systems, welches bey der ganzen Civilgesetzgebung als Grundlage anzunehmen, und konsequent durchzuführen ist. Jene Prinzipien aber liefert das natürliche Privatrecht, als welches eigentlich nur durch den Staat seine äussere Sanktion erhalten, und zum positiven Rechte erhoben werden soll; indem das Recht der Menschen schon vor und ausser allem Staate begründet und gültig ist, und durch den Staat nur geltend gemacht

werden soll, mithin die Civilgesetzgebung, da sie bloß zum Zwecke hat, das, was geltend gemacht werden soll, zu bestimmen, ihren Inhalt nur aus dem natürlichen Privatrechte zu entnehmen, und solches den gegebenen äußeren Verhältnissen anzupassen, oder die um seiner Anwendbarkeit willen nöthigen Modifikationen hinzuzufügen hat, weswegen denn auch die Civilgesetzgebung nur in dem Grade ihrem Zwecke entsprechen, und der inneren Sanktion theilhaftig seyn wird, in welchem in den von ihr adoptirten Modifikationen der wahre Geist des natürlichen Privatrechts rein und unverfälscht wieder zu finden ist.

Anmerkung. Weil es jedoch, dieser Erleichterungen ungeachtet, kaum zu erwarten seyn dürfte, daß gleich bey dem ersten Entwurfe der Civilgesetzgebung ihre Vollständigkeit im oben postulirten Sinne erreicht werde, so bewährt sich hier die Nothwendigkeit des, an einem andern Orte schon aufgestellten, Postulats, daß die gesetzgebende Thätigkeit nie unterbrochen werden dürfe, sondern fortwährend den etwaigen Lücken nachspüren, und durch deren Ausfüllung die Vollständigkeit in stäter Progression erhöhen müsse.

§. 427.

So wie übrigens die Zweckmäßigkeit der Civilgesetzgebung in Ansehung ihrer Form gebunden ist an die, im ersten Abschnitte bereits gezeichneten, formellen Bedingungen einer zweckmäßigen Gesetzgebung überhaupt,

so ist auch ihre materielle Zweckmäßigkeit bedingt durch die, eben daselbst postulirten, allgemeinen Charaktere der Gesetzgebung in Ansehung ihrer Materie, und es gelten vorzüglich bey der Civilgesetzgebung die Grundsätze: daß in ihr nur solche Normen Raum finden dürfen, welche direkten Bezug haben auf die Regulierung des Rechtsgebieths der Staatsglieder, und dadurch auf Erreichung des Staatszweks, daß durch sie der Freyheitsgebrauch der Staatsglieder nicht mehr beschränkt werden dürfe, als er um der Möglichkeit der Übereinstimmung der Freyheit Aller willen beschränkt seyn muß, daß endlich die Beschränkung für Alle nur gleich seyn dürfe, mithin Alle gleichen Gesetzen, und durch diese gleichen Schranken zu unterwerfen, Allen, ein gleicher Umfang der Freyheit, gleiche Rechtsansprüche der Form nach zu gestatten seyen. Hierbey ist jedoch ausdrücklich zu bemerken, daß es eine unmittelbare Folgerung aus dem Postulate des Gleichgewichts der Freyheit sey: daß der Freyheitsgebrauch derjenigen Klasse von Rechtssubjekten die sich im vollen Besitze des natürlichen Kausalitätsvermögens befinden, in Beziehung auf diejenige Klasse von Rechtssubjekten, denen dieser volle Besiz noch nicht geworden, oder ohne ihr Verschulden entzogen ist (z. B. in Beziehung auf unmündige, Personen weiblichen

Geschlechts, blöd - oder wahnsinnige , abwesende u. s. w.) soweit beschränkt werden müsse, daß er mit dem Freyheitsgebrauche der letzteren im Verhältnisse des Gleichgewichts stehe, und daß denn die, aus dieser Ansicht geflossenen Beschränkungen der ersteren Klasse keineswegs eigentliche Privilegien oder Vorrechte der letzteren Klasse zu nennen, sondern als wahre, dem allgemeinen Rechtsgesetze entsprechende, gesetzliche Regeln in Hinsicht eigener Klassen von Rechtssubjekten anzusehen seyen, deren Mangel sogar ein Verstofs gegen das Rechtsgesetz, oder wenigstens eine wesentliche Lücke in dessen Entfaltung und Anwendung wäre. Nur dann, wenn im gegenseitigen Freyheitsgebrauche solcher Personen, — bey denen, ob sie gleich zu verschiedenen Ständen gehören, dennoch ein natürlich-gleiches Kausalitätsvermögen vorauszusetzen ist — ungleiche oder unverhältnißmäßige Beschränkungen statuirt würden, würden die Mehrbeschränkungen des einen Theils zu Gunsten des anderen eigentliche Privilegien oder Vorrechte zu benennen seyn; und solche Privilegien müssen aus einer Civilgesetzgebung, welche auf den Karakter der Zweckmäßigkeit Anspruch macht, schlechterdings entfernt bleiben, weil durch sie die unerlaßliche Forderung der formalen Rechtsgleichheit, das Gleichgewicht der Freyheit

gestört, somit durch ihre Verstattung der eigentlichste Zweck der Civilgesetzgebung, und des Staats selbst vereitelt würde.

§. 428.

Man kann übrigens den Grundsatz nicht oft genug wiederholen, daß die Vollständigkeit und Güte einer Civilgesetzgebung gar nicht zu bemessen sey nach der Menge ihrer Detailbestimmungen, und der ängstlichen Theilung der (nicht sehr zahlreichen) Gattungen von Rechtsverhältnissen in alle, durch Zersplitterung auffindbare, Arten derselben, also gar nicht nach der Extension derselben, sondern vielmehr nach der, dem Zwecke derselben entsprechenden, Intension ihrer Normen, durch lichtvolles Umfassen alles Speciellen in den nöthigen Gattungsbestimmungen, durch eine, die Subsumtion möglichst erleichternde, Einfachheit und Deutlichkeit dieser Bestimmungen, und Reinheit von allen heterogenen, und in andere Zweige der Gesetzgebung gehörenden Verfügungen. Eine so geartete, das allgemeine Rechtsgesetz ebenso umfassend als einfach objektivirende, Civilgesetzgebung wird ihrem Zwecke am vollständigsten genügen, und mit vollem Rechte den unerlaßlichen Grundsatz, daß keine Entschuldigung aus Unkenntniß ihrer Normen, je stattfinden dürfe, zum Gesetze erheben können. Unerlaßlich ist dieser Grundsatz, weil, wenn

irgend Jemand im Staate die rechtlichen Grenzen seiner Einwirkung auf die Person und Sache des Anderen nicht kennen dürfte, es dann unmöglich wäre, eine Rechtsverletzung des Anderen ihm zu imputiren, und an ihm zu bestrafen. Je weniger sich nun diese Unmöglichkeit mit der Erreichbarkeit des Staatszwecks verträgt, desto unentbehrlicher ist jenes Gesetz, welches jedoch nur bey der vorausgesetzten Einfachheit der Civilgesetzgebung, in Verbindung mit dem bereits vorgeschlagenen Mittel, die Gesetze zur Kenntniss aller Staatsglieder zu bringen, und ununterbrochen darin zu erhalten, wirklich geltend gemacht zu werden vermag.

§. 429.

Bey der, im §. 419 bereits nachgewiesenen, Gröfse und Wichtigkeit des Einflusses der Civilgesetzgebung auf die ganze Verwaltung des Staats und die Erreichung seines Zwecks dürfte sich ferner von selbst ergeben, dafs die höchste, Gewalt eines Staats, welche auf den Karakter der Energie und Selbstständigkeit, wie sie soll, Anspruch macht, weder die Feststellung verbindlicher Rechtsnormen durch blofse — in der Regel äußerst schwankende, und ungleich öfter durch Vorurtheile und Irrthümer, als durch den ächten Geist der Zeit geleitete — Gewohnheiten als zulässig anerkennen, noch das Recht der Gesetzgebung für irgend eine Klasse von

Staatsgliedern oder Gegenständen anderen Händen außer ihr, als ein eigenes Recht überlassen dürfe. Denn die Feststellung einer neuen Rechtsnorm, oder die Abänderung einer schon bestehenden durch Gewohnheit könnte doch nur dann gut geheissen werden, wenn jene Feststellung oder diese Abänderung durch den Zweck der Civilgesetzgebung geheischt war. Es ist aber eine tadelnswerthe Unthätigkeit der gesetzgebenden Gewalt, wenn sie den Forderungen ihrer Bestimmung nicht durch ihre Selbstthätigkeit genügt, sondern es auf den Zufall ankommen läßt, ob die Staatsbürger, von ihrem natürlichen Rechtsgeföhle geleitet, diejenige Handlungsweise einschlagen, wodurch die innere Gültigkeit eines sogenannten Gewohnheitsrechts bedingt ist, wenn sie sich da, wo sie positiv handeln sollte, auf ein blosses Nichthandeln beschränkt, woraus auf die Bedingung der äusseren Gültigkeit eines Gewohnheitsrechts, nämlich auf ihre stillschweigende Einwilligung, in Ansehung ihres Anfangs sowohl als ihres Umfanges, immer nur sehr unsicher geschlossen werden kann. Dieselben Gründe entscheiden gegen die Zulässigkeit der Anerkennniß einer, den Gesetzen gleich geltenden, Kraft sogenannter Präjudizien. — Die bisherige Anerkennniß einer Bildung verbindlicher Rechtsnormen durch Gewohnheit und Präjudizien war sichtbar ein

blofser Nothbehelf gegen die (um mich des gelindesten Ausdrucks zu bedienen) Gemächlichkeit der gesetzgebenden Gewalt, dessen eine Staatsgewalt, die ihrer Pflicht genügen will, nicht bedürfen kann, und jene Anerkenntnifs gesetzlich heischen, hiefse nur, der Gemächlichkeit der gesetzgebenden Gewalt freyes Feld stipuliren.

§. 430.

Dafs die gesetzgebende Gewalt, ohne sich der größten Pflichtvernachlässigung schuldig zu machen, und sich selbst ihrem eigenen Wesen nach zu vernichten, des Rechts, der Gesetzgebung auch nur für einzelne Klassen von Staatsgliedern und Gegenständen sich nicht entäufsern dürfe, kann keiner Nachweisung bedürfen; das einzige, was sie ohne Pflichtvernachlässigung und Gefahr für sich selbst geschehen lassen darf, ist: dafs die Glieder von Familien, Gemeinheiten und Gesellschaften — durch Familiengemeinheits- und Gesellschaftsstatuten — ihrem gegenseitigen Freyheitsgebrauche unter sich diejenigen Grenzen setzen, wodurch die Erreichung ihres erlaubten gemeinschaftlichen Zweks bedingt ist, ohne jedoch hierdurch in dem gesetzmässigen Freyheitsgebrauche der übrigen physischen oder jurisdischen Staatsglieder seine Modifikation zu bewirken. Der Grund der Gestattung dieser Autonomie — welche übrigens für alle Klassen der unterstellten Rechtssubjekte

gleich seyn muß — besteht darin: weil der Freyheitsgebrauch jeder Person, in soferne er nicht auf andere Personen außer ihr einfließt, außer dem Gesichtspunkte des Staats liegt, somit eigentlich gar nicht Objekt der Regulierung durch den Staat seyn kann. Der Freyheitsgebrauch der Glieder einer juridischen Person, als solcher, unter sich, unterliegt daher auch lediglich der Bestimmung dieser Glieder selbst, soweit jener sich auf die Freyheit anderer Personen außer ihr nicht erstreckt; denn soweit liegt er außer dem, vom Staate zu berücksichtigenden, Rechtsgebiethen. Die oben (§. 422.) postulierte Bestimmung durch die Civilgesetzgebung des Staats kann daher nur Bestimmung seyn, theils derjenigen Verbindungen, welche im Staate zulässig seyen, theils der Rechtsnormen für diese Verbindungen, welche auf den Fall gelten sollen, daß die Glieder der Verbindung, als solche, ihren Freyheitsgebrauch unter sich nicht selbst regulieren, von ihrer Autonomie keinen Gebrauch machen. Dadurch, daß die autonomen Rechtsbestimmungen sich nur auf den Freyheitsgebrauch der Glieder einer juridischen Person unter sich selbst, aber nicht auf die Freyheit anderer Rechtssubjekte außer ihr, noch auf außergesellschaftliche Verhältnisse unter sich selbst erstrecken dürfen, ist zugleich Umfang und Grenze des Rechts der Autonomie festgestellt.

§. 431.

Das allgemeine Rechtsgesetz ist für alle rechtsfähigen Wesen gleich verbindend; die, dasselbe auf Privatverhältnisse richtig anwendenden, Normen müssen auch unter allen Umständen ausführbar seyn, und können nur durch Vermehrung oder Verminderung der Objekte einer Erweiterung oder Verengung, sonst aber keiner weiteren wesentlichen Modifikation nach Veränderung der Umstände unterliegen; denn die Forderung des Rechtsgesetzes ist unter allen Umständen eine und dieselbe, gebietet für alle Vernunftwesen, die frey koexistiren wollen, unbedingt, und ist eben so unveränderlich als unerlaßlich. Wenn daher gleich mehrere der übrigen Zweige der Gesetzgebung einer Veränderung aus Veranlassung veränderter Umstände in Verhältnisse unterliegen mögen, weil die Gestalt der letzteren auf das Materielle der ersteren wesentlichen Einfluß hat, so gilt dieß doch, die schon erwähnte Erweiterung oder Verengung ihrer objektiven Sphäre abgerechnet, keineswegs von der Civilgesetzgebung, weil ihr Prinzip von äußeren Umständen ganz unabhängig, über dieselben erhaben, und selbst in seiner Anwendung mehr bestimmt ist, die Modifikationen der Verhältnisse und Umstände zu leiten, als durch solche geleitet zu werden. Diese Ansicht führt zu der weiteren Bemerkung:

dafs die Civilgesezgebung im ganzen Umfange des Staats, nur eine seyn könne, demnach Partikularcivilgesezgebungen für einzelne Theile desselben Staats unzulässig seyen, eben darum, weil der Freyheitsgebrauch aller Staatsglieder an allen Orten des Staats gleichen Normen seiner Verträglichkeit unterliegt, und die Verschiedenheit dieser Normen die Einheit der ganzen Staatsverwaltung, ihre Einfachheit und Konsequenz höchst nachtheilig stören müfste. Zudem existirt kein zureichender Grund zur Duldung der unterstellten Partikulargesezgebungen, denn entweder sind diese wesentlich verschieden, oder dem Wesen nach sich gleich, und nur in Aufsendingen different. Im ersteren Falle müfste ein Theil derselben auf irriger Grundlage beruhen, und es ist für sich klar, dafs die gesezgebende Gewalt diesen Theil nicht dulden dürfe; im lezteren Falle aber könnte ohnediefs der Herstellung der Einheit kein durchgreifendes Hinderniß im Wege stehen, da auch nicht einmal die Klugheit die Beybehaltung einer Einrichtung billigen kann, welche so offenbar der Erreichbarkeit des Staatszweks mehr hinderlich als förderlich ist.

Anmerkung. Gar häufig pflegen Schriftsteller, der Erfahrung nach, die Politik rasch hinweg als Dispen-
sationsgrund zur Duldung der Bildung von Civil-
rechtsnormen durch Gewohnheit, Präjudizien, und

zur Beybehaltung bestehender Partikularcivilgesetzgebungen vorzuwenden. Unmöglich aber kann die Politik, wenn man ihr irgend einen richtigen Begriff unterlegt, zum Dekmantel inkonsequenter, der Einheit der Staatsverwaltung nachtheiliger, der Schwäche der Menschen ungebührlich fröhnender, Einrichtungen gebraucht werden. Ich verstehe unter Politik die Wirksamkeit einer, den unerlässlichen Forderungen des Rechts huldigenden, Klugheit in Auswahl der Mittel, wodurch der wahre Staatszweck am sichersten und leichtesten erreicht werden kann. Was diese Erreichung behindert, kann also die Politik unmöglich billigen. Zudem ist in der Civilgesetzgebung nicht sowohl die Rede von Auswahl der Mittel zur Erreichung des Staatszweks, sondern vielmehr von der Bestimmung dessen, was das Recht der Staatsglieder sey, was der Staat geltend zu machen habe, also von der Detaillirung des eigentlichen Inhalts des Staatszweks (aus welchem Gesichtspunkte die Civilgesetzgebung als *conditio sine qua non* der Staatsverwaltung erscheint); es hat sonach bey ihr die Politik im erwähnten Sinne gar kein Feld ihrer Thätigkeit. Wollte man aber eine besondere Politik der Civilgesetzgebung heischen, so könnte diese nur bestehen in der Thätigkeit einer, immerhin dem Rechtsgesetze untergeordneten, Klugheit in Auswahl der Mittel, wodurch der (im §. 419. bestimmte) besondere Zweck der Civilgesetzgebung am leichtesten, aber auch am sichersten erreicht werden könnte; dafs nun aber die, im Eingange dieser Anmerkung berührte, Duldung und Beybehaltung keineswegs geeignet sey, die Erreichbarkeit des Zweks der Civilgesetzgebung zu erleichtern und zu sichern, und überdies der Bestim-

mung der gesetzgebenden Gewalt widerspreche, dürfte voraus zur Genüge erwiesen seyn. Für die Umwandelbarkeit richtiger Deutungen des allgemeinen Rechtsgesetzes unter allen Umständen und Verhältnissen, oder richtiger (und nur von der Umwandelbarkeit solcher kann die Rede seyn) Normen des Civilrechts liefert den sprechendsten faktischen Beweis das römische Civilgesetzbuch; denn die, in ihm enthaltenen, richtigen Normen der unterstellten Art sind, aller Veränderungen äußerer Verhältnisse ungeachtet gültig geblieben, und werden es ewig bleiben. Nur das Heterogene in ihm, und nur seine irrigen Anwendungen des Rechtsgesetzes müssen hinwegfallen, und werden auch sicher in dem Verhältnisse hinweggeworfen werden, in welchem die Einsicht in das wahre Wesen des Rechtsgesetzes und in den reinen Zweck der Civilgesetzgebung gesteigert werden wird, und diess konnte und kann auch nicht anders kommen, da richtige Deutungen des allgemeinen Rechtsgesetzes eben so, wie dieses selbst, den Charakter der Allgemeingültigkeit und Beharrlichkeit in sich selbst tragen.

§. 432.

Eines der unerlaßlichsten Mittel, der Civilgesetzgebung die, ihrem Zwecke genügende, Reife zu sichern, und zu bewirken, daß sie zu allen Zeiten ihre objektive Sphäre richtig ausfülle, ist die ununterbrochene Thätigkeit der gesetzgebenden Quelle selbst, und die Verpflichtung sämtlicher Justizbehörden im ganzen Umfange des Staats, jeden sich ergebenden

Rechtsfall unverzüglich zu ihrer Kenntniß zu bringen, für welchen nach reifer Überlegung die vorhandenen Gesetze keine ausreichende Norm zu gewähren scheinen, desgleichen jene auf jede, in der Theorie oder Praxis sich erhebende, Kontroverse aufmerksam zu machen. — (Eine Civilgesetzgebung entspricht ihrem Zwecke um so weniger, je mehr gegründete Kontroversen sie Raum gibt; denn sie soll ja Jeden in den Stand setzen, den Umfang seines Rechtsgebieths bestimmt zu bemessen; jede gegründete Kontroverse über ihre einzelnen Normen läßt oder setzt ihn aber darüber gerade in Zweifel.) — Jene Verpflichtung der Justizbehörden scheint mir wenigstens das natürlichste und wirksamste Mittel zu seyn, die Gesetzgebungskommission zu veranlassen, daß sie die sich ergebenden Lücken in der Civilgesetzgebung ausfülle, das Dunkle erhelle, das Unbestimmte näher bestimme, das Komplizirte vereinfache, dem Einfachen den vermißten Grad der intensiven Erweiterung gebe, und so die Civilgesetzgebung im ununterbrochenen Fortschreiten ihrer Vollendung näher führe.

Anmerkung. Stellt man unter den Maßstab der hier gezeichneten Bedingungen einer zweckmäßigen Civilgesetzgebung die bestehenden Kodices des Civilrechts, so dürfte an ihnen noch manches erwünschliche vermißt werden; denn alle, selbst die neuesten

nicht ausgenommen, kränkeln, mancher anderen Mängel nicht zu gedenken, mehr oder weniger an Unvollständigkeit und Überladung zugleich, in soferne in ihnen, eines Theils, manche, dem Gebiete der Civilgesetzgebung angehörige, Gegenstände gar nicht, oder doch nicht entschöpfend normirt, anderen Theils aber manche Gegenstände, die anderen Zweigen der Gesetzgebung angehören, in ihr Gebieth gezogen, oder wenn sie auch dahin gehören, dennoch aus fremdartigen Gesichtspunkten behandelt sind; in soferne sie endlich, bey häufiger Individualisirung der Normen, deren es nicht bedarf, einer, ihrem Zwecke förderlichen, umfassenden Simplizität entbehren; den sprechendsten Beweis liefert die Verlegenheit der Richter, welche nach ihnen Recht sprechen sollen, und die Menge von Kontroversen, welche über ihre Normen wirklich obwalten. — Übrigens bemerke ich noch: dafs ich nur aus Nachgiebigkeit für den herrschenden Sprachgebrauch, und um Mißverständnisse zu vermeiden, den Ausdruck „Civilgesetzgebung“ beybehalten habe, dafs ich aber, indem ich diesen Ausdruck für das, was er bezeichnen soll, weder charakteristisch noch passend halte, ungleich lieber den unterstellten Zweig der Gesetzgebung unter der einfachen Benennung „Rechtsgesetzgebung“ den übrigen Zweigen der Gesetzgebung, z. B. der Strafgesetzgebung, der Polizey-der Finanzgesetzgebung an die Seite gestellt hätte. Meine Gründe hierfür werden aus der Vergleichung der Tendenz der zuletzt genannten Zweige, mit jener des hier behandelten Zweigs der Gesetzgebung von selbst hervorgehen.

T i t e l I I.

V o n d e r C i v i l r e c h t s p f l e g e.

Nothwendigkeit — Begriff — Zweck und Sphäre der Civilrechtspflege; allgemeine Anforderungen an dieselbe, Prinzipien der Organisation und Instruktion der Civilrechtspflege.

§. 433.

Die Civilgesetzgebung bestimmt nicht das individuelle Rechtsgebieth jedes Staatsglieds *in concreto*, und kann solches der Natur der Sache nach unmöglich bestimmen, sondern gibt eigentlich nur die Bedingungen dieser Bestimmung, indem sie die Regeln aufstellt, nach welchen bey dieser Bestimmung zu verfahren sey, überläßt es aber alsdenn einem Jeden, durch Subsumtion unter jene Regeln den Umfang seines individuellen Rechtsgebieths unter allen Verhältnissen und Modifikationen selbst auszumitteln; sie ist nur der Wegweiser, unter dessen Anleitung jedes Individuum, worauf und wie weit sein Recht sich erstrecke, erkennen, und die, durch die Möglichkeit der Freyheit Aller postulierte, Grenze seines Freyheitsgebrauchs finden kann und soll. Je befriedigender diese Anleitung ist, d. i. je vollkommener die Civilgesetzgebung den Bedingungen ihrer Zweckmäßigkeit entspricht, desto weniger wären gegen-

seitige Störungen der Staatsglieder in ihrem Rechtsgebiethe und Genusse durch sich selbst zu besorgen, wenn nur mit Sicherheit darauf gerechnet werden könnte, daß jedes Staatsglied bey jeder seiner Einwirkungen auf die Person und Sache des Anderen jene Regeln gehörig berücksichtigen, unter die Normen seiner Freyheit in jedem Falle ihres Gebrauchs gegen Andere richtig subsumiren würde. So lange aber die Menschen mit Unbesonnenheit — deren Begriff schon die Vernachlässigung gegebener Handlungsnormen umfaßt — zu handeln fähig sind, und so lange der, den richtigen Takt der Subsumtionsfunktionen so nachtheilig störende, Einfluß des Eigennutzes und der Leidenschaften jeder Art auf die Urtheile der Menschen nicht gänzlich unterdrückt zu werden vermag, so lange findet auch jene Rechnung durchaus nicht statt, so lange muß man vielmehr darauf gefaßt seyn, daß die Staatsglieder entweder aus Mangel gehöriger Berücksichtigung der gegebenen Rechtsnormen, oder in Gefolge irriger Subsumtion unter dieselben im gegenseitigen Gebrauche ihrer Freyheit kollidiren, daß sich ihre Rechtsansprüche gegen einander durchkreutzen werden.

§. 434.

Jene Kollisionen auszugleichen, oder diese sich durchkreuzenden Ansprüche in Übereinstimmung zu bringen, darf nicht der Thätigkeit

der Privaten selbst überlassen werden; denn, ob auf diesem Wege eine friedliche Ausgleichung Platz greifen würde, wäre in jedem Falle äufsert zufällig, daher eben sowohl möglich, daß jede Kollision jener Art in eine Fehde ausartete, worin der Sieg sicher auf Seite physischer Stärke und List, zufällig aber nur zugleich auf Seite des Rechts stehen würde. Beydes, sowohl die Möglichkeit der Befehdung der Staatsglieder unter sich, als auch die Zufälligkeit des Siegs auf Seite des Rechts, stünde in geradem Widerspruche mit dem Zwecke des Staats, und der Bestimmung der Staatsgewalt, die Ruhe unter den Staatsgliedern zu sichern, und die Geltung ihres Rechts zu verbürgen. Jene Möglichkeit kann aber nicht anders aufgehoben, und die Erreichbarkeit des Staatszweks, zu welchem jedes Staatsglied, als solches, zusammenstimmen muß, nicht anders hergestellt werden, als dadurch, daß jedes Staatsglied Verzicht leistet auf den Gebrauch seiner eigenen Kraft zur Durchsetzung seines Privaturtheils über den Umfang seiner Rechte, und die Entscheidung darüber der Staatsgewalt anheimstellt, deren eben bemerkte Bestimmung für sie die Verpflichtung mit sich führt, in jedem Falle einer Rechtskollision unter den Staatsgliedern unmittelbar einzuschreiten, jene durch Subsumtion unter die gegebenen Rechtsnormen auszugleichen, und

demnach jedem sein Recht unausbleiblich zu gewähren. So gewiss jener Verzicht der Privaten auf Selbsthülfe (in der Regel), und diese Garantie des Rechts durch die öffentliche Hülfe des Staats unerlässliche Bedingung der Erreichbarkeit des Staatszweks ist, so gewiss ist die Nothwendigkeit der eben postulirten Funktion der Staatsgewalt, als des, die Erhaltung des inneren Friedens verbürgenden, Surrogats der Privatselbsthülfe, jedem Zweifel enthoben.

§. 435.

Diejenige Wirkungssphäre der Staatsgewalt, welche dahin geht, jede in Wechselverhältnisse der Staatsglieder sich erhebende, Kollision ihrer Rechtsansprüche a) nach Maßgabe der Civilgesetze zu entscheiden, und jedem das, was ihm dieser Entscheidung gemäß zu seinem Rechte gebührt, unfehlbar zuzutheilen, heisst die Civilrechtspflege. b) — Dasjenige, dessen Vorstellung die Realisirung der von dieser Wirkungssphäre umfassten, Funktionen motivirt, d. i. der Zweck der Civilrechtspflege ist die gesetzmässige Verträglichkeit der gegenseitigen Rechtsansprüche der Staatsglieder in concreto, die wirkliche Übereinstimmung ihres Freyheitsgebrauchs, die konkrete Bestimmtheit des, den Einzelnen vom Staate zu schützenden, Rechtsgebieths. In wieferne das vom Staate seinen Gliedern zu schützende durch die Civil-

gesetzgebung in abstracto, durch die Civilrechtspflege aber auch (für die zweifelhaft gewordenen Fälle) in concreto bestimmt wird, in soferne ergänzen sich beyde in Feststellung der Objekte des Staatszweks; in wieferne aber die Civilrechtspflege den, über den wahren Umfang des Rechtsgebieths Einzelner eingetretenen, Zustand der Ungewissheit aufhebt, und jedem das rechtlich - Seine peremptorisch zugetheilt, ist sie zugleich, Bedingung nicht nur, sondern selbst ein Haupttheil des Schutzes, und je wesentlicher ein Jeder dabey interessirt seyn muß, daß der Umfang seines Rechtsgebieths in allen Fällen darauf erhobener Ansprüche der Gerechtigkeit gemäß festgestellt, und ihm vollständig zu Theil werde, desto deutlicher muß der hohe Grad der Wichtigkeit dieses Zweigs der Staatsverwaltung Jedem einleuchten.

- a) Es versteht sich wohl von selbst, daß eingetretene Rechtskollisionen, die jedoch von den Partheyen selbst sogleich wieder friedlich ausgeglichen werden, (wozu sie allerdings befugt sind, da sie unleugbar über die Sphäre ihres Rechts zum Behufe ihrer Verträglichkeit disponiren können) jene Thätigkeit der Staatsgewalt nicht ansprechen; denn unter der, hier bestimmten, Voraussetzung fällt der Grund des Einschreitens der Staatsgewalt, somit auch das Begründete hinweg; die Kollision hört rechtlich auf zu existiren, und es gibt also hierbey nichts mehr, was der Staat auszugleichen hätte. Dieselbe Ansicht rechtfertigt den, im Gebiete der Civilrechtspflege

bereits geltenden, Grundsatz: wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter.

- b) Die Gewalt des Staats, Rechtskollisionen im Wechselverhältnisse der Staatsglieder durch Erkenntnisse nach den Gesetzen auszugleichen, heisst die Gerichtsbarkeit, und umfasst auch in soferne das Recht der Vollstreckung jener Erkenntnisse, als ohne diese Vollstreckung die Ausgleichung der Rechtskollisionen nicht wesentlich vollendet ist, und die Civilrechtspflege den, zur Vollziehung der Civilgesetze bestimmten, Zweig der Staatsverwaltung bildet. Was aber die Civilrechtspflege nach ihrem oben bestimmten Begriffe ausschliesst, ist das, was man ihr bisher unter dem sehr uneigentlichen Namen einer Jurisdictionis voluntariae sehr ungebührlich zugetheilt hat. Uneigentlich ist dieser Name, weil auf diejenige Regierungsthätigkeit, welche sich durch Bestätigung und Vollführung gewisser, nicht streitiger, Geschäfte äussert, die Benennung „Gerichtsbarkeit“ in keiner Hinsicht passt; und es kann nicht verkannt werden, dass, nach einer richtigen Ansicht und Sonderung der Verwaltungsgeschäfte nach Massgabe ihrer Zwecke, die hier berührte Regierungsthätigkeit nur der Sphäre der Polizey angehöre, wie an seinem Orte gezeigt werden wird. Ein Staat, dessen Verwaltung gehörig geordnet ist, kennt keine Jurisdictionem voluntariam, erreicht aber demungeachtet den, dieser bisher vorgestekten, Zweck, nur in einer wirklich dazu geeigneten Sphäre seiner Thätigkeit.

§. 436.

Die eigenthümliche Sphäre der Civilrechtspflege wird durch das Objekt und die Intension

ihres Zwecks abgegrenzt. Das Objekt ihres Zwecks sind alle , im Wechselverhältnisse der Staatsglieder eingetretene (von diesen nicht selbst friedlich beygelegte) Rechtskollisionen , alle , durch einen Widerstreit der Rechtsansprüche veranlaßten , Störungen im Gleichgewichte der Freyheit ; die gesetzmäßige Ausgleichung jener Rechtskollisionen , und Wiederherstellung des , auf die unterstellte Art gestörten , Gleichgewichts der Freyheit , macht die Intension ihres Zweckes aus. Alles demnach wodurch die Erreichung dieses Zwecks bedingt ist , d. i. die Realisirung aller , zur gesetzmäßigen Schlichtung erhobener Rechtsstreitigkeiten , und dazu , daß jedem Staatsgliede der Besiz desjenigen Rechtsgebieths , welches ihm dieser Schlichtung zufolge gebührt , unausbleiblich werde , erforderlichen Funktionen und Anstalten , mit wenigen Worten , die pünktliche und vollständige Vollziehung aller Civilgesetze , durch richtige Anwendung derselben auf alle streitig gewordenen Fälle ihrer Anwendbarkeit , und Herstellung des durch sie geheischten Rechtszustandes , gehört zur Sphäre der Civilrechtspflege ; alles andere liegt außer ihren Grenzen. Fremd ist ihr also jede Thätigkeit , welche z. B. auf Behinderung künftiger - möglicher Rechtsstreitigkeiten oder Verletzungen , oder auf Bestrafung der letzteren , seyen sie auch noch so gering , gerichtet ist ;

denn diese Thätigkeit ist, nach einem richtigen Sonderungsprinzip der Staatsverwaltungsgeschäfte, für andere Zweige der letzteren geeignet; einheimisch in ihr ist dagegen jede Wirksamkeit, welche die Ausgleichung wirklich erhobener Rechtsstreitigkeiten, die Herstellung des wirklich streitig gewordenen Rechtszustandes den Forderungen der Civilgesetze gemäß bezieht.

§. 437.

Die Befugniß sowohl als die Verpflichtung, im Wechselverhältnisse der Staatsglieder eingetretene Rechtskollisionen auszugleichen, und danach jedem sein Recht zu gewähren, lassen sich allein aus dem Zwecke des Staats und dem Wesen der Staatsgewalt konsequent ableiten; denn jene Befugniß und Verpflichtung sind nur gedenkbar als Mittel zur Geltung des Rechts; diese Geltung ist aber nur Zweck des Staats und Aufgabe der Staatsgewalt, somit kann auch nur die Staatsgewalt als das einzige Subjekt jener Befugniß und Verpflichtung anerkannt werden, weil nur diese befugt ist, die Mittel zur Geltung des Rechts zu realisiren, und hinwiederum die Staatsglieder, als solche, die Regulierung ihres Rechtsgebieths und Vertheidigung desselben gegen grundlose Einsprüche von der Staatsgewalt zu fordern berechtigt sind, welchem Rechte der Staatsglieder die bezeichnete Verpflichtung

der Staatsgewalt entspricht, so wie durch die bezeichnete Befugniß der Staatsgewalt, die Pflicht der Staatsglieder, ihre Rechtsstreitigkeiten durch die Staatsgewalt schlichten zu lassen begründet ist. Da nun kein Staatsglied einer Privatverpflichtung sich unterziehen darf, und gültig unterziehen kann, welche mit der, ihm gegen den Staat obliegenden, Pflicht unverträglich wäre, und wodurch die Rechtssphäre des Staats in Beziehung auf dasselbe willkürlich beengt würde, da selbst die Staatsgewalt von dieser Rechtssphäre nichts gültig vergeben kann, so folgt unstreitig, daß kein Staatsglied eine andere Gerichtsbarkeit über sich gültig anerkennen könne, als die des Staats, und daß es in einem wohlgeordneten Staate nur eine Gerichtsbarkeit, nämlich die des Staats, geben dürfe. Zu den Rechtsgründen, woraus dieses Resultat hervorgeht, gesellt sich aber auch die Forderung der Klugheit, welche die Einheit im Justizorganismus des Staats, als die unerlässliche Bedingung des Einklanges und der Energie in der Rechtspflege, und als das schiklichste Mittel darstellt, die Erreichung des Zwecks der Rechtspflege im Staate zu erleichtern und zu sichern; denn unmöglich könnte die Staatsgewalt die gesetzmäßige Regulierung des Rechtszustandes derjenigen Staatsglieder verbürgen, welche die Ausgleichung ihrer Rechtsstreitig-

keiten von anderen Subjekten auſſer ihr (oder ihren Organen) zu gewärtigen hätten, und wenn auch dieſe Subjekte in Anſehung der unterſtellten Funktionen unter der Aufſicht der Staatsgewalt ſtünden, ſo wäre dennoch auf jeden Fall dadurch der rasche Gang der Rechtspflege gehemmt, die Übersicht erſchwert, der Kreiſs, welchen die Zentraltriebſeder beſtimmt, und welchen die, durch dieſe gelenkten, Kräfte beſchreiben, nachtheilig durchkreuzt, der Organismus zu ſehr komplizirt, und die Einheit der Interellen und Geſinnungen der Staatsglieder geſtört, welche Hinderniſſe und Übel ſämmtlich durch die poſtulierte Einheit des Juſtizorganismus im Staate durchgreifend gehoben werden.

Anmerkung. Zuſolge dieſes §. iſt jede, aus einer anderen Quelle, als der des Staats, gefloſſene Art der Gerichtsbarkeit, alſo z. B. die geiſtliche-Lehen- und Patrimonialgerichtsbarkeit überhaupt, wie ſolche biſher beſtanden, abſolut unzuläſſig im Staate, und es exiſtirt auch gar kein gültiger Grund für ſolche Arten der Gerichtsbarkeit; denn weder das kirchliche-, noch das Lehen- und Gutsherrliche Verhältniſs iſt von der Art, daß es ſeiner Natur nach die Geltendmachung des Rechts derjenigen Staatsglieder, welche zugleich Kirchendiener ſind, oder in einem beſonderen Lehens- und Gutsverbande ſtehen, unmittelbar zum Zwecke hätte, wodurch jene Arten der Gerichtsbarkeit, als Mittel zu dieſem Zwecke, doch nur gerechtfertigt, oder worin ſie nur einen zureichenden Grund ihres Beſtehens finden könnten. Sie ſind viel-

mehr ganz überflüssig, und die Rechte des Staats ungebührlich beschränkend, weil alle Staatsglieder, schon als solche, die Schlichtung ihrer Rechtsstreitigkeiten in allen ihren Verhältnissen vom Staate zu gewärtigen berechtigt und verpflichtet sind. Auch ist es bekannt, daß die Patrimonialverfassung ursprünglich keine eigentliche Gerichtsbarkeit umfaßte, sondern letztere erst allmählich in ihre Sphäre zog, in Zeiten, wo die Verwaltung des Staats und die Thätigkeit der Rechtspflege in ihm äußerst lückenhaft und unzureichend war; damals mag sogar die Patrimonialgerichtsbarkeit ein zweckmäßiger Nothbehelf zur Ausfüllung der vom Staate gelassenen Lücken gewesen seyn. Dieser Grund fällt jedoch jetzt ganz hinweg, wo der Staat den Umfang seiner Rechte und Pflichten kennt, denselben auszufüllen bereit ist, und es muß sonach das Gegründete jetzt auch mit jenem Grunde um so mehr hinwegfallen, je wesentlicher dasselbe den Staat in seinen rechtmäßigen Operationen für die Erreichung seines Zwecks behindert. — Vindiziert sich doch in neueren Zeiten der Staat unbedenklich z. B. aus dem Gebiete der Lehenherrlichkeit das Recht auf Militairdienste der Vasallen, und zwar mit Recht, weil der Staat selbst diejenige Sicherheit zu gewähren hat die man sich ehemals durch die Verbindlichkeit zu Kriegsdiensten von Lehenherren erkaufen mußte, weil sonach heut zu Tage der Grund jener Militairverbindlichkeit gegen Lehenherren, als solche, gänzlich hinwegfällt. Warum sollte der Staat nicht ebenmäßig aus dem Gebiete der Lehen- und Patrimonialverfassung die Gerichtsbarkeit sich vindizieren dürfen und müssen, da doch der Staat unleugbar selbst auch allen seinen Gliedern eine vollständige

Rechtspflege zu gewähren hat, somit jetzt aller Grund der Gerichtspflichtigkeit gegen bloße Lehen- und Gutsherrn ebenmäfsig hinwegfällt? Oder, wer möchte jetzt noch behaupten, daß die Justizgewalt in ihrem ganzen Umfange weniger ein ausschliessender Bestandtheil der Staatsgewalt wäre, als die Militairgewalt? Doch! in Staaten, in welchen der Trieb nach Erhöhung der Zweckmäfsigkeit ihrer Verwaltung lebendig ist, ist der Anfang in Aufhebung jener Inkonsequenz bereits gemacht, und es läfst sich hoffen, daß dieses Beyspiel bald häufiger werde nachgeahmt werden.

§. 438.

Den Gliedern eines Staats muß, da sie nur um der Sicherheit ihres Rechts willen solche sind, natürlich alles daran gelegen seyn, daß vor Allem jede, durch, unter Menschen kaum vermeidliche, Kollisionen eingetretene, Ungewissheit über den Umfang ihres individuellen Rechtsgebieths unverzüglich aufgehoben, daß jedem der Besiz des ihm wirklich gebührenden Rechtsgebieths gewährt werde, und daß jedes die Überzeugung haben könne, daß ihm sein Recht unter allen Verhältnissen unverkürzt werde zuerkannt und zugetheilt werden. Dieses erste Bedürfnis der Staatsglieder zu befriedigen, ist die Aufgabe der Civilrechtspflege; die allgemeinen Anforderungen an dieselbe konzentriren sich demnach dahin: daß sie jeden, ihre Thätigkeit ansprechenden, Rechtsstreit der Staatsglie-

der unter sich, in der möglichsten Schnelligkeit und mit strenger Gesetzesangemessenheit entscheide, und ihrer Entscheidung unfehlbaren Effekt gebe. Die Bedingungen aber, um diesen Anforderungen zu genügen, sind: das Daseyn einer, der Erfüllung jener Aufgabe gewachsenen Thatkraft, die Anregung und Erhaltung der nöthigen Energie in ihr, und die Sicherung ihrer vollständigen Gesezmässigkeit durch die möglichste Verstopfung aller Quellen rechtswidriger Urtheile, nämlich: der Nichtanwendung des Gesetzes aus Vorsatz, oder Partheylichkeit, aus Unwissenheit, Nachlässigkeit, Leichtsinn oder Übereilung, oder aus Irrthum. Es ist für sich klar, daß nur durch Realisirung dieser Bedingungen in den Staatsgliedern die oben bemerkte Überzeugung und die Hoffnung begründet werden könne, daß alle möglichen künftigen Rechtsurtheile, die in ihren Angelegenheiten gesprochen werden dürften, nur so ausfallen können, wie sie selbst nach dem Rechtsgesetze sie würden sprechen müssen. Eben diese Bedingungen sind es daher, welche durch die Organisation und Instruktion des, nach §. 393 zur Erreichung des besonderen Zwecks der Civilrechtspflege (als des ersten, im Gesammtzwecke des Staats enthaltenen, Mittelzwecks) erforderlichen eigenen Civiljustizdepartements realisirt werden müssen.

§. 439.

Aus der Anwendung der, über den Organismus jedes Verwaltungsdepartements voraus (in den §. §. 399 — 404.) bereits aufgestellten, allgemeinen Grundsätze auf die Organisation des Civiljustizdepartements insbesondere ergibt sich: daß letztere damit beginnen müsse, zum Behufe der Civilrechtspflege eine, zu dem subjektiven sowohl, als objektiven Umfange ihrer Geschäftssphäre im richtigen Verhältnisse stehende, Anzahl gehörig qualifizirter Subjekte anzustellen, um dadurch die, zur Ausfüllung jener Sphäre erforderliche, Thatkraft herbeyzuschaffen, und in Wirksamkeit zu setzen: daß bey der Auswahl dieser Subjekte nach den, in den §. §. 412 — 414 gegebenen, Regeln für die Auswahl der Verwaltungsorgane verfahren werde, ist eines der ersten und wirksamsten Mittel, Unwissenheit, Leichtsinn und Partheylichkeit von den Funktionen der Civilrechtspflege entfernt zu halten. Um nun aber die Geschäftsmasse der Civilrechtspflege zweckmäßig vertheilen zu können, muß fürs erste das ganze Gebieth des Staats in bestimmte geographische Bezirke abgetheilt, und in jedem dieser Bezirke ein (individuelles, oder juridisches) Subjekt, als Organ zur unmittelbaren Anwendung und Vollziehung der Civilgesetze im ganzen Umfange dieses Bezirks, aufgestellt werden. Der Maß-

stab jener Abtheilung ist das richtige Verhältniß zwischen der Thatkraft eines, seinem Geschäfte gewachsenen, und arbeitsamen (individuellen, oder juridischen) Subjekts, und der wahrscheinlichen Menge und Intension der durch den Zweck der Civilrechtspflege geheischten, Geschäfte. Diese Wahrscheinlichkeit aber darf nicht nur nach der Zahl der Rechtssubjekte, sondern muß auch nach dem Grade der Vielfältigkeit und Verwicklung ihrer Verhältnisse, nach dem Grade ihrer Gesezkenntniß, und der Simplizität oder Leidenschaftlichkeit, der Rohheit oder Bildung ihres Karakters bemessen werden; denn die Erfahrung lehrt, daß z. B. unter den Bewohnern von Städten, meistens eine ungleich größere Menge von Rechtsstreitigkeiten obwaltet, als unter einer gleichen Anzahl von Landbewohnern, und daß selbst wieder unter den verschiedenen Landdistrikten eines und desselben Staats oft ein auffallender Unterschied in der unterstellten Hinsicht statt finde, welche Erscheinung nur in den angegebenen Rücksichten ihren wahren Erklärungsgrund hat. Sollte man aber die geographische Gleichheit der Gröfse jener Bezirke vorziehen, so müßte wenigstens die Zahl der in jedem aufzustellenden Justizorgane nach den bemerkten Rücksichten verschieden bestimmt werden, um jenes geheischte richtige Verhältniß nicht zu vernachlässigen, was ohne großen

Nachtheil für den Zweck der Civilrechtspflege nie geschehen dürfte.

§. 440.

Die, in jedem dieser Bezirke zur unmittelbaren Anwendung der Civilgesetze in vorfallenden Rechtskollisionen, und deren Vollziehung aufgestellten, Subjekte bilden (mit den ihnen beygegebenen Aktuarien, Schreibern und Dienern) die Primarbehörden des Civiljustizdepartements, die Gerichte erster Instanz; die Kompetenz einer jeden dieser Behörden muß erstreckt werden auf alle, unter den Bewohnern des ihr angewiesenen Bezirks ohne Ausnahme sich erhebenden, Rechtsstreitigkeiten, desgleichen auf alle, von Bewohnern anderer Bezirke und von Fremden gegen jene, oder auf die in dem fraglichen Bezirke befindlichen Objekte erhobenen, Rechtsansprüche: mit wenigem. Alle Funktionen welche zur Erreichung des Zwecks der Civilrechtspflege in dem fraglichen Bezirke unmittelbar geheischt werden, gehören zu ihrer Sphäre ausschliessend, weil eine solche umfassende, jede Konkurrenz heterogener Gerichtsbehörden ausschliessende, Einheit der Rechtspflege die unerlässliche Bedingung ist, unter welcher nur das Civiljustizdepartement seiner Aufgabe mit derjenigen Zuverlässigkeit und Energie, welche mit Recht von ihr gefordert wird, genügen kann, weil eine solche Einheit

das schicklichste Mittel, die Erreichbarkeit des Zwecks der Civilrechtspflege zu erleichtern, und zu sichern, daher dessen Gebrauch von der Klugheit wie von dem Rechte gleich geboten ist. Gleich wie übrigens diese Einheit an sich schon aus dem Grundsätze fließt, daß es nur eine Gerichtsbarkeit, nämlich die des Staats selbst geben dürfe, so fließt hinwiederum aus jener Einheit die Unzulässigkeit eines privilegierten Gerichtsstands für was immer für eine Klasse von Personen in einem zweckmäßig zu verwaltenden Staate; denn jedes Privileg der Art, wodurch nämlich gewisse Klassen von Personen von der Kompetenz der Primarbehörden in den, von ihnen bewohnten, Bezirken eximirt werden, ist unverträglich mit der eben geheischten umfassenden Einheit der Rechtspflege, hebt die formale Gleichheit des Rechts unter den Staatsgliedern auf, belästigt widerrechtlich die nicht privilegierten Klassen in ihren Rechtsstreitigkeiten mit den Eximirten, und ist von jedem gültigen Grunde eben so sehr entblößt, als entschieden es nur dem Vorurtheile und leerer Einbildung möglich ist, sogar mit Aufopferung eines wesentlichen Grads der Sicherheit, in der Ausnahme von den regelmässigen Behörden, oder in der unmittelbaren Kompetenz von Behörden eines ganz außerwesentlichen, höheren Ranges einen reellen Vorzug oder Vortheil zu finden.

Anmerkung. Sollten in gewissen Distrikten des Staats gewisse Klassen von Verhältnissen (z. B. Handels-Wechsel-Bergwerksverhältnisse u. s. w.) in einem besonderen Grade der Ausdehnung, Menge und Verwicklung obwalten, so, daß aus der abgesonderten Behandlung der hierbey eintretenden Rechtskollisionen durch eigene Subjekte eine wesentliche Beförderung des Zwecks der Rechtspflege mit Grund zu erwarten stünde, so dürfte hierdurch die Aufstellung eigener (z. B. Handels- Wechsel- Berg-) Gerichte an sich schon hinreichend gerechtfertigt seyn; nur müßten auch diese nicht als getrennte und für sich bestehende Gerichte, sondern nur als integrirende Glieder und Branchen der ordentlichen Primärjustizbehörden behandelt werden, und am innigsten schiene mir mit jenem postulirten Prinzipie der Einheit die unterstellte Beförderung dadurch vereinigt werden zu können, daß den ordentlichen Primärbehörden so viele Subjekte, als mit der Behandlung der fraglichen Objekte ausschließend beauftragte, Glieder derselben beygegeben würden, als wie viele zum Zwecke der unterstellten Beförderung erforderlich sind.

§. 441.

Je wesentlicher die Geltung des Rechts der Staatsglieder bedingt ist durch absolute Gerechtigkeit in Regulierung ihres streitig gewordenen Rechtszustandes, desto weniger kann es die Staatsgewalt bey der alleinigen Anordnung der erwähnten Primärjustizbehörden bewenden lassen, desto einleuchtender ist das Bedürfnis einer Sicherung gegen den möglichen Irrthum.

oder die Unkunde, die Nachlässig- oder Partheylichkeit von Seite jener Primärjustizorgane, durch Etablirung einer Aufsicht über die Geschäftsführung der letzteren und Anregung einer solchen Wirksamkeit, wodurch jede mögliche Gesezwidrigkeit in den Funktionen der letzteren unverzüglich wieder berichtigt, und die geforderte Gerechtigkeit möglichst sicher gestellt werde. Das natürlichste Mittel, dieses Bedürfnis zu befriedigen, ist die Anordnung einer eigenen Mitteljustizbehörde, mit der Bestimmung, jede, gegen die Funktionen und Erkenntnisse der Primärjustizbehörden erhobene, Beschwerde durch abermalige Untersuchung und Entscheidung der fraglichen Rechtsstreitigkeiten unverzüglich zu erledigen, und überhaupt das Verfahren der Primärbehörden ununterbrochen zu beobachten, und im Gleise strenger Gesezmäßigkeit zu erhalten. — Um aber die erforderliche Schnelligkeit jener Erledigung und eine zweckmäßige Energie dieser Aufsicht möglich zu machen, muß das Gebieth des Staats (nach Beschaffenheit seiner Ausdehnung) in Hinsicht der Civilrechtspflege in bestimmte Kreise — deren jeder so viele der, im §. 439 erwähnten, Bezirke umfaßt, als von einer zur Aufsicht bestimmten Behörde durchgreifend übersehen und besorgt werden können — getheilt, und dann die unterstellte

Justizbehörde so oft personifizirt werden, als in wie viele Kreise das Gebieth des Staats getheilt ist, so, dass das Civiljustizdepartement in jedem Kreise sein eigenes, der Ausfüllung des durch die bezeichnete Bestimmung gegebenen Wirkungskreises gewachsenes, Mittelorgan der geforderten Art besitze. Der Umfang jedes Kreises ist dann die Sphäre der ausschliessenden Kompetenz der in ihm aufgestellten Mitteljustizbehörde, als der zweyten Gerichtsinstanz, welcher alle Primärjustizbehörden der, von demselben Kreise umfassten, Bezirke unterzuordnen sind.

§. 442.

Zur Vollendung des Organismus des Civiljustizdepartements muss endlich eine oberste oder Zentralciviljustizbehörde etablirt werden, mit der Bestimmung, über sämtliche Mitteljustizbehörden unmittelbar, und dadurch zugleich mittelbar über alle betreffenden Primärbehörden, die Aufsicht zu führen, alle, gegen die Funktionen oder Erkenntnisse der, ihrer Sphäre angehörigen, Mittelbehörden erhobenen, Beschwerden in dritter und höchster Instanz zu schlichten, überhaupt die Anwendung und Vollziehung der Civilgesetze im ganzen Umfange des Staats zu leiten, ihre Pünktlichkeit und Vollständigkeit zu verbürgen, und in allen Lebensäusserungen des Civiljustizdepartements,

die ganze Sphäre seiner Wirksamkeit hindurch, und in allen Richtungen und Distanzen dieser Sphäre, die nöthige Einheit, Regheit und Zweckmäßigkeit zu sichern. — Durch diese Eröffnung einer zweymaligen Durchsicht und Beurtheilung des Verfahrens und der Erkenntnisse der Primarciviljustizbehörden, oder was dasselbe ist, durch diese Anordnung einer dreyfachen Instanz wird den möglichen Fehlritten der Unkunde oder des Irrthums, der Nachlässig- oder Partheylichkeit der Richter in Auslegung des Gesetzes, oder in der Subsumtion unter dasselbe und dessen Anwendung, in dem Grade begegnet, daß darauf die Staatsglieder allerdings die vollkommene Überzeugung von der Gerechtigkeit der richterlichen Entscheidung ihrer Rechtshändel und der Regulierung ihres Rechtszustandes in concreto bauen können, und, wird überdiß durch die, im §. 407. näher bezeichneten, Funktionen des (eben daselbst postulirten) Zentralstaatsraths für die unterbrochene nicht nur, sondern selbst ihrer Vollendung immer mehr entgegenreifende, Gesundheit, Thätigkeit und Zweckmäßigkeit dieses organischen Lebens des Civiljustizdepartements, so wie für dessen harmonisches Eingreifen in das Leben der übrigen Verwaltungszweige, die befriedigende Garantie geleistet, so läßt sich nicht absehen, was zur vollständigen Qualifikation der Civilrechtspflege

zur Erreichung ihres Zwecks, in soweit jene auf der Art ihrer Organisation beruht, noch irgend vermisst werden könnte.

§. 443.

Allein eine weitere wesentliche Bedingung der Erreichbarkeit des Zwecks der Civilrechtspflege ist eine, diesem Zwecke entsprechende, vollständige Instruction für die Organe des Civiljustizdepartements sowohl überhaupt, als auch in ihren drey Artikulationen insbesondere, d. i. ein eben so richtiges, als ausreichendes Regulativ der Tendenz, der Maximen und Bedingungen, der Objekte und Formen ihrer Funktionen im Allgemeinen sowohl, als in ihren, durch die besondere Bestimmung der erwähnten drey Klassen von Behörden geheischten, Modificationen. Zufolge dieses Begriffs der Instruction muß diese ausgehen von der Zeichnung der Tendenz der Thätigkeit der unterstellten Organe überhaupt, welche keine andere seyn kann, als die Wirksamkeit für vollständige Erreichung des, im §. 435 bestimmten Zwecks der Civilrechtspflege. Dafs alles, wodurch die gerechte und gänzliche Ausgleichung entstandener Rechtskollisionen im Privatverhältnisse der Staatsglieder wesentlich bedingt ist, in natürlicher Ordnung und Konsequenz möglichst entschöft, alles aufserwesentliche hingegen entweder abgeschnitten, oder doch in möglichster Kürze behandelt, dafs

jeder streitig gewordene Rechtszustand mit dem wenigsten Zeitverluste gesezmäßig bestimmt, und dieser Besimmung gemäfs wirklich geordnet werde, ist, als Inhalt und Objekt aller Thätigkeit des Civiljustizdepartements, die Quelle und das Normativ aller, in der Instruktion für dasselbe aufzustellenden, Maximen und Formvorschriften seiner Funktionen.

§. 444.

Leztere zerfallen in zwey Gattungen: nämlich in Rechtssprüche und deren Effektivierung. Alle übrigen Funktionen müssen zweckgemäße Mittel für eine dieser beyden seyn, und erscheinen daher als untergeordnet und präparatorisch; die tauglichsten Mittel für jene beyden Zwecke zu bestimmen, und dadurch die Zweckmäßigkeit jener beyden Gattungsfunktionen selbst zu sichern, ist daher die Hauptaufgabe für die unterstellte Instruktion. — Die Bedingung der Wirksamkeit der fraglichen Organe ist das Daseyn von Rechtsstreitigkeiten unter solchen Rechtssubjekten, welche auf die richterliche Hülfe des Staats Anspruch haben, und die Anforderung der ersteren zu deren Schlichtung; eben diese macht das Objekt ihrer Thätigkeit aus. In soferne aber mehrere Streithändel unter sich in Verbindung stehen, oder mehrere Primärjustizbehörden für eine Streitsache zugleich kompetent seyn können, muß für Fälle der

ersteren Art, Ordnung und Vorzug der Behandlung, und für Fälle der letzteren Art, eine, jeden Jurisdiktionskonflikt abschneidende, Auskunftsnorm festgestellt werden. In soferne auch mehrere Personen bey einem Rechtsstreite in verschiedenen Verhältnissen interessiert seyn können, die Wahrheit dieses Interesses hergestellt, und es jeder Parthey gestattet werden muß, sich eines rechtskundigen Beystandes zu bedienen, und gegen wirklich verdächtige Richter sowohl als gegen muthwillig veranlaßte Prozeßkosten zu sichern, müssen die Erfordernisse der Legitimation zur Sache, die Bedingungen und Art der Theilnahme zulässiger Streitgenossenschaft, Intervention, Litisdemuntiation, Nomination und Addiktion, die Pflichten und Rechte der, als solche anzuerkennenden, Beystände, die Erfordernisse zulässiger Perhorreszenz der Richter und die für solche Fälle eintretende Kompetenz, die Bedingungen der Kautionsanträge und die Normen in Ansehung der Prozeßkosten bestimmt werden. Endlich eignen sich zum generellen Theile der Instruktion allgemeine Vorschriften über die Verstattung des wechselweisen rechtlichen Gehörs der Partheyen, und die Sicherheit der unverfälschten Aufnahme ihrer Vorträge, über die Form der letzteren, über Akteneinsicht, Ladungen, Ungehorsam, und dessen, der Natur der vorhergegangenen Auflagen in ihrer

Beziehung auf den Zweck der Rechtspflege entsprechende, Wirkungen, über die Bedingungen und Wirkungen der Rechtshängigkeit, und die hierdurch motivirte Thätigkeit der Richter.

§. 445.

Die Funktion des **R e c h t s s p r e c h e n s**, als der Aufstellung der Schlussfolge aus einer unternommenen Subsumtion des gegebenen Falls unter das, darauf anzuwendende, Gesetz ist bedingt durch das Fixirtseyn der Merkmale des gegebenen Falls, weil die Subsumtion auf der Identität der Merkmale des letzteren mit den Merkmalen des im Gesetze unterstellten Falles, oder mit dem Subjektbegriffe des Gesetzes beruht. Das nächste Objekt des speciellen Theils der unterstellten Instruktion ist also die Bestimmung, wie zum Behufe der Eruirung der Merkmale der, in den Rechtsstreitigkeiten gegebenen, Fälle sowohl in der Regel (ordentlicher Prozeß), als auch ausnahmsweise in besonderen Fällen (summarischer, possessorischer, exekutiv - Wechsel - Konkurs - Prozeß) zu verfahren sey. Die Hauptrüksicht dürfte bey dieser Bestimmung dahin zu richten seyn, daß durch diese den Partheyen zwar zur Ausführung ihrer gegenseitigen Rechtsprätensionen der nöthige Spielraum gelassen, aber auch jede absichtliche Verzögerung oder Chikane von Seite derselben oder ihrer Beystände abgeschnitten,

dafs die Willkühr der Partheyen sowohl als der Richter hierbey auf die, durch den Zweck einer energischen Rechtspflege geheischte, Grenze beschränkt werde. — Bleibt nach jener Ausführung noch ein Zweifel über die Existenz und Wahrheit, oder die eigentliche Beschaffenheit der, auf die Subsumtion einfließenden, Merkmale des vorgelegten Falls, so muß vor allem, weil nun noch nicht mit Sicherheit subsumirt werden kann, die Herstellung jener Punkte bewirkt werden, (Beweisinterlokut), welche in der Regel demjenigen aufzulegen ist, der den Staat auffordert, das von ihm behauptete Recht gegen die Ansprüche eines Anderen zu garantiren, und welcher sowohl der Kläger, als auch der Beklagte in Ansehung seiner Einreden seyn kann.

§. 446.

Auch in Ansehung der zulässigen Beweismittel, und der Form ihres Gebrauchs sowohl, als der Leitung des ganzen Beweisverfahrens sind in der fraglichen Instruktion die zweckmäßigen Normen aufzustellen, und ihre Zweckmäßigkeit wird unstreitig darauf beruhen, dafs durch sie Richter und Partheyen genöthigt werden, auf dem natürlichsten, sichersten und kürzesten Wege dem Ziele der gesuchten Gewissheit entgegenzugehen. Als zulässig sind alle jene Beweismittel zu erklären, wodurch nach der

Natur der Sache die gesuchte Gewissheit, nicht etwa in einer, nur auf die subjektive Überzeugung des Richters, als einer Privatperson, berechneten, sondern in einer objektiven (d. i. die Eigenschaften der allgemeinen Mittheilbarkeit an sich tragenden) Art erhoben werden kann. Nur in Ansehung der Beweisführungsart durch Eidesablegung ist zu bemerken: dafs, — da der Eid lediglich eine solche Erklärung ist, durch deren Beschaffenheit eine grössere Zuversicht auf die Moralität des Erklärenden erweckt werden soll — der Staat sich desselben nirgends als eines Entscheidungsmittels bedienen dürfe, wenn auch nur einer der streitenden Theile seiner Anwendung widersprechen sollte, weil der Staat, dessen ganze Existenz ein allgemeines Mißtrauen in die Moralität der Menschen voraussetzt, und darauf beruht, rechtswidrig handelnde, indem er eigenmächtig und willkürlich die Rechte seiner Glieder ihrer Moralität oder Unmoralität gegenseitig Preiß gäbe. Wäre vielleicht die Ausmittlung ohne den Eid nicht bewirkbar, so müßte die Abweisung der aufgestellten Rechtsprätension erfolgen, weil der Staat von ihrer Rechtlichkeit nicht überzeugt würde. Sobald aber die Parthey in die Anwendung des Eides einstimmt, es mag nun der Richter in der Eigenschaft eines Erfüllungs-oder

Reinigungseides denselben auflegen, oder es mögen sich die Partheyen denselben wechselseitig deferiren, so ist er ein gültiges Entscheidungsmittel; denn jeder kann, nach dem Grundsatz: *volenti non fit injuria*, als unbeschränkter Disponent über seine Rechte, die Entscheidung des geforderten Rechts von der Moralität des Anderen abhängig machen; und daraus folgt, daß die Eidesdelation ohne die, in der Praxis beliebte, Einschränkung statt finde. a)

a) m. s. Thomas Lehrb. d. natürl. Rechtswissenschaft. (Frankf. 1803.) §. 268, 269.

Anmerkung. Zufolge des, in der Iten Abtheilung §. 211 u. 212. aufgestellten, Postulats müßte in einem zweckmäßig verfaßten Staate der, durch ein Interlokut geforderte, Beweis, unter Leitung des Richters, einer von den Partheyen selbst gewählten Anzahl von Personen (Jury) geführt, und von dieser das Resultat der Beweisführung ausgemittelt werden, worauf erst der Richter das Gesez auf den vorgelegten Fall anzuwenden hätte, wenn nicht die Partheyen selbst, was ihnen allerdings frey steht, und bleiben muß, auf die Person des Richters auch in Ansehung der Ausmittlung der streitigen Thatsache kompromittiren. Die Gründe dieses Postulats sind am angeführten Orte angegeben.

§. 447.

Ist die Existenz oder Nichtexistenz, die Wahrheit oder Unwahrheit des behaupteten Falles ausgemittelt, ist die wirkliche Beschaf-

fenheit seiner zweifelhaften Merkmale durch den geführten Beweis außer Zweifel gestellt, dann steht der Subsumtion und Schlussfolgerung, welche lediglich Sache des Richters ist, nichts mehr im Wege, und ein sehr wirksames Mittel, den Richter hierbey zu dem gehörigen Grad von Aufmerksamkeit, Umsicht und Gewissenhaftigkeit zu bestimmen, ist die Verpflichtung desselben (in allen 3 Instanzen) dem Ausdrücke seiner Erkenntnisse die Motive derselben hinzuzufügen, und sie selbst auf diese Weise zu rechtfertigen. Aber auch der Unthätigkeit des Richters und der Willkühr desselben in Verzögerung der endlichen Entscheidung der vor ihn gebrachten Rechtsstreitigkeiten muß gehörig begegnet werden, was nur dadurch durchgreifend geschehen kann, daß nach Beschaffenheit der Rechtsstreite (je nachdem sie nämlich zu einem Beweisverfahren kommen oder nicht) eine bestimmte Zeit festgestellt wird, binnen welcher ein jeder geendigt seyn müsse, widrigenfalls die Klage über versagtes Recht als unmittelbar gegen den Richter begründet anzunehmen wäre.

Anmerkung. Die eben geheischte Feststellung ist allerdings möglich, da die zulässigen, aber nie zu überschreitenden, Verhandlungen und die Termine für diese in den beyden Stadien des Prozesses genau bestimmt seyn müssen, somit die Zeit, binnen

welcher jeder beendigt seyn kann, mit Einrechnung einer billigen Frist für die Erwägung des Erkenntnisses, gar wohl zu berechnen ist. Nothwendig ist jene Feststellung, weil ohne sie die Wirksamkeit aller übrigen, auf die Beschleunigung der Rechtspflege berechneten, Mittel willkürlich vereitelt werden könnte. Die Rücksicht auf Geschäftsüberhäufung darf hier nicht entgegengestellt werden, weil eine solche wirkliche Überhäufung, nach dem unerlässlichen Postulate eines richtigen Verhältnisses zwischen der Thatkraft und der Sphäre eines Geschäftsorgans, in der Regel nicht soll statt finden dürfen, und im Falle jene Überhäufung nur zufällig und momentan seyn sollte, ausnahmsweise Dispensation gegen die Beschränkung durch jenes Zeitmaß eingeholt und ertheilt werden kann.

§. 448.

Alle diese Vorschriften werden diktirt durch den Zweck, das Ausgleichungsgeschäft der Rechtsstreitigkeiten gehörig zu ordnen, und den Gang desselben auf eine regelmässige, die Ausschweifungen möglicher Chikane von Seite der Partheyen, und zweckwidrigen Umtriebes von Seite der Richter abschneidende, die Regulierung des Rechtszustandes der Staatsglieder heilsam befördernde, Bahn zu beschränken. In wieferne jedoch, nach dem Zeugnisse der Erfahrung, so viele, man kann sagen, die meisten Rechtskollisionen lediglich ihren Ursprung haben in einer Unkunde oder Mißverständniß der Gesetze, in dem Unvermögen, richtig zu

subsumiren, oder in einem Irrthume über die wahre Beschaffenheit faktischer Verhältnisse, über welche sich durch wechselseitige Mittheilungen zu verständigen, die Partheyen sich nur nicht selbst die Hände bieten wollen, in wieferne sich daher die gegründete Hoffnung schöpfen läßt, daß es in den meisten Fällen nur einer Aufhebung dieser Quelle oder Veranlassung der Rechtskollision bedürfe, um letztere selbst aufgehoben zu sehen, in soferne wird — als das natürlichste Mittel, den Zweck der Rechtspflege auf dem leichtesten und kürzesten Wege ohne Schmälerung der nöthigen Sicherheit zu erreichen, — dringend die Verpflichtung jedes Richters erster Instanz geheischt, in jedem Falle einer vor ihn gebrachten Klage vorerst beyde Partheyen über die Punkte, worauf es dabey eigentlich ankömmt, summarisch genau zu vernehmen, und sie, wenn die Sache so beschaffen ist, daß jezt schon mit Sicherheit subsumirt werden kann, durch gründliche Belehrung über die wahre Beschaffenheit und Ausgleichungsnorm ihrer streitigen Verhältnisse in die Lage zu setzen, daß sie selbst über ihre Angelegenheit richtig zu subsumiren und zu urtheilen vermögen, um auf diese Weise, oder durch, der Forderung des Rechts sich möglichst annähernde, Vorschläge gegenseitiger Nachgiebigkeit, den Widerstreit ihrer Ansprüche zu

heben, und das Aufhören ihrer Kollision durch Besiegung ihrer Quelle auf dem Wege der Vernunft, zu bewirken, auf jeden Fall aber erst alsdenn, wenn dieser ernstliche Versuch einer gütlichen Ausgleichung nicht zum Ziele führte, den Streit in den Weg des einschlagenden Prozesses einzuführen. Dafs bey jenem Versuche aller Zwang ausgeschlossen bleiben müsse, dürfte sich zwar von selbst verstehen; wenn jedoch in Gefolge jener summarischen Vernehmung die bloße Frivolität einer Parthey entschieden vorläge, so hätte der Richter — da unter dieser Voraussetzung aller Grund zu einem weiteren Verfahren hinwegfällt — nun ohne weiteres den Bescheid zu erlassen, welcher in Ansehung seiner Wirkungen dem, in Gefolge eines förmlichen Verfahrens erlassenen, Urtheile gleich zu achten wäre.

Anmerkung. Zwar enthalten beynahe die meisten Prozeßordnungen die Anweisung der Richter auf den vorläufigen Versuch zur Güte; allein wer sollte nicht wissen, wie nachlässig und oberflächlich diese Anweisung in der Praxis befolgt zu werden pflege? Dennoch ist diese Einrichtung unverkennbar so natürlich, dem Zwecke der Rechtspflege so sehr zusagend, und ihre vortheilhafte Wirksamkeit, nach dem Zeugnisse der Erfahrung, in den wenigen Staaten, in welchen sie mit Nachdruck gehandhabt wird, zu sehr entschieden, als dafs sie nicht allgemein mit demselben Nachdrucke durchgeführt zu werden verdiente. Mir scheint

übrigens zu ihrem Behufe nicht einmal die Aufstellung eigener sogenannter Friedensrichter geheischt zu werden, sondern vielmehr zweckmäfsig, das Ausgleichungsgeschäft der Rechtskollisionen auf dem bezeichneten Wege der Güte der Sphäre der Primarbehörden des Civiljustizdepartements, wohin dasselbe seiner Natur und seinem Zwecke nach gehört, zu belassen, und nur bey Bestimmung des objektiven Umfanges dieser Sphäre auf den durch die unterstellte Verpflichtung veranlafsten, Geschäftszuwachs — der jedoch in einer anderen Hinsicht die Geschäfte selbst wieder mindert — die nöthige Rücksicht zu nehmen. Ein wirksames Mittel, der unterstellten Anweisung praktischen Nachdruck zu geben, möchte die Verpflichtung der erwähnten Primarbehörden seyn, ihre Verhandlungen zum Behufe der gütlichen Ausgleichung der Rechtsstreitigkeiten in einem wesentlichen Auszuge jedesmal zu Protokoll zu nehmen, und dieses, als einen wesentlichen Bestandtheil der Akten bey einer etwaigen künftigen Appellation an die Obergerichte mit einzusenden, auf letztere zur besonderen Aufmerksamkeit darauf, und Rüge der hierunter etwa bemerkten Nachlässigkeit, so wie zur jährlichen öffentlichen (tabellarischen) Bekanntmachung der, von den Primarbehörden bewirkten, gütlichen Ausgleichungen, und zur Ausgleichung derjenigen Behörden zu instruiren, deren kluge Thätigkeit hierin besonders hervorsteicht.

§. 449.

Ist, wegen evidenter Frivolität einer Parthey, der im Entstehen begriffene Prozeß durch einen Bescheid sogleich niedergeschlagen, oder

ist, weil die Kollision durch den Versuch der Güte nicht gehoben werden konnte, der Weg des Prozesses angetreten worden, so muß, nach der vorausgesetzten Organisation höherer Justizbehörden und deren Bestimmung, jedem, der sich durch einen Bescheid der ersteren Art, oder durch eine, entweder auf die Entscheidung des Rechtsstreits wesentlich einfließende, oder wirklich entscheidende, Verfügung des Richters (d. i. durch ein Zwischen-oder Endurtheil) widerrechtlich beschwert glaubt, verstattet seyn, diese seine Beschwerde bey der für ihn kompetenten nächsten Oberjustizbehörde anzubringen, und deren Abstellung zu fordern. (Dasselbe gilt von beschwerenden Verfügungen von Seite der Mitteljustizbehörden in Beziehung auf die vorhandene oberste-oder Zentraljustizbehörde.) Dafs dem möglichen Mißbrauche dieser Verstattung begegnet werde, ist zwar durch das Recht wie durch die Klugheit gleich dringend gefordert; allein das bis jezt ergriffene Mittel, den häufigen Berufungen, und der darunter verborgenen, bloßen Zögerungsaussicht Einhalt zu thun, nämlich die Bestimmung einer sogenannten Appellations-und Revisionssumme ist durchaus unzulässig. Denn die angeordneten höheren Instanzen sind für nöthig erachtete Sicherungsmittel alles Rechts der Staatsglieder gegen die möglichen Fehlritte richterlicher

Trüglichkeit, und jeder im Staate (der Arme wie der Reiche) hat auf gleichen Grad der Sicherung eines jeden seiner Rechte ohne Ausnahme in der unterstellten Hinsicht vollkommen gleichen Anspruch. Die Quantität des Rechts, oder der Umfang der Materie eines Rechts ist kein Gesichtspunkt, nach welchem der Staat den intensiven Grad seiner Sicherung bemessen dürfte, sondern das Recht, dessen Objekt noch so unbedeutend ist, muß in gleichem Grade von ihm gesichert werden, wie das Recht, welches einen größeren materiellen Umfang hat. Warum sollte auch die minder vermögende Klasse von Staatsgliedern (die in mancher Hinsicht eigentlich eines stärkeren Schutzes bedarf) nicht wenigstens gleiche Sicherung ihrer (nur objektiv geringeren) Rechte gegen unbefugte Einsprüche Anderer vom Staate anzusprechen befugt seyn, als die mehr vermögende Klasse in Ansehung ihrer (nur objektiv bedeutenderen) Rechte? Oder warum sollte selbst der Reiche wie der Ärmere im Besitze eines materiell-geringeren Rechts nicht in gleichem Grade vom Staate gesichert werden, als im Besitze eines materiell-größeren, da sich doch die Rechte an sich und ihrer Form nach vollkommen gleich sind, und der Staat jedes Recht, als solches, in gleichem Grade zu gewähren hat?

§. 450.

Ist irgend ein Mittel zulässig, um den häufigen Berufungen Einhalt zu thun, so darf dasselbe durchaus nicht, wie das eben erwähnte, eine Verletzung der formalen Rechtsgleichheit enthalten, sondern muß vielmehr, ohne die Gleichheit der Sicherung der Rechte Aller zu stören, nur darauf berechnet seyn, der bloßen Verzögerungsabsicht und Chikane einen wirksamen Zaum anzulegen, also nur dem wirklichen Mißbrauche der Berufungsbefugniß zu begegnen, und in soferne dieser dennoch nicht ganz unterdrückt zu werden vermöchte, wenigstens den, der durch die Verzögerung leiden könnte, gegen diesen Nachtheil gehörig zu wahren. Ein Mittel dieser Art dürfte die gesetzliche Bestimmung seyn, daß jeder, dessen Berufung durch das erfolgende Erkenntniß als grundlos verworfen würde, schuldig sey, seinem Gegentheile nicht nur alle, durch die Berufung veranlaßten, Kosten, sondern auch jeden, ihm durch die, Verzögerung erweislich veranlaßten, Schaden und erweislich entgangenen Gewinn zu ersetzen, und daß darauf im fraglichen Erkenntnisse ausdrücklich zu sprechen sey. Diese Bestimmung welche unverkennbar die Sanktion des Rechtsgesetzes für sich hat, würde, bey dem unter Menschen vorherrschenden Eigennutze, die Chikane am kräftigsten bezähmen, und, indem sie

dem rechtmäßigen Gebrauche der Berufungsbefugniss ungestörten Lauf liefse, und der formellen Gleichheit ihrer Subjekte nicht zu nahe träte, nur dem Mißbrauche derselben entgegenwirken, und, im Falle dieser dennoch statt fände, wenigstens die widerrechtlichen Folgen desselben wieder aufheben. Der Gebrauch dieses Mittels dürfte daher um so unbedenklicher an die Stelle des im vorigen §. erwähnten treten, je mehr dasselbe den Forderungen des Rechts und der Klugheit in gleichem Grade entspricht.

§. 451.

In der unterstellten Instruktion sind ferner zu bestimmen die Arten der gegen ergangene richterliche Verfügungen zulässigen Rechtsmittel, die unerstrecklichen Fristen ihrer Ein- und Ausführung, um den Verzug möglichst zu beschränken, ihre Suspensivkraft, die, aus dem Zwecke ihrer Gestattung zu entwickelnden, Bedingungen ihrer Form und Materie (z. B. ob? unter welchen Voraussetzungen? und mit welchen Wirkungen Nova geltend gemacht werden dürfen?), die Verbindlichkeit der Oberrichter, das eingewandte Rechtsmittel, wenn dessen Unstatthaftigkeit sogleich einleuchtet, unmittelbar zu verwerfen, das Gebieth der im entgegengesetzten Falle zulässigen Verhandlungen mit ihren Terminen, die Form der Erkenntnisse, und

endlich die Zeit, binnen welcher jede Berufung erledigt seyn müsse. In die Sphäre dieser Instruktion eignet sich — nebst der, schon bey einer andern Gelegenheit bemerkten, Verpflichtung der Oberjustizbehörden zur Anzeige der, in der Civilgesetzgebung etwa entdeckten, Unbestimmtheiten und Lücken bey der Gesezkommission — ferner die Impulsirung einer, auch außer den Fällen erhobener Beschwerden nöthigen, Aufsicht der Oberbehörden auf sämtliche, ihnen unmittelbar oder mittelbar untergeordneten, Behörden, wie solche durch die, in den §§. 441 und 442 gezeichneten, Bestimmungen dieser Oberbehörden geheischt wird, um durch sie und durch die, in Kraft derselben zu erlassenden, Ordinationen jeder Abweichung von der gesezlichen Bahn z. B. durch das Einschleichen sogenannter Gerichtsobservanzen und Präjudizien, jeder wesentlichen Ungleichheit in Anwendung derselben Gesetze, und jedem Eintreten einer Nachlässigkeit und Erschlaffung, überhaupt alles dessen, was dem Zwecke der Civilrechtspflege nachtheilig oder hinderlich ist, mit Nachdruck zu begegnen. Öftere Einforderung und Durchsicht der Akten über solche Rechtsstreitigkeiten, die durch den Weg der Berufung nicht an die höheren Instanzen gediehen sind, und über solche Verhandlungen, wodurch beginnende Streitigkeiten gütlich beygelegt wurden,

(um auch hierbey keine Mißbräuche einreißen zu lassen), strenges Halten über Einsendung der, nach den §§. 415 und 416 zu fordernden Geschäftsregister, und pünktliche Kontrollirung derselben, desgleichen von Zeit zu Zeit anzuordnende, im ächten Geiste der Tendenz der Civilrechtspflege durchzuführende, Visitationen dürften als schikliche Mittel für den Zwek jener Aufsicht nicht zu verkennen seyn.

§. 452.

Zwar haben sämtliche Civiljustizbehörden aller drey Klassen den Zwek der Civilrechtspflege zu ihrem gemeinschaftlichen Ziele; allein innerhalb dieser Sphäre hat jede jener drey Klassen dennoch ihre eigene Mittelbestimmung, wodurch einige Modifikation in der äußeren Behandlungsart ihrer Geschäfte geheischt wird. Diese Modifikation besteht darin, daß bey sämtlichen Mittelbehörden, so wie bey der obersten- oder Zentralbehörde des Civiljustizdepartements ein kollegialisches, bey allen Primarbehörden desselben hingegen ein individuelles Verfahren statt finde, so zwar, daß, wenn auch eine solche Primarbehörde wegen der Gröfse des ihr angewiesenen Geschäftsbezirks aus mehreren Gliedern (eigentlichen Richtern) bestehen sollte, dennoch die Geschäfte derselben von letzteren nicht kollegialisch, sondern nur individuell, d. i. so behandelt werden, daß jedes

derselben einzeln und selbstständig Rechtsstreitigkeiten schlichtet und richtet, welche unter jene Glieder entweder nach einem Turnus, oder nach gewissen Klassen von Objekten zu vertheilen sind. Die für diesen Instruktionspunkt in Ansehung aller Verwaltungsdepartements und ihrer dreyfachen Artikulation überhaupt im §. 411 bereits aufgestellten Gründe sind hierher vollkommen anwendbar, und bedürfen demnach keiner Wiederholung. — Ob in der ersten Instanz von den Partheyen nur mündlich, oder zugleich schriftlich zu verhandeln sey? muß — da die Zweckmäßigkeit des einen oder des anderen sich nur nach der individuellen Beschaffenheit jedes einzelnen Falles, nämlich nach dem Grade seiner Einfachheit oder Verwicklung bestimmen läßt — dem Ermessen des Richters überlassen bleiben, und nur demselben zur Pflicht gemacht werden, darüber, sobald die Verhandlungen zur Güte beendigt sind, ausdrücklich zu verfügen. Als ein vorzüglich wirksames Mittel aber, die Funktionen des Richters auf die Bedingungen ihrer Zweckmäßigkeit zu beschränken, und allgemeines Vertrauen auf die Agenz der Civilrechtspflege zu erwecken und zu erhalten, empfiehlt sich die Publizität jener Verhandlungen in jedem Falle. Eben so entschieden ist die grössere Zweckmäßigkeit bloß

schriftlicher Verhandlungen in den beyden höheren Instanzen.

§. 453.

In Hinsicht auf die zweyte Gattungsfunktion des Civiljustizdepartements (§. 444.) hat sich die unterstellte Instruktion zu beschäftigen mit Bestimmung derjenigen Klasse von Justizbehörden, welche, als unmittelbare Vollziehungsorgane, den Effekt jedes definitiven Richterspruchs zu verbürgen haben, — der Bedingungen des Eintritts ihrer exekutiven Thätigkeit (Rechtskraft), — des, noch im Stadium der Exekution etwa zulässigen, Verfahrens, — der Subjekte und Objekte, gegen welche, und der Reihe, in welcher gegen jene die Vollziehung zu verhängen, — der Mittel, durch welche die Vollziehung zu bewirken ist, und der Stufen im Gebrauche dieser Mittel, — endlich des Zeitraums, in welchem die Exekution einer jeden rechtskräftigen Sentenz vollendet, und der streitiggewesene Rechtszustand jener Sentenz gemäß faktisch wieder geordnet seyn müsse, als womit der Zweck der Civilrechtspflege für jeden einzelnen Fall ihrer Thätigkeit erreicht ist. — Den Schluß der Instruktion für die Civilrechtspflege bildet endlich die Normirung der Thätigkeit des Zentralstaatsraths, in wieferne das Civiljustizdepartement gleich allen übrigen Ver-

waltungsdepartements die Thätigkeit dieser Zentralstaatsbehörde, zufolge der im §. 407. gezeichneten, Aufgabe dieser Behörde, anspricht. Die Tendenz dieser Normen ergibt sich aber aus eben dieser allgemeinen Zeichnung des Wirkungskreiffes des Zentralstaatsraths, und ist überdies durch die, im §. 442. postulierte, Einwirkung dieser Zentralbehörde auf das Leben des Civiljustizdepartements insbesondere, bereits näher bestimmt.

Anmerkung. Von einer Gerichts- Stempel- und Taxordnung kann in einem zweckmäfsig verwalteten Staate keine Rede seyn; denn in einem solchen Staate wird das Gesamtbedürfnifs zur Realisirung einer, ihrem Zwecke entsprechenden, Civilrechtspflege in die Totalsumme der, von den Staatsgliedern zur Bestreitung aller Staatsbedürfnisse zu erhebenden, Beyträge oder Steuern mit eingerechnet, und unter dieser Voraussetzung existirt schlechterdings kein gültiger Grund zur Einführung eines solchen Stempels, oder zur Erhebung besonderer Gerichtstaxen, deren Betrag sich ohnehin nicht einmal bestimmt berechnen läfst, und, nach Willkühr bestimmt, eben so zufällig den Aufwand für die Civilrechtspflege übersteigen, als unter demselben zurückbleiben kann, daher jene Erhebung eine Ungerechtigkeit entweder gegen die einzelnen Staatsglieder oder gegen den Staat selbst enthalten muß. Aus diesem letzteren Grunde können die in den wirklichen Staaten bestehenden Gerichts- Stempel- und Taxordnungen, selbst unter der Voraussetzung, daß der Aufwand für die Civilrechtspflege

in die Totalsteuersumme nicht eingerechnet sey, nicht für zweckmässig erkannt werden, weil sich, wegen der Zufälligkeit des Ertrags, kein festes Prinzip für die Bestimmung der Grösse der Taxen denken läßt, mithin das Staatsganze oder die einzelnen Staatsglieder einer gefährlichen Willkühr hierunter Preiss gegeben sind, was in einem wohlgeordneten Staate nie der Fall seyn darf. Dafs die Gerichtstaxen, auch als Mittel der Prozesssucht Einhalt zu thun, ihren Zweck grösstentheils verfehlen, demnach auch von dieser Seite nicht zu rechtfertigen seyen, lehrt die tägliche Erfahrung, gleich wie auch der Staat auf jeden Fall eines ungerechten Mittels für jenen Zweck sich nicht bedienen darf. Die zulässigen Mittel, Rechtskollisionen und Streitigkeiten zu vorzukommen, die Prozesssucht zu beschränken (deren nähere Bestimmung und Anwendung eigentlich in das Gebieth der Polizey gehört) müssen, um eben so wirksam als gerecht zu seyn, lediglich darauf berechnet werden, die Kenntniss der Civilgesetze, und lebendige Achtung für das Recht zu erwecken, zu erhalten und zu steigern, der Leidenschaft aber durch die, dem Rechte des Beklagten vollkommen entsprechende, Verbindlichkeit des muthwilligen Klägers, jenem allen durch den Prozess veranlafsten Schaden und entgangenen Gewinn zu ersetzen, einen verhältnissmässigen Damm entgegenzusetzen. (Unter der Rubrik von Prozesskosten können daher nur die Auslagen für Rechtsbeystände, Zeugschaften u. d. gl. und der eben erwähnte Ersatz vorkommen).

§. 454.

Durch eine, nach den hier im Grundrisse gezeichneten, Prinzipien vollständig durchge-

führte, Organisation und Instruktion der Civilrechtspflege muß den gerechten Anforderungen an letztere vollkommen genügt werden; denn jene Organisation und Instruktion stehen unter sich in derjenigen lebendigen und harmonischen Wechselwirkung, wovon die vollständige Erreichung des Zweks der Civilrechtspflege nothwendig das Resultat seyn muß. Durch jene Organisation wird nämlich die, zur Erreichung dieses Zweks erforderliche, Thatkraft in Bereitschaft gesetzt, dieser Thatkraft durch jene Instruktion der zweckgemäße Impuls und die rechte Richtung ihrer Tendenz gegeben, und hinwiederum durch die Art jener Organisation für die praktische Fortdauer jenes Impulses, und dafür, daß die Sphäre jener Tendenz vollständig ausgefüllt werde, die befriedigende Garantie geleistet. Mit diesem Daseyn einer, der Erfüllung der Aufgabe der Civilrechtspflege gewachsenen, Thatkraft, mit diesen Anstalten zur Anregung und Erhaltung der nöthigen Energie in ihr, und zur Sicherung ihrer Zweckmäßigkeit, durch möglichste Verstopfung aller Quellen rechtswidriger Urtheile, sind aber alle Bedingungen einer, ihrem Zwecke entsprechenden, Civilrechtspflege realisirt, und mehr kann in dieser Hinsicht von den Staatsgliedern nicht gefordert, mehr von der Staatsgewalt nicht geleistet werden. Die Gesammtheit jener Anordnungen verbürgt — soviel dieß unter

Menschen bewirkbar ist, also in einem, der Überzeugung der Staatsglieder genügenden, Grade, und in der ihres Vertrauens würdigsten Weise — die gerechteste und möglichst schnellste Ausgleichung der unter den letzteren entstandenen Rechtsstreitigkeiten, die unverzügliche Wiederherstellung des, durch Rechtsirrungen gestörten, Gleichgewichts ihrer Freyheit, die konkrete Bestimmtheit und Zutheilung des, jedem Einzelnen gesetzlich gebührenden, und vom Staate ihm zu schützenden Rechtsgebieths, und hiermit ist die Aufgabe der Staatsgewalt, als Civiljustizgewalt, gelöst, der Staat zur Erreichung seines Entzweks, in soferne diese durch Realisirung des Mittelzweks der Civilrechtspflege bedingt ist, vollständig qualifizirt.

Vierter Abschnitt.

Von der Strafgesetzgebung und Strafrechtspflege.

Titel I.

Von der Strafgesetzgebung.

Begriff — Nothwendigkeit — Zweck und
Sphäre der Strafgesetzgebung. Hauptprinzipien in
Ansehung ihrer Form und Materie.

§. 455.

Durch Aufstellung zureichender Normen, nach welchen jedes Staatsglied die individuelle, um der Möglichkeit dergleichen Freyheit aller Staatsglieder willen nothwendige, Grenze seines Freyheitsgebrauchs in allen seinen Modifikationen, oder was dasselbe ist, sein Rechtsgebieth unter allen Verhältnissen bemessen könne und solle, und durch ungesäumte Regulierung des, in concreto etwa zweifelhaft und streitig gewordenen, Rechts der Staatsglieder jenen Normen gemäß, — mit einem Worte, durch Realisirung einer, ihrem Zwecke genügenden, Civilgesetzgebung und Civilrechtspflege, wird der erste, im Entzwecke des Staats enthaltene,

Mittelzwek erreicht, und ein Haupttheil der Sphäre der Staatsverwaltung ausgefüllt; denn durch erstere wird jedes Staatsglied in den Stand gesetzt, zu wissen, was ihm zu seinem Rechte gebühre, auf wessen Schuz durch den Staat es rechtlichen Anspruch habe; und, indem durch letztere das gesetzmäßige Rechtsgebieth eines jeden Staatsglieds in jedem Falle eines darüber eingetretenen Streits ausgemittelt, und gegen ungegründete *E i n s p r ü c h e* sicher gestellt wird, ist eben damit die Aufgabe des Staats, da sich diese auf die Sicherstellung des Rechts seiner Glieder konzentriert, zu einem Haupttheile gelöst. Eine Gattung der dem Rechte drohenden Gefahren: nämlich die Gefährdung aus rechtslosen Einsprüchen ist kräftig besiegt, das Recht und dessen Genuß gegen diese gehörig gewahrt. — Allein eine ungleich größere Gefahr, womit außerdem das Recht der Staatsglieder in ihrem Wechselverhältnisse unter sich bedroht wird, ist die, in der Natur, nicht rein vernünftiger, sondern zugleich sinnlicher Wesen allerdings gegründete, Möglichkeit — (nicht nur gegenseitiger rechtsloser Einsprüche, wofür jedoch zuweilen sehr scheinbare Gründe vorhanden seyn können, sondern selbst) — gegenseitiger, von allem, selbst Scheingründe entblößter, den Rechtsnormen vielmehr geradezu widersprechender, wirklicher Eingriffe in

ihr, als solches, anerkanntes Rechtsgebieth, mit einem Worte: die Möglichkeit wahrer Rechtsverletzungen.

§. 456.

So lange das Rechtsgebieth der Staatsglieder, einzeln sowohl, als in ihrer Gesammtheit, gegen diese Gefahr seiner Verletzung nicht, so viel dieß durch menschliche Wirksamkeit möglich, gesichert ist, ist auch die Aufgabe des Staats nicht gelöst, dieser vielmehr um so weiter von seinem Ziele entfernt, je größer die Gefahr ist, womit das, vom Staate geltend zu machende, Recht seiner Glieder durch mögliche Verletzungen bedroht wird; denn Gefährdung des Rechts ist der gerade Gegensatz seiner Geltung und Sicherheit. Macht nun die vollständige Bewirkung dieser Rechtsgeltung und Sicherheit das Objekt der Staatsverwaltung aus, so gehört es auch entschieden zur Sphäre ihrer Wirksamkeit, die Möglichkeit der Rechtsverletzungen zu bekämpfen, die durch sie begründete Gefahr zu entfernen. Die Behinderung aller, durch Rechtsverletzungen unter sich möglichen, Störungen des Gleichgewichts der Freyheit der Staatsglieder ist also der zweyte, im Entzwecke des Staats enthaltene, Mittelzwek und die Realisirung des ersteren, durch Erreichung des letzteren augenfällig bedingt. Aufser allem Zweifel ist demnach die Verpflichtung der Staatsge-

walt, das Recht der Staatsglieder gegen mögliche Verletzungen zu sichern, und ihr Recht, alle, zur Erreichung dieses Zwecks erforderlichen und im Umfange ihrer Gewalt liegenden, Mittel in Anwendung zu bringen.

§. 457.

Rechtsverletzungen (im oben bestimmten Sinne) von und unter Menschen, welchen einmal ein zureichender Maßstab der rechtlichen Grenze ihres gegenseitigen Freyheitsgebrauchs gegeben ist, sind nur erklärbar als Produkte eines, die Stimme der Vernunft überwiegenden, Einflusses der Sinnlichkeit auf die, ihren Handlungen zu Grunde liegende, Willensbestimmung, und eben dieser Einfluss muß als die nächste Quelle aller Rechtsverletzungen anerkannt werden. Mit dieser Erkenntniß der unmittelbaren Quelle aller Rechtsverletzungen ist aber auch zugleich der Richtpunkt derjenigen Thätigkeit der Staatsgewalt gefunden, welche die unmittelbare Sicherung gegen mögliche Rechtsverletzungen aller Art zu ihrem Objekte hat; diese Thätigkeit muß nämlich — nachdem die, die Vernunft, der Staatsglieder zunächst ansprechende Anweisung der rechtlichen Grenze seines Freyheitsgebrauchs für jeden, für sich allein unvermögend ist jeden verletzenden Austritt aus dieser Grenze abzuhalten, — zunächst darauf gerichtet werden, jene

unmittelbare Quelle der Rechtsverletzungen abzuschneiden; und dieß ist nur dadurch zu bewirken, daß unmittelbar der Sinnlichkeit entgegengewirkt, daß ihr ein, ihren Einfluß auf die Willensbestimmung bis zu der, mit der Rechtssicherheit aller anderen verträglichen, Grenze beschränkendes, Gegengewicht entgegengesetzt, und dadurch ihr verletzender Ausbruch möglichst unterdrückt wird.

§. 458.

Dasjenige, dessen Vorstellung nur Jemanden bestimmen kann, in das anerkannte Rechtsgebieth eines Anderen ohne allen Rechtsgrund einzuschreiten, muß irgend ein sinnliches Gut und dessen Erreichung, (diene es nun zur Befriedigung der Hab - der Rach - der Eifersucht, oder irgend einer anderen Leidenschaft), muß das Objekt irgend eines sinnlichen Begehrens seyn; denn, was nur durch Rechtsverletzung erreichbar ist, kann nie Objekt eines vernünftigen Begehrens seyn, wohl aber läßt sich nach der Natur des Menschen annehmen, daß sein sinnliches Begehrungsvermögen durch Vorstellungen, welche seinem Gefühle der Lust entsprechen, mit Beyseitsetzung aller rechtlichen Rücksicht, zur Wirklichmachung der Objekte jener Vorstellungen fortgetrieben werde, wenn auch der Weg zu dieser Realisirung eine Rechtsverletzung seyn sollte. Erscheinungen dieser

Art können und werden so lange statt finden, als es möglich bleibt, durch den Weg von Rechtsverletzungen nur sinnliche Güter zu erreichen, nur Gefühle der Lust zu befriedigen. Das natürlichste und nächste Mittel, Erscheinungen jener Art nicht mehr zur Existenz kommen zu lassen, wäre demnach die Veranstaltung, daß eine Rechtsverletzung nie mehr nur Mittel zur Erreichung eines sinnlichen Guts, zur Befriedigung eines sinnlichen Lustgefühls seyn könne, sondern auch unausbleiblich ein sinnliches Übel, das Gefühl der Unlust oder des Schmerzes zur nothwendigen Folge haben müsse. Durch diese Veranstaltung würde die Möglichkeit der Rechtsverletzungen in ihrer Urquelle bekämpft; denn, da nur sinnliche Güter und Lustgefühle, Objekte eines sinnlichen Begehrens seyn können, sinnliche Übel und Schmerzgefühle hingegen Objekte eines sinnlichen Abscheues seyn müssen, so könnte, bey jener Veranstaltung, eine Rechtsverletzung von sinnlichen Wesen nicht mehr gewollt, sie müßte vielmehr von denselben verabscheut werden, weil ihre, unter jener Voraussetzung nothwendige, Folge, nämlich sinnliches Übel und Schmerzgefühl, für sinnliche Wesen nothwendig Objekt des Abscheues seyn muß. Die, zur Unternehmung einer Rechtsverletzung in dem Menschen beginnende, Lust müßte durch die Vorstellung jener

ihrer unausbleiblichen Folge auf der Stelle in Unlust verwandelt, das Begehren einer Rechtsverletzung, oder eines, durch eine solche erreichbaren, Objekts, müßte durch jene Vorstellung, als der des Gegentheils von diesem Objekte, unmittelbar in Abscheu gekehrt, und vom Übertritte in Handlung abgehalten werden.

§. 459.

Das Knüpfen eines sinnlichen Übels oder Schmerzgefühls an jede Rechtsverletzung, als deren absolutnothwendige Folge, wäre sonach das, den Einfluß der Sinnlichkeit auf die Willensbestimmung bis zu der, mit der Rechtssicherheit aller anderen verträglichen, Grenze beschränkende, die rechtsgefährliche Äußerung der Sinnlichkeit niederschlagende, Gegengewicht, indem durch dasselbe das sinnliche Wesen, die Realisirung eines, durch Rechtsverletzung erreichbaren, Objekts sich zum Ziele zu setzen, seiner Natur nach verhindert, und sogar die Unbedachtsamkeit bis zu dem, zur rechtlichen Sicherheit aller übrigen erforderlichen, Grade von Aufmerksamkeit angetrieben, somit die Urquelle aller Rechtsverletzungen unmittelbar bekämpft, und, soweit dies psychologisch möglich ist, abgeschnitten würde. — So gewiß nun die Staatsgewalt verpflichtet ist, dem Rechtszustande der Staatsglieder gegen mögliche Verletzungen volle Sicherheit zu gewähren, so

gewiss muß sie auch verpflichtet und berechtigt seyn, vor allem Anderen die eben bezeichnete Veranstaltung ins Werk zu setzen, weil nur durch Aufhebung des Entstehungsgrundes möglicher Rechtsverletzungen diesen zunächst und unmittelbar entgegengewirkt werden kann, und weil eben diese Aufhebung ein, den Forderungen des Rechts wie der Klugheit in gleichem Grade entsprechendes, Mittel ist, die Integrität des Rechtszustandes der Staatsglieder zu erhalten, weil durch jene Veranstaltung die Beobachtung des Rechtsgesetzes selbst in das Interesse der Sinnlichkeit gezogen, und das Begehrungsvermögen Aller, auf eine rechtsgemäße Schranke beengt wird. Jene Veranstaltung wird aber ins Werk gesetzt, dadurch, daß sinnliche Übel als unausbleibliche Folgen möglicher Rechtsverletzungen, den Staatsgliedern zum voraus angedroht werden. Dergleichen sinnliche Übel, als vom Staate ausgehende, Folgen wirklicher Rechtsverletzungen, heißen Strafen (im eigentlichen Sinne) und der Inbegriff aller Strafandrohungen gegen mögliche Rechtsverletzungen ist die Strafgesetzgebung.

§. 460.

Da die Bestimmung der Staatsgewalt ihre Verpflichtung enthält, den Staatsgliedern die volle Integrität ihres Rechtsgebieths zu gewähren, folglich zu verhindern, daß gar keine

Rechtsverletzungen wirklich werden, und die Strafandrohung gegen diese, der bisherigen Ausführung zufolge, ein unerlässliches Mittel ist, dem Existentwerden von Rechtsverletzungen wirksam zu begegnen, so erhellt wohl in einem hohen Grade die Nothwendigkeit der Strafgesetzgebung, deren Zweck kein anderer ist, als einen, der Erscheinung von Läsionen des Rechts vorhergehenden, psychologischen Zwang (durch Androhung sinnlicher Übel) zu begründen, durch ihn dem Begehrungsvermögen Aller, die, um der rechtlichen Sicherheit Aller willen nothwendige, Schranke zu setzen, zu verhindern, daß je ein Rechtssubjekt im Staate von einem seiner Glieder an seinem Rechte verletzt werde. — Alles, wodurch die Erreichung dieses Zwecks auf dem hier bezeichneten Wege bedingt ist, gehört zur Sphäre der Strafgesetzgebung; alles Andere liegt außer ihrem Gebiete. Bedingt ist aber die Erreichung dieses Zwecks auf dem bemerkten Wege dadurch, daß ein, seinem bestimmten Zwecke entsprechender, psychologischer Zwang gegen alle möglichen Verletzungen der Rechte aller, im Staate gegebener Rechtssubjekte in Wirksamkeit gesetzt, daß alle möglichen Arten von Verletzungen aller Arten des Rechts, mit, dem Zwecke der Androhung genügenden, Strafen wirklich bedroht seyen. Die Strafgesetzgebung

ist also nur dann des Karakters der Vollständig- und Zweckmäßigkeit theilhaftig, wenn sich, keine Klasse von Staatsgliedern je zur Realisirung irgend einer Art von Rechtsverletzung versucht sehen kann, ohne sich durch jene mit einer verhältnißsmäßigen Strafe bedroht zu wissen, wenn keine Verletzung des Rechts irgend eines Rechtssubjekts im Staate vorkommen kann, welche nicht durch das Gesez mit der gehörigen Strafe bedroht wäre. Ausgeschlossen sind dagegen von dem Gebiete der Strafgesetzgebung, durch ihren Begriff und Zweck selbst, alle jene Bestimmungen, welche entweder nicht gegen Verletzungen des Rechts (sondern z. B. gegen Übertretungen des Sitten- oder des Kirchengesetzes u. s. w.) gerichtet sind, oder welche nicht in die Kategorie des hier unterstellten psychologischen Zwanges gehören; denn Bestimmungen der ersteren Art, so wie die Bestimmung anderer Mittel zum Zwecke der Behinderung von Rechtsverletzungen, liegen entweder ganz außer dem Gebiete der Gesetzgebung des Staats, oder gehören wenigstens einem anderen Zweige der Gesetzgebung an.

§. 461.

So entschieden aber auch die Vollständigkeit der Strafgesetzgebung durch Erfüllung der eben bezeichneten Anforderung an dieselbe bedingt ist, so ist es dennoch weder möglich,

noch rathsam, sich in der Strafgesetzgebung auf alle die Individualitäten, unter welchen die einzelnen Arten von Rechtsverletzungen in concreto vorkommen können, einzulassen, und nach denselben die Strafandrohung zu vervielfältigen; denn bey den konkreten Fällen sind Modifikationen ins Unendliche möglich, und eben darum ist ihre entschöpfende Vorherbestimmung unmöglich. Würde sich aber die Strafgesetzgebung auf einzelne mögliche individuelle Modifikationen konkreter Fälle einlassen, so müßte durch sie die, nach ihr handeln sollende, Praxis wegen der, dennoch unvermeidlichen, Differenzen der wirklich gegebenen Fälle nur in Verlegenheit gesetzt werden, und eine Vollständigkeit der Strafgesetzgebung in diesem Sinne bliebe ewig unerreichbar. Dem Postulate ihrer Vollständigkeit im oben angegebenen Sinne wird vielmehr schon dadurch genügt, wenn alle Arten von den verschiedenen Klassen von Rechtssubjekten, und gegen die verschiedenen Klassen von Rechtssubjekten möglicher Rechtsverletzungen ihren charakteristischen Merkmalen nach bestimmt, und, mit Rücksicht auf die beyden Grade subjektiver Rechtswidrigkeit, nämlich den bösen Vorsatz und das Versehen, so wie auf Art und Grad der Mitwirkung und des Effekts a), mit den, ihrem Zwecke angemessenen, Strafen bedroht,

aber auch, — um die Staatsglieder nicht der Willkühr der Exekutionsorgane der Strafgesetzgebung in deren Anwendung Preiß zu geben, — diejenigen generellen Grundsätze und Normen aufgestellt werden, nach welchen die bezeichneten Organe die vorhandene Strafandrohung auf die einzelnen konkreten Fälle nach ihren gegebenen individuellen Eigenheiten richtig, und mit einer, den Einfluß ihrer Willkühr abschneidenden, Zweckmäßigkeit anzuwenden haben.

a) nämlich mit Rücksicht auf die unmittelbare Selbstbewirkung der Verletzung, oder die mittelbare oder Beywirkung zu derselben, desgleichen auf die Vollendung oder Unternehmung des Verbrechens; des bloßen Versuchs erwähne ich, und zwar absichtlich darum, nicht, weil, wenn gleich die Strafbarkeit nicht sowohl an dem Effekte einer verbrecherischen Handlung, als vielmehr an dieser Handlung selbst haftet, dennoch, in Gefolge des im §. 459. aufgestellten Begriffs einer Strafe, die Existenz einer Rechtsverletzung die Bedingung des Eintritts einer Strafe ist, weswegen ich den bloßen Versuch eines Verbrechens, in Ermangelung der Bedingung einer eigentlichen Strafe, in das Gebieth der Polizey verweisen zu müssen glaube.

Anmerkung. Die zuletzt beregte, Anforderung an die Strafgesetzgebung ist Ausfluß ihrer Bestimmung, zugleich hinreichende Norm ihrer Anwendung auf vorkommende Fälle ihrer Anwendbarkeit zu seyn, und dieser ihrer Bestimmung wird sie am schicklichsten

genügen, wenn sie, in der Form einer Einleitung diejenigen Prinzipien eben so klar, als entschöpfend aufstellt, durch deren Befolgung die, ihrem Geiste entsprechende, Anwendung derselben bedingt ist. Da diese Prinzipien, der Natur der Sache nach, dieselben seyn müssen, von welchen die Strafgesetzgebung selbst geleitet wird, so wird diese darauf Bedacht nehmen müssen, in der bemerkten Einleitung den richtigen Kanon ihres eigenen Wesens aufzustellen, welcher in einer anderen Hinsicht zugleich zum Kriterium ihrer Zweckmäßigkeit dient.

§. 462.

Jede äußerlich erscheinende, oder wirkende, aus der Willkühr des Menschen hervorgehende Handlung oder Unterlassung, wodurch in das wirkliche Rechtsgebieth eines Anderen ohne allen Rechtsgrund eingeschritten wird, ist eine Rechtsverletzung, und so gewiß durch jede solche Handlung eines Staatsglieds (im weitesten Sinne) gegen die anderen das Gleichgewicht der Freyheit gestört, das vom Staate zu sichernde Recht gekränkt, also der zwischen dem handelnden und dem Staate bestehende Vertrag gebrochen wird, so gewiß hat die Gesetzgebung auf ihrem Standpunkte jede Verletzung des Rechts eines Staatsglieds so wie des Staatsganzen selbst durch ein Staatsglied, als ein Verbrechen zu bezeichnen, und, als solches, mit Strafe zu bedrohen a). In die Reihe von Verbrechen gehören also nicht

1) bloße Gedanken und Gesinnungen; 2) bloß thierische, und ganz unwillkührliche Kraftäusserungen und Unterlassungen; 3) sittliche und kirchliche Illegalitäten; 4) Eingriffe in das Rechtsgebieth eines Anderen mit Bewilligung seines rechtlichen Inhabers. b.) Auf dem Gebiete der Anwendung der Strafgesetzgebung hingen sind (was hier nur um des Gegensatzes willen bewirkt wird) nur die, gegen vorhandene Strafgesetze von den Staatsgliedern unternommenen, Handlungen (oder Unterlassungen) wirkliche Verbrechen und Handlungen, welche, wenn gleich an sich Rechtsverletzungen, aber doch in der Gesetzgebung nicht mit Strafen bedroht sind, können auch nicht am Staatsbürger als Verbrechen angesehen und gestraft werden. Es ist aber eine unverzeihliche Lücke in der Strafgesetzgebung, und also eine schwere Pflichtvernachlässigung von Seite der Staatsgewalt, wenn irgend eine, vom Staate zu hindernde, Rechtsverletzung möglich ist, die nicht in jener mit Strafe bedroht wäre.

- a) Auf die grössere oder geringere Wichtigkeit des Rechts, welches verletzt werden kann, kommt es dabey eben so wenig an, als auf die Quantität der Verletzung, sondern jede (also auch die geringste) Verletzung des (auch minder wichtigen) Rechts eines Anderen ist Verbrechen, und als solches mit Strafe zu bedrohen; denn jedes Recht soll vom Staate in gleichem Grade gesichert werden.

- b) Denn eben jene Bewilligung ist der Rechtsgrund; nur darf das fragliche Recht der eigenen Willkühr des Berechtigten nicht entzogen (wie z. B. das Recht über sein Leben), oder dieser nicht unfähig seyn zur freyen Disposition über sich selbst, oder das Seinige, was z. B. bey Kindern, Wahnsinnigen u. s. w. der Fall ist.

§. 463.

Rechtsverletzungen, und also auch Verbrechen, zerfallen 1.) in Staats- und Privatverbrechen, je nachdem unmittelbar der Staat selbst, oder ein Schutzgenosse desselben an seinem Rechte verletzt wird; a). 2.) in gemeine und besondere, je nachdem durch Nichterfüllung der jedem Gliede des Staats, als solchem überhaupt, oder der, einem Gliede des Staats, als einem wirklichen Organe des letztern, gesetzlich obliegenden, Verbindlichkeiten, Rechte anderer verletzt werden, oder, je nachdem Rechte, welche den Staatsgliedern entweder als solchen überhaupt, oder, welche ihnen, als besonderen Organen des Staats, zustehen, verletzt werden; endlich 3.) in positive, als Rechtsverletzende wirkliche Äußerungen der Thätigkeit, und negative, als Rechtsverletzende Nichtäußerungen der Thätigkeit, oder Unterlassungen gesetzlich schuldiger Leistung b). — Als Subjekte von möglichen Verbrechen sind auf dem Gebiete der Strafgesetzgebung zu betrachten, und als solche in

ihrer Einleitung zu bezeichnen, alle Rechtssubjekte, die einer Rechtsverletzung Anderer fähig sind, und gegen welche das Strafrecht durch den Zweck des Staats begründet ist. Dieß sind aber, das Staatsoberhaupt allein ausgenommen c), alle, der Zurechnung fähigen, wirklichen d), präsumtiv - künftigen e), und temporär dafür geltenden f) Glieder (Individuen) des Staats. Ausgeschlossen sind also unmündige Kinder, Geisteskranke, Personengemeinheiten, als solche g), Fremde, die nicht als temporäre Unterthanen gelten (z. B. Gesandte anderer Staaten) und endlich die Gesammtheit der Staatsglieder selbst h).

a) Mittelbar wird freylich durch jede Verletzung des Rechts einer Privatperson im Staate, zugleich auch dieser selbst verletzt, weil dieser durch den Bürgervertrag ein Recht darauf hat, daß kein Recht irgend eines seiner Glieder durch das andere verletzt werde, und eben diese Ansicht ist der eigentliche Grund des Strafrechts der Staatsgewalt gegen Privatverbrechen.

b) Daß in der Strafgesetzgebung diese Eintheilung, wie sie hier liegt, nicht vorzukommen brauche, sondern nur die, durch sie begründeten, Arten von Verbrechen aufzuzählen seyen, dürfte sich von selbst verstehen. Die von einigen beliebte, Abtheilung der Verbrechen in Civil- und Criminalverbrechen hat durchaus keinen Grund, wie der (tautologische) Ausdruck: Criminalverbrechen, an sich schon lehrt.

- c) Dasjenige Subjekt, (oder diejenigen Subjekte), welchem die Ausübung der Staatsgewalt von der Gesamtheit seiner Glieder übertragen ist, kann zwar allerdings auch die Rechte des Volks und einzelner Glieder desselben verletzen, und zwar in einem sehr hohen Mafse, durch Nichtgebrauch oder Mißbrauch der Staatsgewalt, und durch Handlungen als absolute Privatperson, wo es, weder der Form noch dem Inhalte nach als öffentliche Person (Oberherr) handelt; allein die nothwendigen eigenen Mittel, um Rechtsverletzungen von seiner Seite zu begegnen, müssen in der Konstitution des Staats niedergelegt und bestimmt seyn, und diese Klasse von Rechtsverletzungen liegt darum auſser der Sphäre der Strafgesetzgebung.
- d) Diese mögen sich im Inn- oder Auslande befinden, wenn nur die Objekte der Rechtsverletzung Mitbürger, oder der heimische Staat, oder ein solcher dritter Staat oder dessen Bürger sind, mit welchem der heimische Staat ein rechtliches Verhältniß geschlossen, und sich in Gefolge dessen zur Bestrafung der, an ihm oder den Seinigen begangenen, Rechtsverletzungen anheischig gemacht hat.
- e) Unter den präsumtiv - künftigen, Staatsgliedern verstehe ich hier die (einer Zurechnung fähigen) Kinder Staatsbürgerlicher Eltern, welche noch nicht in die Zahl eigentlicher Staatsglieder eingetreten sind, von denen aber der Staat voraussetzt, daß sie künftig eintreten werden. Diese muß der Staat um der Möglichkeit seiner eigenen, ziemlich gleichmäßigen, Fortdauer willen einstweilen als Genossen seines Schutzes behandeln, aber auch gegen mögliche Rechtsverletzungen von ihrer Seite die wirklichen Staatsglieder

sichern, weil er außerdem jene, um der Erreichbarkeit seines Zwecks willen, gar nicht dulden dürfte. Aus diesem Grunde, und nur in soferne unterliegen auch die, noch zur Zeit nur präsumtiv-künftigen, Staatsglieder dem Strafrechte der Staatsgewalt.

f) Z. B. Fremde, nur eine Zeitlang im Staate sich aufhaltende, Privatpersonen.

g) Eine Personengemeinheit, als solche, ist ein bloßer Begriff, von dem eine Verletzung undenkbar ist. Wenn daher auch die Mehrheit oder auch alle Glieder derselben zu einer Rechtsverletzung konkurriren, so ist doch die kollektive Einheit selbst nicht Verbrecher, sondern bloß die, das Recht verletzen- den, Individuen, als solche, sind es; die einzelnen Gesellschaftsglieder handeln auch nicht als solche, sobald ihre Thätigkeit auf einen, vom Gesellschaftszwecke verschiedenen, Zweck gerichtet ist.

h) Dasselbe, was eben von der Personengemeinheit gesagt ist, gilt auch von der Gesamtheit der Staatsglieder, als Gesamtheit, in Ansehung welcher noch überdies Grund und Zweck der Strafandrohung, so wie die Möglichkeit, diese zu realisiren, hinwegfällt. Überdies mag die Gesamtheit sich zwar wohl gegen sich selbst versündigen können, allein sich selbst kann sie nicht unrecht thun, und verfährt sie gegen das, von ihr zur Gewaltsübung bevollmächtigte, Subjekt, weil es die Sphäre seiner Vollmacht nicht ausfüllt, oder überschreitet, so bedient sie sich nur ihres Rechts; daß aber gegen dieses Subjekt, so lange es seine Vollmacht, ohne sie zu überschreiten, erfüllt, verfahren werde, läßt sich zwar von einzelnen Gliedern des Staats, aber nicht von deren Gesamtheit denken.

§. 464.

Als O b j e k t e möglicher Rechtsverletzungen sind in der Strafgesetzgebung zu berücksichtigen, alle, durch irgend einen Zweig der Gesetzgebung des Staats begründeten, und darum durch den Staat zu schützenden, Rechte, welche, und in sofern diese nicht schon auf andere Weise durch den Staat sicher gestellt sind. Hierhin gehören aber alle, durch die Konstitution sowohl, als durch die organische, insbesondere die Civil- und die übrigen Zweige der Gesetzgebung — (mit alleiniger Ausnahme der Polizeygesetzgebung, weil die, durch diese zunächst begründeten, Rechte schon auf andere Weise sicher gestellt sind) begründeten Rechte des Staats, d. i. der Gesammtheit seiner Glieder, als solcher, und seines Oberhaupt, der Staatsbeamten und Diener, als solcher, endlich aller derjenigen juridischen (z. B. vom Staate anerkannter Gemeinheiten oder Gesellschaften) und individuellen Privatpersonen, welche beständige oder temporäre (fremde, im Staate sich aufhaltende) Schuzgenossen des Staats sind. — Für das Gebieth der Anwendung der Strafgesetzgebung sind dagegen in dieser als ausgeschlossen zu bezeichnen, die, durch einen besonderen Rechtsgrund — als z. B. durch ein öffentliches Urtheil des Staats, entweder ganz (wie z. B. bey einem Geächteten), oder zum

Theile (wie z. B. bey einem bloß für ehrlos erklärten) aufgehobenen, oder durch eigene, in Ermangelung des Schutzes durch den Staat rechtliche Nothwehre begründenden, Angriff erloschenen Rechte der Schuzgenossen.

§. 465.

Den Mafsstab, welche Erscheinungen in der Strafgesetzgebung als Verbrechen zu bezeichnen, und mit Strafe zu bedrohen seyen? bilden die objektiven und subjektiven Bedingungen oder Merkmale einer (durch Strafandrohung verhütbaren) Rechtsverletzung. Die objektive Bedingung einer Rechtsverletzung ist: die wirkliche Äußerung einer, mit dem Bestehen eines gesetzlich begründeten, und wirklich vorhandenen Rechts eines Schuzgenossen unverträglichen, Thätigkeit, oder die, mit dem Bestehen eines solchen Rechts unverträgliche, Nichterfüllung einer gesetzlichen Verbindlichkeit, gleichviel, ob jene Thätigkeit (oder Nichterfüllung) den rechtswidrigen Effekt wirklich vollständig zur Folge hatte, oder ob derselbe nach dem natürlichen Kausalzusammenhange daraus vollständig hätte erfolgen müssen, aber bloß wegen äußerer Hindernisse zum Theil unterblieben ist, und gleichviel, ob jene Thätigkeit unmittelbar auf Hervorbringung des rechtswidrigen Effekts, oder nur mittelbar, durch Beförderung der direkten Wirksamkeit eines

anderen, darauf gerichtet war. Die subjektive Bedingung einer, als Verbrechen zu betrachtenden, Rechtsverletzung ist die Ermangelung alles Rechtsgrundes für jene Thätigkeit oder Unterlassung. Verhütbar durch Strafandrohung ist endlich jede Rechtsverletzung, welche im Zustande der Zurechnungsfähigkeit unternommen werden könnte.

§. 466.

Damit nun die Subsumtion der Exekutionsorgane der Strafgesetzgebung einen gesetzlich bestimmten Wegweiser habe, müssen in jedem einzelnen Strafgesetze mit der möglichsten Genauigkeit die einzelnen wesentlichen Merkmale der Thatsache angegeben werden, welche die bestimmte Strafe zur rechtlichen Folge haben soll. Unter dieser Voraussetzung bedarf es dann bloß einer juristisch strengen Ausmittlung der, in jedem konkreten Falle eines Verbrechens enthaltenen, Merkmale, um, nach Maßgabe ihrer Identität mit den in diesem oder jenem Strafgesetze bestimmten, Merkmalen, über das darauf anzuwendende Gesetz außer Zweifel zu seyn. Weil aber die Strafbarkeit einer Rechtsverletzung auch subjektiv bedingt ist durch die psychologische Möglichkeit der Einwirkung der Strafandrohung auf den Verletzenden, da außer diesem Falle der Zweck der Strafandrohung hin

wegfällt, so sind in der Strafgesetzgebung ebenmäßig die Beurtheilungsgründe des Daseyns oder der Abwesenheit dieser subjektiven Bedingung, die Regel der Vermuthung ihres Daseyns im Allgemeinen, und die einzelnen Zustände, welche als die Zurechnungsfähigkeit ausschließend angesehen werden sollen, aufzustellen und zu bezeichnen. In soferne auch in der Übertretung eines und desselben Strafgesetzes eine, die Anwendung desselben nothwendig modifizirende, Verschiedenheit statt finden kann, welche sich entweder in dem Verhältnisse des Erfolgs zur rechtswidrigen Handlung, oder in der Art der Einwirkung auf Realisirung des gesetzwidrigen Erfolgs, oder endlich in dem psychologischen Grunde der Handlung selbst äußert, ist es ferner nothwendiges Requisit der Strafgesetzgebung -- wenn auch in den einzelnen Strafandrohungen auf jene Verschiedenheiten der Übertretung Rücksicht genommen wird, wie es geschehen soll -- diejenigen Merkmale festzustellen, nach welchen der Richter in einzelnen konkreten Fällen zu bemessen habe, ob ein Verbrechen als unternommen oder vollendet, wer als (physischer oder intellektueller) Urheber, oder als (Haupt-Neben-unmittel-mittelbarer-genereller-specieller-physischer-oder intellektueller) Gehülfe, oder als Begünstiger eines Verbrechens zu betrachten, ob dasselbe aus bösem Vorsatze

oder Versehen, oder aus Konkurrenz von beyden zugleich geflossen sey?

§. 467.

Insofern überdies bey konkreten Verbrechen die rechtliche Nothwendigkeit einer Abänderung (Milderung oder Schärfung) der gesetzlich bestimmten Strafe, oder der Auffindung einer zwek- und verhältnißmäßigen Strafe bey Übertretung unbestimmter Strafgesetze, oder bey einer Konkurrenz von Verbrechen eintreten kann, wird nicht minder durch die Bestimmung der Strafgesetzgebung, vollständige Norm für die Strafrechtspflege zu seyn, und jeden Einfluß richterlicher Willkühr abzuschneiden, erheischt, daß in ihr Gründe und Mafsstab jener Abänderung so wie dieser Auffindung mit der größten Genauigkeit bestimmt seyen, und es ist für sich klar, daß die Strafgesetzgebung nur durch entschöpfende Erfüllung der hier (§. §. 466. 467.) an sie gestellten Forderungen, der so eben bemerkten Bestimmung derselben, auf eine, das Interesse der Staatsglieder, des Staatsoberhauptes und ihrer Exekutionsorgane selbst gleich befriedigende, Weise zu genügen vermöge, gleichwie es sich von selbst verstehen dürfte, daß jene Gründe und jener Mafsstab demselben Prinzipie angemessen seyn müsse, von welchem die Gesetzgebung bey ihren Strafandrohungen überhaupt ausgeht, und ausgehen

soll. So wie nun die Gesetzgebung selbst nach der Verschiedenheit der, von ihr in abstracto unterstellten, Merkmale Rechte verletzender Äußerungen ihre Strafandrohung modifiziren muß, so wird sie auch den Strafrichter zu einer Strafänderung verpflichten müssen, wenn an den ausdrücklich bestimmten Merkmalen einer (unter ein bestimmtes Strafgesetz zu subsumirenden) konkreten That, an welche insgesamt die ordentliche Strafe geknüpft ist, ein Mangel existirt, — und dieß ist der Fall, wenn die Existenz aller im Gesetze bestimmten Merkmale nicht juridisch gewiß ist, d. i. wenn entweder die Nichtexistenz gewisser Merkmale juridisch gewiß, oder die Existenz gewisser Merkmale juridisch zweifelhaft ist, — oder, wenn zu den ausdrücklich bestimmten Merkmalen in der konkreten That ein weiteres, die Strafbarkeit erhöhendes, Merkmal hinzutritt. Die erstere Voraussetzung ist der rechtliche Grund einer Milderung, die letztere der rechtliche Grund einer Schärfung der Strafe. Der Maßstab der Milderung der Strafe ist der Grad des Einflusses der ermangelnden Merkmale auf die Bestimmung der im Gesetze angedrohten Strafe, in Ansehung ihrer Quantität oder Qualität, oder in Ansehung beyder zugleich. Der Maßstab der Straferhöhung ist der allgemeine Maßstab aller Strafandrohung nach

den Normen seiner Anwendung auf konkrete Fälle.

§. 468.

Diese Normen seiner Anwendung sind folgende: 1) Je wichtiger das Recht ist, auf dessen Verletzung eine Handlung gerichtet ist, (ein Recht ist aber mehr oder weniger wichtig, je nachdem dasselbe mehr oder weniger Bedingung der ungestörten Wirksamkeit des Menschen ist), je mehr Rechte, in einem und dem nämlichen, oder in mehreren Subjekten, durch eine Handlung verletzt werden, endlich je größer die Verpflichtung des Subjekts ist, die Verletzung zu unterlassen, desto größer muß ihre Bestrafung seyn, und umgekehrt. a) 2) Rechtsverletzungen aus bösem Vorsatze sind strafbarer, als Rechtsverletzungen aus Versehen. 3). Ein vollendetes Verbrechen erfordert das ganze Maß der, ihrem Zwecke angemessenen, Strafe. Je näher die Unternehmung des Verbrechens an dessen Vollendung grenzt, desto strafbarer ist dieselbe, und umgekehrt. Der Urheber ist sträflicher, als der Gehülfe, und dieser ist strafbarer, als der Begünstiger. In Hinsicht der verschiedenen Arten der Urheber aber gilt die Regel: je mehr die Handlung des Urhebers zur Existenz des Verbrechens beytrug, desto strafbarer ist er; je mehr ferner die Beyhülfe zum Existentwerden des Verbrechens gewirkt hat,

desto strafbarer ist der Gehülfe. 4) Bey jeder Konkurrenz von Verbrechen in einem Subjekte entscheidet die Regel: die Strafe eines jeden Verbrechens, es mag nun durch eine, oder verschiedene Handlungen begangen seyn, muß, und zwar nach ihrem ganzen Umfange (unter Voraussetzung aller Merkmale) zur Anwendung kommen. Ist aber dieß nach der Natur der verschiedenen Strafen unmöglich, so muß die volle Strafe eines Verbrechens, und zwar jene, welche das größte Übel enthält, angewendet werden, verbunden mit einem schärfenden Zusatze, um auch den übrigen übertretenen Gesetzen, so viel möglich, Genüge zu leisten.

- a) Die Stärke, Festigkeit und der Umfang der illegalen Triebfeder kann meines Erachtens auf das Maß der Bestrafung keinen Einfluß haben, theils, weil nicht die Triebfeder eines Verbrechens, sondern lediglich die verbrecherische Aeußerung selbst, Grund und Objekt der Bestrafung ist, theils, weil jene Qualitäten der Triebfedern äußerlich nicht absolut erkennbar sind, somit die Herstellung ihrer juristischen Gewissheit unmöglich ist.

§. 469.

Fragt man nun aber nach dem allgemeinen Maßstabe aller Strafandrohung selbst, das ist, nach dem allgemeinen Prinzipie, welches — als die, die Willkühr des Gesetzgebers selbst regelnde, und das richtige Verhältniß der Strafe zur Rechtsverletzung in abstracto sowohl als in

concreto sichernde, Norm — die Urbestimmung der Quantität und Qualität der, vorausgesetzten Verbrechen entgegensetzenden, Strafe zu leiten habe? so kann wohl nicht geleugnet werden, daß der einzig richtige Weg, zur gesuchten Erkenntniß zu gelangen, nur seyn könne die Betrachtung des Zwecks der Strafe, und ihrer Bestimmung, Mittel zur Erreichung dieses Zwecks zu seyn; der Zweck der Strafandrohung ist die Integrität des rechtlichen Zustandes, Verhütung möglicher Störung desselben durch Verletzung; diese Verhütung soll auf dem hier unterstellten Gebiete bewirkt werden durch Verwandlung des möglichen Begehrens einer Rechtsverletzung oder eines durch solche erreichbaren Objekts in Abscheu, und durch Erregung der, zur rechtlichen Sicherheit aller übrigen nöthigen, Aufmerksamkeit im Handeln, mittelst der Vorstellung eines sinnlichen Übels, als der nothwendigen Folge der realisirten Verletzung; die Strafandrohung soll also das Mittel seyn, jenes mögliche Begehren in Abscheu zu verwandeln, oder wenigstens aufzuheben, zu behindern, daß es nicht in Handlung übergehe, und die Aufmerksamkeit bis zu dem bemerkten Grade zu spannen. Die nothwendige und natürlichste Anforderung an die Strafgesetzgebung ist demnach: die Strafandrohung so zu qualifiziren, daß durch sie jener

Effekt so zuverlässig, als möglich, hervorgebracht werde, daß sie möglichst sicheres Mittel zur Erreichung des bemerkten Zweckes sey. Es fragt sich also, wodurch diese Qualifikation der Strafandrohung bedingt sey?

§. 470.

Sie ist dadurch bedingt, daß sie für den bössen Willen sowohl, als für die Unbedachtsamkeit ein, nach psychologischen Gesetzen zureichendes, Gegengewicht bilde, d. i. ein solches, welches weder unter dem Gewichte des bössen Willens und der Unbesonnenheit zurückbleibt, noch dasselbe unverhältnißmäfsig überwiegt; denn ersteres würde seinem Zwecke nicht genügen, für letzteres aber wäre, da — wenn irgend eines — das gleiche Gegengewicht schon hinreicht, kein Grund vorhanden, so wie kein fester Bestimmungsgrund für seine Grenze; sie bildet aber dann das Gegengewicht der geforderten Art, wenn sie jede, von Seite eines Staatsglieds künftig mögliche, Verletzung des Rechts oder der Rechte eines von ihr zu schützenden Subjekts durch gleiche Kränkung der Rechte des Verletzenden selbst bedingt, wenn sie an jede rechtverletzende Äußerung die Erduldung eines, dem in der Rechtsverletzung bezielten sinnlichen Gute entgegengesetzten, sinnlichen Übels, als nothwendige Folge knüpft, wenn sie jeden rechtswidrigen Eingriff in die

Rechtssphäre eines Anderen mit einem gleichen
 Einschreiten in das Rechtsgebieth des Eingrei-
 fenden selbst bedroht, wenn sie, mit einem
 Worte, Gleiches mit Gleichem (im angegebenen
 Sinne) vergilt; denn, da im Momente der Ver-
 suchung zu einer Rechtsverletzung die reelle
 Existenz des durch sie erreichbaren Objekts
 gewifs der vorherrschende Wunsch ist, und eben
 darum nur das Gegenteil davon das am meisten
 gefürchtete Übel seyn muß, so kann auch nur
 durch die Vorstellung vom gewissen Erfolge des
 geraden Gegentheils in jenem Momente die
 Wirkung hervorgebracht werden, daß der
 Wunsch der reellen Existenz jenes Objekts auf-
 gegeben werde, oder daß er wenigstens sich
 nicht in Handlung setze; die Wirkung dieses
 Wunsches findet nur in jener Vorstellung
 vom geraden Gegentheile eine Gegenwirkung,
 wodurch jene sicherer aufgehoben werden muß,
 als es von der Vorstellung eines anderen, selbst
 größeren, Übels erwartet werden könnte, weil
 dieses Gegenteil in jenem Momente das, in
 concreto am meisten gefürchtete, also das rela-
 tiv - größte Übel ist. So gewifs ferner bey
 jedem Menschen die Sorge für die Sicherheit
 seiner Rechte vor Anderen voraussetzen ist,
 so gewifs wird er auch durch jene Art der Straf-
 androhung bestimmt, dieselbe Sorge für die
 Sicherheit der Rechte Anderer vor ihm zu tragen,

weil durch jene Strafandrohung jede Verletzung der Rechte Anderer durch ihn, zugleich Verletzung der seinigen wird, er daher nie, ohne gleiche Gefahr für sich selbst, unbesonnen gegen Andere handeln, oder absichtlich diese gefährden kann, eben diese gleiche Gefahr für ihn selbst aber unter allen Umständen das in concreto wirksamste Mittel seyn muß, ihn zu der, zur rechtlichen Sicherheit aller Anderen nöthigen, Besonnenheit und Rechtlichkeit zu bestimmen. Eine, nach dem Grundsätze der Wiedervergeltung modifizierte, Strafandrohungsweise berechtigt also zu der begründeten Hoffnung, daß ihr Zweck im höchsten, durch den Weg des psychologischen Zwanges überhaupt möglichen, Grade von Zuverlässigkeit werde erreicht werden.

Anmerkung. Die Lehre, daß dem Verbrechen ein (überhaupt) größeres Übel, als der durch jenes zu erwartende Vortheil ist, entgegenzusetzen, und dann nach den, im §. 468 bestimmten, Momenten zu modifiziren sey, ist meines Erachtens für die Strafgesetzgebung sehr unzureichend, da sie dieser bloß eine formelle Bedingung, aber weder die Qualität, noch den Anfang und das Ende des anzudrohenden größern Übels zu erkennen gibt, somit die Willkür nicht ausreichend determinirt; wohingegen die, im §. angegebene, Bestimmung sowohl für die Qualität als Quantität (mit ihren Modalitäten) der anzudrohenden Strafe einen befriedigenden Mafsstab gewährt. Die Strafandrohung ist zwar Sicherungsmittel

vor künftig überhaupt möglichen Verbrechen, muß aber eben darum, damit sie solches sey, so eingerichtet werden, daß sie jeden einzelnen Bürger, der künftig zum Verbrechen versucht werden könnte, in concreto abschrecke, verhindere, dasselbe zu begehen. Diese Qualität kann aber die Strafandrohung nur dadurch erhalten, daß sie nach dem Principe der rechtlichen Vergeltung modifizirt wird; denn nur unter dieser Voraussetzung kann und wird sie, obgleich in abstracto aufgestellt, auch die konkrete Wirkung hervorbringen, die sie hervorbringen soll; wäre sie aber nicht auf diese ihre Wirksamkeit in concreto mitberechnet, so würde sie nothwendig ihren Zweck verfehlen, also selbst zwecklos seyn. (Wie übrigens die Wiedervergeltung bey einem Verbrechen aus Versehen (culpa) von jener bey einem Verbrechen aus bößem Vorsatze (dolo) sich unterscheide, ist bereits im §. 537 m. Systems der reinen Staatslehre erörtert).

§. 471.

Eine so qualifizierte Strafandrohung bewährt sich aber auch als das, der Forderung der Gerechtigkeit wie der Klugheit gleich entsprechende, Mittel zu dem unterstellten Zwecke; denn die Befugniss überhaupt, dem Angriffe auf Rechte Zwang entgegenzusetzen, ist ohnedieß außer Zweifel, und demjenigen, der nach demselben Gesetze, welches er selbst aufstellte, behandelt wird, geschieht offenbar Recht. Die Klugheit aber fordert, daß der zu wählende Maßstab der Strafandrohung ein solcher sey, durch welchen

1) die Verhältnissmäßigkeit zwischen Verbrechen und Strafe soviel möglich begründet und gesichert; 2) die Erreichbarkeit des Zwecks der Strafandrohung, soviel dieß im Wege des psychologischen Zwanges möglich ist, verbürgt, und welcher 3) für den Gesetzgeber sowohl als Richter praktisch wirklich anwendbar ist. Der ersten dieser Anforderungen leistet der, im vorigen §. deduzirte, Mafsstab mehr, als jeder andere denkbare, Genüge, indem derselbe zunächst auf das fragliche Verhältniss berechnet, eben dieses Verhältniss um so mehr sichert, je genauer derselbe in abstracto wie in concreto angewendet wird; denn es soll ja Gleiches mit Gleichem vergolten werden. Dafs der zweyten jener Anforderungen durch den unterstellten Mafsstab genügt werde, ist im vorigen §. hinreichend dargethan. Die praktische Brauchbarkeit des geforderten Mafsstabes für Gesetzgeber und Richter erhellt aber daraus, dafs derselbe die Willkühr des ersten wie des letzten sowohl in Ansehung der Qualität als des Anfanges und der Grenze der Quantität der, jedem Verbrecher entganzusetzenden, Strafe hinreichend determinirt, durch Bestimmung einer, in abstracto sowohl, als in concreto hinreichenden, Erkenntnisquelle jener Qualität und Quantität; diese Erkenntnisquelle ist nämlich das, vom Gesetzgeber im Begriffe vorausgesetzte, oder dem

Richter in facto gegebene, Verbrechen selbst, freylich nicht dem bloßen Namen, sondern seiner Natur und seinem Wesen nach; denn sobald gewisse Rechte als verletzt, oder gewisse Übel, als dem Anderen zugefügt, im Begriffe vorausgesetzt, oder in facto gegeben sind, so weiß auch der Gesetzgeber und Richter, welche Rechte dem Verletzenden, und in welchem Mafse sie ihm zu entziehen, welche Übel und in welchem, Mafse sie ihm zuzufügen seyen; und dieß muß bey jedem Verbrechen Statt finden, da der Gesetzgeber nur Rechtsverletzungen als Verbrechen bezeichnen, und mit Strafe bedrohen darf.

§. 472.

Einige Beyspiele mögen zureichend seyn, die praktische Anwendbarkeit des aufgestellten Maßstabes nachzuweisen, und zugleich auf den Geist seiner Anwendung aufmerksam zu machen. Die Natur und das Wesen aller denkbaren Verbrechen z. B. gegen den Staat besteht darin: daß durch sie die Rechte der Gesammtheit der Staatsglieder auf das ungestörte Fortbestehen der Sicherungsanstalt für ihren Rechtszustand, und der (mehr oder minder wesentlichen) Bedingungen ihrer Wirksamkeit verletzt werden; die, nach dem postulirten Maßstabe diesen Verbrechen entgegenzusetzende, Strafe wäre sonach Aufhebung aller

Sicherung für die Verbrecher selbst, Erklärung ihrer Rechtslosigkeit, Ausschließung derselben vom Staate, welche, z. B. in Ansehung ihrer Dauer und anderer begleitenden Modifikationen, gar wohl dem Grade des Verbrechens angepaßt werden kann. (Was bey der jetzigen Einrichtung der Staaten jener Ausschließung folgen müsse? davon später. — Ferner die Natur z. B. von Verstümmlungen des Körpers, besteht in Zufügung von Schmerzen, Aufhebung des natürlich-vollständigen Körpergebrauchs, und der vollständigen Erwerbs- oder Genussfähigkeit, den Rechten des Verletzten zuwider; die, dagegen anzudrohende, Strafe wäre nach jenem Maßstabe die Zufügung verhältnismässiger Schmerzen, (z. B. durch Schläge) verbunden mit Aufhebung der Freyheit (Gefängniss in, zu dem Grade der Verstümmlung verhältnismässiger, Dauer und Schwere) und Schadensersatz. — Das Wesen der Nothzucht, als eines Verbrechens, besteht in einem gewaltsamen Eingriffe in das Unrecht einer Person auf die Freyheit und Unantastbarkeit ihres Leibes, und (nach Umständen) in ihr Recht auf die Voraussetzung ihrer Moralität, und auf deren Folgen. Die, ihr entgegenzusetzende, Strafe wäre sonach Zufügung von Schmerzen (als eines, dem Wollustgeföhle entgegenstehenden, Übels) verbunden mit kurzem, aber (z. B. durch besondere Fesseln) erschwertem,

Gefängnisse, und (nach Umständen) Schadensersatz, nach vorgängiger öffentlicher Ausstellung mit einer, mit passender Inschrift versehenen, Tafel. — Diese wenigen (absichtlich darum, weil bey ihnen die Wiedervergeltung am schwierigsten ausführbar hätte scheinen können, gewählten) Beyspiele mögen zureichend seyn, die praktische Brauchbarkeit und den Geist der Anwendung des postulirten Maßstabes zu zeigen, welcher, wenn gleich nicht ein mathematisch-genaues — das überhaupt unmöglich ist — doch unverkennbar ein richtigeres Verhältniß zwischen Verbrechen und Strafe bestimmt, als jeder andere, und in jenem Geiste aufgefaßt, das Geschäft des Gesetzgebers und des Richters am befriedigendsten leitet und unterstützt, für welche übrigens in der generischen Natur eines jeden Verbrechens, als eines Eingriffes in die Freyheit Anderer, die Entziehung oder Beschränkung der Freyheit des Verbrechers, als gerechtes Mittel der genaueren Ausgleichung des Verhältnisses zwischen Verbrechen und Strafe, so wie als gerechtes Surrogat für manche specielle Arten der Vergeltung, die durch die Rücksicht auf die Forterhaltung des Staats unräthlich seyn oder werden könnten, vollkommen begründet ist.

§. 473.

Die, im eben bestimmten, Geiste durchzuführende, Vergeltung jeder Rechtsverlez-

zung ist sonach der (keineswegs durch Gründe der Moral, sondern lediglich des Rechts und der Klugheit motivirte) allgemeine Mafsstab aller Strafandrohung, die Norm der Urbestimmung der Quantität und Qualität der, den Rechtsverletzungen entgegensetzenden, Strafen, durch welche die Recht- Zweck- und Verhältnismäßigkeit der letzteren mehr, als durch jede andere Norm begründet wird, und, die Forderung aufstellen, daß die Strafe im Verhältnisse mit dem Verbrechen stehen, und nach dem Geiste des Verbrechens eingerichtet seyn soll, und dennoch die Vergeltung im erwähnten Sinne nicht als den Mafsstab der Strafandrohung anerkennen wollen, hiesse sich selbst geradezu widersprechen. — Allein eine sich hier unmittelbar aufdringende, und unumgängliche Frage ist: findet diese Vergeltung ohne alle Einschränkung statt? oder hat sie eine bestimmte Grenze? und welche ist es? — Das Strafrecht der Staatsgewalt, als ein gegründetes, geht unstreitig so weit, als sein Grund; dieser ist die Bestimmung der Staatsgewalt, die Rechte der Staatsglieder zu sichern. Durch welche Strafen die Realisirung dieser Sicherheit bedingt ist, diese ist also auch — so ist man vorläufig im Allgemeinen zu schliessen berechtigt — die Staatsgewalt anzuwenden befugt. Allein fürs erste ist zu bemerken, daß man nicht behaupten könne,

dafs die Realisirung jener Sicherheit durch irgend eine besondere Strafart absolut bedingt, noch, dafs jene Sicherheit durch irgend eine Strafart absolut erreichbar sey; denn die Erfahrung lehrt, dafs selbst diejenigen Verbrechen, gegen welche die möglichgröfste Strafe angedroht ist, demungeachtet begangen, und dafs hinwiederum dieselben Verbrechen unter gleichen Verhältnissen durch minder schwere Strafandrohungen verhütet werden. Die Staatsgewalt, schliesst man weiter, ist also doch wenigstens befugt, diejenigen Strafen anzuwenden, durch welche nach richtigem Urtheile möglichen Verbrechen im möglich wirksamsten Grade begegnet wird. Auch diefs ist im Allgemeinen wahr. Untersucht man aber Eigenheit und Umfang jener Befugnifs genauer, so mufs man, indem man ihrer Urquelle nachspürt, auf den unleugbaren Grundsatz stossen: dafs — so wie entschieden die Staatsgewalt sich überhaupt nicht willkührlich aller und jeder Mittel zur Erreichung ihres Zwecks, sondern nur solcher Mittel bedienen darf, deren Gebrauch innerhalb der Grenze ihrer Gewalt liegt, wozu sie durch den Grund ihrer Gewalt berechtigt ist, und zu deren Gebrauch sie von dem, sie bevollmächtigenden, Subjekte auktorisirt werden konnte — so auch die Staatsgewalt unter den Klassen möglicher Strafen sich nur solcher Strafen, als Mittel

zu ihrem Zwecke, bedienen dürfe, deren Gebrauch die Grenze ihrer Gewalt nicht übersteigt, zu deren Gebrauch sie im Übertragungsvertrage berechtigt werden konnte. Die Grenze der ihr übertragenen Gewalt ist also auch zugleich die Grenze des, ihr mit jener übertragenen, Strafrechts, und dieses steht in seiner Anwendung unter der allgemeinen Bedingung aller Wahl der Mittel zum Staatszwecke.

§. 474.

Fragt man nun aber: welche Mittel durch den Übertragungsvertrag der Staatsgewalt nicht zur Disposition haben gestellt werden können, und welche daher auch nicht, als zu ihrer Disposition gestellt, somit außer den Grenzen ihrer Gewalt liegend, zu betrachten seyen? — (denn uns interessirt hier nur die negative Seite) — so kann die Antwort darauf nur in dem Umfange der eigenen Dispositionsbefugniss der Übertragenden über sich selbst gefunden werden; denn worüber ich selbst zu disponiren nicht befugt bin, darüber kann ich auch einen Anderen zu disponiren nicht ermächtigen, darüber kann also auch auf jeden Fall der Andere, der nur durch mich ermächtigt ist, zu disponiren nicht befugt seyn. — Nun kann zwar jeder Mensch über den ganzen Umfang seiner Rechte, was deren Geltung betrifft, disponiren, und es läßt sich allerdings annehmen, daß Jemand sage: ich

setze die Geltung meiner Rechte zum Unterpfande der Sicherheit der Anderen vor mir ein; worüber aber kein Mensch gültig disponiren kann, ist die Urbedingung aller seiner Rechte und seines Dispositionsvermögens selbst, nämlich seine physische Existenz, und es läßt sich schlechterdings nicht annehmen, daß jemand vernünftig sage: ich setze mein Leben zum Unterpfande der rechtlichen Sicherheit Anderer vor mir ein; denn dasjenige, was Urbedingung aller Disposition ist, kann unmöglich durch eine Disposition selbst gültig aufgegeben werden, und, wenn auch eine solche Disposition, als Erscheinung, möglich wäre, so dürfte dennoch der Staat nie dieselbe acceptiren, da der Staat, als Personeneinheit, unleugbar selbst der Verbindlichkeit des Rechts- und Sittengesetzes unterliegend, nichts gegen dasselbe unternehmen darf, die Annahme jener Disposition aber, als einer im höchsten Grade Rechts- und Sittengesetzeswidrigen That, selbst höchst Rechts- und Sittengesetzeswidrig wäre. Da nun — seitdem der Glaube an den göttlichen Ursprung der Staatsgewalt verschwunden ist — der einzige Rechtsgrund aller Staatsgewalt nur in einem (ausdrücklichen oder stillschweigenden) Bevollmächtigungs- oder Übertragungsvertrage gefunden werden kann, die bevollmächtigenden oder übertragenden Subjekte selbst aber, als vernünftige Wesen, über ihre physische Existenz nicht gültig

disponiren, mithin auch eine Dispositionsbefugniß darüber der Staatsgewalt nicht gültig übertragen können, diese auch eine Dispositionsbefugniß der Art nicht einmal acceptiren dürfte, so folgt unbestreitbar, daß der Gebrauch solcher Mittel, die auf die Vernichtung der physischen Existenz irgend eines Staatsglieds gerichtet sind, außer den Grenzen der Staatsgewalt liege, daß sonach diese der Tödtung eines Staatsglieds sich nicht als eines Mittels zum Staatszwecke bedienen, daß sie keine That durch die Tödtung des Thäters bedingen dürfe, mit einem Worte: — daß die Todesstrafe durchaus unzulässig sey; weil diese Art der Strafe der allgemeinen Bedingung eines zulässigen Mittels zum Staatszwecke ermangelt, weil die Staatsgewalt zu deren Gebrauch im Übertragungsvertrage nicht ermächtigt werden konnte, also das Fundament ihrer Strafgewalt bis dahin nicht reicht.

Anmerkung. Herr Feuerbach sagt in s. Lehrbuche des peinlichen Rechts (4te Aufl.) §. 35. „Sofern eine Person durch erklärten Willensakt Rechte aufgeben kann, hebt die Erlaubniß zur Läsion von Seite des Verletzten den Begriff des Verbrechens auf. Volenti non fit injuria. Nur muß das Recht, gegen welches, der Erlaubniß gemäß, die Handlung gerichtet ist, der (rechtlich) möglichen Disposition des Verletzten unterworfen seyn. Ist das Recht an sich der freyen Willkühr des Berechtigten

„entzogen b), so ist die Erlaubniss ohne rechtliche „Wirkung.“ In der Note b) hierzu sagt er dann: „Aus diesem Grunde nehme ich jetzt gerne meine ehemalige Behauptung von der Strafflosigkeit der Tödtung „eines Menschen, der den Tod verlangt, zurück.“ —

Es wird mir erlaubt seyn, zu folgern: ist das homicidium in volentem commissum aus dem von Herrn Feuerbach angeführten Grunde — weil nämlich das Recht über das Leben der freyen Willkühr des Berechtigten entzogen, weil es nicht der (rechtlich) möglichen Disposition des Menschen unterworfen ist — ein Verbrechen, so hat die Staatsgewalt durchaus kein Recht zur Todesstrafe, weil ihr, eben aus dem angeführten Grunde, unmöglich ein solches Recht, weder mittel- noch unmittelbar, weder ausdrücklich noch stillschweigend, übertragen seyn kann, und sonst keine Quelle jenes Rechts denkbar, gleichwie es für mich unerklärbar ist, wie man, nach jener Voraussetzung, noch die Todesstrafe als zulässig ansehen könne. Ich sage ferner: hält man die Staatsgewalt für berechtigt zur Todesstrafe, so kann man ohne grosse Inkonsequenz den Selbstmord nicht für eine unrechtliche noch unmoralische That ausgeben; denn es liesse sich nicht absehen, warum die Menschen, wenn sie zu Gunsten Anderer über ihr eigenes Leben sollten disponiren können — dieß setzt aber das Recht zur Todesstrafe von Seite der Staatsgewalt nothwendig voraus — dieß nicht auch zu Gunsten ihrer individuellen Lage sollten thun können. Eine, in Ansehung des hier relevanten Punkts durchgreifende, Disparität der hier gegeneinander gehaltenen Fälle dürfte kaum nachgewiesen zu werden vermögen.

§. 475.

Das Resultat der eben aufgestellten Erörterung befaßt zugleich die Antwort auf die, im §. 473. aufgeworfene, Frage: daß nämlich die (rechtliche) Vergeltung, als Maßstab, aller Strafandrohung, dennoch nicht ohne alle Einschränkung statt finde, vielmehr bloß auf die bürgerliche Existenz, als ihre ausschließende Sphäre, eingeschränkt, somit durch Vernichtung der bürgerlichen Existenz ihre äußerste Grenze erreicht sey, — daß demnach an dem Morde eines Staatsglieds bloß die, darin enthaltene, Vernichtung der Existenz eines Staatsbürgers, als eines solchen, von der Staatsgewalt, durch Aufhebung der Bürgereigenschaft des Mörders, d. i. durch dessen Ausschließung vom Staate rechtlich bedroht und vergolten werden könne, die Vergeltung der Vernichtung eines Staatsglieds, als eines Menschen hingegen, als außer den Grenzen der Staatsgewalt liegend, einer höheren Strafgewalt zu überlassen sey. Diese Antwort findet auch in der Natur der Sache ihre volle Rechtfertigung; denn die Menschen unterliegen der Staatsgewalt nur, in wiefern sie Bürger sind, d. i. Glieder einer, zur Geltung ihres Rechts errichteten, Gesellschaft. So wie nun das Strafrecht keiner Gesellschaft, als solcher, über ihre Glieder weiter gehen kann, als bis zum Aus-

stossen aus der Gesellschaft, weil damit die äußerste Grenze der, durch den Grund der Gesellschaftsbefugniss bezeichneten, Sphäre erreicht ist a), so kann auch das Strafrecht des Staats nicht weiter gehen, als bis zum Ausschliessen vom Staate, weil die Strafbefugniss des Staats, als einer Gesellschaft zu dem bemerkten Zwecke, an dieselbe Grenze gebunden, und kein Grund erfindlich ist, durch welchen die Sphäre der Befugniss dieser besonderen Art von Gesellschaft über jene, durch den Begriff, die Natur und das Wesen jeder Gesellschaft, als solcher, gezogene, Grenze hinaus erweitert würde; denn da nicht die Urbedingung der Rechte selbst, sondern nur die Geltung der Rechte, positives Produkt des Staats seyn kann, und soll, so kann, nach einer natürlichen Folgerung auf den Gegensatz, nur ein Grund seiner Befugniss, die Rechtsgeltung zu entziehen, nicht aber auch ein Grund der Befugniss, die Urbedingung der Rechte selbst aufzuheben, für ihn gedacht werden; und, daß eine besondere Einwilligung der zum Staate geeinigten Subjekte zur Disposition auch über die Urbedingung ihrer Rechte nicht unterstellt werden dürfe, ist voraus erwiesen.

- a) So z. B. hat auch die Kirche (eine positiv religiöse Gesellschaft), als solche, ihr Strafrecht nie über die Ausschließung von der Kirche, den Kirchenbann, ausgedehnt.

§. 476.

Der seiner bürgerlichen Existenz verlustige — und dieß wäre, zufolge des postulirten Strafgesetzes, der Mörder (so wie der Verbrecher am Staate unmittelbar) von dem Augenblicke der begangenen That an — ist eben darum, weil an ihm die Eigenschaft eines Staatsglieds verschwunden, somit auch der Staat für ihn nicht mehr Staat ist, auch nicht weiter von diesem Staate strafbares Subjekt, und die Staatsgewalt kann gegen ihn, als strafende Gewalt, nicht weiter wirksam seyn, sondern lediglich als Polizeygewalt, das ist, sie muß — da ihre Verbindlichkeit fortdauert, den Staat und seine Glieder vor künftig etwa möglichen Verletzungen von Seite des Ausgestossenen zu sichern, der psychologische Zwang aber, nebst dem, daß seine Unzulänglichkeit faktisch bewährt, hier nicht mehr anwendbar ist — nunmehr gegen den Ausgestossenen, den, um jener Sicherung willen nöthigen, physischen Zwang anwenden, welcher jedoch, zufolge der voraus bezeichneten Grenze der Befugniß der Staatsgewalt überhaupt, ebenmässig nicht in der Tödtung des Ausgestossenen, sondern höchstens in dessen lebenslänglicher Detention in einer, die Möglichkeit seines Entkommens durchaus aufhebenden, Art bestehen kann. Denn, daß irgend ein Fall möglich sey, in

welchem der Staat sich und die Seinigen gegen einen ausgeschlossenen Verbrecher schlechterdings nicht anders, als durch seine physische Vernichtung, absolut sichern könne; ist, wie ich schon an einem andern Orte bemerkt habe, eine, der Staatskraft widersprechende, und darum falsche, und keiner Rücksicht werthe Behauptung. — Die Tödtung eines Verbrechers kann diesem allem nach, weder als Strafe, noch als Polizeymittel, in irgend einem Falle rechtlich statt finden.

Anmerkung. Nur dann, wenn irgend ein Verbrecher die, zur Bemächtigung seiner Person vom Staate beauftragten, Diener durch die Art seiner Widersezlichkeit in den Fall einer absoluten Nothwehre ver setzte, könnte der Fall seiner Tödtung vorkommen, wenn nämlich letztere sich selbst nicht anders retten können, als durch des ersteren physische Vernichtung; diese Tödtung erfolgt aber dann durchaus nicht aus dem Grunde eines vom Staate übertragenen Rechts zur Tödtung, nicht unter dem Titel einer Strafe oder eines Polizeymittels, sondern ist reine Folge des Rechts zur Nothwehre an sich, welches hier lediglich nach den Grundsätzen des Rechts zur Nothwehre überhaupt zu beurtheilen ist.

§. 477.

Dem allgemeinen Einwande, daß die Androhung der Rechtslosigkeit, der Ausschließung vom Staate mit ihren Folgen (der Vermögenskonfiskation und der lebenslänglichen Detention

nämlich), kein zureichendes Abschreckungsmittel von Verbrechen der unterstellten Art seyn werde, setze ich die allgemeine Bemerkung entgegen: daß keine Strafart, selbst die qualifizirteste Todesstrafe nicht, als absolutes Sicherungsmittel vor Verbrechen gelten könne; den Beweis liefert die, in der Erfahrung gegebene, faktische Existenz solcher Verbrechen, welche selbst mit der härtesten Todesstrafe voraus bedroht waren; und dann die Freyheit des Menschen, mit welcher er sich selbst über den möglich größten psychologischen Zwang absolut hinwegsetzen kann, und wodurch es denkbar wird, daß Menschen, durch die lebendigste Vorstellung selbst der möglich härtesten Strafe vom Begehen eines Verbrechens nicht abgehalten werden können. Auf dem Gebiete der Wirkung durch psychologischen Zwang kann und muß man aber nur solche Gemüther voraussetzen, welche für die Wirkung des psychologischen Zwanges empfänglich sind, und diese Empfänglichkeit kann als allgemeine Regel (von der nur höchst seltene Ausnahmen, als Austritte aus der gewöhnlichen Menschennatur, statt finden) unterstellt werden. Solche Gemüther werden nun, dem höchsten Grade psychologischer Wahrscheinlichkeit nach, durch die Eingangs erwähnte Strafandrohung von den unterstellten Verbrechen sicher abgehalten werden,

wenn nur die Einwirkung dieses psychologischen Zwanges auf sie nicht durch die Hoffnung der Nichtentdeckung geschwächt wird; diese Hoffnung, als Hoffnung der Straflosigkeit, ist, im Gegensatze vom psychologischen Zwange, psychologische Befreyung, (Entfesselung von jenem Zwange), und solange also diese Hoffnung bey den Gliedern eines Staats Raum findet, läßt sich von keiner Strafandrohung die Grösse ihres wirklichen Effekts in concreto vorherbestimmen, weil diese lediglich von dem, durch die individuellen Umstände einer verbrecherischen That begründeten, grösseren oder geringeren Masse jener Hoffnung abhängt. Nur soviel läßt sich im Allgemeinen bestimmen, daß eine, nach dem Mafsstabe der rechtlichen Vergeltung bemessene, Strafe vor einem Verbrechen ungleich zuverlässiger sichern wird, wenn dessen Nichtentdeckung kaum gehofft werden kann, als eine, jenen Mafstab noch so sehr überschreitende, Strafe, wenn auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit auf die Verheimlichung des Verbrechers gerechnet werden kann. — Hier wird vorausgesetzt, daß durch die Veranstaltungen und die Thätigkeit des Staats die Rechnung auf die Verborgenheit irgend eines Verbrechers so sehr, als es unter Menschen möglich ist, aufgehoben sey, und unter dieser Voraussetzung wird die Eingangs erwähnte Strafe erklekliches, je zurei-

chenderes Abschreckungsmittel vor den unterstellten Verbrechen seyn, als, beym Mangel dieser Voraussetzung, selbst die härteste Todesstrafe. So lange aber diese Voraussetzung in den wirklich gegebenen Staaten mangelt, bleibt es im Grunde eitles Bemühen, die Wirksamkeit verschiedener Arten von Strafandrohungen miteinander zu vergleichen, weil hier die Wirksamkeit der einen, wie der anderen Art, als das Bedingte, eben so sehr dem Zufalle überlassen ist, als es an der Bedingung mangelt. (Von der hieraus für den Staat resultirenden Maxime in der Folge.)

§. 478.

Die Entziehung aller rechtlichen Sicherheit, die Ausschließung vom Staate ist dem allem nach die h ö c h s t e Strafe, welche von der Staatsgewalt in der Strafgesetzgebung angedroht werden darf, und diese höchste Strafe (deren Gröfse und Gewicht nur von demjenigen verkannt werden kann, der den Werth des Staats selbst nicht kennt) findet nur gegen Mörder, und gegen Verbrecher am Staate unmittelbar selbst statt. Innerhalb dieser Grenze sind eben so mancherley Arten von Strafen zulässig, als es mancherley Klassen von Rechten gibt, welche verletzt werden können, gleichwie gegen solche Verbrechen, wodurch mehrere Klassen von Rechten, oder die Rechte mehrerer Subjekte,

zugleich verletzt werden, die Androhung einer gleichartig kombinirten, oder verhältnißmäßig gesteigerten Strafe durch das deduzirte Prinzip aller Strafandrohung geboten ist. — Natur der Sache und Grund aller Strafandrohung bezeichnen diejenigen Individuen, welche selbst Rechte Anderer verletzen, oder (mehr oder weniger, unmittel- oder mittelbar) dazu mitwirken, als diejenigen Subjekte, gegen welche die Strafandrohung ausschließend gerichtet werden dürfe. Ausgeschlossen von ihr müssen daher bleiben alle diejenigen Subjekte, die nicht mit dem Verbrecher, als solchem, im Verhältnisse stehen, wenn sie gleich übrigens mit seiner Person sich (z. B. als Gatte, Kinder, Verwandte, Erben, was deren Person betrifft) in der nächsten Beziehung befinden mögen; denn diese Beziehung an sich kann unmöglich Schuldhaftigkeit begründen; ohne letztere kann aber auch keine Strafe statt finden. — Von einer Verjährbarkeit der Verbrechen (oder vielmehr der Strafen) kann endlich in einer zweckmäßigen Strafgesetzgebung gar nicht die Rede seyn, indem für jene, wenn auch nicht die Hoffnung der Strafflosigkeit durch sie genährt würde, auch nicht ein einziger haltbarer Grund erfindlich ist.

§. 479.

So wie übrigens die Natur der Sache lehrt, daß man mit dem Einfachen beginne, und dann zum Zusammengesetzten fortschreite, daß man diejenigen Bestimmungen vorhergehen lasse, welche für andere Bestimmungen als nothwendige Voraussetzungen dienen, so wird auch die Strafgesetzgebung der Forderung, daß sie natürlich geordnet sey, am richtigsten dadurch genügen, daß sie (nach vorausgeschikter Einleitung, m. s. die Anmerkung zum §. 461.) mit entschöpfender Aufstellung der Begriffe der verschiedenen Arten möglicher Verbrechen gegen Privatpersonen (Individuen) und der denselben angemessenen Strafen den Anfang macht, unter diesen selbst wieder die einfachen Rechtsverletzungen vor den kombinirten berücksichtigt, dann zu den, gegen juridische Privatpersonen möglichen, Verbrechen übergeht, demnächst die, gegen die verschiedenen Klassen von Organen und organischen Behörden des Staats, und von den ersteren möglichen, Verbrechen bestimmt, und endlich mit den, gegen den Staat selbst möglichen, Arten von Verbrechen, und den Strafandrohungen gegen diese schließt; denn nur durch diese Ordnung kann den Forderungen jener Prämissen füglich entsprochen werden. — Daß endlich von der Strafgesetzgebung alle Handlungen, in welchen nicht die wesentlichen

Merkmale einer Rechtsverletzung überhaupt sich vorfinden, auszuschliessen seyen, und dafs es einer genauen Untersuchung bedürfe, ob gewisse Verletzungen in die Klasse von Privat- oder Staatsverbrechen gehören? scheint sich zwar von selbst zu verstehen, jedoch nicht oft und nachdrücklich genug erinnert werden zu können. a)

- a) So z. B. dürfte es noch immer einer strengeren Prüfung bedürfen, ob Münzverbrechen, Duelle u. s. w. in die Klasse von Staats- oder Privatverbrechen gehören? Desgleichen, ob überhaupt der Selbstmord, die Amterschleichung und Simonie, die Selbstbefreyung aus dem Gefängnisse, das Verfassen einer sogenannten Schmähschrift, deren Inhalt wahr ist, die Blasphemie, der Zinswucher, die Sodomie, die Blutschande, die zwanglose Schwächung (Stuprum), der Konkubinat, die Kuppeley, und dergleichen, in die Kategorie von Verbrechen aufzunehmen seyen? Indem, so evident auch das Unmoralische an den genannten Handlungen, und die Pflicht der Polizey, sie zu berücksichtigen, seyn mag, es dennoch sehr schwer seyn dürfte, an denselben die wesentlichen Merkmale wirklicher Rechtsverletzungen, als welche doch nur in der Strafgesetzgebung des Staats zu berücksichtigen sind, nachzuweisen.

§. 480.

Eine, von der ausschliessenden, aber entschöpfenden Rücksicht auf alle Arten möglicher Rechtsverletzungen geleitete, deren Merkmale eben so präzifs als klar bestimmende, in der

bemerkten Ordnung und nach dem voraus bestimmten Mafsstabe durchgeführte, zugleich die Gerechtigkeit ihrer Anwendung sichernde, Strafgesetzgebung wird ihrem, im §. 460. aufgestellten, Zwecke nicht minder, als ihrer Bestimmung, zureichende Norm für die Strafrechtspflege selbst zu seyn, gebührend genügen; denn eine so qualifizierte Strafgesetzgebung bewährt sich nach allen Regeln der Psychologie als entsprechendes Mittel, das Begehrungsvermögen der Staatsglieder auf die, mit der Sicherheit des Rechts Aller verträgliche, Grenze zu beschränken, ihre Sinnlichkeit von rechtsverletzenden Äußerungen abzuhalten, und die materielle Thätigkeit der Strafrechtspflege ihrem Zwecke gemäß zu regeln, also zur Integrität des Rechtszustandes, so viel auf dem Wege des psychologischen Zwanges möglich ist, mitzuwirken. Je weniger indessen die Gröfse der Schwierigkeit verkannt werden kann, allen aufgestellten Bedingungen der Zweckmäfsig- und Vollständigkeit der Strafgesetzgebung zu genügen, je weniger also zu erwarten ist, daß schon das erste oder Urprodukt derselben, bey aller Sorgfalt in seiner Anlage, und bey aller Konsequenz in seiner Ausführung, auf den Charakter der Vollendung werde Anspruch machen dürfen, desto deutlicher wird auch hier das Bedürfnis der Permanenz der Gesetzgebungskommission (so wie des gesetzgebenden Korps in

einer Dürarchie) einleuchten, um die, im Laufe der Zeit durch die Vorfälle der Praxis sich entdeckenden, Lücken in der Strafgesetzgebung auszufüllen, die sich ergebenden Mängel entweder in Bestimmung der Merkmale der Verbrechen, oder in der Zweckmäßigkeit der ihnen entgegengesetzten Strafen, ihrer Qualität und Quantität nach, oder in den Regeln ihrer Anwendung zu verbessern, und so durch fortwährende Aufmerksamkeit und ununterbrochene Thätigkeit die Strafgesetzgebung der Vollkommenheit immer näher zu bringen.

§. 481.

Die Strafgesetzgebung soll einen, der Erscheinung von Läsionen des Rechts vorhergehenden psychologischen Zwang begründen, sie soll durch die Vorstellung bestimmter Übel, womit sie jede künftige Rechtsverletzung auf den Fall ihrer Existenz bedroht, den Reiz zu Rechtsverletzungen niederschlagen, und auf diese Art bewirken, daß keine Rechtsverletzung zur Existenz komme. Eine der unerlaßlichsten Bedingungen, daß dieser Zweck der Strafgesetzgebung erreicht werde, ist also wohl unstreitig die: daß sie selbst zur Kenntniß aller derjenigen gebracht werde, welche durch sie von Verbrechen abgehalten werden sollen; denn unmöglich kann eine Drohung wirken auf Jemanden, der sie nicht kennt, für den sie also gar nicht wirk-

lich Drohung ist, und eine nicht gehörig kundgemachte, und dem Gedächtnisse jeder neuen Generation von Staatsgliedern sorgfältig eingeprägte, Strafgesetzgebung müßte nothwendig ihren eigentlichen Zweck, Rechtsverletzungen psychologisch zu verhüten, ganz verfehlen. Sollte man sich aber mit dem allgemeinen Bewußtseyn der Staatsglieder, daß auf jedes Verbrechen unausbleiblich eine Strafe folgen werde, genügen wollen, so bedürfte es keiner Strafgesetzgebung, sondern einer bloßen Instruktion der Organe der Strafrechtspflege, wie sie vorgekommene Verbrechen zu bestrafen hätten; dann aber erschiene die Staatsgewalt nicht als strafende, sondern als rächende Macht, deren es nur darum zu thun wäre, sich wegen eingetretener Rechtsverletzungen zu rächen, nicht aber darum, keine Rechtsverletzung eintreten zu lassen. Je entschiedener jedoch die Bestimmung der Staatsgewalt ihr gebietet, zu verhindern, daß Rechtsverletzungen wirklich zur Existenz kommen, daß sie je zu strafen brauche, je weniger sie, um dieser ihrer Pflicht zu genügen, der Strafandrohung entbehren kann, je weniger aber die Strafandrohung, als solche, ohne daß sie jedem Staatsgliede lebendig vorschwebte, die in ihr bezielte Wirkung hervorbringen kann, desto mehr muß es einleuchten, daß die Staatsgewalt bey keinem

Zweige der Gesetzgebung weniger, als bey der Strafgesetzgebung (deren Kenntniss bey vorkommenden Fällen ihres Bedarfs und ihrer Wirksamkeit nicht durch Andere ersetzt werden kann) von dem Gebrauche der, in den §. §. 382 — 387 vorgeschlagenen, Mittel, um jene den Staatsgliedern nicht nur kund zu thuen, sondern auch in einem stets lebendigen Andenken derselben zu erhalten, ohne auffallende Pflichtvernachlässigung sich dispensiren könne.

Anmerkung. Wer die Wichtigkeit einer zweckmäßigen Strafgesetzgebung in Ansehung ihres Einflusses auf die Erreichung des Staatszweks, einer, und anderer Seits die Masse von Ungerechtigkeiten, womit eine schlechte Strafgesetzgebung auf die, nach ihr zu richtenden, Völker drückt, nur einigermaßen erwägt, der wird staunen müssen ob des hohen Grads von Indolenz, welcher sich bisher so vielfältig im Gebiete dieses Zweigs der Gesetzgebung zeigte, und welcher das Produkt der rohesten Barbarey, ein, mit der Farbe des Rechts übertünchtes, Ungeheuer, nicht nur bis zum 19ten Jahrhunderte beybehielt, sondern auch noch das erste Dezennium desselben überleben liefs. — Doch! kann man wohl auch nur einen gesunden Begriff von Strafgesetzgebung voraussetzen bey Regierungen, in deren Umfang höchstens die Rechtsgelehrten, und die (sehr charakteristisch sogenannten) peinlichen Richter den Strafkodex kennen, alle übrigen Staatsglieder aber mit ihm unbekannt seyn dürfen?

T i t e l I I.

V o n d e r S t r a f r e c h t s p f l e g e.

Nothwendigkeit — Begriff — Zweck und
Sphäre der Strafrechtspflege. Hauptanforde-
rungen an dieselbe. Organisation und In-
struktion der Strafrechtspflege.

§. 482.

Durch die, in der Strafgesetzgebung enthaltenen, Drohungen gegen Rechtsverletzungen soll der Einfluß der Sinnlichkeit aller Staatsglieder auf die Art ihrer Wechselwirkung bis zu der, durch die allseitige Rechtssicherheit derselben geforderten, Grenze begrenzt, sollen die Staatsglieder, sich nie dem Rechtsgesetze zuwider zu behandeln, bestimmt, soll jedes von ihnen verhindert werden, die, in ihm zur Unternehmung einer Rechtsverletzung sich je etwa regende, Lust in Handlung übergehen zu lassen. Es ist nun aber wohl für sich einleuchtend, daß die, durch die gesetzlichen Drohungen erzeugte, Vorstellung sinnlicher Übel an sich dieß nicht bewirken könne und werde, wenn nicht zu dieser Vorstellung das Bewußtseyn hinzutritt, daß diese sinnlichen Übel in den, von der Drohung unterstellten, Fällen unausbleiblich erfolgen, daß die Drohungen, sobald ihre Bedingungen gegeben würden, unfehlbar werden realisirt werden. Diese

feste Überzeugung von dem unfehlbaren und
 ausnahmslosen Erfolge der Realität jener Drohun-
 gen ist, der Natur der Sache nach, die uner-
 laßliche Bedingung des Eintritts der, in Auf-
 stellung der letzteren bezielten, Wirkung, und
 darum die Bewirkung jener festen Überzeugung
 unerlaßliches Mittel zur Erreichung des bemerk-
 ten Zweks aller Strafandrohung. Um aber diese
 feste Überzeugung in allen Staatsgliedern zu
 bewirken, reicht der Ausdruck der Drohung
 allein, d. i. die Ankündigung jenes unfehl-
 baren Erfolgs im Gesetze, nicht hin, sondern
 muß vielmehr die Drohung selbst personi-
 fizirt, die Gewifsheit ihrer Realität auf eine
 in die Sinne fallende Art dargestellt und verbürgt
 werden; denn nur unter dieser Voraussetzung
 läßt sich mit Zuverlässigkeit auf allgemeine
 Begründung der postulirten Überzeugung rech-
 nen; und je entschiedener die Pflicht der Staats-
 gewalt, den Zweck der Strafandrohung zu rea-
 lisiren, durch den Entzwek des Staats selbst
 ausgesprochen ist, desto deutlicher springt die
 Nothwendigkeit in die Augen, daß die Staats-
 gewalt, um der Bedingung jener Realisirung zu
 genügen, das eben bezeichnete Mittel hierzu ins
 Werk setzen müsse.

§. 483.

Die Strafandrohung wird personifizirt, die
 Gewifsheit ihrer Realität auf eine in die Sinne

fallende, (objektive) Art dargestellt und verbürgt, durch (der Wirklichkeit eines Verbrechens vorausgehende) Etablierung einer Thatkraft, bestimmt, jede, im Gebiete des Staats mögliche, Übertretung der Strafgesetze zu beachten, zu untersuchen, und den Gesetzen gemäß zu bestrafen, durch Veranstaltung einer, die Strafgesetze unausbleiblich anwendenden und vollziehenden, Wirksamkeit. Die Summe dieser, durch die Merkmale des Begriffs der Anwendung und Vollziehung der Strafgesetzgebung gebotenen, Funktionen bildet den Begriff der Strafrechtspflege, als derjenigen besonderen Wirkungssphäre der Staatsgewalt, oder desjenigen besonderen Zweigs der Staatsverwaltung, der darauf gerichtet ist, bey jeder, im Gebiete des Staats eintretenden, Läsion des Rechts die gesetzliche Drohung unausbleiblich zu realisiren. — Zu der, in der Strafgesetzgebung an sich enthaltenen, subjektiven Nöthigung auch die, zur Geltung der ersteren erforderliche, objektive Nöthigung hinzuzufügen, den, in dem Ausdrücke der Strafandrohung liegenden, subjektiven psychologischen Zwang durch Objektivirung desselben mittelst Exekution der Drohung zu ergänzen, oder mit anderen Worten, die in der Ankündigung der Strafen bezielte Wirksamkeit durch Realisirung der Drohung in jedem von ihr unterstellten Falle zu vollenden,

das ist: den gesetzlichen Drohungen diejenige Kraft zu leihen, denjenigen (exekutiven) Nachdruck zu geben, ohne welchen ihr Zweck, alle Staatsglieder von jeder, durch sie künftig möglichen Rechtsverletzung wirklich abzuhalten, kaum erreichbar wäre, ist der eigentliche und einzige Zweck aller Strafrechtspflege, und da die Realisirung dieses ihres Zwecks sich durch sich selbst als unumgängliches Mittel zur Erreichung des Entzwecks des Staats bewährt, so kann die Einreihung der Strafrechtspflege unter die Zweige der Staatsverwaltung keiner weiteren Rechtfertigung bedürfen.

Anmerkung. Die Entschiedenheit der Qualität der Strafrechtspflege, wie der Civilrechtspflege, wesentliche Zweige der Staatsverwaltung zu seyn, rügt wohl von selbst den, von mancherley grundlosen Folgen begleiteten, Fehler, welchen der gemeine Sprachgebrauch dadurch begeht, daß er die Justizbehörden von (Vorzugsweise sogenannten) Administrativ stellen trennt, und letztere den ersteren gleichsam gegenüber stellt. Daß es aber heut zu Tag, noch Regierungen gebe, welche in der That glauben könnten, daß irgend etwas wesentlicher zur Administration eines Staats gehöre, als die Rechtspflege, könnte man, ohne ihre gänzliche Regierungsunfähigkeit vorauszusetzen, unmöglich annehmen.

§. 484.

Jede in der Strafgesetzgebung als Verbrechen bezeichnete, und mit Strafe bedrohte Handlung

(oder Unterlassung) von Seite irgend eines, der Strafgewalt des Staats unterliegenden, Subjekts ist Objekt der Strafrechtspflege, und alles das, wodurch die Erreichung ihres, im vorhergehenden §. bezeichneten, Zwecks bedingt ist, gehört zur Sphäre ihrer Thätigkeit; bedingt ist aber die Erreichung des unterstellten Zwecks dadurch, daß keine Drohung des Gesetzes in irgend einem von ihr unterstellten Falle als leere unwirksame Drohung erscheine, daß also keine Handlung der erwähnten Art je zur Existenz kommen könne, ohne die ihr angedrohte Strafe unausbleiblich zur Folge zu haben, daß jedes übertretene Strafgesetz ohne Ausnahme pünktlich und vollständig vollzogen werde. Durch diese, faktisch bewährte, ausnahmslose Realität jeder gesetzlichen Drohung soll und wird der Grad ihrer Wirksamkeit immer mehr und mehr erhöht, der zum Begehen eines Verbrechens je Versuchte immer nachdrücklicher vom wirklichen Begehen desselben zurückgehalten, gerade dadurch aber der Zweck der Strafrechtspflege immer vollständiger erreicht, ihre Sphäre also immer pünktlicher ausgefüllt, aber auch die Gelegenheit ihrer Äußerung durch ihre eigene Thätigkeit immer seltener werden; und eben dies ist der letzte Entzweck aller Strafe, aller Androhung und Zufügung derselben; denn das Gesetz droht nicht, um wirklich strafen zu

können, sondern vielmehr, damit der Fall seiner Drohung gar nie eintrete, und die Strafrechtspflege straft nie, um zu strafen, sondern damit die Bedingung ihrer strafenden Thätigkeit nie mehr wiederkehre, da mit Niemandens Recht je mehr verletzt werde. Es ist der eigenthümliche Charakter der Strafrechtspflege, durch die Pünktlichkeit ihrer Funktionen, den Stoff ihres künftigen Handelns in seinem Keime zu vernichten, und die Verminderung oder Vermehrung der Objekte ihrer Thätigkeit ist der sicherste Mafsstab des Grads, in welchem sie ihren Zweck erreicht, oder nicht.

§. 485.

Die Quelle der Befugniss, im Wechselverhältnisse der Staatsglieder mögliche Rechtsverletzungen mit Strafe zu bedrohen, und wirkliche Rechtsverletzungen der Art mit der angedrohten Strafe zu belegen, kann nur in dem Zwecke und Wesen des Staats und der Staatsgewalt gefunden werden; denn jene Befugniss ist nur erklärbar als Korrelat der Verpflichtung, Verletzungen des Rechts zu verhindern, das Recht überhaupt zu sichern, weil Strafandrohung und Zufügung nur als Mittel zur Sicherung des Rechts sich rechtfertigen lassen. Eben diese Verpflichtung, das Recht überhaupt zu sichern ist aber nur begründet durch den Zweck des Staats, so wie der Gebrauch des bezeichne-

ten Sicherungsmittels nur in der Aufgabe des Staats enthalten ist; letztere ist sonach das einzige, zur Strafrechtspflege, wie zur Strafan-
 drohung im Staate verpflichtete und berechtigte, Subjekt, weil die Staatsglieder nur von ihr die Gewähre ihres Rechts zu fordern befugt, und nur den von ihr vorgekehrten, Sicherungsmitteln sich zu unterziehen verbunden sind, welcher Befugniß und Verbindlichkeit von Seite der Staatsglieder jene Verpflichtung und Berechtigung der Staatsgewalt entspricht. So gewiß nun die Staatsgewalt die, um der Erreichung ihres Zwecks willen erforderlichen, Funktionen (unmittelbar, oder mittelbar durch die von ihr dazu angeordneten Organe) selbst verrichten soll, und dessen, wozu nur sie bevollmächtigt oder beauftragt ist, sich nicht gültig begeben kann, so wenig sich ferner, außer der bezeichneten, irgend eine andere Quelle des Strafrechts über Staatsglieder, als solche, gedenken läßt, so gewiß also jeder, nicht von der Staatsgewalt selbst ausgehende, Titel der Befugniß zur Übung eines Strafrechts über Staatsglieder, als solche, von allem zureichenden Grunde entblößt seyn muß, eben so entschieden ist die absolute Unzulässigkeit irgend einer Kriminaljurisdiktion im Staate, die nicht auf unmittelbarer Auktorisation von Seite der Staatsgewalt beruht, und zwar nicht nur aus Gründen des Rechts, son-

dern auch der Klugheit, weil durch jede Jurisdiktion der zuletzt unterstellten Art die, um der Erreichung ihres Zwecks willen unerlässliche, Einheit im Organismus der Strafjustiz gestört wird, und nothwendig gestört werden muß. In einem zweckmässig verwalteten Staate — ist das Resultat — gibt es also nur eine, und zwar absolut ausschliessende, Strafrechtspflege, nämlich die des Staats selbst, und ihre objektive Sphäre umfaßt die Totalität aller einzelnen Schuzgenossen des Staats ohne Ausnahme.

§. 486.

Damit nun diese, innerhalb ihres ganzen, eben bezeichneten, objektiven Umfanges, auch ihre subjektive Sphäre vollständig ausfülle, und dadurch ihrem Zwecke genüge, wird vor Allem erfordert: daß durch ihre Thätigkeit und Veranstaltung die Möglichkeit, daß irgend ein Verbrechen im Staate, und dessen Urheber oder Gehülfe verborgen bleibe, soviel dieß durch menschliche Wirksamkeit möglich ist, aufgehoben, und dadurch der Hoffnung auf Strafloßigkeit aller Spielraum entzogen werde; denn es liegt in der Natur der Sache, und wurde bereits im §. 477 bemerkt, daß, wenn der zum Begehen eines Verbrechens oder zur Mitwirkung zu demselben Versuchte auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf, daß er, als Verbrecher oder Gehülfe, verborgen bleiben,

und somit straflos ausgehen werde, rechnen kann, eben dadurch die Wirkung der Strafandrohung grösstentheils verschwinde, dafs also die möglichste Vernichtung einer solchen Rechnung die allerwesentlichste Bedingung, die Wirksamkeit der Strafandrohung zu begründen, ausmache; und wenn nun die Aufgabe aller Strafrechtspflege sich dahin konzentriert, die Wirksamkeit der gesetzlichen Drohungen zu begründen, so mufs es in einem hohen Grade einleuchten, dafs jene, an die Strafrechtspflege gemachte, Anforderung schlechthin unerläßlich, dafs jede weitere Wirksamkeit der Strafrechtspflege selbst durch Erfüllung dieser Anforderung absolut bedingt, diese sonach mit vollem Rechte allen anderen vorausgestellt sey; denn so lange die Hoffnung auf Nichtentdeckung und Straflosigkeit statt findet, wirkt natürlich die Drohung nicht, fällt also der subjektive Zwang hinweg, und das, nur durch ihn verhütbare, Verbrechen wird begangen werden; wird aber auch nur ein begangenes Verbrechen wirklich nicht entdeckt und bestraft, so fällt auch der objektive psychologische Zwang hinweg, die Hoffnung auf Straflosigkeit gewinnt aber dadurch die stärkste Nahrung, und Strafandrohung und Strafrechtspflege sinken zu leeren Popanzen herab, von denen sich höchstens nur noch der Einfältige schrecken läfst.

Anmerkung. Man kann es den Regierungen nicht laut und nachdrücklich genug einprägen, daß vollständige Realisirung aller der Veranstaltungen, wodurch die unausbleibliche Entdeckung jedes Verbrechens und seiner Urheber ohne Ausnahme bedingt ist, der oberste und Hauptpunkt sey, von welchem alles Unternehmen und jedes Streben zum Besseren im Gebiete des Strafrechts nothwendig ausgehen müsse. Der zum Verbrechen Versuchte steht im Momente seiner Hoffnung auf Verborgenheit über allem Ausdrücke und aller Personifikation der Drohung, und, der Strafgesetzcodex mag noch so vortrefflich, die Strafjustiz übrigens noch so zweckmäßig organisirt seyn, das Verbrechen wird dennoch begangen, der Zweck des Staats in der Person des Verletzten vereitelt, die Schutzpflicht von Seite des Staats nicht erfüllt werden. Man erwäge doch einmal ernstlich, welchen schweren Vorwurf jedes Verbrechen, das begangen werden konnte, für die Staatsgewalt enthalte? Ob diese von demjenigen, dessen Recht auch nur einmal gegen Verletzung nicht geschützt worden ist, auch noch fernere Leistungen zu fordern berechtigt sey? Wie sehr die Nichtentdeckung auch nur eines Verbrechens die Wirksamkeit der Strafandrohung für eine unberechenbare Menge anderer Fälle lähme? Wie sehr dagegen jene Wirksamkeit durch möglichstse Hinwegräumung aller Hoffnung auf Verborgenheit erhöht werden müsse? und man wird kaum verkennen können, daß ich mit vollem Rechte auf diesen letztern Punkt das höchste Gewicht lege.

§. 487.

Weder die Thätigkeit der Organe der Strafrechtspflege, noch die mitwirkende Thätigkeit

der Polizeyorgane kann jedoch allein zureichend seyn, jener Anforderung vollkommen zu genügen; denn eben diese ist ihrer Natur nach so sehr umfassend, und erheischt eine so allgemeine, so unausgesetzte, und überall gegenwärtige Aufsicht, welcher die Wirksamkeit einer, verhältnißmäßig noch so großen Anzahl von Organen jener doppelten Art kaum gewachsen seyn dürfte. Die einzig erkleckliche Veranstaltung zur Erreichung des unterstellten Zwecks wäre (nebst der Thätigkeit jener Organe) die gesetzliche Verpflichtung aller Schutzgenossen des Staats ohne Ausnahme, nicht nur jedes an einem von ihnen selbst begangene Verbrechen, sondern auch jede, ihnen zur Kenntniß kommende, Thatsache, welche die Vermuthung für die Existenz eines Verbrechens begründet, oder auf die Entdeckung seines Urhebers oder Gehülfen führen könnte, unverzüglich bey der kompetenten Strafrechtsbehörde zur Anzeige zu bringen, und zwar unter Androhung der Strafe des nämlichen Verbrechens, dessen oder seines Urhebers (erweislich gehabte) Notiz, jener Verpflichtung zuwider, Jemand anzuzeigen unterlassen hätte. Nur auf diesem Wege scheint mir die, der unterstellten Anforderung entsprechende, umfassende und überall gegenwärtige Aufsicht realisirt werden zu können, und die Gerechtigkeit dieses Mittels unterliegt keinem Zweifel,

weil zufolge des Staatsvertrags jeder Staatsbürger die Verbindlichkeit auf sich hat, seiner Seits dem Staate zur Erreichung seines Zwecks diejenige Unterstützung zu gewähren, die ihm für seinen Zweck unentbehrlich ist, und weil das vorgeschlagene Gesez nur die Erfüllung dieser Verbindlichkeit besonders anspricht, und ihre Erfüllung selbst sichern soll. Dafs aber die eben angeregte Unterstützung von Seite jedes Staatsglieds dem Staate zur Erreichung seines Zwecks unentbehrlich sey, ist unverkennbare Folge aus dem Postulate einer Aufsicht der bemerkten Art, die nur durch die Totalität der einzelnen Staatsglieder zu bewirken, und ohne welche die Möglichkeit der Verborgenheit eines Verbrechens und seines Urheber, so viel dieß durch menschliche Wirksamkeit geschehen kann, nicht aufzuheben ist.

§. 488.

Man wende mir nicht ein, dafs der an seinem Rechte Verlezte, in Gefolge seiner Dispositionsbefugniß über die Geltung seines Rechts, dem Verbrecher verzeihen, demnach nicht angehalten werden könne, diesen anzuzeigen; denn daraus, dafs jemand über die Geltung seines Rechts disponiren kann, folgt nur soviel, dafs er auf den Ersaz des ihm durch das Verbrechen zugefügten Schadens verzichten könne; worüber aber der Einzelne nicht disponiren kann, ist

das Interesse der Gesamtheit der Staatsglieder, welche das Recht hat, zu fordern, daß kein Verbrecher unbestraft bleibe, um der Folgen der Straflosigkeit willen auf das Ganze, und diesem Rechte kann der Einzelne nicht nur nichts vergeben, sondern er würde vielmehr durch Nichtentdeckung des Verbrechers dieses Recht der Gesamtheit verletzen, also selbst Verbrecher werden. Eine Maßregel aber, welche jenes gemeinsame Interesse Aller so wesentlich zu befördern geeignet ist, rechtfertigt sich wohl eben dadurch selbst auch aus dem Gesichtspunkte der Klugheit. — Man wird das vorgeschlagene Gesetz auch aus dem Grunde nicht tadeln dürfen, weil dadurch ein gegenseitiges Mißtrauen unter den Staatsgliedern erzeugt würde; denn der Mensch, welcher durchaus rechtlich verfährt, hat nirgends Grund zum Mißtrauen auf Andere aus Veranlassung der unterstellten Verpflichtung. (Falsche Angaben gegen ihn, die auch ohne diese Verpflichtung gar wohl möglich sind, wird die Behörde gehörig würdigen;) für denjenigen aber, der zum Begehen eines Verbrechens versucht seyn könnte, wird das Mißtrauen, welches er haben dürfte, ein neues Hinderniß in Ausführung seines Vorhabens, also ein die Absicht des Staats unterstützendes Mittel, nur nützlich, nie schädlich. — Mag auch die strenge Erfüllung der geforderten Leistung dem Gefühle manches

Menschen Überwindung kosten; die unerlässliche Bürgerpflicht darf nicht dem individuellen Gefühle weichen. Scheut sich doch der Staat auch nicht, so manche Lasten anderer Art seinen Gliedern aufzubürden, die ihren Gefühlen ungleich größere Opfer kosten, weil diese nun einmal dem Staate unentbehrlich sind. — Oder gibt es ein anderes, natürlicheres und durchgreifenderes Mittel, die Entdeckung jedes Verbrechens im Staate und seines Urhebers zu verbürgen, als das vorgeschlagene?

Anmerkung. Die, im §. 487. geforderte, gesetzliche Verpflichtung gehört der Natur der Sache nach in die Strafgesetzgebung selbst; warum ihrer erst hier Erwähnung geschah? erklärt sich hinlänglich aus dem Gange der Erörterung. Von jener Verpflichtung wären aber ausdrücklich zu exemiren: Eltern, Kinder, Gatten, und die nächsten Verwandten bis zu einem zu bestimmenden Verwandtschaftsgrade; der Grund dieser Exemption ist, weil die Verpflichtung der genannten Personen zur Anzeige gegeneinander in der Widernatürlichkeit der gebotenen Handlungen, ein unbesiegliches Hinderniß ihrer Erfüllung finden würde.

§. 489.

Die, der Anforderung, daß alle der Kraft des Staats möglichen Mittel, um kein Verbrechen und keines Verbrechens Urheber und Gehülfen unentdeckt seyn zu lassen, in Thätigkeit zu setzen seyen, zunächst folgende Anforderung

an die Strafrechtspflege ist: daß unverzüglich der wahre Thatbestand jedes zur Kenntniß des Staats gekommenen Verbrechens, und über die Personen seines Urhebers so wie seiner etwaigen Gehülfen vollständige Gewißheit hergestellt, sodann dasjenige Strafgesetz, dessen Merkmale in der konkreten That gegeben sind, ohne Ausnahme darauf angewendet werde; denn die Anwendbarkeit jedes Gesetzes ist bedingt durch das Daseyn der, in ihm vorausgesetzten, Merkmale in concreto, und es müssen sonach die Merkmale der konkreten That vor Allem vollständig ausgemittelt werden, weil ohne diese Ausmittlung mit Sicherheit nicht subsumirt werden kann. Eben so natürliche Bedingung der Anwendbarkeit jedes Strafgesetzes ist die vorgängige Gewißheit über das Subjekt, welches einem Verbrechen seine Existenz gab, oder dazu mitwirkte; denn nur der wirkliche Urheber und Gehülfe eines Verbrechens ist im Gesetze mit Strafe bedroht, diese Drohung kann also auch nicht eher in Wirklichkeit übergehen, als bis das bedrohte Subjekt in concreto mit Gewißheit aufgefunden ist. Die Unverzüglichkeit in Herstellung dieser beyden Bedingungen ist geboten durch die Rücksicht, daß bey dem mindesten Zeitverluste, erstens die Eruirung des wahren Thatbestandes in gar vielen Fällen ganz oder doch größtentheils unmöglich, und zwey-

tens die Auffindung des Urhebers und der etwaigen Gehülfen, welche dadurch für ihre Entfernung Zeit gewinnen, um sehr vieles erschwert, wo nicht ebenmäfsig unmöglich gemacht wird. Sind aber beyde Bedingungen der Anwendbarkeit eines Strafgesetzes vorhanden, dann muß auch dasjenige Gesetz, dessen Merkmale mit den aufgefundenen Merkmalen der konkreten That identisch sind, unfehlbar zur Anwendung kommen, weil ohne diese Anwendung das Gesetz als eine leere, kraftlose Drohung erschiene, und unmöglich diejenige Geltung und Wirksamkeit für die Zukunft haben könnte, welche zu begründen, doch die nächste Bestimmung der Strafrechtspflege ist.

§. 490.

Eben diese Bestimmung der Strafrechtspflege erheischt es, daß die Untersuchung über jedes zur Existenz gekommene Verbrechen in möglichst kurzer Zeit vollendet, und jede Strafandrohung, in jedem gegebenen Falle ihrer Anwendbarkeit, ohne irgend eine Ausnahme, und zwar öffentlich vollzogen, und daß dieser Vollziehung die möglichste Publizität gegeben werde. Die erste dieser Anforderungen ist begründet durch die Rücksicht sowohl auf die Möglichkeit, daß irgend ein Schutzgenosse des Staats schuldlos in Verdacht, und dadurch in Untersuchung gekommen, und seiner

Freyheit beraubt worden sey, dessen ungebührliche Verlängerung in schreyendes Unrecht ausartet; als auch auf den allgemeinen Erfahrungssatz, daß, je länger der Zwischenraum zwischen dem Bekanntwerden einer verbrecherischen That und der Ansicht ihrer Bestrafung ist, desto wesentlicher der, durch letztere, faktisch bewirkte, Eindruck auf die übrige Menge unterschieden sey von dem, bey der Publizität jener Bestrafung vernünftig bezielten, Eindrücke, indem hier meistens Regungen des Mitleids jede geeignete Reflexion über das Wesen der Strafe verdrängen, und daß überhaupt die Strafrechtspflege ihrem eigentlichen Ziele sich desto mehr, oder weniger nähere, je mehr Energie oder Langsamkeit in ihren Funktionen wahrgenommen wird. Die zweyte jener Anforderungen rechtfertigt sich als Bestimmung eines unerlässlichen Mittels für den Zweck der Strafrechtspflege; denn nur dann, wenn jeder Schutzgenosse auf eine in die Sinne fallende Art überzeugt wird, daß es mit jeder Strafandrohung vollkommen ernstlich gemeint, daß der Hoffnung auf Strafflosigkeit auch nicht ein einziger Ausweg, selbst der der Begnadigung nicht, übrig sey, — und diese Überzeugung wird nur bewirkt durch die Publizität der Exekution der angedrohten Strafe ohne irgend eine Ausnahme — nur dann kann man zuversichtlich darauf rechnen,

dafs die Strafandrohung das, was sie soll, in der That bewirken, d. i. jede Lust zum Unternehmen eines Verbrechens wirklich niederschlagen werde, wohingegen auch nur der leiseste Zweifel an dem wirklichen Erfolge der gesetzlich angeordneten Strafe auf die Existenz auch nur eines einzigen Verbrechens — und dieser ist nicht abzuwehren, wenn nicht jedes Verbrechen ohne Ausnahme dem Gesetze gemäß öffentlich bestraft wird — oder auch nur das allgemeine Wissen, dafs unter den Hoheitsrechten das Recht der Begnadigung einen Platz finde, der Hoffnung auf Straflosigkeit einen Spielraum öffnet, dessen Wirkung und Grenze nicht berechnet zu werden vermag; dafs aber, so lange diese Hoffnung in irgend einer Art Raum findet, die Wirksamkeit aller Strafandrohung durchaus zufällig sey, liegt in der Natur des Gegensatzes dieser Hoffnung zu dem Wesen der Strafandrohung, und wurde voraus bereits erinnert.

Anmerkung. Dafs es für die Staatsgewalt, unter Voraussetzung des Daseyns einer, ihrem Zwecke entsprechenden, Strafgesetzgebung, kein Recht der Begnadigung, wohl aber, unter Voraussetzung einer schlechten Strafgesetzgebung, für sie eine Pflicht der Begnadigung gebe, und wie weit diese reiche, habe ich bereits in den §. §. 574 — 579 meines Systems der reinen Staatslehre bewiesen. Indem ich mich darauf beziehe, bemerke ich: dafs für jede Staatsgewalt, der es Ernst ist, ihrem Zwecke zu

genügen, und also kein Recht irgend eines Staatsglieds verletzen zu lassen, aus den hier aufgestellten Sätzen unmittelbar die unerlässliche Verbindlichkeit fliesse, mit der Publikation eines zweckmäßigen Strafgesetzbuchs die ausdrückliche Erklärung zu verbinden, daß sie — weil mit der Aufstellung zweckmäßiger Strafgesetze aller zureichende Grund der Begnadigung hinwegfalle — des sonst behaupteten Rechts der Begnadigung sich förmlich und feyerlich begeben, sonach in keinem Falle, wie er immer beschaffen seyn möge, auf Begnadigung zu rechnen sey. Diesen Akt unterlassen, heisst eben so viel, als, die Wirksamkeit der Strafgesetzgebung dem Zufalle Preiss geben, was Niemand leugnen kann, der dem Gange des menschlichen Herzens in seinen leisesten Tritten zu folgen versteht. — Ob übrigens diejenigen, welche die Heimlichkeit der Strafexekution in irgend einem Falle zu postuliren vermochten, dabey den richtigen Begriff vom Zwecke der Strafandrohung und ihrer Vollziehung nicht aufser Acht gelassen haben, glaube ich aus guten Gründen bezweifeln zu müssen.

§. 491.

Die, in den §. §. 486. 489. und 490 aufgestellten, Anforderungen an die Strafrechtspflege umfassen die vollständige Aufgabe der letzteren; denn, sind alle der Kraft des Staats möglichen Mittel, um kein Verbrechen, und keines Verbrechens Urheber und etwaige Gehülfen unentdeckt seyn zu lassen, in stäter Thätigkeit, wird unverzüglich der wahre Thatbestand jedes Verbrechens, und die Gewissheit

über die Person seines Urhebers und seiner etwaigen Gehülften hergestellt, wird endlich die Untersuchung über jedes zur Existenz gekommene Verbrechen in möglichst kurzer Zeit vollendet, und jede Strafandrohung, in jedem gegebenen Falle ihrer Anwendbarkeit, ohne irgend eine Ausnahme öffentlich vollzogen, so muß die Ankündigung der Strafen den höchsten Grad von Wirksamkeit, derer sie fähig ist, erhalten, so muß der psychologische Zwang bis zu dem möglichst höchsten Grade seiner objektiven Ausdehnung und Stärke gesteigert, sonach durch ihn jedes Staatsglied von dem Unternehmen irgend eines Verbrechens so sehr, als es auf diesem Wege nur immer möglich ist, wirklich abgeschreckt werden; und eben hiermit wäre die durch ihren Zweck bezeichnete, Sphäre der Strafrechtspflege befriedigend ausgefüllt. Eben jene Anforderungen sind es also auch, welchen durch die Organisation und Instruktion des Departements der Strafjustiz, soll anders dieses, seinem Zwecke zu entsprechen, gehörig qualifizirt seyn, vollständig genügt werden muß. Dafs aber zum Behufe der Strafjustiz ein eigenes, von jenen der übrigen Verwaltungszweige geschiedenes, Departement im Staate etablirt werden müsse, ist unmittelbare Folge aus dem (voraus nachgewiesenen) richtigen Theilungsprinzip der Staatsverwal-

tung überhaupt in besondere Zweige, d. i. aus der spezifischen Verschiedenheit des eigenen (Mittel-) Zwecks der Strafrechtspflege von den besonderen (Mittel-) Zwecken aller übrigen Departements, und der eignen, von der jedes anderen Verwaltungszweiges wesentlich differenten Art von Thätigkeit, mit welcher die Strafrechtspflege zur Erreichung des Entzweks des Staats mitzuwirken bestimmt ist.

Anmerkung. Für die Erscheinung, daß die Civiljustiz und die Strafjustiz bis auf die neuesten Zeiten beynahe allgemein zu einem Departement vereinigt sind, und durch dieselben Organe besorgt werden, irgend einen befriedigenden Rechtfertigungsgrund zu finden, dürfte um so schwerer werden, je deutlicher es auf den ersten Anblick einleuchten muß, daß beyde, — den gemeinschaftlichen Namen: „Justiz“, und ihren Entzwek, der aber allen Verwaltungszweigen mit ihnen gemein ist, allein ausgenommen, schlechterdings nichts miteinander gemein haben, daß übrigens aus ihrer Vereinigung auch nicht ein reeller Vortheil für eine von beyden, wohl aber mancher Nachtheil der Verzögerung und Verwirrung für beyde resultire, und daß selbst die Bedingungen der Geschiklichkeit für beyde so wesentlich verschieden seyen, daß sich dieselben, aller Erfahrung zufolge, nur sehr selten in einem Subjekte vereinigt vorfinden. — Dahingegen ist jene Erscheinung selbst hinreichender Grund zur Erklärung, warum man in solchen Staaten kaum etwas allgemeiner hört, als laute und bittere Klagen über unerträgliche Zögerung in Entscheidung der Rechtsstreitigkeiten, warum tausende

von Menschen ihren Rechten lieber entsagen wollen, als sich den Qualen einer solchen Civilrechtspflege aussetzen, warum Lücken- und fehlerhafte Criminaluntersuchungen zu den gewöhnlichen, deren Jahre lange Dauer zu den nicht seltenen Erscheinungen gehören, warum so viele Verbrechen unentdeckt, also auch unbestraft bleiben, aber auch die Zahl der Verbrechen im Ganzen genommen sich schrecklich mehrt? — Kann, darf man annehmen, daß solche Regierungen sich je den Zweck ihrer Existenz in ein deutliches Bewußtseyn gebracht haben? Und wird jenem Elende auf andere Art wesentlich gesteuert werden können, als durch Trennung der Civil- und Strafrechtspflege, und Etablirung eines eigenen, gehörig besetzten und organisirten, Departements für jede derselben?

§. 492.

Die Organisation des Strafjustizdepartements wird, um jenen bezeichneten Anforderungen gebührend zu genügen, damit beginnen müssen, daß sie eine, zu dem subjektiven sowohl, als objektiven Umfange des Geschäftskreisses der Strafrechtspflege im richtigen Verhältnisse stehende, Thatkraft anbringe, durch Aufstellung einer, diesem Verhältnisse entsprechenden, Anzahl gehörig qualifizirter Subjekte, deren Thätigkeit dem Zwecke der Strafrechtspflege ausschließend gewidmet sey, und dann diese Thatkraft, mit Rücksicht auf die In- und Extension jenes Geschäftskreisses, so wie auf die, zur Erhaltung der organischen Wirksam-

keit nöthige, Stufenfolge, nach den, in dem Abschnitte von der organischen Gesetzgebung überhaupt, und insbesondere in den §. §. 399—404 aufgestellten, Prinzipien zweckmäfsig vertheile. Zum Behufe dieser Vertheilung mufs ebenmäfsig, wie für die Civilrechtspflege, so auch für die Strafrechtspflege, das ganze Gebieth des Staats in eigene geographische Bezirke getheilt, und in jedem derselben eine, mit der unmittelbaren Anwendung und Vollziehung der Strafgesetzgebung beauftragte, eigene Behörde etablirt werden. Der Mafsstab für die Gröfse dieser Bezirke ist das richtige Verhältnifs zwischen der Seh- und Thatkraft a) eines, seinem Geschäfte gewachsenen, (physischen oder juristischen) Subjekts, und der wahrscheinlichen Menge und Intension b) der, für den Zweck der Strafrechtspflege erforderlichen, Geschäfte, und es dürfte sich von selbst verstehen, dafs die geographische Gröfse derselben im umgekehrten Verhältnisse stehen müsse mit der Gröfse der Schwierigkeit, das Thun und Treiben der Menschen in Beziehung auf deren rechtliche Sicherheit zu übersehen, und mit der, in äufseren Umständen mancher Art liegenden, Anreizung, Erleichterung und Begünstigung verbrecherischer Unternehmungen. Sollte man aber auch hier Gleichheit der Gröfse in Hinsicht auf Flächenraum und Menschenzahl vorziehen, so

müßte ebenmäfsig die Zahl der, in jedem Bezirke aufzustellenden, Justizbeamten nach den bemerkten Rücksichten bemessen werden c).

a) Was ich hier unter Sehkraft verstehe, kann kaum einer Mißdeutung unterliegen; ich verstehe nämlich darunter das physische und intellektuelle Vermögen, das Wechselverhältniß der Menschen mit einer Schärfe zu übersehen, welcher kaum eine Rechtsverletzung und deren Urheber oder Gehülfen entgehen könnten.

b) Die Menge und Intension der Geschäfte der Strafrechtspflege in einem gegebenen Bezirke zum voraus zu berechnen, wäre eine kaum zu lösende Aufgabe, wenn nicht bloß von dem wahrscheinlich zu befürchtenden oder zu hoffenden plus oder minus die Rede wäre, und hierfür liefert theils die Erfahrung in der Vorzeit, theils die Natur der Sache einen ziemlich zureichenden Maßstab; denn gedrängteres Zusammenseyn, gröfsere Sittenlosigkeit und Irreligiosität, gröfsere Leidenschaftlichkeit, Rohheit oder Verbildung, Armuth und Gesetzesunwissenheit der Menschen, und dem unbemerkten Unternehmen von Verletzungen, günstigere Localverhältnisse lassen natürlich mehrere, schwerere, und für die Untersuchung schwierigere Verbrechen mit mehr Wahrscheinlichkeit befürchten, als die entgegengesetzten Verhältnisse, und nach solchen Rücksichten muß das postulierte Verhältniß berechnet werden, welches sich übrigens wohl eher einem Übergewichte zu Gunsten gröfserer Energie und Vollständigkeit, als zur Gefahr der Langsamkeit und Lückenhaftigkeit der Strafrechtspflege annähern darf.

c) In der Regel dürften die Bezirke für die Strafrechtspflege gröfser seyn können, als jene für die erste

Instanz der Civilrechtspflege, und da letztere hinwiederum gröfser seyn können, wenn die Civilrichter nicht zugleich mit der Strafrechtspflege belastet sind, als im entgegengesetzten Falle, somit auch Wenigere der letzteren zu besolden sind, so dürfte auf diese Art der, den Finanzkammern durch die hier postulirte Sonderung der Straf- von der Civilrechtspflege erwachsende, Schaden „(ich rede hier die gewöhnliche finanzielle Sprache)“ sehr unbedeutend seyn. Dieselben Rücksichten finden statt in Ansehung der Sonderung der höheren Civil- und Strafjustizinstanzen.

§. 493.

Die, in jedem dieser bestimmten Bezirke zur unmittelbaren Aufsicht auf begangene Verbrechen, zur Anwendung und Vollziehung der Strafgesetzgebung aufgestellten, Subjekte bilden (mit den, ihnen bey- und unterzuordnenden Personen, z. B. Aktuarien, Gerichtsdienern) die Primarbehörden des Strafjustizdepartements, die Criminalgerichte erster Instanz. Die Kompetenz einer jeden dieser Behörden muß erstreckt werden auf alle und jede innerhalb des ihr angewiesenen Distrikts, von Wem immer, unternommene oder begangene Verbrechen, so zwar, daß jede Konkurrenz mit einem foro domicilii sive originis, selbst mit dem foro deprehensionis a) ausgeschlossen, das forum delicti commissi als das allein kompetente bezeichnet wird. Der natürliche Grund dieser

Forderung ist, weil das *forum delicti commissi* in der Regel aller der Requisitionen und Umschweife nicht bedarf, wie jedes andere Forum, weil jenes das, zur entschöpfenden Herstellung des Thatbestandes und zur Untersuchung überhaupt der Natur der Sache nach am meisten geeignete, Forum ist; sonach jene Einrichtung sich als ein, die Schnelligkeit und Energie der Strafrechtspflege wesentlich beförderndes, Mittel bewährt. Die Glieder irgend eines besonderen Standes im Staate, auf den Fall hin, daß sie *Verbrecher* seyn werden, durch Exemption von der ordentlichen Kriminalgerichtsbehörde auch noch besonders zu privilegiren, hiesse in der That dem Vorurtheile über alle Gebühr fröhnen, wenn auch nicht die Einheit der Strafrechtspflege darunter leiden müßte. Rücksicht auf den Stand des Verbrechers, in wieferne dieser nach der Strafgesetzgebung auf die Strafe Einfluß haben könnte, zu nehmen, ist auch des *ordentlichen* Kriminalrichters Pflicht.

- a) Den flüchtigen Verbrecher, wo er immer im Staate entdekt werden mag, aufzugreifen, kann und muß allen Strafrechts- und Polizeybehörden zur Pflicht gemacht werden, jedoch mit der Weisung, denselben ohne weiteres an das *forum delicti commissi*, sobald diess bekannt ist, auszuliefern.

So wenig aber dem Zwecke der Civilrechtspflege die Anordnung einer einzigen Instanz, der Primarbehörde genügen kann, weil das Recht der Staatsglieder gegen den möglichen Irrthum, oder die Unkunde, die Nachlässig- oder Partheylichkeit von Seite der Primarorgane der Civiljustiz gesichert seyn muß, welche Sicherung durch die Etablirung einer zweyfachen höheren Instanz auf dem natürlichsten Wege bezielt wird, eben so wenig, und noch weniger kann es die Staatsgewalt mit der Anordnung einer Primarbehörde, als der einzigen Instanz, zum Behufe der Strafrechtspflege bewenden lassen; denn auch die Primarorgane der Strafrechtspflege sind nur Menschen, die, als solche, wenn auch nicht Unkunde oder Partheylichkeit von ihnen zu befürchten wäre, dennoch auf jeden Fall der Nachlässigkeit in Entschöpfung der Untersuchung, und des Irrthums in der Subsumtion unter die Strafgesetze fähig sind, gegen welche das Einschlagen zureichender Sicherungsmafsregeln den Staatsgliedern um so dringenderes Bedürfnis ist, je wichtiger die Rechte sind, um deren Fortbestehen, oder Beschränkung, wohl gar Vernichtung es sich hier gewöhnlich handelt. Dieselben Gründe also, welche die Errichtung der Mittel- und Zentralbehörde für die Civilrechtspflege, als Sicherungsmittel gegen die, von der Mensch-

lichkeit der Primarorgane zu befürchtende, Gefahr für das Recht der Staatsglieder, gebieten, fordern, und zwar in einem noch ungleich höheren Mafse, ähnliche Sicherungsmafsregeln gegen die Gefahr, welche aus ähnlichen menschlichen Schwächen der Primarorgane der Strafjustiz den wichtigsten Rechten der Staatsglieder droht, und es dürfte sonach, während dem zur Sicherung der Gerechtigkeit in Ausgleichung der Rechtsstreitigkeiten der Staatsglieder eine dreyfache Instanz eröffnet ist, die Errichtung einer gleichen dreyfachen Instanz, zur Sicherung der Gerechtigkeit in Anwendung und Vollziehung der Strafgesetze, ohne grellen Widerspruch und auffallende Pflichtvernachlässigung von Seite der Staatsgewalt nicht unterlassen werden können.

§. 495.

Die, auſser der Primarbehörde demnach zu errichtenden, beyden höheren Instanzen zum Behufe der Strafrechtspflege sind jedoch nicht als Berufungsinstanzen einzuführen, d. i. nicht als solche, deren Gebrauch der Willkühr (der freyen Appellation) der Inquisiten zu überlassen wäre, — jeder Inquisite würde sich ihrer bedienen, wenn er noch so sehr seiner Schuld sich bewußt wäre, um nur die Exekution der Strafe zu verzögern, — sondern als eigentliche Revisionsinstanzen, d. i. als solche, denen das, die strengste Gerechtigkeit für den Inqui-

siten wie für sich postulirende, Gesetz selbst (in jedem Falle, oder nur unter gewissen Voraussetzungen) die Revision der vom Kriminalrichter erster Instanz geführten Untersuchung und des von ihm gefällten Urtheils zur regelmäßigen Amtspflicht macht. Der Grund dieser Bestimmung und der in ihr enthaltenen Disparität in Beziehung auf die Natur der beyden höheren Instanzen der Civilrechtspflege, liegt darin: bey Rechtsstreitigkeiten kömmt es lediglich an auf die subjektive Überzeugung jeder streitenden Parthey von der Gerechtigkeit des, in ihrer Sache gefällten Urtheils, und es hängt also von ihr ab, ob sie ihr Recht weiter suchen zu müssen glaubt; sie kann daher im lezteren Falle appelliren, sie kann aber auch ihr Recht fahren lassen, und auf ein Recht, welches ihr noch so entschieden zu gebühren scheint, verzichten; der Staat kann und muß sich dabey beruhigen, weil er dem Einzelnen die Geltung seines Rechts nicht aufzudringen braucht, sondern sich damit begnügen kann, ihm die zureichenden Mittel dazu eröffnet zu haben. Ganz anders verhält sichs aber bey der Strafrechtspflege; denn, daß irgend ein Schuzgenosse des Staats schuldlos bestraft, oder auch nur mehr, als er es verdiente, bestraft werde, dürfte die Staatsgewalt nicht dulden, selbst dann nicht, wenn jener die ungerechte Strafe für gerecht

hielte, oder sich ihr ohne weiteres willig unterziehen wollte. Die Staatsgewalt muß hier nicht nur die Privatpersonen, sondern sich selbst gegen Mißbrauch ihrer Gewalt schützen, und darum, als solches Schuzmittel, die Revision der Kriminaluntersuchungen und Urtheile gesetzlich anbefehlen, ohne dals es dazu einer Berufung bedürfe, weil eine ungerechte Strafzufügung den geraden Gegensatz ihrer Bestimmung, Rechte zu schützen, ausmache.

§. 496.

Zur Erreichung jenes Zweks wird fürs erste erfordert die Anordnung einer weiteren (Mittel-) Behörde, mit der Bestimmung, jedes von der Primarbehörde gefällte Strafurtheil, (wie sich von selbst versteht, bevor dasselbe vollzogen wird) mit der Untersuchung, worauf dasselbe gebaut ist, in Revision zu nehmen, die allenfalls entdeckten Mängel oder Lücken der Untersuchung verbessern und ergänzen zu lassen, und nach Maßgabe des Resultats der Revision, das Urtheil der ersten Instanz zu bestätigen oder zu reformiren, und überhaupt darüber, ob die Primarbehörde ihrer Bestimmung genüge, ob insbesondere kein Verbrechen ununtersucht und unbestraft bleibe, ob die Vollendung der Untersuchungen nicht ungebührlich verzögert werde? u. s. w. eine eben so wachsame als wirksame Aufsicht zu führen. Um aber die

gehörige Energie dieser Aufsicht und die zweckmäßige Schnelligkeit jener Revision möglich zu machen, müssen so viele der, im §. 492 postulirten, Bezirke, als von einer, zur Aufsicht und Revision bestimmten, Behörde durchgreifend übersehen und besorgt werden können, zu einem Kreisse geschlagen, und dann eben so viele Revisionsbehörden errichtet werden, als in wie viele Kreisse das Gebieth des Staats (nach Beschaffenheit seiner Ausdehnung und Bevölkerung) zum Behufe der Strafrechtspflege getheilt ist, so, daß auch das Strafjustizdepartement in jedem dieser Kreisse sein eigenes, der Ausfüllung des, durch seine bezeichnete Bestimmung gezogenen, Wirkungskreisses gewachsenes, Mittelorgan der geforderten Art besitze. Der Umfang jedes dieser Kreisse ist dann die Sphäre der ausschließenden Kompetenz der, in ihm aufgestellten, Mittelbehörde der Strafjustiz, als der ersten Revisionsinstanz in Strafsachen, welcher alle Primarstrafjustizbehörden der, von demselben Kreisse umfaßten, Bezirke unmittelbar unterzuordnen sind.

Anmerkung. Sehr absichtlich habe ich oben die Forderung aufgestellt, daß jede von der Primarbehörde geführte Kriminaluntersuchung und gefällte Sentenz (diese sey kondemnatorisch oder abstraktorisch) von der Mittelbehörde in Revision genommen werden solle; denn wodurch wäre sonst irgend ein Inculpate gegen die möglichen Fehlritte der Primarjustizorgane

gesichert? Und wodurch wäre selbst die Staatsgewalt von der Gerechtigkeit der Akte der letzteren versichert? Mir scheint es, daß, wie ich schon einmal bemerkt habe, die Staatsgewalt sich selbst, als solcher, die Bewirkung jener Revision in allen Fällen schuldig sey, und also auch bey geringeren Verbrechen; denn eine geringere Strafe ist wahrlich darum nicht im geringsten weniger (formaliter) unrecht, weil sie (materiell) geringer ist, und der Bürger muß auch nicht die geringste Strafe widerrechtlich leiden können, gleichwie aber auch nicht das geringste Verbrechen unbestraft bleiben soll.

§. 497.

In soferne es jedoch, nach der eigenthümlichen Natur der Strafrechtspflege, gar wohl möglich ist, daß Fälle vorkommen, in welchen nicht nur die Ausmittlung völliger Gewissheit über die Person des Urhebers und der Gehülphen eines Verbrechens, sondern auch, wegen der besonderen Konkurrenz von Umständen in der konkreten That eines Verbrechers, die Subsumtion unter die Strafgesetze, oder die Festsetzung einer Strafe bey unbestimmten Strafgesetzen, solchen Schwierigkeiten unterliegt, welche selbst von Seite der Glieder der ersten Revisionsinstanz einen wesentlichen Dissens, entweder über das Vollendetseyn des Beweises, oder über die Gerechtigkeit der anzuwendenden Strafe, zur Folge haben, in soferne erheischt der Zweck, die Gerechtigkeit jedes Strafurtheils so viel möglich zu sichern, und den Organismus des Strafjustiz-

departements zu vollenden, die ebenmäßige Etablirung einer obersten oder Zentralstrafjustizbehörde, mit der Bestimmung in jedem Falle, in welchem ein Drittheil der Glieder der ersten Revisionsinstanz, entweder über das genügende Hergestelltseyn des Thatbestandes, oder des Beweises in Ansehung des angeschuldigten Subjekts, oder über die Angemessenheit der anzuwendenden Strafe dissentirt, Untersuchung und Strafurtheil zum zweytenmale in Revision zu nehmen, die Vollendung der ersteren zu veranlassen, sodenn definitiv zu entscheiden, überhaupt aber die Anwendung und Vollziehung der Strafgesetzgebung im ganzen Umfange des Staats zu leiten, ihre Vollständigkeit und Pünktlichkeit zu verbürgen, und in allen Äußerungen des Strafjustizdepartements, in allen Richtungen und Distanzen seiner Sphäre, die nöthige Einheit, Regheit und Zweckmäßigkeit zu sichern.

§. 498.

Durch diese Anregung einer zweymaligen Prüfung und Beurtheilung des Verfahrens und der Erkenntnisse der Primarstrafjustizbehörden, oder was dasselbe ist, durch diese Anordnung einer doppelten Revisionsinstanz wird den möglichen Fehlritten der Nachlässigkeit oder des Irrthums (so wie auch der Unkunde und Partheylichkeit) auf Seite der Organe der

Strafrechtspflege in der Anwendung und Vollziehung der Strafgesetzgebung, in dem Grade begegnet, daß Staatsglieder sowohl, als auch die Staatsgewalt selbst allerdings darauf die genügende Überzeugung von hinreichender Sicherung der Strafrechtspflege gegen möglichen Mißbrauch derselben gründen können. Ist überdies der, im §. 407. postulierte Zentralstaatsrath organisirt, und wird durch Erfüllung seiner, eben daselbst näher gezeichneten, Bestimmung die ununterbrochene, und selbst ihrer Vollen- dung immer mehr entgegenreifende, Thätigkeit, Gesez- und Zweckmäßigkeit des organischen Lebens des Strafjustizdepartements, so wie dessen Harmonie mit dem Leben der übrigen Verwaltungszweige, befriedigend garantirt, so ist die Organisation der Strafrechtspflege am Ziele ihrer Vollendung; denn letztere ist, unter jenen Voraussetzungen, zur Erreichung ihres Zwecks, so viel darauf die Art ihrer Organisation Einfluß hat, vollständig qualifizirt.

§. 499.

Dem bisher gezeichneten, Organismus der Strafrechtspflege in seiner dreyfachen Artikulation den gehörigen Impuls, und seiner Thätigkeit die zweckgemäße Richtung zu geben, ist das Geschäft der Instruktion der Strafrechtspflege, welche, um ihre Aufgabe zu lösen, sich als richtiges und ausreichendes Regulativ

der Tendenz, der Maximen und Bedingungen, der Objekte und Formen aller Funktionen der Organe der Strafrechtspflege im Allgemeinen sowohl, als in jeder ihrer besonderen Artikulationen zu bewähren hat. Zu diesem Ende wird jene Instruktion ausgehen müssen von der Bestimmung des wahren Ziels, welches durch die übereinstimmende Thätigkeit aller jener Organe erreicht werden soll, und dieses ist kein anderes, als der, im §. 485 bestimmte, Zweck der Strafrechtspflege; die Wirksamkeit für vollständige Erreichung dieses Zwecks ergibt sich sonach als ausschließende Tendenz der unterstellten Organe, und, daß von diesen alles das geleistet werde, wodurch die Entdeckung und gesetzmäßige Bestrafung eines jeden, vom Staate zu verhütenden, Verbrechens bedingt ist, ist, als Inhalt und Objekt aller Thätigkeit des Strafjustizdepartements, die Quelle und das Normativ aller, in der Instruktion für dasselbe aufzustellenden, Vorschriften über die Materie und Form aller seiner Funktionen. — Die Bedingung der Wirksamkeit der fraglichen Organe ist die Existenz von Verbrechen, unternommen oder begangen an solchen Subjekten, welche auf den Schutz der Staatsgewalt Anspruch haben, und von solchen Subjekten, welche der Strafgewalt des Staats unterliegen. Die unausbleibliche Entdeckung und gesetzmäßige gerechte Bestrafung eines

jeden Verbrechens der Art macht das Objekt ihrer Funktionen aus, deren es drey Gattungen gibt: nämlich Erforschung jedes Verbrechens der bezeichneten Art und seiner Urheber, Strafurtheil und Vollziehung desselben. Alle übrigen Funktionen sind diesen, als Mittel für eine derselben untergeordnet, und die tauglichsten Mittel für jene Zwecke zu bestimmen, und dadurch die vollkommene Gerech- und Zwekmäßigkeit jener Gattungsfunktionen selbst möglichst zu sichern, ist sonach die specielle Aufgabe der erwähnten Instruktion.

§. 500.

Zum Behufe der Erforschung jedes unternommenen oder begangenen Verbrechens muß es jeder Primarbehörde der Strafjustiz (in allen ihren Gliedern) zur ersten und besonderen Pflicht gemacht werden, auf jede mögliche Übertretung eines Strafgesetzes in dem ihr angewiesenen Bezirke den höchsten Grad von Aufmerksamkeit zu verwenden, jedes Symptom, jede Spur einer solchen Übertretung genau zu beachten, und mit Festigkeit zu verfolgen, und sobald und so oft sich die Existenz einer solchen Übertretung, sey es nun durch ihre eigene Aufmerksamkeit, oder die (unserer Voraussetzung nach Allen zur Pflicht gemachte) Anzeige eines Staatsglieds, veroffenbart hat, ohne den mindesten Verzug, (besonders in den Fällen, wo der mindeste Verzug

wirksam wird) zur Erforschung des Thatbestandes zu schreiten, d. i. mit Zuziehung der, zur objektiven Glaubwürdigkeit erforderlichen, Personen, nämlich eines Aktuars, der, allenfalls erforderlichen, verpflichteten Kunstverständigen, und ausser diesem Falle zweyer unbescholtener Zeugen a), die Punkte ausser Zweifel zu setzen: ob irgend ein Verbrechen, welches, und unter welchen Umständen dasselbe begangen worden sey? b) zugleich aber auch nach dem Urheber des Verbrechens, und die etwa mit ihm konkurrirenden Gehülfen zu forschen, und die Sicherheit der Bemächtigung seiner, oder ihrer Personen zu berücksichtigen.

- a) Der höchste Grad objektiver Gewissheit, der in Ansehung des Thatbestandes jedes Verbrechens erheischt wird, scheint mir, wo diese der Natur der Sache nach nöthig sind, die Zuziehung von zwey Kunstverständigen, und in Fällen, wo man deren nicht bedarf, von zwey unbescholtenen Zeugen, zur Aufnahme und Berichtigung des Thatbestandes, als Sicherungsmaßsregel der Gewissheit, nothwendig zu machen.
- b) Die Merkmale eines Verbrechens überhaupt, und die jedes einzelnen Verbrechens insbesondere, müssen zwar in der Strafgesetzgebung selbst präzise aufgeführt seyn, demungeachtet wird es die Instruktion ohne wesentlichen Nachtheil nicht unterlassen können, die wesentlichen Punkte, worauf bey der Untersuchung des Thatbestandes einzelner Klassen von Verbrechen Rücksicht zu nehmen sey, und welche hergestellt werden müssen, so speciell und genau, als möglich

aufzuzählen, die Form des Verfahrens dabey, und die Folgen ihrer Vernachlässigung zu bestimmen. Die Gewifsheit des Thatbestandes ist ja die Grundbedingung alles weiteren Verfahrens der Strafrechtspflege, und die Realisirung dieser Bedingung muß also von der Instruktion mit aller möglichen Zirkumspektion bestimmt und gesichert werden,

§. 501.

Unter der, im vorigen §. bemerkten, Veroffenbarung der Existenz eines Verbrechens verstehe ich das Daseyn und die Wahrheit solcher Indizien, welche die Vermuthung für die Existenz einer, in der Strafgesetzgebung bedrohten, That auf den Grad der Wahrscheinlichkeit erheben, und, um die Willkühr der Organe der Strafrechtspflege hierunter zu regeln, hat die unterstellte Instruktion, soviel möglich, zu bestimmen, welche Thatfachen und Gründe in Beziehung auf die verschiedenen Klassen von Verbrechen als Indizien jener Art gelten sollen, und daß, ehe noch etwas weiter geschehe, die Wahrheit dieser Indizien an sich hergestellt werden müsse. Auf den Fall aber, daß diese Wahrheit, und dadurch die verlangte Wahrscheinlichkeit hergestellt sey, muß die Instruktion es den fraglichen Organen zur Pflicht machen, von Amtswegen zur Untersuchung der That sowohl, als ihres Urhebers fortzuschreiten, ohne in irgend einem Falle den Impuls durch

förmliche Anklage des Verletzten zu erwarten; denn in jedem Falle eines begangenen Verbrechens ist das Gesez, welches übertreten wurde, selbst der Kläger, und hat die Staatsgewalt, um der Erfüllung ihrer Bestimmung willen, auch unaufgefordert die Parthey des Verletzten, den sie schützen sollte, zu vertreten; dieß geschieht durch selbstthätige Untersuchung, Bestrafung des Verbrechers, und Bewirkung des Schadensersatzes für den Verletzten, soweit dieser möglich ist, in natura, oder vermittelt eines Surrogats. Alles dieses ist die Staatsgewalt sich selbst, der Gesammtheit der Staatsglieder, und dem Verletzten insbesondere, von Amtswegen schuldig, um dadurch, nachdem sie das Existenzwerden eines Verbrechens zu verhindern nicht vermochte, wenigstens folgeweise ihrer Schutzpflicht zu genügen. Die Verbindlichkeit eines Verbrechers zum Ersatze des, durch ihn angerichteten Schadens ist eben so, wie seine Bestrafung, an sich nothwendige Folge der verbrecherischen That, welche Folge die Staatsgewalt eben so unaufgefordert zu realisiren verpflichtet ist, als sie ohne Aufforderung das Verbrechen bestrafen muß. Mag also immerhin der durch ein Verbrechen an seinen Rechten gekränkte selbst, es sey dieß nun eine Privatperson, oder der Staat, oder eines seiner öffentlichen Organe sich oder für den Staat, die Anzeige des

Verbrechens gemacht haben , oder nicht , es muß auf jeden Fall der kompetente Richter das, zu seiner Kenntniß gekommene , Verbrechen von Amtswegen untersuchen , bestrafen , und dem beschädigten Theile zum Schadenersatze , soweit dieser möglich ist , verhelfen. — Die , in der erwähnten Instruktion als allein zulässig zu bezeichnende , Form des Kriminalprozesses ist demnach die Form des inquisitorischen Prozesses , und der Satz: „wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter“ findet im Gebiete der Strafrechtspflege keine Anwendung.

§. 502.

Auf den Fall , daß die Existenz eines Verbrechens außer Zweifel gestellt , oder doch sehr wahrscheinlich ist , wenn auch Art und Beschaffenheit desselben noch nicht näher ausgemittelt seyn sollten , ist der Richter durch die Instruktion anzuweisen , unmittelbar seine Thätigkeit zugleich auf die Entdeckung seines Urhebers (und seiner etwaigen Gehülfen) zu richten , und sobald gegen ein bestimmtes Subjekt Verdachtsgründe eintreten , die Wahrheit dieser Gründe zu erforschen ; damit aber auch hierbey die Willkühr des Richters geregelt sey , sind die Gründe , welche als Verdachtsgründe gelten sollen , sowohl im Allgemeinen , als auch , soviel dieß möglich ist , ihren speciellen Arten nach zu bestimmen , und die Mittel vorzuzeichnen ,

welche zur Erforschung der Wahrheit jener Gründe gebraucht werden dürfen und sollen a). Sollten durch den Gebrauch dieser Mittel die vorhandenen Verdachtsgründe, als solche, bewährt werden, so ist der Richter zur Vornahme derjenigen Handlungen zu verpflichten, durch welche die Gegenwart des Angeschuldigten vor Gericht zu bewirken ist, und Beschaffenheit sowohl, als Bedingung einer jeden dieser Handlungen zu bestimmen b). Mit der Vornahme einer dieser Handlungen beginnt die eigentliche, gegen das, des Verbrechens oder der Theilnahme daran verdächtige, Subjekt direkt gerichtete, Untersuchung, (sonst Specialinquisition genannt) als deren Zweck die Erhebung des vorhandenen Verdachts zur vollständigen Gewissheit, oder die gänzliche Aufhebung dieses Verdachts zu bezeichnen ist. Das Geschäft dieser Untersuchung muß demnach gerichtet werden auf das Aufsuchen und Bewahrheiten aller der Gründe, woraus entweder die Gewissheit, daß das verdächtige Subjekt das Verbrechen wirklich begangen, oder dazu mitgewirkt habe, oder die Gewissheit, daß es das Verbrechen weder selbst begangen, noch irgend dazu mitgewirkt habe, als reines Resultat hervorgehen könne.

- a) Bey manchen Arten von Verbrechen ist die Untersuchung des Thatbestandes, und die Erforschung des Subjekts nothwendig ihrer Natur nach verbunden,

worauf also die Aufmerksamkeit in der Instruktion ebenmäßig zu richten ist.

- b) Diese Handlungen sind z. B. Zitation, Kautionsforderung, Gefangennehmung, Haussuchung, Nachteile, Erlassung von Stekbriefen und Requisitorialen, Beschlag der Güter, Ediktalcitation und sicheres Geleit, Die Nothwendigkeit, die Bedingungen der Vornahme der einen oder der anderen dieser Handlungen, so wie die Art des Verfahrens dabey, in der Instruktion auf das genaueste zu bestimmen, bedarf wohl keines Beweises, gleichwie es sich von selbst verstehen sollte, daß das Gefängniß bis zum Vollzuge des Urtheils kein Strafgefängniß, und nie für den Gefangenen mit mehr Übel verbunden seyn dürfe, als nöthig ist, um die Möglichkeit seiner Flucht zu vereiteln, also auch wegen Vermehrung der Anzeigen nicht geschärft werden dürfe. — Das Daseyn und die Unterhaltung zu diesem Zwecke gehörig qualifizirter Gefängnisse in zureichender Anzahl am Sitze einer jeden Primarbehörde der Strafjustiz ist für letztere dringendstes Bedürfnis, doch, leider! faktisch noch lange nicht so sehr befriedigt, als in der Theorie anerkannt.

§. 503.

Natur der Sache selbst führt darauf hin, den Richter, auf dem Standpunkte der beginnenden näheren Untersuchung, vor allem zu verpflichten zum Verhöre des Verdächtigen selbst, und ihm sowohl die Zwecke als auch die Bedingungen desselben genau vorzuzeichnen. Erstere können keine andere seyn, als, entweder das Geständnis des Verdächtigen zu erhalten,

oder durch seine Antworten Beweismittel gegen ihn, zur Eruirung seiner Schuld, oder für ihn, zum Behufe seiner gänzlichen Entschuldigung oder wenigstens der Minderung seiner Strafbarkeit zu entdecken. Die Bedingungen des Verhörs aber lassen sich in die einzige Bestimmung zusammenfassen: daß dem Angeschuldigten weder kaptiose noch suggestive Fragen zu stellen seyen a). Daß die gegebenen Antworten rein und unverändert von einer verpflichteten, und von der des Richters verschiedenen, Amtsperson aufzunehmen seyen, ist für den Verhörten wie für den Verhörenden gleich nothwendige Sicherungsmaßregel. Der Verhörte bekennt nun entweder rein und unumwunden, daß er das in Frage stehende Verbrechen begangen, (oder dazu mitgewirkt) habe; oder, er bekennt zwar, beschränkt aber sein Bekenntniß durch einen oder mehrere Umstände, welche alle, oder doch die ordentliche Strafe ausschliessen; oder er leugnet unbeschränkt und beharrlich. Im ersten Falle ist die Untersuchung geschlossen, sobald das abgelegte Bekenntniß rechtsgültig ist; die Bedingungen dieser Rechtsgültigkeit sind demnach in der unterstellten Instruktion eben so pünktlich als vollständig zu bestimmen.

a) Je größer gewöhnlich die Verlegenheit der Richter in Ansehung jener Qualitäten der Fragen ist, und je

mehr, bey aller ihrer Vorsicht, dennoch dagegen verstossen zu werden pflegt, desto dringender ist die Nothwendigkeit, die Merkmale der bezeichneten Qualitäten in der Instruktion für jeden einleuchtend zu bestimmen.

§. 504.

Im zweyten Falle ist, sobald das Bekenntniß an sich die Bedingungen der Rechtsgültigkeit hat, die Untersuchung sodann lediglich zu richten auf entschöpfende Herstellung der Wahrheit oder Unwahrheit des, oder der angegebenen beschränkenden Umstände. — Für den dritten Fall — so wie auch für den zweyten, wenn das Bekenntniß an sich nicht rechtsgültig ist — ist fürs erste der Gebrauch aller, außer der Person des Angeschuldigten liegenden, Mittel, wodurch die gesuchte Gewissheit über das Subjekt des Verbrechens erreichbar ist, anzuordnen, und sind diese Mittel, so wie die Bedingungen und Formen ihres Gebrauchs, sammt ihren Wirkungen im Allgemeinen sowohl, als auch, so viel möglich ist, in specieller Anwendung zu bestimmen. Diese Mittel sind Augenschein (Okularinspektion) nach Beschaffenheit der Sache unter Mitwirkung beeidigter sachverständiger Personen, Dokumente und Aussagen beeidigter Zeugen. Wird durch den, in vorgeschriebener Form unternommenen,

Gebrauch des einen oder des anderen, oder mehrerer dieser Mittel zugleich die, nach den gesetzlich bestimmten Wirkungen derselben zu bemessende, vollständige Gewissheit darüber, daß der Angeschuldigte das Subjekt des Verbrechens wirklich sey, hergestellt, so bedarf es des eigenen Bekenntnisses des letzteren gar nicht, um zum Geschäfte der Subsumtion unter die Strafgesetze übergehen zu können. In soferne jedoch die vollständige Aufhebung des vorhandenen Verdachts nicht minder Zweck — und die Herstellung der Gewissheit, daß der Verdächtige das fragliche Verbrechen weder selbst begangen, noch dazu mitgewirkt habe, nicht minder Objekt der Untersuchung ist, als die Erhebung des Verdachts gegen das in der Untersuchung befangene Subjekt zur vollständigen Gewissheit, in soferne muß auch ein gleich sorgfältiger Gebrauch jener Mittel zum Behufe des ersteren Zwecks — und zwar um so mehr, je mehr beyde Zwecke ihrer Natur nach innigst verbunden sind, und je weniger der Richter ein Interesse haben darf, welches von beyden Resultaten hervorgehen werde? — dem Richter zur strengsten Pflicht gemacht werden, damit durch dessen Selbstthätigkeit der Entschuldigungs- wie der Anschuldigungsbeweis in gleichem Masse erschöpft werde.

§. 505.

Sollte, obgleich die Existenz des Verbrechens an sich gewiss, oder doch sehr wahrscheinlich ist, keines jener Beweismittel anwendbar seyn, oder doch durch den Gebrauch derselben der Verdacht weder zur Gewissheit erhoben, noch niedergeschlagen werden können, dann erst wird es nothwendig, die gesuchte Gewissheit in der Person des Verdächtigen selbst näher zu erforschen. Dem Ungehorsam des Angeschuldigten, den er etwa durch verstoktes Schweigen, oder durch offenbare Widersprüche in seinen eigenen Aussagen, oder durch Vorbringen erwiesener positiver Lügen bewiefse, durch Erregung körperlicher Schmerzen zu begegnen, muß allerdings dem Richter gestattet werden; nur sind ihm nicht nur Bedingungen, sondern auch Zweck, Grad und Grenze der Anwendbarkeit dieses Mittels genau vorzuzeichnen, um zu verhüten, daß dasselbe nicht in Tortur ausarte. Daß aber die Erregung körperlicher Schmerzen, als Erpressungsmittel einer bestimmten, ihm nachtheiligen, Aussage von dem Angeschuldigten, — eigentliche Tortur — absolut unzulässig sey, ist vorlängst mit einer Evidenz erwiesen, die mich jedes weiteren Beweises hierüber überhebt, und ich bemerke nur noch, daß die nämlichen Gründe den Gebrauch einer, reellen oder wörtlichen Ter-

rition zu gleichem Zwecke (als ähnliches Erpressungsmittel) in gleichem Grade verwerflich darstellen. Als zulässige Mittel, den Angeeschuldigten zum Geständnisse der Wahrheit zu vermögen, bleiben demnach allein noch übrig: erstens die Konfrontation, entweder zwischen Mitbeschuldigten, oder zwischen Angeschuldigten und Zeugen — (die Konfrontation zwischen Zeugen und Zeugen gehört zur Normirung der Beweisführung durch Zeugen) — um entweder einen, aus dem Widerstreite verschiedener Aussagen entstandenen, Zweifel durch den Versuch gegenseitiger Verständigung der Dissentirenten zu lösen, oder, um den Leugnenden dadurch, daß ein Anderer ihm die Wahrheit ins Gesicht sagt, zum Geständnisse zu bestimmen. Zweytens die Vorlegung des Corporis delicti (wo dieß möglich ist), oder der gebrauchten Werkzeuge, oder anderer sinnlicher Merkzeichen der That. Aber auch die Bedingungen und Formen des Gebrauchs dieser Konfrontation und Vorlegung sind genau zu bestimmen, um jedem Mißbrauche hierunter zu begegnen. Drittens der Reinigungseid, d. i. die eidliche Versicherung der Unschuld von Seite des Angeschuldigten. (Doch scheint mir die Ablegung dieses Eides nur als zureichender Grund zur Absolution von der Instanz gelten zu können, die Verweigerung derselben

hingegen dem reinen Geständnisse gleich geachtet werden zu müssen. Die Gründe dieser Bestimmung, und der in ihr liegenden Disparität, können kaum einer Erörterung bedürfen).

§. 506.

Findet der Richter keine Objekte seiner Selbstthätigkeit mehr in Hinsicht auf den Zweck der Untersuchung, so ist er anzuweisen, den Angeschuldigten zur Führung seiner Defension aufzufordern, die jedoch nur zum Zwecke der Abwendung oder Milderung der Strafe selbst zu gestatten, und in Ansehung derer die Art der Zulässigkeit eines Defensors zu bestimmen ist. Gehen aus dieser Defension neue, dem Angeschuldigten vortheilhafte, Thatsachen hervor, deren Wahr - oder Unwahrheit nicht bereits entschöpft ist, so sind die, dieser Entschöpfung entsprechenden, Beweismittel (z. B. Abhörung von Defensionalzeugen) in Anwendung zu bringen a). Für den Fall nun, daß auch die Defension eingekommen, und das durch sie etwa veranlafte Verfahren geendigt ist, ist dem Richter durch die Instruktion zur Pflicht zu machen: daß er ein feyerliches Gericht konstituiren — durch Zusammenruf von wenigstens 5, und höchstens 7, aus den vorhandenen verschiedenen Ständen von ihm zu wählenden, eben so unpartheyischen als unbescholtenen, Männern, deren gesunde Urtheilskraft bekannt ist b) — diesem

sämmtliche, über den Thatbestand des Verbrechens sowohl, als über die An- und Entschuldigung des Inquisiten geführten, Beweise sammt des letzteren Defension, in gehöriger Ordnung vorlege, den Inquisiten selbst, so wie die etwaigen Zeugen (die jedoch gleich bey ihrer ersten Abhörung beeidigt seyn müssen) unter Beziehung auf ihren Eid, über alle wesentlichen Punkte in Gegenwart des unterstellten Gerichts abermals bestimmt vernehme, die Glieder des Gerichts auf die, auf die Beurtheilung einfließenden, Gesetze, (deren Kodex vorzulegen ist) aufmerksam mache, und, diesem allem vorgängig, von ihnen die Entscheidung folgender Fragen verlange: erstens ob die Existenz des Verbrechens an sich gewiß? Zweytens: welches Verbrechen als begangen anzunehmen? Drittens: ob der Inquisite dessen schuldig sey, oder nicht? Viertens: ob und welche, gesetzlich anerkannte, Milderungsgründe oder Schärfungsgründe, als außer Zweifel gestellt anzuerkennen seyen?

- a) Da, unserer Voraussetzung nach, die selbstthätige Entschöpfung auch des Entschuldigungsbeweises zur gesetzlichen Pflicht des Richters gehört, so kann für die, demungeachtet postulirte, Gestattung einer besonderen Defension nur in soferne ein Grund vorhanden seyn, als diese Defension eine Art von Sicherungsmittel gegen die etwaige Nachlässigkeit des Richters, und ein Unterstützungsmittel für desto

pünktlichere Kontrollirung der Thätigkeit der Richter von Seite der Revisionsbehörden bilden kann. Dafs aber die Defension nur zu dem oben bemerkten Zwecke gestattet werden soll, hat seinen Grund in der Absicht auf Entfernung alles dessen, was einen zweckmäfsig raschen Gang der Untersuchung hemmen könnte, und in der Voraussetzung, dafs dem Richter durch die Instruktion selbst die Hände genug gebunden seyen, um, dem Angeschuldigten präjudizirliche, Handlungen nicht, ohne dafs es der Zweck der Untersuchung erheischt, vorzunehmen.

- b) Dafs jedes Glied des Staats, welches von einer Primärstrafrechtsbehörde zu einem Gerichte der unterstellten Art einberufen wird, dieser Funktion unweigerlich sich zu unterziehen habe, ist gesetzlich als unerlässliche allgemeine Bürgerpflicht zu erklären, von deren Erfüllung nur erwiesene Krankheit oder sonstige legale Behinderung dispensiren könne. — Die Nothwendigkeit der Konstituierung eines Gerichts der postulirten Art ist bereits in der ersten Abtheilung §. §. 211 und 212 dargethan,

§. 507.

Das, durch die Stimmenmehrheit des erwähnten Gerichts gefundene (gehörig zu registrirende), Resultat ist die Basis der richterlichen Subsumtion, auf deren Grund der Richter nunmehr das Urtheil zu entwerfen hat. Als generelle Normen dieses Entwurfs aber sind folgende Prinzipien, die keine Ausnahme gestatten, aufzustellen. Ist die Existenz des Verbre-

chens und die Schuld des Inquisiten juridisch vollkommen bewiesen, so muß ein kondemnatorisches Urtheil erfolgen, und zwar darin auf die ordentliche Strafe des Gesetzes und den Ersaz des Schadens erkannt werden, wenn nicht das Daseyn solcher Umstände bewiesen ist, welche, der Voraussetzung ungeachtet, alle, oder doch die ordentliche Strafe ausschliessen, oder im Gegentheile die Strafbarkeit erhöhen. In dem einen oder dem anderen der leztern Fälle ist die ordentliche Strafe nach dem in der Strafgesetzgebung aufgestellten Mafsstabe zu mildern oder zu schärfen, (jedoch immer mit Erkennung auf den Schadensersaz. — Ist die Existenz des Verbrechens, und dafs der Angeschuldigte dasselbe begangen habe, juridisch vollkommen gewifs, aber, ob es aus bösem Vorsatze, oder Versehen geschehen sey? ungewifs, so ist auf jeden Fall vorläufig auf die Strafe des Versehens zu erkennen, und die Vollendung des fehlenden Beweises ferner zu beachten. — Ist die Existenz des Verbrechens nicht juridisch vollkommen gewifs, so kann keine Verdammung statt finden; dasselbe ist der Fall, wenn, obgleich die Existenz des Verbrechens ausser allem Zweifel, dennoch der, gegen den Inquisiten vorhandene, Verdacht nicht zur juridischen Gewifsheit erhoben ist. Ist aber auch der Verdacht nicht vollständig aufgehoben, d. i. sind zwar Indicien

vorhanden, aber kein Beweis der Schuld begründet, und dessen Begründung auch gegenwärtig nicht zu hoffen, so kann bloße Absolution von der Instanz erfolgen, als womit der Prozeß nur suspendirt wird, welcher, so wie sich mit den vorhandenen Indicien neue verbinden, die zur Erwartung eines vollen Beweises berechtigen, wieder aufgenommen werden muß (der so Absolvirte ist der Polizey zur genauen Beobachtung zu bezeichnen). — Ist endlich der Verdacht vollkommen niedergeschlagen durch vollkommenen Beweis der Unschuld des Inquisiten, so ist derselbe rein zu absolviren.

Anmerkung. Der durch ein, vom Staate verhütbares, Verbrechen einem Bürger zugefügter Schaden sollte auf jeden Fall vom Staate, so weit dieß möglich ist, ersetzt werden; denn wofür leistet der Bürger seine Abgaben und Dienste? Ist der Verbrecher aufgefunden, so hält sich natürlich der Staat an ihn. Aber das Nichtauffinden des Verbrechers entbindet den Staat nicht von seiner Schutzpflicht, und eben so wenig die Unvermögenheit des Verbrechers.

§. 508.

Das vom Unterrichter entworfene Urtheil, von welcher Art es auch sey, ist von Amtswegen (§. 495.) mit den sämmtlichen Untersuchungsakten an die erste Revisionsinstanz der Strafjustiz unverzüglich einzusenden, deren

Geschäft dahin zu instruiren ist, daß sie, die, von der Primarbehörde geführte, Untersuchung sowohl ihrer Form als Materie nach pünktlich prüfe, die etwa in Ansehung der Form bemerkten Fehler von jener Behörde verbessern, die in Ansehung der Materie etwa entdeckten Lücken, soweit es nothwendig und möglich ist, ergänzen lasse, diesem vorgängig, und nach vorgenommener Würdigung der Subsumtion, das von der Primarbehörde entworfene Urtheil entweder reformire, oder bestättige, und nun das von ihr ausgesprochene oder sanktionirte Urtheil — je nachdem mehr, als zwey Drittheile ihrer Glieder dazu übereinstimmten, oder ein Drittheil dissentirte — im ersten Falle zur Vollziehung ausstelle, im zweyten Falle aber, v o n A m t s w e g e n, mit Begleitung der Akten beyder Instanzen, an die Zentralstrafjustizbehörde, als zweyte Revision sinstanz, einsende, deren nach abermals unternommener Prüfung der Form und Materie der Untersuchung gefälltes, Urtheil, als Urtheil der höchsten und letzten Instanz, nun ohne weiteres in Vollzug zu setzen ist. — Die übrigen Momente der Instruktion der beyden höheren Strafjustizbehörden ergeben sich von selbst aus der, in den §. §. 496 und 497 bereits gezeichneten Bestimmung derselben, gleichwie auch die Instruktion des Zentralstaatsraths in Beziehung auf das Strafjustizdepartement durch

seine, im §. 407 angegebene, Bestimmung hinreichend normirt ist.

§. 509.

Diejenige Klasse von Behörden, welche zur Vollziehung aller Strafurtheile mir am meisten geeignet scheint, und welche daher in der Instruktion für die Strafrechtspflege mit jener Vollziehung ausschliessend beaufzutragen seyn dürfte, ist die der Primarstrafjustizbehörden; denn kaum wird der Zweck der Vollziehung der Strafgesetze, nämlich die Wirksamkeit der, in ihnen enthaltenen, Drohungen zu begründen und zu erhöhen, wesentlicher befördert werden können, als dadurch, daß dem sinnlichen Eindrücke, der durch die Ansicht oder das Bewußtseyn eines, in seiner Nähe begangenen, Verbrechens hervorgebracht wurde, durch die Ansicht der Vollziehung der, gegen dieses Verbrechen angedrohten, Strafe unmittelbar begegnet wird; und eben dies geschieht durch Vollziehung der Strafe in demselben Bezirke, in welchem das zu bestrafende Verbrechen begangen ward. Daß die Vollziehung jeder Strafe öffentlich geschehen müsse, folgt eben daraus, und wurde schon früher dargethan. Die Instruktion hat also die Formen dieses öffentlichen Vollzugs zu bestimmen, wobey die Haupttrüksicht darauf zu nehmen ist, daß durch seine Formen die Würde

des Vollziehungsakts möglichst gehoben, die Erregung jedes, dem Zwecke fremden, Eindrucks und Gefühls, soviel thunlich, vermieden, dagegen die Reflexion, soviel möglich ist, auf die Geltung und Realität der Strafandrohungen konzentriert werde a). Um aber der postulirten Publizität die nöthige Ausdehnung zu geben, und dadurch ihrem Zwecke ganz zu entsprechen, muß die Vollziehung einer jeden Strafe mit Anführung des Verbrechens und Gesetzes, durch öffentliche Blätter allen Staatsgliedern kundgemacht, und dadurch für Alle die Wirksamkeit der Strafandrohungen beurkundet werden b).

- a) Ein nicht unwirksames Mittel hierzu möchte seyn das, der Strafvollziehung unmittelbar vorhergehende, öffentliche Ablesen des, oder der Strafgesetze, deren Drohung eben realisirt werden soll, so wie einer einfachen Erzählung der That, wodurch jenes Gesez übertreten, aber auch dessen Realisirung nothwendig geworden ist.
- b) Da eine rein absolvirende Sentenz nur dann erfolgen kann, wenn die Unschuld des Inquisiten positiv vollkommen bewiesen, oder wenigstens aller Verdachtsgrund hinweggeräumt ist, so scheint mir der Staat es der Ehre des letzteren schuldig zu seyn, daß auch jede rein absolvirende Sentenz die möglichste Publizität erhalte, und die Ehre des so Absolvirten ausdrücklich gesichert werde. Aber auch die Publizität einer, bloß von der Instanz absolvirenden, Sentenz möchte in mancher Hinsicht sehr zweckmäfsig seyn.

§. 510.

Dafs den Verhandlungen des, im §. 506. postulirten, Gerichts, durch Gestattung freyen Zutritts für Jedermann, ebenmäfsig Publizität zu geben, — dafs für die Primarbehörden des Strafjustizdepartements ein individuelles, für seine Mittelbehörden aber, so wie für die Zentralbehörde desselben ein kollegialisches Verfahren anzuordnen, — dafs endlich ein Maximum der Zeit zu bestimmen sey, binnen dessen die Untersuchung und Bestrafung jedes einfachen Verbrechens beendigt und unternommen seyn müsse, und dessen Überschreitung besonderer Dispensation bedürfe, — glaube ich, um Wiederholungen zu vermeiden, blofs bemerken zu dürfen, indem die Gründe dieser Postulate theils aus den in dem Abschnitte von der organischen Gesetzgebung aufgestellten Prinzipien an sich hervorgehen, theils aber auch bey ähnlichen Postulaten in Hinsicht der Civilrechtspflege bereits ausdrücklich angegeben, und als zureichend bewährt worden sind.

Anmerkung. Dafs die für den Zweck der Strafrechtspflege in einzelnen Fällen veranlafsten Kosten überhaupt demjenigen zur Last zu legen seyen, der eines Verbrechens, oder der Theilnahme daran schuldig befunden worden ist, oder auch nur zum begründeten Verdachte gegen sich die Veranlassung gegeben hat, lehrt die Natur der Sache. Dafs aber die Gerichtssassen, als solche, zu den Kriminalkosten beyzu-

tragen angehalten werden, setzt entweder den Fehler der Finanzverwaltung voraus, daß sie nicht, wie sie doch sollte, bey Berechnung des Staatsbedürfnisses, und der darnach zu bemessenden Größe der Staatsauflagen überhaupt, auf den für den Zweck der Strafrechtspflege erforderlichen Aufwand Rücksicht genommen habe, oder ist, im Falle entgegengesetzter Voraussetzung offenkundiges Unrecht. Letzteres setzt die Staatsgewalt mit sich selbst in Widerspruch, und der erstere Fall zeugt von unordentlicher Staatshaushaltung.

§. 511.

Durch eine, nach den hier im Grundrisse gezeichneten Prinzipien durchgeführte, Instruktion wird die, zum Behufe der Strafrechtspflege in Bereitschaft gestellte, Thatkraft in dem Maße impulsirt, und in derjenigen Art geleitet, von welcher die möglichst nächste Erreichung des Zwecks der Strafrechtspflege mit Zuversicht erwartet werden kann; und indem hinwiederum für den praktischen Erfolg jenes Impulses und jener Leitung, so wie, für die ununterbrochene Dauer und Zweckmäßigkeit dieses Erfolgs durch die, voraus vorgeschlagene, Art der Organisation der Strafrechtspflege die befriedigende Garantie geleistet ist, bewähren sich beyde (die vorgeschlagene Organisation und Instruktion) in ihrer harmonischen Wechselwirkung als die zureichenden Mittel, den gerechten Anforderungen an die Strafrechtspflege vollkom-

men zu genügen; denn unter Voraussetzung eines vollständigen Gebrauchs dieser Mittel wird kaum irgend ein Verbrechen im Staate, und dessen Urheber oder Gehülfe verborgen und straflos bleiben können, wird der wahre Thatbestand jedes Verbrechens, und die Gewissheit über dessen Subjekt in möglichst kurzer Zeit, aber auch mit zureichender Vorsicht hergestellt, wird jedes Staatsglied gegen die Möglichkeit, schuldlos Strafe dulden zu müssen, in befriedigendem Mafse gesichert, aber auch jede Strafandrohung, in jedem gegebenen Falle ihrer Anwendbarkeit, ohne Ausnahme realisirt, und dadurch die Wirksamkeit jener Drohungen zu dem Grade erhoben werden, wodurch jedes Staatsglied von dem Unternehmen irgend eines Verbrechens so sehr, als es auf psychologischem Wege möglich ist, wirklich abgeschreckt, der Stoff des künftigen Handelns der Strafrechtspflege immer mehr verringert, das Recht der Staatsglieder also gegen mögliche Verletzungen immer kräftiger und wirksamer gesichert werden muß. Hiermit ist die Aufgabe der Staatsgewalt, als Strafjustizgewalt, gelöst, und der Staat zur Erreichung seines Endzweks, in sofern diese durch Realisirung des Mittelzweks der Strafrechtspflege bedingt ist, vollständig qualifizirt. — Ist dieses, so darf ich mit der Hoffnung, den Vorwurf der Staatslehre in Hinsicht

der Rechtspflege in ihren beyden Zweigen entschöpft zu haben, zu den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung übergehen, deren Behandlung den Gegenstand der dritten und lezten Abtheilung ausmacht.



Nachtrag der in der ersten Abtheilung zu verbessernden Drukfehler.

Vorrede S. XX. Zeile 17 setze vor spätes hinzu: durch stätes

— 19 lies: können, statt: könne

Seite 181 Zeile 10 lies: im lezteren, statt: im ersteren

— — — 12 lies: im ersteren, statt: im zweyten

— 244 — 7 lies: wahrhaft, statt: wahrkafft

— 251 — 8 lies: Verwahrlosung, statt: Verwahrlosigkeit

— 262 — 8 von unten, lies: Geltung, statt: Gattung

— 297 — 20 lies: Schau - statt: Scheu -

— 303 — 1 lies: sichereres, statt: sicheres

— 307 — 2 von unten, lies: verrathet, statt: verachtet

— 313 — 9 lies: bestätigt hätte, statt: bestätigt habe

— 323 — 19 lies: der Zeit, statt: die Zeit

— 324 — 1 von unten, lies: eben, statt: aber

— 338 — 6 lies: inniger, statt: einiger

— — — 23 lies: des Ganges, statt: des Ganzen

— 330 — 9 lies: nachstünde, statt: nachsünde

— 336 — letzte Zeile, lies: fata, statt: facta

Verzeichniß der in der zweyten Abtheilung zu verbessernden Drukfehler.

Seite 17 Zeile 12 lies: Umzäunung, statt: Umzäumung

— 18 — 11 — 12 lies: keines Mittels, statt: seines
Mittels

— 49 — 4 und wo dieß Wort noch sonst vorkömmt.
lies: Endzweks, statt: Entzweks

— 55 — 2 von unten, lies: den, statt: der Beweifs

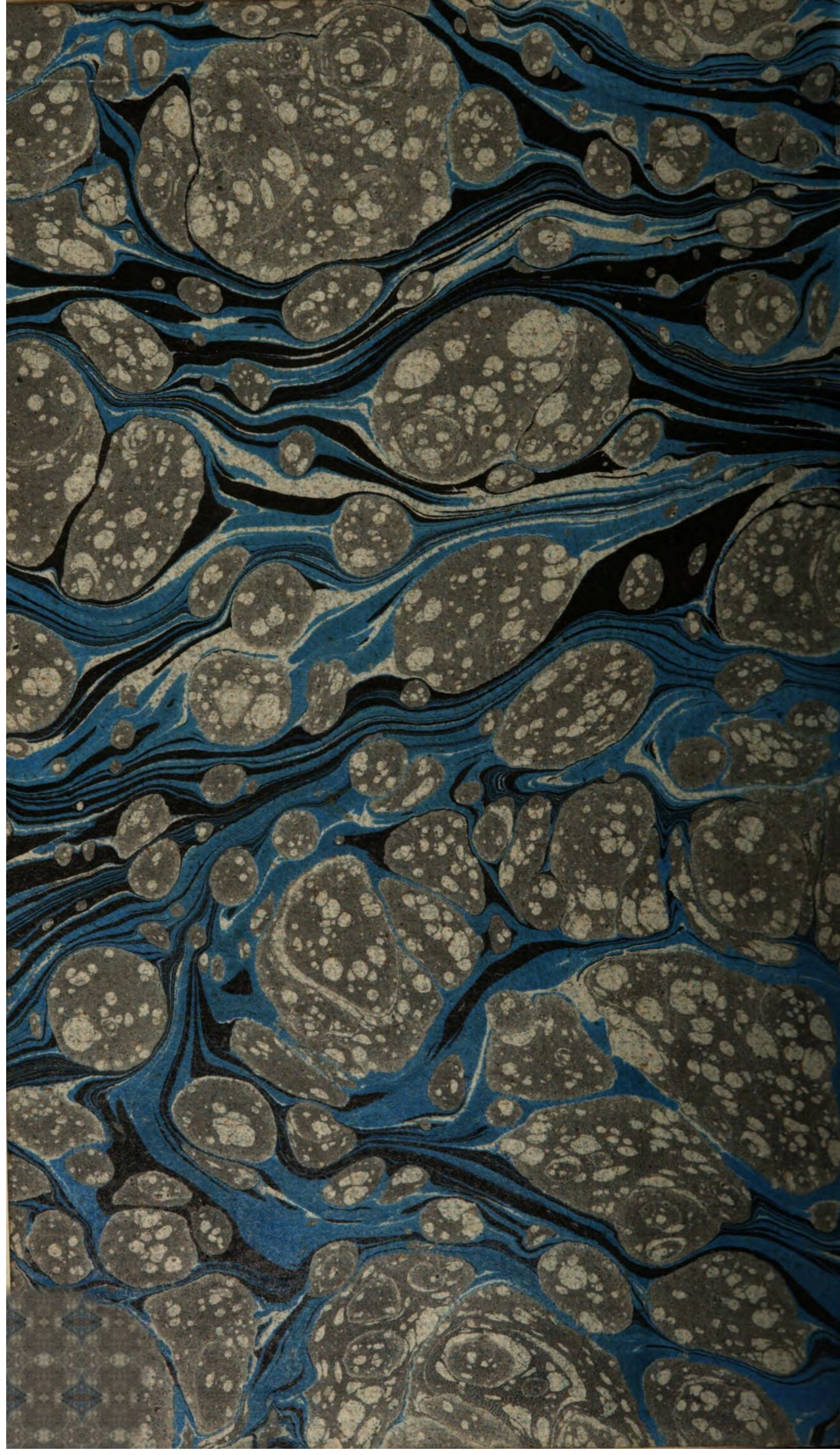
— 122 — 5 — — lies: Verwaltungszweigs, statt:
Zweks

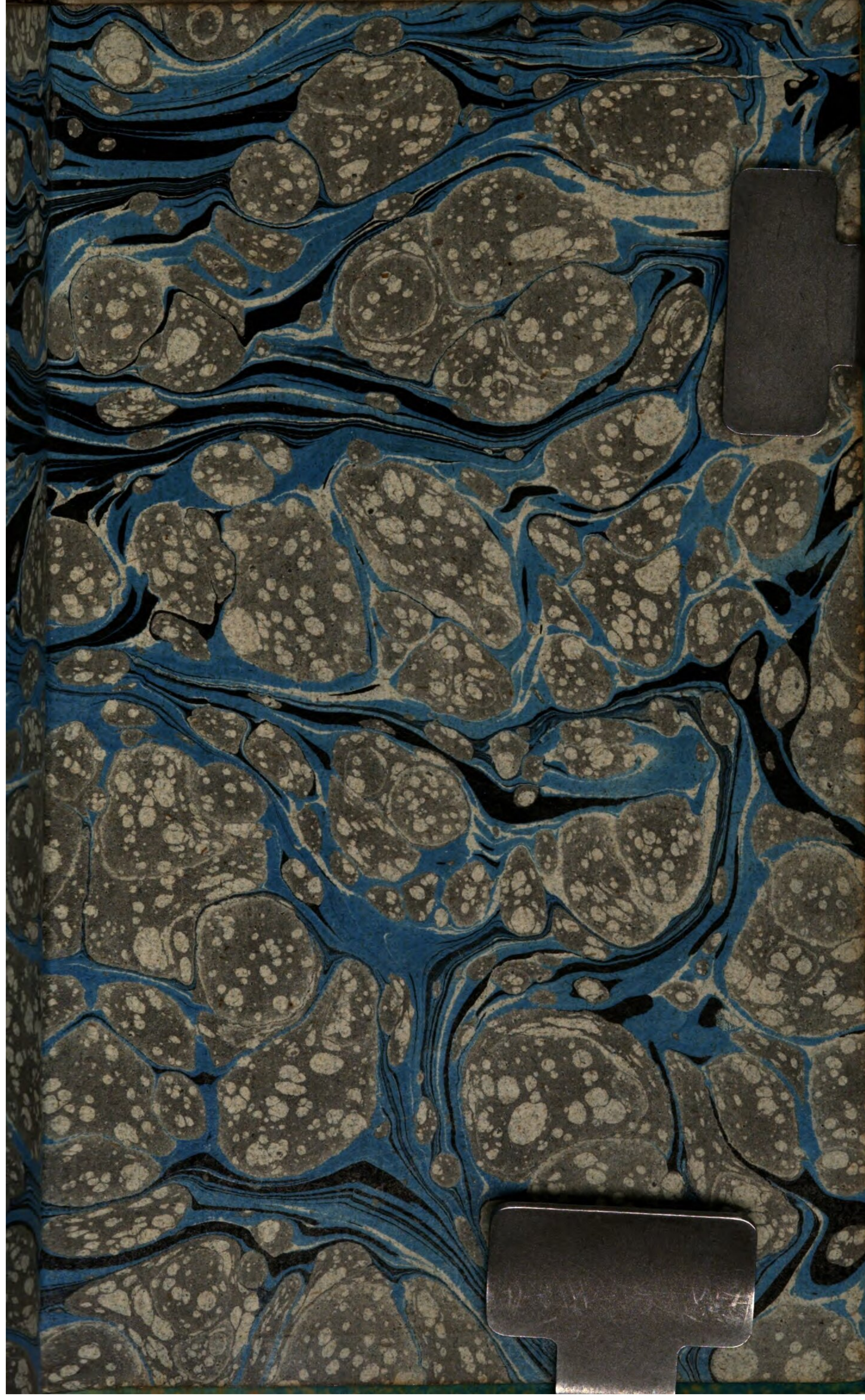
— 123 — 4 lies: Bedingungen, statt: Bedingung

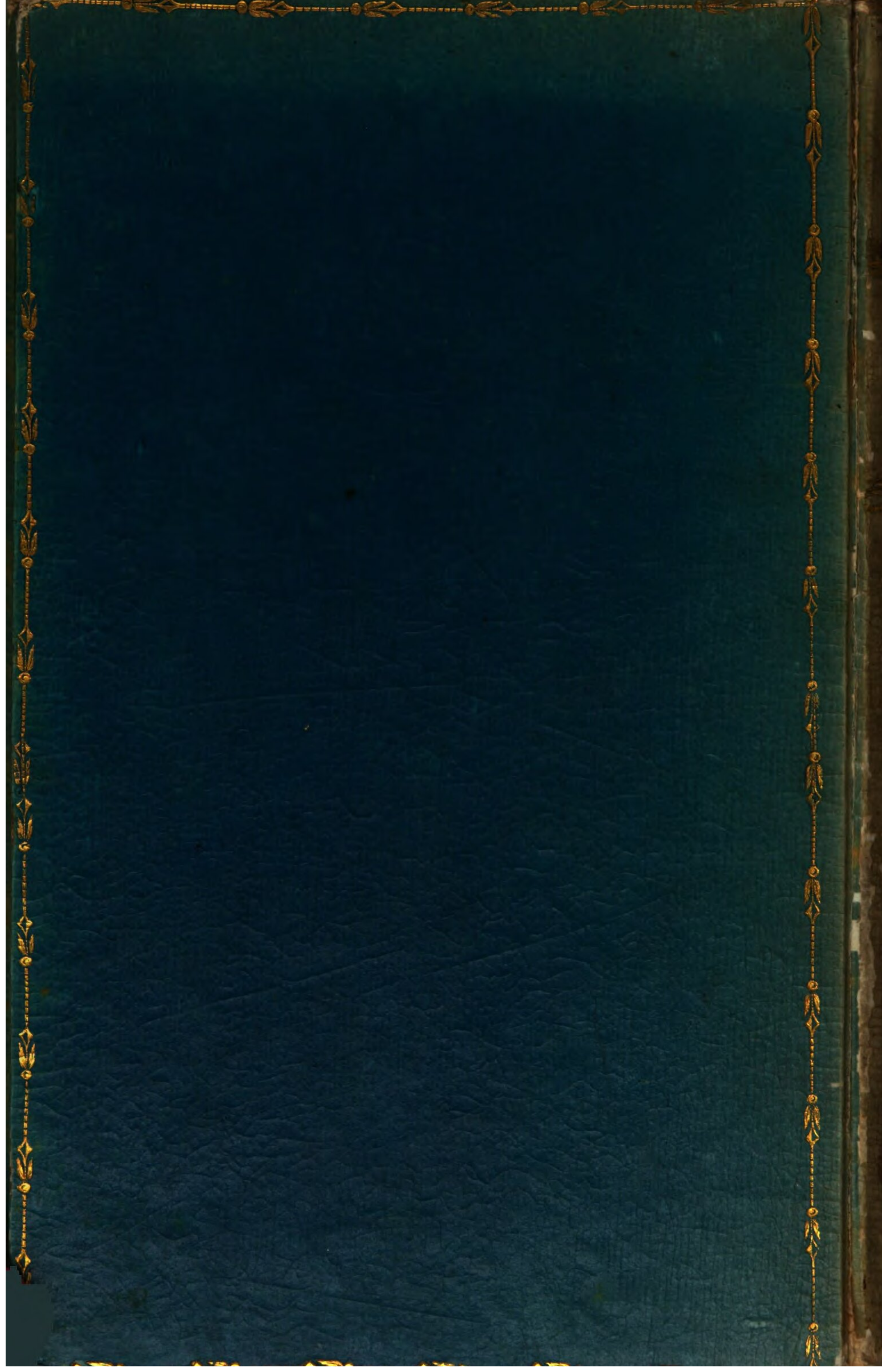
— 149 — 2 von unten, lies: Gesonderten, statt:
Geforderten

Seite 157	Zeile 13	lies: ihrer Erwerbung, stat: Bemerkung
— 162	— 9	von unten, lies: den Umfang des Besiz-, Eigenthums - und Gebrauchsrechts
— 172	— 11	von unten, lies: durch Familien-, Gemein- heits - u. s. w.
— —	— 5	— — — lies: eine, statt: seine
— 174	— 17	lies: und Verhältnisse, statt: in Verhältnisse
— 183	— 12	lies: im, statt: in
— 184	— 9	lies: zutheilt, statt: zugetheilt
— 203	— 15	lies: Litisdenuntiation, statt: demun- tiation
— 206	— 11	von unten, lies: handelte, statt: handelnde
— 212	— 21	lies: auch letztere, statt: auf letztere
— —	— 26	lies: Auszeichnung, statt: Ausgleichung
— 238	— 9	lies: bemerkt wird, statt: bewirkt wird
— 244	— 2	lies: durch eigenen, statt: durch eigene

6, 99, 101, 135







Behr, Wilhelm Joseph,

System der angewandten allgemeinen Staatslehre oder der Staatskunst (
Politik)

Bd.: 2

Frankfurt am Main 1810

Pol.g. 55 da-2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10768221-8